

**Endbericht
des Begleitforschungsprojektes**

**Evaluation Langzeitarbeitslosigkeit
(EVAL)**

**Prof. Dr. Hermann Strasser (Projektleiter)
Dipl. Sozialwiss. Gabriele Klein (stellv. Projektleiterin)
Dipl. Sozialwiss. Thomas Bongartz
Dipl. Sozialwiss. Klaus Gröhnke
Dipl. Sozialwiss. Thomas Schweer**

**Forschungsgruppe EVAL
Fachbereich 1, Fach Soziologie
Gerhard-Mercator-Universität
Gesamthochschule Duisburg
D-47057 Duisburg
Tel. 0203-379-2731
Fax 0203-378-9350**

Duisburg 1996

Vorwort

Im Sommer 1992 wandte sich der damalige Leiter des Arbeitsamtes Duisburg, Hans Günter Sandrock, mit der Bitte an mich, die Wirksamkeit von neuen, unmittelbar bevorstehenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Duisburg wissenschaftlich zu begleiten und trägerunabhängig zu evaluieren.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen problembezogen zu gestalten und dazu wissenschaftliche Begleitforschung in Anspruch zu nehmen, ist in der Bundesrepublik bis heute keine Selbstverständlichkeit - so sinnvoll und - angesichts knapper Ressourcen - geradezu notwendig der zielgenaue Einsatz öffentlicher Mittel im sozialen Bereich auch erscheinen mag.

Ende 1992 erteilte die Arbeitsmarktverwaltung mit Unterstützung des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) der Forschungsgruppe "Evaluation Langzeitarbeitslosigkeit" (EVAL) des Faches Soziologie der Universität Duisburg den Auftrag, 19 Maßnahmen mit Modellcharakter zu evaluieren. Das Projekt wurde im Januar 1996 abgeschlossen, und die Forschungsgruppe legt mit diesem Bericht die Ergebnisse ihrer dreijährigen Arbeit vor. Dieser Endbericht wird ergänzt durch zwei Sonderberichte, die mit speziellen Methoden zu spezifischen Fragestellungen der Langzeitarbeitslosigkeit im letzten Jahr angefertigt worden sind. Es handelt sich um "Arbeitslosigkeit und Sucht" und "Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen".

Dem vorliegenden Endbericht sind zwei Zwischenberichte (1993 und 1994) vorausgegangen, die jeweils nur auf einem Teil der Daten der Eingangs-, Abgangs- und Verbleibsbefragungen fußen. Vor allem konnte ein Großteil der Verbleibsbefragungen aus Maßnahmegründen erst im Laufe des Jahres 1995 durchgeführt werden.

Die Forschungsgruppe hat in den vergangenen Jahren jeweils vierteljährlich im EVAL-Newsletter über den Fortgang des Projektes und andere mit der (Langzeit-) Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Themen berichtet. Der eilige Leser wird daher auf die Vorstellung des Projekts und den inhaltlichen Überblick in der Einleitung und das Resümee im abschließenden Teil IV verwiesen, wo nicht nur eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse, sondern auch eine Liste von praktischen Empfehlungen zu Maßnahme- und Nutzertypen zu finden sind. Eine Kurzzusammenfassung der Studie ist überdies der Einleitung vorangestellt.

Für das Zustandekommen und die reibungslose Durchführung dieses Begleitforschungsprojekts möchte ich einer Reihe von Personen aufrichtig danken:

Herrn Hans Günter Sandrock für seine inhaltliche Aufgeschlossenheit, ständige Ermutigung und selbstlose Unterstützung; Frau Ursel Steltner, Abschnittsleiterin im Arbeitsamt Hamborn, für die Art und Weise, wie sie die Kontakte geknüpft und der Forschungsgruppe mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat; den ungenannten Arbeitsberatern und Arbeitsvermittlern des Arbeitsamtes Duisburg, den Maßnahmeträgern sowie den Mitarbeitern der Stadt Duisburg, die an der Konzeption und Durchführung der Modellmaßnahmen beteiligt waren; den vielen Arbeitslosen, die uns über Verhältnisse bereitwillig Auskunft gegeben haben, über die Wissenschaftler sich in Schweigen hüllen würden; Herrn Roland Matzdorf vom MAGS für die vielfältigen Hilferufe, die er immer erhört hat; der Siemens-Niederlassung Duisburg für die Computer-Aussattung des Projektbüros; Herrn Jörg Stojke, der sich als studentische Hilfskraft immer unentbehrlicher gemacht hat; Frau Doris Kursave und Frau Sigrid Kühn, die trotz der gelegentlichen Taubenschlagatmosphäre im Projektbüro für einfühlsame Ruhe und schriftliche Ordnung gesorgt haben; Herrn Prof. Dr. Uwe Engel, jetzt Universität Potsdam, für seine methodischen Ratschläge; den wissenschaftlichen Mitarbeitern, die sich als Team erwiesen haben, kompetent und loyal nach Feierabend ihren Projektverpflichtungen nachgekommen sind; und nicht zuletzt Frau Gabriele Klein, die die administrativen Aufgaben des Projektes engagiert und vorzüglich gemeistert hat.

Duisburg, 31. Januar 1996

Prof. Dr. Hermann Strasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	i
Inhaltsverzeichnis	iii
Verzeichnis der Tabellen	vii
Verzeichnis der Abbildungen	x
Zusammenfassung der Studie	xi
Einleitung	1
1. Von der Arbeit ohne Ende zum Ende ohne Arbeit?	1
2. Ziele des Projekts und inhaltlicher Überblick	6
Teil I: Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	10
1. Der Arbeitsmarkt im Wandel der Zeit	11
2. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit	14
2.1 Die Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union (EU)	14
2.2 Nordrhein-Westfalen	19
2.3 Duisburg	20
3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit	25
3.1 Was heißt langzeitarbeitslos?	25
3.2 Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG)	27
3.3 Hilfen für Langzeitarbeitslose (Sonderprogramme)	28
3.4 Erweiterte Lohnkostenzuschüsse	29
Teil II: Die Anlage der Evaluation	31
1. Aufbau und Anlage der Untersuchung	32
1.1 Das Konzept der Evaluation	32
1.2 Ziele der Sonderprogramme	32
1.2.1 Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt	33
1.2.2 Sozialbetreuung	35
1.2.3 Förderung der Projekte	35
1.2.4 Maßnahmekombinationen	35

1.3	Verbleibsanalyse	36
1.4	Methode der Begleitforschung	36
2.	Modelltypen in Duisburg	39
2.1	Finanzierung der Maßnahmen	43
2.2	Trägerstrukturen	44
2.3	Projekte im Detail	45
3.	Teilnehmerrekrutierung	56
Teil III: Empirische Analysen von Nutzern und Maßnahmen		58
1.	Ausgangssituation der Teilnehmer	59
1.1	Soziodemographische Beschreibung der befragten Probanden	59
1.2	Schulische und berufliche Bildung	60
1.3	Merkmale der Arbeitslosigkeit	65
1.4	Gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Situation der Teilnehmer	73
1.4.1	Gesundheitliches Befinden der Probanden	73
1.4.2	Soziale Verelendung durch wirtschaftliche Not	77
1.4.3	Die soziale Situation der Teilnehmer	82
1.4.3.1	Alltagskonflikte	82
1.4.3.2	Psychosoziale Auswirkungen auf die betroffenen Familien	84
1.4.3.3	Soziale Isolation	86
1.4.4.4	Arbeitslosigkeit als Stigma	88
2.	Beurteilung der Maßnahmen durch die Teilnehmer	92
2.1	Einstellung der Teilnehmer zu Beginn der Maßnahmen	92
2.2	Beurteilung der Maßnahmen aus der Sicht der Teilnehmer	94
3.	Maßnahmeteilnehmer und Kontrollgruppe: Ein Vergleich	101
3.1	Sozistrukturelle und berufsbiographische Merkmale im Vergleich	101
3.2	Die ökonomische, gesundheitliche und soziale Situation im Vergleich	104
4.	Veränderungen im Verlauf der Maßnahmen	111
4.1	Erwartungen von den Maßnahmen	111
4.2	Maßnahmeeindruck	114
4.3	Erwartungen im Anschluß an die Maßnahmen	116
4.4	Arbeitsmarktchancen	117
4.5	Arbeitsplatzsuche	118

4.6	Wirtschaftliche Situation	119
4.6.1	Finanzielle Lage	119
4.6.2	Berufliche Lage	120
4.7	Psychosoziale Situation	122
5.	Die Situation nach Abschluß der Maßnahmen	126
6.	Vergleich der Befragungen zu drei verschiedenen Zeitpunkten	131
6.1	Methodische Vorbemerkungen	131
6.2	Die Maßnahmen und die resultierenden Chancen	134
6.2.1	Maßnahmeeindruck	134
6.2.2	Arbeitsmarktchancen	134
6.2.3	Arbeitsplatzsuche	135
6.3	Wirtschaftliche Situation	136
6.3.1	Finanzielle Lage	136
6.3.2	Berufliche Lage	140
6.3.3	Mobilität bei der Arbeitsplatzsuche	144
6.4	Psychosoziale Situation	145
7.	Die Abbrecherproblematik	149
7.1	Methodische Vorbemerkung	149
7.2	Analyse der Eingangsbefragung	151
7.2.1	Struktur der Vergleichsgruppen	152
7.2.2	Materielle Situation	155
7.2.3	Psychosoziale Belastungen	157
7.2.4	Motivation	158
7.3	Abbrecherbefragung	160
7.3.1	Situation der Befragten	160
7.3.2	Beurteilung der Maßnahme	164
7.4	Bedeutung und Durchführung der Maßnahmekonzeptionen	166
8.	Verbleibsanalyse	171
8.1	Verbleib der geförderten Maßnahmeteilnehmer	171
8.2	Verbleib der Befragungsteilnehmer	176
8.3	Vergleich des Verbleibs von Maßnahmeteilnehmern und Kontrollgruppenteilnehmern	180
9.	Die Sozialbetreuung in den Maßnahmen	182

Teil IV:	Resümee	185
1.	Bewertung der Duisburger Modelle zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit	186
1.1	Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt	186
1.2	Sozialbetreuung	189
1.3	Maßnahmekombinationen	190
2.	Empfehlung: Maßnahme- und Nutzertypen	193

Zitierte Literatur

Verzeichnis der Tabellen

Übersicht des Untersuchungsverlaufs	8	
Teil I		
1.1	Erwerbstätige nach volkswirtschaftlichen Bereichen	13
2.1	Entwicklung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland von 1975 bis 1995	17
2.2	Entwicklung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1995	19
2.3	Entwicklung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Duisburg von 1980 bis 1995	22
3.1	Langzeitarbeitslose 1992, 1993, 1994 (Bundesgebiet West)	26
3.2	Verknüpfung vermittlungshemmender Merkmale	27
Teil II		
1.1	Aus beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ausgetretene Teilnehmer nach Erfolg der Maßnahme und weitere Merkmale 1993/1994 (Bundesgebiet West)	33
2.1	Modelltypen- und Maßnahmenübersicht	39
2.2	Finanzierung der Maßnahmen	43
Teil III		
1.1	Befragungsteilnehmer nach Schulabschluß	61
1.2	Letzte berufliche Stellung	63
1.3	Gründe für Probleme bei der Stellensuche	67
1.4	Profil der gewünschten Arbeitsstelle	68
1.5	Mobilität nach Alter	69
1.6	Mobilität nach Dauer der Arbeitslosigkeit	70
1.7	Gesundheitliche Probleme	76
1.8	Items zur sozialen Belastungssituation	83
1.9	Erwartungen bei Arbeitslosigkeit	91
2.1	Beurteilung der Maßnahmen	96

2.2	Betreuung der Teilnehmer durch die einzelnen Institutionen	97
2.3	Ausgeübte Tätigkeiten	99
2.4	Profil der Praktikums-/Arbeitsstelle	99
3.1	Merkmale der Teilnehmer der Welle 2 und der Kontrollgruppe	103
3.2	Schuldengrund	105
3.3	Items zur materiellen Belastungssituation im Vergleich	106
3.4	Krankheitsbild nach beruflicher Erwartungshaltung	108
3.5	Alltagskonflikte im Vergleich	109
4.1	Erfüllung der Maßnahmeerwartungen	113
4.2	Mittlerer Maßnahmeeindruck	115
4.3	Veränderungen in der Beurteilung der Maßnahmen	115
4.4	Einschätzung der beruflichen Lage	121
4.5	Einschätzung der Gesundheit im Maßnahmeverlauf	125
5.1	Berufliche Situation nach Beendigung der Maßnahme	127
5.2	Institutionelle Hilfe bei der Stellensuche	128
5.3	Bewertung der Arbeitsstelle nach Erwartungen und Anforderungen	128
5.4	Subjektive Beurteilung der Arbeitsstelle	129
5.5	Verhältnis der Teilnehmer zu den Arbeitskollegen	130
6.1	Verteilung der Teilnehmer auf die Maßnahmetypen in der Welle 1 sowie in den drei Wellen insgesamt	133
6.2	Verteilung der Teilnehmer in den Maßnahmetypen und ihre berufliche Situation zum dritten Befragungszeitpunkt	133
6.3	Haushaltsnettoeinkommen	137
6.4	Berufliche Lage "Heute" und "Nach der Maßnahme"	141
6.5	Berufliche Lage "In fünf Jahren"	142
6.6	Berufliche Lage "Heute" (3. Welle) im Vergleich zu der Angabe "Nach der Maßnahme" (1. und 2. Welle)	143
6.7	Wenn man längere Zeit arbeitslos ist, sollte man bei einer unerwartet angebotenen Stelle	145
7.1	Abbrecherquote der Duisburger Maßnahmen	150
7.2	Abbrecher aus der ersten Befragungswelle	151
7.3	Struktur der Verbliebenen- und Abbrechergruppen	153
7.4	Gründe für Probleme bei der Stellensuche	154
7.5	Die materielle Belastung von Verbliebenen und Abbrechern	157
7.6	Alltagskonflikte	158
7.7	Mobilitätsbereitschaft (zeitliche und örtliche)	159

7.8	Gründe für den Abbruch (Abbrecherbefragung)	161
7.9	Gründe für den Abbruch (Sozialbetreuerbefragung)	162
7.10	Schwierigkeiten der Abbrecher bei der Arbeitsplatzsuche	163
7.11	Probleme der Abbrecher	165
7.12	Gründe für die Ablehnung weiterer Maßnahmen bei Abbrechern	166
7.13	Abbrecher nach Modelltypen	167
7.14	Verbliebene (V) und Abbrecher (A) nach Schulbildung und Modelltypen	168
7.15	Verbliebene (V) und Abbrecher (A) nach Berufsausbildung und Modelltypen	168
7.16	Auf Drängen des Arbeitsamtes in der Maßnahme	170
8.1	Verbleib der nach §9 (4) geförderten Teilnehmer	172
8.2	Teilnehmer in einem Arbeitsverhältnis nach Modelltypen	173
8.3	Teilnehmer in einem Arbeitsverhältnis nach Maßnahmen	174
8.4	Verbleib der Teilnehmer in einem Arbeitsverhältnis nach Qualifikationsart	175
8.5	Verbleib der Teilnehmer aus der ersten Befragungswelle	177
8.6	Verbleib der Teilnehmer aus der ersten Befragungswelle nach Maßnahmen	178
8.7	Verbleib der Teilnehmer aus der ersten Befragungswelle nach Abbruch	179
8.8	Vergleich des Verbleibs von Maßnahmeteilnehmern und Kontrollgruppenteilnehmern	180
9.1	Prozentualer Anteil der Arbeitsaufgaben der Sozialbetreuer	183
Teil IV		
1.1	Modelltypen	190

Verzeichnis der Abbildungen

Teil I

2.1	Langzeitarbeitslosigkeit in Duisburg, Nordrhein-Westfalen und den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland	24
------------	---	-----------

Teil III

1.1	Berufliche Bildung der Befragungsteilnehmer	62
1.2	Beruflicher Status nach der Berufsausbildung	62
1.3	Gründe für den Verlust der letzten Arbeitsstelle	64
1.4	Dauer der Arbeitslosigkeit	66
1.5	Haushalteinkommen	80
2.1	Kenntnis von der Maßnahme	93
2.2	Erwartungshaltung	97
2.3	Einbindung der erworbenen Fähigkeiten im Praktikum/bei der Arbeitsstelle	98
3.1	Gesundheitliche Befindlichkeit im Vergleich	107
4.1	Erwartungen der Teilnehmer von den Maßnahmen	112
4.2	Erwartungen im Anschluß an die Maßnahmen	117
4.3	Auswirkungen der finanziellen Lage	120
4.4	Alltagsprobleme	123
4.5	Gesundheitseinschätzung	124
7.1	Haushaltsnettoeinkommen von Verbliebenen und Abbrechern	156

Teil IV

1.1	Vermittlungserfolg der Maßnahmen	188
------------	---	------------

Zusammenfassung der Studie

Die Bundesregierung legte im Juli 1989 zwei Programme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit mit einem Mittelvolumen von 2,15 Mrd. bzw. 790 Mill. DM; auf, womit Lohnkostenzuschüsse an einstellungswillige Arbeitgeber gezahlt und Maßnahmeträger gefördert werden konnten. 26 Modellarbeitsämter, darunter das Arbeitsamt Duisburg, konnten über ein zusätzliches Mittelkontingent (sog. "Free-Money"-Gelder) zur Zahlung erweiterter Lohnkostenzuschüsse verfügen. Die im Rahmen dieser Programme und darüber hinaus mit AFG-Mittel konzipierten Maßnahmen sollten Beschäftigung, Qualifizierung und Sozialbetreuung zu einem ganzheitlichen Ansatz verknüpfen. Drei Jahre (1/93 -1/96) hat die Forschungsgruppe "Evaluation Langzeitarbeitslosigkeit" (EVAL) die Durchführung von 19 Modellmaßnahmen in Duisburg wissenschaftlich begleitet und deren Wirksamkeit evaluiert.

Da die Ausgestaltung der Modellmaßnahmen recht unterschiedlich war, wurden sie zu Analysezwecken in fünf Modelltypen klassiert:

- Typ I: Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung,
- Typ II: Qualifizierung + Sozialbetreuung,
- Typ III: Beschäftigung + Sozialbetreuung (Sondermodell Beschäftigungsgesellschaft),
- Typ IV: Beschäftigung + Sozialbetreuung und
- Typ V: Beschäftigung.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Defizite der Stadt Duisburg kommt das Forscherteam zu dem Ergebnis, daß die vom Arbeitsamt durchgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit erfolgreich waren.

Ein Drittel aller Maßnahmeteilnehmer (113 von insgesamt 378) konnte wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Besonders gute Reintegrationserfolge wurden durch den Modelltyp "Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung" erzielt. Hierbei erwies sich vor allem der Faktor "Qualifizierung" als beutsam. Einschränkend muß jedoch gesagt werden, daß dieser Modelltyp zugleich die höchste Abbrecherquote aufwies. Insbesondere lernschwache Personen brachen die Maßnahme vorzeitig ab. Für diesen Personenkreis bieten sich daher geförderte Arbeitsverhältnisse mit begleitender Sozialbetreuung an, um berufliche Kenntnisse aufzufrischen bzw. hinzuzugewinnen.

Obgleich objektive Merkmale zur Auswahl der Teilnehmer gesetzlich vorgegeben waren, ist es wichtig, individuelle Wünsche, Interessen und berufliche Perspektiven bei der Auswahl der Teilnehmer zu berücksichtigen. Es ist daher zu empfehlen, die Teilnehmerauswahl verstärkt in Kooperation mit den Maßnahmeträgern durchzuführen. Sinnvoll ist es darüber hinaus, Vorschalt- und Feststellungsmaßnahmen zur Orientierung und Stabilisierung der Teilnehmer anzubieten. So können auch die Träger prüfen, ob die jeweiligen Teilnehmer für die Maßnahme geeignet sind.

Eine wesentlicher Bestandteil der Maßnahmekonzeptionen war die begleitende Sozialbetreuung. Diese hat sich bewährt, insbesondere was die psychosoziale Stabilisierung der Teilnehmer betrifft. Gerade im Hinblick auf die vielfältigen Probleme, mit denen Langzeitarbeitslose konfrontiert werden, ist eine Sozialbetreuung generell anzuraten. Der neu geschaffene §62 (d) des AFG trägt diesem Umstand Rechnung.

Die erweiterten Lohnkostenzuschüsse im Rahmen des §9 (4) der Richtlinien der Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (BHI/RL, bis zu 120,65% des tariflichen Monatseinkommens) haben die Anreize bei potentiellen Arbeitgebern zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen erhöht. Vor allem bei Teilnehmern, die im Rahmen dieser Mittel gefördert wurden, war der Wiedereingliederungserfolg überproportional hoch. So lag ihre Reintegrationsquote mit 40% deutlich über der allgemeinen Wiedereingliederungsquote.

Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse zu konkreten Einzelfragen bietet jeweils eine "Bilanz", die nach jedem Kapitel im empirischen Teil III gezogen wird.

Eine systematische Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse und praktischen Empfehlungen findet sich am Schluß dieses Endberichts in Teil IV.

Neben diesem Endbericht werden zwei Sonderstudien vorgelegt, die sich ausführlich mit möglichen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit befassen. Es handelt sich hierbei um die Studien "Arbeitslosigkeit und Sucht: Eine qualitative Studie zu Suchtkarrieren von Arbeitslosen" und "Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen".

Einleitung

1. Von der Arbeit ohne Ende zum Ende ohne Arbeit?

Die Forschungsgruppe "Evaluation Langzeitarbeitslosigkeit" (EVAL) schließt Ende Januar 1996 ihre Arbeit ab und zieht Bilanz; zur gleichen Zeit öffnet am Duisburger Mariendorf ein Musical-Theater mit "Les Miserables" seine Pforten. Natürlich Zufall, aber Zufälle haben Symbolcharakter, wenn sie sich schon nicht den Mantel der Gesetzmäßigkeit umhängen können.

Wohl handelt der Roman Victor Hugos (1993), der der Musical-Fassung zugrundeliegt, von den Elenden in der heraufziehenden Industriegesellschaft Frankreichs der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einer Zeit, in der für die meisten von ihnen Arbeit kein Ende nehmen wollte, vorausgesetzt man bekam überhaupt Arbeit, um sich über Wasser zu halten. Heute, am Ausgang der modernen Welt, scheint auch ein Ende ohne Arbeit nicht mehr aus der Luft gegriffen zu sein (vgl. z.B. Rifkin 1995; Schabedoth 1994). In Duisburg, wo jede sechste Erwerbsperson arbeitslos und fast jeder zweite Arbeitslose als langzeitarbeitslos registriert ist, wo in den letzten zehn Jahren jeder fünfte Arbeitsplatz verloren gegangen und das Angebot an Ausbildungsplätzen unzureichend ist, ist davon etwas zu spüren.

Damals wie heute wird von einer Polarisierung zwischen Arm und Reich gesprochen, damals zwischen Arbeitern und Fabrikanten, heute zwischen Arbeitslosen und Arbeitsbesitzern. Damals haben Verbitterung und Hoffnungslosigkeit die Arbeiter revoltieren lassen. Und heute? Droht auch in unserer Zeit die Saat des sozialen Spaltpilzes aufzugehen, die - wie viele meinen - sich bemerkbar macht in zunehmender Gewalttätigkeit, erodierenden Bindungen, grassierender Kriminalität, in der wirtschaftlichen Ausschlachtung der Schwachstellen unserer Gesellschaft und in der Selbstbedienung, die im Staat und nicht minder in der Wirtschaft immer mehr um sich greift?

Arbeitslosigkeit ist nichts Neues. Im 19. Jahrhundert war sie gleichbedeutend mit Armut und Not. Das nackte Leben stand auf dem Spiel. Als arm galten Taschendiebe, Vagabunden, "Gesetzlose", Verrückte, "gefallene Frauen" und Gelegenheitsarbeiter, vielfach auch Kleinpächter, Tagelöhner und fahrendes Volk. Sie faßte man unter dem Begriff des "Lumpenproletariats" zusammen, in Großbritannien sprach man gar von den "dangerous classes". Sie waren Außenseiter der Gesellschaft, weil sie, nach vorherrschender Meinung jedenfalls, moralisch versagten, eine schlechte Erziehung hatten.

Mit diesen Erklärungsversuchen sind immer schon Vorstellungen über Strategien einhergegangen, wie man dem Problem Herr werden könne. Dem moralischen Diskurs des 19. Jahrhunderts entspricht die Unterscheidung zwischen würdigen und unwürdigen Armen: erstere seien der öffentlichen Fürsorge würdig, vor letzteren müsse man sich in erster Linie hüten.

Mit der Angst vor Arbeiterrevolten, dem Erstarken der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung, mit den sozialen und politischen Folgen des Ersten Weltkrieges kam es in vielen Industrieländern, auch in Deutschland, zu sozialpolitischen Neuerungen, die auf die Armenfrage eine neue Antwort gaben. Die Vorstellung vom Staatsbürger, der nicht nur politische, sondern auch soziale Rechte besitzt, wurde geboren. Dem Konzept der Randständigkeit, der moralischen und wirtschaftlichen Ausgrenzung im liberalen Kapitalismus, wurde das Konzept des "sozialen Bürgerrechts" (Marshall 1992) und später der sozialen Marktwirtschaft gegenübergestellt. Die Mittel dazu waren nicht nur das Bekenntnis zur gesellschaftlichen Integration, sondern auch konkrete Maßnahmen der sozialen Sicherung, nicht zuletzt gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Alter.

Diese Garantie der sozialen Einschließung hat offenbar so lange Bestand (gehabt), als zentrale - ausgesprochene und unausgesprochene - Annahmen, die diesem - vorwiegend staatlich einzulösenden - Integrationsversprechen zugrundeliegen, nicht in Frage gestellt werden. Für kritische Zeitgenossen in Deutschland scheint genau dieser Zweifel eingetreten zu sein. Was mußte geschehen, so fragt man allenthalben, daß die ursprüngliche Absicht sozialstaatlicher Einrichtungen, sozialen Einschluß zu gewährleisten, nicht mehr greift, ja sich in ein Brandmal der sozialen Ausgrenzung zu verwandeln droht?

Vor allem sind es die Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die steigenden Arbeitslosenzahlen und die Verfestigung der Zahl der Langzeitarbeitslosen in einer Zeit hohen Lebensstandards und raschen Strukturwandels der Wirtschaft bei gleichzeitiger Ebbe in den Staatskassen sowie neuen - ebenso drängenden wie kostspieligen - Problemen (Kriminalität, Umwelt, Kriegsfolgen, Wiedervereinigung) und sich wandelnden Beschäftigungsmustern (Computer-Revolution, Teilzeitarbeit, Frauenerwerbstätigkeit, Globalisierung, Unterbeschäftigung), die die sozialstaatlichen Grundfesten ins Wanken gebracht haben. Das sind die eigentlichen Gründe, warum die Arbeitslosen seit geraumer Zeit ins Gerede gekommen sind.

In der öffentlichen Debatte werden freilich andere Gründe genannt, vor allem die des Sozialmißbrauchs im weitesten Sinne des Wortes (vgl. z.B. Uske 1995). Er untergrabe, so wird vor allem von konservativer Seite her argumentiert, die Grundfesten unseres Sozialsystems. Von Anfang an ist dieser Argumentation entgegengekommen, daß die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Armut eine Unterscheidung zwischen den würdigen und den unwürdigen Armen, den wirklich Bedürftigen und den Sozialschmarotzern impliziert. Denn die Leitidee einer Leistungsgesellschaft beruht auf einer Arbeitsethik, nach der grundsätzlich jeder nach seiner Leistung belohnt werde und erst zweitrangig seine Bedürfnisse ins Spiel bringen könne.

Mit den Instrumenten der Arbeitslosenversicherung, die dem Prinzip der Unterstützung aufgrund von Beiträgen folgt, und der Sozialhilfe, die auf dem Prinzip der Unterstützung nach Bedürftigkeit beruht, meinte man, einen Weg gefunden zu haben, die sozialen Bürgerrechte auf lange Sicht garantieren zu können. Natürlich lag der Teufel im Detail, d.h. vor allem in der Implementation, wenn wir an die Zumutbarkeitsklausel im ersten und an die Bedürftigkeitsprüfung im zweiten Falle denken.

Viel zu spät haben die Befürworter der sozialen Bürgerrechte erkannt, daß die Unterstützungsleistung, die die soziale Einschließung sicherstellt, allemal in einem Zusammenhang mit der Arbeitsbereitschaft der Unterstützten steht. Dieses Eingeständnis fällt heute noch schwer, geschweige denn die Bereitschaft, über Partei- und Verbundsgrenzen hinweg auch zu handeln. Man hat darüber hinaus zu wenig bedacht, daß auch die Ansprüche derjenigen, deren Existenzminimum garantiert ist, mit den Ansprüchen der übrigen Gesellschaft steigen, daß sich die Zugangsregeln und das Unterstützungsmaß nach politischer Wetterlage ändern, und daß sich der Ausschöpfungsgrad der Unterstützungsangebote mit der Zeit erhöht (vgl. z.B. Geißler 1992; Becker/Hauser 1994).

Die Stimmen wollen daher nicht mehr verstummen, die beklagen, daß man zu viele Rechte einräume, aber zu wenig Pflichten einlöse (Morris 1994: 3).

Heute spiegelt sich dieser Sachverhalt in dem unseligen Streit über Umbau oder Abbau des Sozialstaats wider: Die einen betonen die Rechte, die anderen die Pflichten des Bürgers. Wenn man sich auch nicht über die Ursachen und die Mittel zu ihrer Beseitigung einig ist, eines scheint den Diskutanten schön langsam aufzugehen: Es gibt wieder eine Gruppe am Rande der Gesellschaft. Sie hat sich von ihr mehr oder weniger zurückgezogen, die herrschende Moral ist nicht mehr unbedingt ihre Moral.

Die Mitglieder dieser Randgruppe sind häufig nicht mehr Teil einer intakten Familie oder Netzwerkes von Freunden und Bekannten. Diese Gruppe ist in eine Kultur der Abhängigkeit eingebettet, die Nachkommen wachsen häufig in einer Einelternfamilie auf. Mehrfacharbeitslosigkeit ist keine Seltenheit mehr, wie längere oder kürzere Arbeitslosigkeit schon zur Normalbiographie vieler Familien gehört, auch jener, die nicht am Rande der Gesellschaft lebten (vgl. Friedrich/Wiedemeyer 1992:10). Dazu kommen schließlich kleinere oder größere Gruppen von Gastarbeitern, oft allein lebend, mit späterem Familiennachzug und ungewissen Zukunftsplänen, ganz abgesehen davon, daß viele von ihnen die üblichen sozialen Rechte nicht haben oder nicht in Anspruch nehmen (können).

Daraus ergeben sich zwei ernsthafte Folgen: Eine entscheidende Folge dieser Entwicklung besteht darin, daß sich aus dieser Randgruppe im Laufe der Zeit eine "underclass" bilden kann, denn für die Klassenbildung ist vor allem demographische Homogenität über eine gewisse Zeit erforderlich (vgl. Goldthorpe 1985). Klassenzugehörigkeit wird auch weiterhin von der Stellung im Arbeits- und Produktionssystem abhängig sein, während die Abhängigkeit vom Staat auch weiterhin stigmatisierend sein wird. Die andere Folge ist, daß sich Wissenschaftler wie Politiker schnellstens über Struktur und Funktion dieser "underclass" Klarheit verschaffen müssen. Wenn wir wollen, daß sozialpolitische Maßnahmen ihren Sinn erfüllen, dann müssen wir wissen, welche Menschen sie bekommen und beanspruchen, und welche Maßnahme wie auf wen wirkt.

Wir haben es heute immerhin mit einer realistischen Zahl von rund 7 Mio. Unbeschäftigte in Deutschland zu tun, wenn wir zu den offiziellen Arbeitslosen die ABM-Beschäftigten, die Umschüler, die Frühpensionäre, die Bezieher von Altersübergangsgeld und die anteiligen Kurzarbeiter, die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger und den in allernächster Zeit noch zu erwartenden Arbeitsplätzeabbau hinzurechnen, von der "Stillen Reserve" einmal abgesehen (vgl. Engels 1993; Arbeitsgruppe 1995). Immerhin schätzte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schon 1993, daß es bis zum Ende des Jahrhunderts mindestens fünf Millionen Arbeitslose geben werde. Und der Unternehmensberater Roland Berger befürchtet gar, daß es in Deutschland bald 6,5 Millionen Arbeitslose i.e.S. geben könnte, "wenn wir das Ruder nicht herumwerfen" (Die WELT vom 29.12.1995:11).

Daß die Arbeitslosenquote in Deutschland allein innerhalb von Jahresfrist, also zwischen Dezember 1994 und Dezember 1995, von 9,2 % auf 9,9 % gestiegen ist, sollte zu denken geben. So viele Erwerbslose, nämlich 3,8 Millionen insgesamt bzw. 2,7 Millionen in den alten Bundesländern, hat es zum Jahresende seit Bestehen der

Bundesrepublik noch nicht gegeben, ganz abgesehen davon, daß diese Zahl die in die Hunderttausend gehenden Entlassungen zum Jahresende 1995 noch nicht enthält. Bei einem Anteil von rund einem Drittel an der Gesamtzahl der Arbeitslosen werden die Langzeitarbeitslosen immer mehr zur eigentlichen Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt. Dennoch scheinen sie zu einer Frage der Größenordnung zu verkümmern. "Die gesellschaftliche Kraft", wie eine Tageszeitung diese Zahlen kommentierte, "die Lage zu wenden, erschöpft sich im Verbalen". Längst hat daher das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969 seine ursprüngliche Zielsetzung, für Vollbeschäftigung zu sorgen, aufgegeben.

Wenn es zutrifft, daß die Bundesrepublik als "global player" zunehmend mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, in dieser Zeit des rasanten Wandels Menschen für neue Jobs auszubilden, gleichzeitig aber die Computer-Revolution alle Branchen fast gleichzeitig trifft (vgl. Rifkin 1995), bleiben zuallererst für schwer vermittelbare Arbeitskräfte kaum Ausweichmöglichkeiten in andere Positionen, Berufsfelder, Branchen oder Regionen. Dennoch bestimmt hierzulande noch immer der Hinweis die Debatte, wie sehr Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat, Markt und Demokratie, ja Wachstum der Wirtschaft und Wachstum des Staates gleichermaßen den Weg zum Reichtum dieser Nation und zur Wohlfahrt seiner Bürger geebnet habe (vgl. Dettling 1985:21 ff.). Schon längst hat sich die eigentliche Fragestellung umgekehrt, nämlich wie wir zu einem gesunden Gleichgewicht von einer sich ständig erhöhenden Produktionsfähigkeit und der sich reduzierenden Erwerbsmöglichkeiten kommen. Denn erst diese Balance garantiert einen funktionierenden Markt und einen handlungsfähigen Staat. Eine hohe, noch immer steigende Sockelarbeitslosigkeit deutet aber darauf hin, daß der Arbeitsmarkt seine Fähigkeit eingebüßt hat, Arbeitslose wieder zu Berufstätigen zu machen.

Man ist, wie das Kaninchen vor der Schlange, auf die probaten Lösungen von Markt und Staat fixiert und übersieht, daß im Dritten Sektor unter privatwirtschaftlicher oder Non-Profit-Regie, aber auch auf einem zweiten Arbeitsmarkt unter kommunaler Regie ein beträchtliches Beschäftigungsreservoir vorhanden ist (z.B. Hochschulen, Umweltschutz, Stadtsanierung, Altenpflege). Natürlich ist Teil dieser Lösungen, daß man sich Klarheit über die erwähnten Annahmen verschafft, die der Garantie der sozialen Bürgerrechte zugrundeliegen. Nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit soll finanziert werden. Daß Arbeit finanziert wird und Arbeitsplätze rentabel bleiben, dafür sind die Tarifpartner verantwortlich. Kartelle auf beiden Seiten schaden nur denen, die draußen bleiben (müssen). Die Tarifpartner lassen es sich zu Recht nicht nehmen, den Preis für Arbeit festzusetzen, dann müssen sie aber auch die Spielregeln dem geänderten - lies: globalen - Arbeitsmarkt anpassen! Jetzt gilt es, diese Aufgabe zu

lösen, denn, wie Lord Keynes zu sagen pflegte, "auf lange Sicht sind wir alle tot"!

2. Ziele des Projekts und inhaltlicher Überblick

Natürlich waren die Sonderprogramme, die die Bundesregierung im Juli 1989 zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aufgelegt hatte, in Duisburg willkommen.

Es handelt sich einerseits um das Programm "Maßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitlose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose" und andererseits um die "Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose" (BHI-Programm). Mit den Mitteln dieser Programme sollten Maßnahmeträger gefördert und Lohnkostenzuschüsse an einstellungswillige Arbeitgeber gezahlt werden. Über ein zusätzliches Mittelkontingent von 200 Millionen DM (sogenannte "Free-Money"-Gelder) konnten 26 Modellarbeitsämter, darunter auch das Arbeitsamt Duisburg, Arbeitgebern erweiterte Lohnkostenzuschüsse gewähren.

Die Forschungsgruppe EVAL wurde vom Arbeitsamt Duisburg beauftragt, ab Januar 1993 die im Rahmen der Sonderprogramme in Duisburg durchgeföhrten Modellvorhaben wissenschaftlich zu begleiten.

Die Sonderprogramme verfolgten das primäre Ziel, Langzeitarbeitslose und andere schwerstvermittelbare Arbeitslose wieder dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Förderinstrumente (Sonderprogramme und AFG) verknüpft mit dem Anspruch, Beschäftigung, Qualifizierung und Sozialbetreuung zu einem ganzheitlichen Ansatz zu verbinden. Die vom Arbeitsamt Duisburg konzipierten Maßnahmen waren sehr unterschiedlich, so daß sie für die Evaluation zu fünf Modelltypen zusammengefaßt werden mußten.

Die Aufgabe der wissenschaftlichen Evaluation hat darin bestanden, die Effektivität der Maßnahmen, d.h. deren praktische und bedarfsgerechte Umsetzung zu ermitteln. Es sind daher alle Bausteine des Maßnahmenbündels einer wissenschaftlichen Begutachtung unterzogen worden.

Die Begleitforschung hat das Projektteam in zwei Schritten vollzogen: Im ersten Schritt ist es um eine zeitnahe Erfassung von Reaktionen aller Programmteilnehmer gegangen, um erste Erfahrungen, Nutzungsmuster und Nutzungsinteressen möglichst rasch zurückzumelden und Anhaltspunkte für Erfolgskriterien zu gewinnen. Dieser Feedback-Funktion haben nicht zuletzt die schriftlichen Zwischenberichte, die

Gespräche mit der Leitung des Arbeitsamts und die intensiven Kontakte mit der Ansprechpartnerin im Arbeitsamt, Frau Steltner, gedient; der zweite Schritt wird mit dem vorliegenden Endbericht getan, der eine zusammenfassende Bilanzierung und Bewertung einzelner Maßnahmekomponenten beinhaltet. Sie erlauben, Maßnahmen und Nutzer zu typologisieren sowie Empfehlungen für die Fortführung alter und die Konzeption neuer Programme auszusprechen.

Diesen Aufgaben entsprechend ist der vorliegende Endbericht aufgebaut:

- Teil I stellt die Entwicklung der Duisburger Langzeitarbeitslosigkeit in einen regionalen und internationalen Rahmen und beschreibt im Detail die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung.

- Teil II stellt zunächst die methodische Anlage der Untersuchung vor, dann werden die einzelnen Modellprojekte beschrieben und klassifiziert und schließlich die Methoden der Begleitforschung erläutert.

- Teil III enthält die Ergebnisse der Datenanalyse, die jeweils am Ende jedes Kapitels bilanziert werden. Schwerpunkte der empirischen Analyse sind die Erfassung der psychosozialen Situation der Maßnahmeteilnehmer, die Beurteilung der Maßnahmen aus Sicht der Teilnehmer, die Veränderungen dieser Einschätzung im Verlauf der Maßnahmen und die Ermittlung von Ursachen für den vorzeitigen Abbruch der Maßnahmen.

- Teil IV ist schließlich einer inhaltlichen Zusammenfassung und den praktischen Empfehlungen gewidmet.

Eine Darstellung der methodischen Schritte, insbesondere der verschiedenen Erhebungsphasen, bietet folgende Übersicht. Die verschiedenen Erhebungsinstrumente (Fragebögen) sind in einem eigenen Anhang-Band dokumentiert.

Übersicht des Untersuchungsverlaufs

Maßnahme	Zeitraum der Maßnahmen (inkl. Modellförderung)	Teilnehmer Insgesamt	1. Welle		2. Welle		3. Welle 4.94-5.95*	Abbrecherb. 1.94-10.94*
			Befr.-Zeitraum / Befragte		Befr.-Zeitraum / Befragte			
Modelltyp I								
- BKF I	09.11.92 - 04.05.94	17	3.93	5	11.93	4	1	--
- BKF II	10.04.93 - 26.10.94	17	5.93	12	4.94	7	1	1
- Büro	15.07.93 - 31.08.94	17	7./8.93	11	1.94	6	1	3
- Elektro	15.11.92 - 14.05.94	29	3.93	10	3.94	2	--	--
- Fachpacker I	23.11.92 - 11.11.94	31	3.93	9	12.93	4	2	4
Fachpacker II	03.05.93 - 31.12.94	18	5./6.93	14	4.94	3	1	7
- Gas/Wasser/ Elektro	02.08.93 - 31.12.94	24	11.93	11	12.94	4	--	3
Modelltyp II								
- Bauhelfer I	02.11.92 - 30.04.94	20	3.93	2	--	--	--	--
Bauhelfer II	01.05.93 - 31.10.94	12	5.93	6	9.93	2	2	2
- Frauen	15.07.93 - 14.10.94	46	7.93	6	10.93	2	1	--
- MÄLA	02.11.92 - 31.03.94	30	3.93	12	--	--	--	--
Modelltyp III								
- Personalüber- lassung I/II/III	01.12.92 - 30.11.93	13	3.93	8	--	--	--	--
	01.06.93 - 30.05.94	21	7.93	19	4.94	7	2	3
	01.11.93 - 31.10.94	22	12.93	15	8./10.94	9	2	--
Modelltyp IV								
- Grün I	15.03.93 - 14.03.94	19	4./6.93	10	2.94	6	5	1
- Grün II	01.08.93 - 31.07.94	10	8./9.93	7	6./7.94	6	--	--
- Du '93	01.08.93 - 31.07.94	11	8.93	7	7.94	1	--	1
Modelltyp V								
- Altenpflege	01.07.93 - 31.12.93	13	7.93	9	12.93	7	5	--
- Einzelhandel	01.07.93 - 31.12.93	8	8.93	7	12.93	7	4	--
Summe		378		180		74	30	25

* Befragungszeitpunkte variieren stark.

Die Forschungsgruppe EVAL ist sich durchaus bewußt, daß das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit einer breiteren Öffentlichkeit - ebenso wie die Langzeitarbeitslosen selbst - schwer vermittelbar ist. Betrüblich ist nur, daß die öffentliche Aufgeregtheit über die Zahl und die Art der Langzeitarbeitslosen der letzten Zeit eher mit Wahlkampfmunition und leeren Staatskassen zu tun hat als mit einer redlichen Auseinandersetzung mit Ursachen, Ausmaß, Formen und Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit. Es wäre politisch gefährlich, sozialpolitisch unsinnig und wirtschaftlich außerordentlich kostspielig, wenn man das Thema zu einer Frage der Größenordnung reduzierte. Wir sind dennoch optimistisch, daß unsere Erkenntnisse und Empfehlungen dem Auftraggeber nicht schwer vermittelbar sein werden.

Teil I:

Arbeitsmarkt und arbeitsmarkt- politische Maßnahmen

1. Der Arbeitsmarkt im Wandel der Zeit

Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Problem hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert; 1975 überschritt die Zahl der Arbeitslosen erstmals die Millionengrenze. Da alle Anstrengungen, dem Problem in den 80er Jahren Herr zu werden, fehlgeschlagen sind, hat das öffentliche Interesse an den Ursachen, Formen und den Strategien der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nachgelassen. Der Glaube an die Vollbeschäftigung ist praktisch aufgegeben worden.

Erst die jüngste Entwicklung seit Ende 1991, die in qualitativer und quantitativer Hinsicht eine Verschärfung der Situation auf dem Arbeitsmarkt markiert, hat die Öffentlichkeit wieder aufgeschreckt. Denn Arbeitslosigkeit ist nicht mehr in erster Linie ein Problem von gesellschaftlichen Randgruppen, sogenannten Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt, und strukturschwachen Regionen. Mehr als eine Million Industrie-arbeitsplätze gingen allein zwischen 1991 und 1995 im Westen Deutschlands verloren und plötzlich sind mehr und neue Gruppierungen gegen Arbeitslosigkeit nicht mehr gefeit (vgl. Merk 1994:7).

Betroffen sind nicht nur die seit langem schrumpfenden Branchen (Stahl-, Textil- und Werftindustrie), sondern auch zuvor florierende Industriezweige (Fahrzeug- und Maschinenbau, Elektroindustrie und Chemische Industrie). Im Osten Deutschlands ist der Systemumbau nach Meinung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, mit einer regelrechten De-Industrialisierung verbunden. Nur noch ein Fünftel (im Westen ist es ein Drittel) aller Arbeitnehmer ist dort im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Selbst wirtschaftliches Wachstum im konjunkturellen Aufschwung verspricht keine neuen Arbeitsplätze. Auch hohe Qualifikation und Flexibilität schützen heute nicht mehr davor, arbeitslos zu werden.

Die Reichweite der Arbeitsmarktleprobleme macht die Auswirkungen des regionalen und globalen Strukturwandels, der sich langfristig in der Entwicklung der sektoralen Beschäftigtenstruktur widerspiegelt, schlaglichtartig deutlich.

Wirtschaftswachstum war immer verbunden mit einem ständigen Wandel der Beschäftigtenstruktur. Je nach Produktivitätsfortschritt expandieren einige Branchen aufgrund höherer Investitionen, während andere schrumpfen und neue ökonomische Felder sich durch innovative Technologien eröffnen. Nicht zuletzt diese Verlagerung ökonomischer Aktivitäten - sei es innerhalb oder zwischen den Sektoren - sorgt für Wirtschaftswachstum und eine Steigerung des Lebensstandards. Aber auch das Arbeitsplatzangebot ist in hohem Maße vom Stand der volkswirtschaftlichen Entwick-

lung abhängig. Den Strukturwandel politisch aufhalten zu wollen, wäre kurzsichtig. Nur seine Förderung durch entsprechende Investitionsanreize, flexible Arbeitsbedingungen und fortgesetzte Qualifizierung von Arbeitnehmern kann die internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft langfristig sichern und ihr Beschäftigungspotential ausschöpfen.

Auslöser für den Strukturwandel ist nicht nur der technische Fortschritt, der die Produktivität steigert und einzelne Branchen expandieren oder schrumpfen lässt. Als weitere Ursachen des Strukturwandels spielen Änderungen der Konsumpräferenzen, Rohstoffpreise und Wechselkursparitäten sowie politische Entscheidungen (Wiedervereinigung Deutschlands u.a.) und die Globalisierung der Märkte eine mehr oder weniger große Rolle (vgl. Essig 1994:16 ff.).

Speziell die Schaffung großräumiger Märkte durch Abbau von Handelshemmnissen hat weitreichende Folgen für ein Land wie die Bundesrepublik, dessen Wirtschaft seit jeher stark exportorientiert ist (Exportquote 1992: 33,0% (vgl. Hertel 1994:213)). Die sich verschärfende Wettbewerbssituation wertet günstige Standortfaktoren anderer Länder auf und führt über Kapital- und Arbeitsströme sowie Produktionsverlagerungen zu einer am Welthandel ausgerichteten Wirtschaftsstruktur.

Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über den Strukturwandel seit 1950:

Obwohl in der Zeit des Wiederaufbaus fünf Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, konnten viele Menschen aus der ehemaligen DDR und den Ostgebieten in den westdeutschen Arbeitsmarkt nicht integriert werden. Arbeitslosigkeit war für eine große Zahl dieser Personen, die sich aufgrund des städtischen Wohnraummangels in ländlichen Gegenden niederließen, unvermeidlich. In der Landwirtschaft konnten die Zugewanderten nicht beschäftigt werden. Dort ging die Zahl der Erwerbstätigen sogar um 1,2 Mio. zurück. Hauptsächlich durch die Expansion des Produzierenden Gewerbes (+ 4 Mio. Erwerbstätige) konnten die Arbeitsplatzverluste in der Landwirtschaft und die regionalen Wanderungsbewegungen weitgehend aufgefangen werden. Das vor allem in der ersten Hälfte der 50er Jahre anhaltende Arbeitsplatzdefizit spiegelte strukturelle Arbeitslosigkeit wider. Dennoch fiel die Arbeitslosenquote von 11,0% im Jahre 1950 auf 1,3% im Jahre 1960 (vgl. Rudolph 1994:183). Strukturell konnte das Produzierende Gewerbe in dieser Zeit seine Vorrangstellung gegenüber dem Dienstleistungssektor nach Bruttowertschöpfung und Zahl der Erwerbstätigen behaupten (siehe Tabelle 1.1).

Tabelle 1.1: Erwerbstätige nach volkswirtschaftlichen Bereichen *

Wirtschaftsbereich	1950	1960	1970	1980	1990
primärer Sektor	24,6%	13,7%	8,5%	5,2%	3,5%
sekundärer Sektor	42,9%	47,9%	48,9%	43,4%	39,7%
tertiärer Sektor	32,5%	38,4%	42,6%	51,4%	56,8%

* Angaben für das alte Bundesgebiet

Quelle: Eigene Berechnungen nach Essig 1994:24

In den 60er Jahren nahm die Zahl der Erwerbstätigen nur um eine halbe Million zu. Angeworbene Gastarbeiter glichen die primär altersbedingte Abnahme des deutschen Erwerbspersonenpotentials aus und deckten den Arbeitskräftebedarf von Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Im Produzierenden Gewerbe blieb die Beschäftigtenzahl trotz der krisenhaften Entwicklung im Bergbau und in der Textilindustrie annähernd konstant. Dagegen verbuchte der tertiäre Sektor in den 60er Jahren einen Beschäftigungszuwachs von rund 14,0% (vgl. Nowack 1994:38).

Zwischen 1970 und 1990 drängten noch einmal knapp zwei Millionen Erwerbstätige auf den Arbeitsmarkt (vgl. Essig 1994:24). Das ist wiederum zurückzuführen auf eine Verschiebung der Altersstruktur in der Bevölkerung, auf Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa und auf eine stärkere Frauenerwerbsbeteiligung (vgl. Cornelsen 1994:68). Trotz Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wuchs die Zahl der Arbeitsuchenden. Aufgrund der Produktivitätssteigerungen führte das Wirtschaftswachstum, das vor allem aus dem Produzierenden Gewerbe herrührte, nicht zu einem erhöhten Arbeitskräftebedarf. Im Gegenteil, die Zahl der Erwerbstätigen im sekundären Sektor ging zwischen 1970 und 1990 um 1,7 Millionen zurück. Dabei mußten fast alle sekundären Wirtschaftszweige Verluste hinnehmen, einige Branchen wie Stahl, Schiffsbau und Textil waren besonders stark betroffen.

Auch in der Landwirtschaft ging im selben Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um weitere 1,3 Millionen zurück. Hingegen konnte der Dienstleistungssektor mit einem Zuwachs von 4,8 Millionen den Arbeitsplatzabbau in den anderen Sektoren, zwar regional unterschiedlich, aber deutlich kompensieren. Aufgrund geringerer Produktivitätszuwächse setzt sich hier Wirtschaftswachstum in vergrößerten Personalbedarf um. Dazu trugen vor allem die Dienstleistungen für Unternehmen, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungsträger bei (vgl. Nowack 1994:39).

Die Proportionen der Sektoren haben sich so bis 1990 merklich verschoben. Im Produzierenden Gewerbe waren nur noch rund 40,0% der Erwerbstätigen beschäftigt, während der tertiäre Sektor bereits 57,0% aller Beschäftigten aufnahm. Der primäre Sektor beschäftigte nur mehr 3,5% der Erwerbstätigen (siehe Tabelle 1.1).

Vergleicht man den tertiären Sektor der Bundesrepublik mit dem anderer Länder, so kann man von erheblichen Wachstumsreserven dieses Sektors ausgehen. In den USA waren schon Ende der 80er Jahre mehr als 70% aller Beschäftigten Dienstleister. Gleichwohl ist eine gesetzmäßige Entwicklung des Strukturwandels empirisch nicht nachweisbar, so überzeugend die ursprüngliche Drei-Sektoren-Hypothese von Jean Fourastié (1954) Ende der 40er Jahre vorgetragen und in späteren Studien der Tendenz nach immer wieder bestätigt worden ist (vgl. Thuy 1994:27ff.). Trotz eines Trends zur Tertiarisierung der Wirtschaft sind nicht nur kulturell unterschiedliche Ausprägungen des Strukturwandels wahrscheinlich, sondern auch gegenläufige Tendenzen der Industrialisierung von Dienstleistungen, nicht zuletzt durch die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie, zu beobachten (vgl. Gershuny 1981, Rifkin 1995).

2. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

2.1 Die Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union (EU)

Im Dezember 1993 beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel, bis zum Ende dieses Jahrhunderts das gegenwärtige Niveau der Arbeitslosigkeit mindestens um die Hälfte zu reduzieren.

Ende 1995 waren in den EU-Staaten etwa 18 Millionen Personen¹ arbeitslos. Fast 10 Millionen Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren verlorengegangen. In der EU nahm die Langzeitarbeitslosigkeit in der ersten Hälfte der 80er Jahre erheblich zu. Bis zum Jahr 1989 stieg ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf über die Hälfte, genau 53%. Bis 1992 sank der Anteil auf 43%, was einerseits auf ein starkes Beschäftigungswachstum in den Mitgliedsstaaten zurückzuführen ist, andererseits aber auch mit einer stärkeren Fluktuation bei den Arbeitsplätzen und einem deutlichen Anstieg von Kurzzeitarbeitsverhältnissen zu tun hat. Stark abgenommen hat insbe-

¹ Nach Angaben des Statistischen Amtes der EU, das versucht, die unterschiedlichen Erfassungsmuster in den einzelnen Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen. Dabei geht das Statistische Amt der EU von der OECD-Definition aus, nach der Personen, die für eine Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen und sich auch aktiv, aber erfolglos, um einen Arbeitsplatz bemühen, zu den Arbeitslosen gezählt werden.

sondere der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Spanien und Portugal, und zwar von 60% auf 45% bzw. von 53% auf 30%.

Seither nahm in allen Staaten der EU die Arbeitslosigkeit und in der Folge der Anteil der Langzeitarbeitslosen wieder verstkt zu. Insbesondere zeigen die Erfahrungen mit den letzten Konjunkturzyklen, daß der Anteil der Personen, die länger arbeitslos sind, auch dann noch ansteigt, wenn die rezessiven Phasen beendet sind.

Dies trifft auch auf die Bundesrepublik zu, die aufgrund der Wiedervereinigungsnachfrage im Vergleich zu den anderen EU-Staaten später in die Phase der Rezession eingetreten war. Anschließend erwischte die Rezession beide Teile Deutschlands um so heftiger, verstkt durch den Ausfall der östlichen Handelspartner.

Abgesehen von der Sondersituation der 50er Jahre, trat strukturelle Arbeitslosigkeit in der alten Bundesrepublik zum ersten Mal in spürbarem Umfang in den Jahren 1967/68 auf. In diesem Zeitraum gab es die paradoxe Situation, daß ein Arbeitskräftemangel vor allem in technologisch fortgeschrittenen Branchen herrschte: Die Arbeitsnachfrage übertraf das Arbeitsangebot, das unter Ausbildungsgesichtspunkten den betrieblichen Anforderungen nicht entsprach. So standen beispielsweise 1968 488.000 offenen Stellen 323.000 Arbeitslose, was einer Arbeitslosenquote von 1,5% gleichkam, gegenüber.

Die hohe Sockelarbeitslosigkeit, wie wir sie heute kennen, geht auf die zweite Rezession zurück, die die Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 70er Jahre heimsuchte. 1971 stieg die Inflationsrate auf fast 6%, was dazu führte, daß die Zinsen stiegen, die Sparquote der Konsumenten anwuchs und die Investitionsneigung der Unternehmer zurückging. Ein doppeltes Beschäftigungsrisiko war die Folge: kurzfristig, weil die Nachfrage ausblieb, und mittelfristig, weil weniger Arbeitsplätze geschaffen wurden. Hinzu kam die Verteuerung der Exporte, da die D-Mark kräftig im Kurs stieg. Letzter Auslöser war schließlich die Ölkrise 1973/74, die das Investitionsklima wiederum anheizte. Daraus resultierten Lohnsteigerungen zwischen 12 und 15%. Die Exportanstrengungen nahmen zu, allerdings gedämpft durch hohe Inflationsraten und größere Zahlungsbilanzdefizite der Partnerländer. Die inländische Produktion wurde daraufhin gedrosselt, es wurde häufiger Kurzarbeit eingeführt und immer mehr Arbeitskräfte mußten entlassen werden. Im Jahre 1975 überschritt die Zahl der Arbeitslosen zum ersten Mal die Millionengrenze (Quote: 4,6%).

Im Jahre 1974 betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen 5,1%. Bereits 1975 stieg dieser Anteil auf 9,6%, absolut auf rund

97.000. Die Zahl erhöhte sich bis 1978 auf 176.000 (20,3%) und sank in den Folgejahren nicht mehr unter 140.000 Personen (vgl. Klems/Schmid 1990:32).

Auch die Gesamtzahl der Arbeitslosen sank in den folgenden Jahren nicht mehr unter 850.000. 1981 überschritt sie wieder die Grenze von einer Million (Langzeitarbeitslose: 163.000 = 12,9%). Diese Entwicklung setzte sich fort bis zum Jahre 1985, als im Jahresdurchschnitt 2,3 Millionen Arbeitslose registriert wurden (Langzeitarbeitslose: 665.793 = 31,0%). Auslöser war dieses Mal die zweite Ölkrise von 1980/81, die eine "technische Revolution" mit Rationalisierungsinvestitionen nach sich zog. Es kam zu einer forcierten Verschiebung der Beschäftigung vom sekundären zum tertiären Wirtschaftssektor. Einige Industriezweige, wie Bergbau, Stahlerzeugung, Schiffbau und Textil, schrumpften innerhalb weniger Jahre kräftig zusammen. Zwischen 1980 und 1983 nahm die Gesamtzahl der Erwerbstätigen um etwa 730.000 ab, und 370.000 Personen aus den geburtenstarken Jahrgängen traten neu in den Arbeitsmarkt ein.

Die Arbeitslosenzahl sank seither (in den alten Bundesländern) nicht mehr unter 1,6 Millionen im Jahresdurchschnitt. Davon waren mindestens 26% ein Jahr oder länger arbeitslos, d.h. mehr als ein Viertel aller Arbeitslosen sind, auch in Zeiten der Hochkonjunktur, längerfristig arbeitslos gewesen (vgl. Tabelle 2.1). Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahre 1995, als 827.700 Personen oder 33,3% länger als ein Jahr arbeitslos waren.

Nach zwischenzeitlich und saisonbedingt über vier Millionen Arbeitslosen zu Beginn des Jahres 1994 (und wahrscheinlich wieder zu Beginn des Jahres 1996) waren im September 1995 in der gesamten Bundesrepublik 3.521.049 Menschen (Quote: 9,2%) ohne Arbeit, davon in den alten Bundesländern 2.488.435 und in den neuen Bundesländern 1.032.614 Menschen. Der wahrscheinliche, neuerliche Anstieg der Arbeitslosenzahl auf über vier Millionen zu Beginn des Jahres 1996 verheißt keine guten Konjunkturaussichten.

Tabelle 2.1: Entwicklung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland von 1975 bis 1995

	Gesamtzahl der Arbeitslosen	davon langzeitarbeitslos (absolut)	relativer Anteil in %
1975	1.017.903	71.253	7,0
1976	954.150	160.297	16,8
1977	946.491	171.315	18,1
1978	913.034	202.694	22,2
1979	777.548	163.285	21,0
1980	822.701	106.145	12,9
1981	1.256.396	162.504	12,9
1982	1.818.638	326.632	18,0
1983	2.133.900	531.632	24,9
1984	2.143.008	617.462	28,8
1985	2.150.897	665.793	31,0
1986*	2.045.837	654.008	32,0
1987	2.106.950	670.170	31,8
1988	2.099.638	684.670	32,6
1989	1.880.644	591.306	31,4
1990	1.727.742	513.405	29,7
1991	1.609.500	454.894	28,3
1992	1.783.608	474.315	26,6
1993	2.287.972	593.945	26,0
1994	2.452.466	797.564	32,5
1995	2.488.435	827.700	33,3

Angaben für das alte Bundesgebiet, Stand Ende September des jeweiligen Jahres.

- * Seit dem 01.01.1986 gilt § 105 c des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Danach können Personen, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und erklären, daß sie dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in Anspruch nehmen. Sie werden jedoch nicht mehr in der Statistik erfaßt. Das gleiche gilt für Frauen, die Erziehungsgeld beziehen.

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge

Die Konjunkturentwicklung der vergangenen beiden Jahre, zumindest für den Westen Deutschlands, kann anhand folgender Zahlen aufgezeigt werden: Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 1,8 Millionen im ersten Quartal 1993 auf fast 2,6 Millionen Personen im ersten Quartal 1994 an und blieb bis zum März 1995 stabil. Entsprechend ging aber auch die Zahl der Erwerbstätigen zurück. In dieser Zeit verdreifachte sich die Kurzarbeit, die seitdem allerdings stetig zurückgegangen war und von der im ersten Quartal 1995 noch 132.000 Arbeiter betroffen waren. Damit einhergehend war die Kapazität der Maschinen zur Jahresmitte 1993 mit 76% so gering ausgelastet wie in den Jahren 1974/75 und 1981/82, zur Mitte des Jahres 1994 lag sie wieder bei 82,3%. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag im ersten Halbjahr 1993 um 3% unter dem des Vorjahrs, stieg aber zum ersten Halbjahr 1994 wieder um 4,2% - u. a. eine Folge der zwischenzeitlichen Einbrüche auf den Exportmärkten für Investitionsgüter. Hinzu kamen zwar moderate Lohnabschlüsse, aber auch steigende Steuern und Abga-

ben sowie die Rückführung der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten, die zusammengekommen den privaten Verbrauch als stärkste Nachfragequelle beeinträchtigten.

Strukturell zeigt sich, daß insbesondere die verarbeitenden Betriebe mittelfristig, also in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren, noch weitere 500.000 Arbeitsplätze abbauen wollen. Auf den europäisch integrierten und weltweit globalisierten Märkten findet zur Zeit ein verschärfter Wettbewerb statt, der unter anderem dazu führt, daß die Produktion verstärkt in osteuropäische Billiglohnländer abwandert und zu Hause vermehrt auf schlanke Verwaltung und schlankes Management gesetzt wird (vgl. Kühl 1993; BMWi 1995a). "Deutschland ist Weltmeister im Export von Arbeitsplätzen", meinte jüngst Hans-Olaf Henkel, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie. Allein 1995 sollen 300.000 Arbeitsplätze "exportiert" werden, weitere 300.000 bis 500.000 möglicherweise 1996 (vgl. RP vom 24.10.95).

In ihrer "Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1999" rechnet das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi 1995b) damit, daß in den Jahren 1995 bis 1999 das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bei jährlich 2,5 bis 3% liegen wird. Die Zahl der Erwerbstätigen wird demnach in dieser Periode um durchschnittlich 1% pro Jahr zunehmen. Für den Arbeitsmarkt sieht das Bundeswirtschaftsministerium "die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik im Endjahr der Projektion immer noch unbefriedigend hoch" (BMWi 1995b:4), ohne jedoch konkrete Zahlen zu nennen. Es sieht die wirtschaftliche Dynamik vor allem durch eine sich gegenseitig verstärkende Entwicklung der Exporte, der Investitionen, der Beschäftigung und schließlich - in zunehmenden Maße - auch des privaten Verbrauchs geprägt. Freilich teilen nicht alle Wirtschaftsforschungsinstitute die positive Grundstimmung des Bundesministeriums.

Die Erwartungen für die kommenden Jahre wurden bereits nach unten korrigiert. Es wird nun vielmehr davon ausgegangen, daß aufgrund der moderaten Tarifabschlüsse der Jahre 1993 und 1994 die Realeinkommen, nicht zuletzt in Verbindung mit zusätzlichen Steuern und Abgaben, um 1,5% zurückgehen, was die Ausgaben der Konsumenten reduzieren und die Konjunktur drosseln wird. Insgesamt wird ein Kaufkraftrückgang von etwa 3% erwartet, der die stärkste Abnahme in der Geschichte der Bundesrepublik darstellt (bisher höchster Rückgang 1982 mit 2%).

2.2 Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Arbeitslosigkeit seit 1970 in Wellenbewegungen entwickelt. Während im Juni 1970 29.524 Personen arbeitslos gewesen waren, schaukelten sich die Zahlen bis zum Januar 1979 immer weiter in die Höhe, als 345.583 Personen bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet waren. In den folgenden zwei Jahren fielen die absoluten Arbeitslosenzahlen nicht mehr unter 250.000. Bereits im Januar 1981 überschritt die Zahl der Arbeitslosen mit 377.715 die bisherige Höchstmarke. Anschließend stieg die Arbeitslosenzahl bis zum Februar 1988 kontinuierlich an, als in Nordrhein-Westfalen knapp 800.000 Menschen ohne Arbeit waren. In den folgenden Jahren ging die Arbeitslosigkeit wieder zurück. Die Arbeitslosenzahlen erreichten im Juni 1991 mit 542.834 Arbeitslosen einen Tiefpunkt, um daraufhin wieder steil anzusteigen. Den vorläufigen Höhepunkt gab es im Februar 1994, als Nordrhein-Westfalen 817.396 Arbeitslose (Quote: 11,1%) registrierte. Zur Zeit (September 1995) waren 766.606 Menschen arbeitslos, was 10,5% der Erwerbspersonen entspricht (siehe Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2: Entwicklung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1995

	Gesamtzahl der Arbeitslosen	davon langzeitarbeitslos (absolut)	relativer Anteil in %
1980	275.592	43.362	15,7
1981	411.622	64.783	15,7
1982	581.948	124.268	21,4
1983	695.070	200.216	28,8
1984	698.589	234.664	33,6
1985	712.981	253.522	35,6
1986	699.440	258.220	36,9
1987	729.032	267.410	36,7
1988	726.653	275.458	37,9
1989	646.861	238.003	36,7
1990	589.492	206.585	35,0
1991	545.213	183.906	33,7
1992	581.584	188.096	32,3
1993	715.913	219.487	30,7
1994	761.231	280.100	37,0
1995	766.606	291.870	38,1

Alle Tabellenangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt Ende September des jeweiligen Jahres.

Quelle: Presseinformation des Landesarbeitsamtes NRW, verschiedene Jahrgänge

Die Langzeitarbeitslosigkeit entwickelte sich ebenso einschneidend. Während 1980 "nur" 43.362 (15,7%) länger als ein Jahr arbeitslos waren, stieg diese Zahl bis zum Jahre 1984 auf 234.664 Personen (33,6%) an. 1988 waren 275.458 ehemals Beschäftigte bereits länger als ein Jahr arbeitslos; das entspricht dem bis dahin höchsten Anteil von 37,9% der 727.000 Arbeitslosen. Zwischenzeitlich ging der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl aller von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen auf 30,7% (d.s. 219.487 Personen) zurück, obwohl die Zahl der Arbeitslosen seit Juli 1991 stetig gestiegen ist und Ende September 1993 bereits wieder bei 715.913 lag.

Die jüngste Entwicklung ist vor allem durch einen starken Anstieg des Anteils der Langzeitarbeitslosen gekennzeichnet (37% aller Arbeitslosen im September 1994). Dies ist eine Steigerung von 27,6% gegenüber dem Vorjahr, während die Gesamtzahl der Arbeitslosen "nur" um 6,3% stieg. Auch 1995 zeigt sich das gleiche Bild. Von den etwa 767.000 Arbeitslosen (Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 0,7%) sind 291.870 (38,1%) Personen langzeitarbeitslos (Steigerung um 4,2%). Damit ist das Jahr 1995 ein negatives Rekordjahr für Nordrhein-Westfalen, was die absoluten und die relativen Zahlen in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit betrifft.

2.3 Duisburg

Duisburg, im westlichen Teil des Ruhrgebiets an der Einmündung der Ruhr in den Rhein gelegen, ist flächenmäßig mit 23.283 ha nach Dortmund die zweitgrößte Stadt des Ruhrgebiets. Mit 2.943 ha stellt sie mehr als jede andere Stadt gewerbliche Nutzfläche zur Verfügung. Andererseits verfügt keine andere Ruhrgebietsmetropole über eine so große Grün- und Wasserfläche, wobei die Wasserfläche allein etwa das Vierfache der nachfolgenden Stadt Essen ausmacht. Duisburg steht mit einer Bevölkerungsdichte von 2.306 Einwohnern je Quadratkilometer im Ruhrgebiet an 6. Stelle (Durchschnitt: 1.228 Einw./qkm) und in Nordrhein-Westfalen an 7. Stelle (Durchschnitt: 521 Einw./qkm). Der Durchschnitt im gesamten Bundesgebiet beträgt 225 Einw./qkm (vgl. KVR 1993/1994).

Duisburg weist am 31.12.1994 536.627 Einwohner aus, wovon 86.612 Nichtdeutsche sind, der Ausländeranteil liegt also bei 16,1%. Die größte ausländische Bevölkerungsgruppe stellen die Türken mit 52.563 Personen, was einem Anteil von 60,7% an der ausländischen Wohnbevölkerung entspricht. Dahinter folgen Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien mit einem Anteil von 14,0%, gefolgt von den Italienern

(4,7%), Griechen (2,4%), Niederländern (2,3%), Polen (2,1%), Marokkanern (1,7%) und Spaniern (1,5%).

20,2% der Einwohner sind unter 20 Jahre, 14,5% zwischen 20 und 29 Jahre, 15,8% zwischen 30 und 39 Jahre alt. Die 40 bis 49-jährigen Personen stellen einen Anteil von 12,2%, die 50 bis 59-jährigen einen Anteil von 14,0% und die mindestens 60 Jahre alten Bürger Duisburgs den größten Anteil mit 23,3% der Wohnbevölkerung.

Von den 438.654 Einwohnern, die 18 Jahre oder älter sind, geben 21,0% "ledig" als Familienstand an. Verheiratet sind 59,5% der Einwohner, wovon wiederum 9.694 Personen von ihrem Ehepartner getrennt leben. Geschieden sind 28.625 Einwohner (6,5%) und verwitwet sind 10,7% der Duisburger Wohnbevölkerung.

Duisburg ist eine typische Ruhrgebietsstadt, die vor und nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch den Bergbau und die Stahlindustrie geprägt wurde. Während in Essen der Anteil der Beschäftigten in diesen beiden Branchen bereits 1980 bei nur mehr 5,8% lag, betrug er in Duisburg noch 34,2%. Bis zum Jahr 1992 gelang Essen noch eine Absenkung dieses Anteils auf 2,5%, während er in Duisburg nur um etwas weniger als ein Drittel auf 23,5% reduziert werden konnte (zum Vergleich das gesamte Ruhrgebiet 1980: 16,5%; 1992: 10,1%). Durch die Schließung des Krupp-Werkes in Rheinhausen und den massiven Abbau von Beschäftigten bei Thyssen ist dieser Anteil zwischenzeitlich weiter gesunken. Aber auch die stahlnahen Betriebe des Maschinen- und Anlagenbaus, die in Duisburg zahlreich vertreten sind, mußten kräftige Beschäftigteineinbußen hinnehmen.

Der Beschäftigungsabbau traf Duisburg so hart wie keine andere Stadt im Ruhrgebiet. Mitte 1980 waren in Duisburg noch 222.167 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet. Bis Mitte 1988 ging diese Zahl um fast 17% auf 185.103 zurück. Dieser Trend setzte sich fort. Im 3. Quartal 1994 zählte man in Duisburg nur noch 170.595 Beschäftigte. Während Duisburg mit einem Minus von 23,2 % der große Verlierer bei den Arbeitsplätzen zwischen 1980 und September 1994 war, zeigte sich in den anderen Ruhrgebietsstädten kein vergleichbares Bild. Der "Stadt Montan" am nächsten kam noch Dortmund mit einem Arbeitsplatzabbau von 8,6%. In Essen verzeichnete man einen Beschäftigungsrückgang von 3,6%, während der Kreis Recklinghausen (ausgenommen dort die Stadt Gladbeck) sogar auf einen Zuwachs von 3,8% verweisen kann. Im gesamten Ruhrgebiet war zwischen 1980 und September 1994 ein Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 7,4 % zu beobachten (vgl. Informationen zum Arbeitsmarkt des Landesarbeitsamtes NRW, 10/1994).

Überdies schrumpfte in Duisburg die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe zwischen dem 3. Quartal 1980 und dem 3. Quartal 1994 um 46.375 Arbeiter. Den Hauptanteil an diesem Abbau hat die eisenschaffende Industrie mit 30.095 Arbeitnehmern oder 64,9%. Der Dienstleistungssektor konnte dagegen nur leichte Gewinne von 6.000 Beschäftigten verbuchen. Duisburg ist eine der wenigen Großstädte in Deutschland und Europa, die 1992 noch mehr Arbeiter als Angestellte auswiesen. Rund 100.000 Arbeitern standen 90.000 Angestellte gegenüber. Noch 1980 kamen auf drei Arbeiter nur zwei Angestellte (vgl. Stadt Duisburg 1994). Allerdings hat sich in den letzten Jahren das Bild gewandelt. Schon 1994 registrierte man in Duisburg mehr Angestellte (86.189) als Arbeiter (84.406; Stand 3. Quartal 1994).

Tabelle 2.3: Entwicklung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Duisburg von 1980 bis 1995

	Gesamtzahl der Arbeitslosen	davon langzeitarbeitslos (absolut)	relativer Anteil in %
1980	12.988	3.507	27,0
1981	16.984	3.995	23,5
1982	23.117	6.780	29,3
1983	31.652	11.846	37,4
1984	32.001	14.312	44,7
1985	31.126	13.220	42,5
1986	30.928	13.288	43,0
1987	31.925	13.620	42,7
1988	32.474	14.165	43,6
1989	27.791	11.655	41,9
1990	25.365	9.515	37,5
1991	24.495	8.889	36,3
1992	24.999	10.015	40,1
1993	30.396	10.858	35,7
1994	33.557	13.357	39,8
1995	34.082	15.056	44,2

Die Tabellenangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt Ende September des jeweiligen Jahres.

Quelle: Arbeitsamt Duisburg, verschiedene Jahrgänge

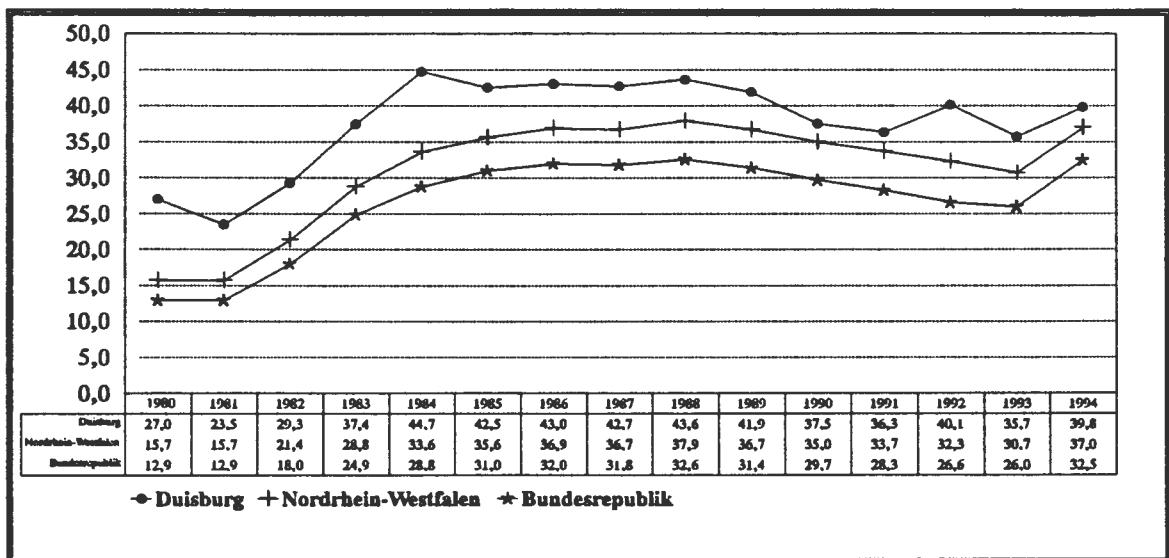
Die registrierte Arbeitslosigkeit entwickelte sich in Duisburg allerdings nicht parallel zur Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen stieg zwischen 1980 und Mai 1995 von rund 13.800 auf 33.751 (Quote 1980: 6,4%; Mai 1995: 15,5%). U.a. ist dies auf die fallende Bevölkerungszahl in Duisburg zurückzuführen. Es ist damit zu rechnen, daß der Umfang der "stillen Reserve" und das Ausmaß der verdeckten Arbeitslosigkeit, also nicht-registrierte Arbeitslose und die verschiedenen Formen des Vorruststands, relativ hoch sind.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Duisburg nahm Mitte der 80er Jahre drastisch zu. Bis zum Mai 1995 hielt das Jahr 1984 einen traurigen Rekord, als 14.312 Personen (Quote: 44,7%), mehr als je zuvor, länger als ein Jahr ohne Beschäftigung waren. Dieser traurige Rekord wurde zwischenzeitlich noch einmal im September 1988 erreicht und im September 1995 nunmehr weit übertroffen (siehe Tabelle 2.3). Bis 1991 ging die Zahl der Personen, die längerfristig ohne Beschäftigung waren, auf knapp 8.900 oder 36,3% zurück. Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte in diesem Zeitraum sogar stärker abgebaut werden als die Gesamtzahl der Arbeitslosen: Während sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 5.276 verringerte (Rückgang um 37,2%), sank die Gesamtzahl um 7.979 Personen, was einem Rückgang von 24,6% entspricht.

Seither nahm sowohl die Gesamtzahl der Arbeitslosen als auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder sprunghaft zu: Zwischen 1991 und 1994 stieg die Zahl der Arbeitslosen um über 9.000 auf 33.557 Personen (Zuwachs um 37,0%), die Zahl der Langzeitarbeitslosen um fast 4.500 auf 13.357 Personen (Zuwachs um 50,3%). Im Mai 1995 zählten 14.497 Personen zu den Langzeitarbeitslosen. Zieht man die aktuellen Zahlen des Arbeitsamtes Duisburg vom September 1995 heran, stieg die Arbeitslosigkeit zwischen September 1994 und September 1995 um 525 auf 34.082 Personen (Zuwachs um 1,6%) und die Langzeitarbeitslosigkeit um 1.699 auf 15.056 Personen (Zuwachs um 12,7%).

Noch ist es zu früh, von einer Wende zum Schlechten zu sprechen, dennoch wird eine bedrohliche Tendenz sichtbar: Während die Arbeitslosigkeit prozentual in den 80er Jahren weniger abnahm als die Langzeitarbeitslosigkeit bzw. die Zuwächse zu Beginn der 90er Jahre größer waren, ändert sich zwischen März 1993 und Mai 1995 das Bild insofern, als nun die Zuwächse bei den Langzeitarbeitslosen höher ausfallen als bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen.

Abbildung 2.1: Langzeitarbeitslosigkeit in Duisburg, Nordrhein-Westfalen und den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland (jeweils Septemberwerte/Angaben in Prozent der Gesamtarbeitslosigkeit)



Quelle: eigene Berechnungen

Aus der Abbildung 2.1 erkennt man, daß das Jahr 1988 die höchsten relativen Werte auf den beiden Ebenen Nordrhein-Westfalen und Bundesrepublik sowie den zweithöchsten Wert für Duisburg (1984 um 1,1 Prozentpunkte höher) zeigt. Anschließend gingen die Werte bis 1993 wieder zurück, mit der Ausnahme von 1992 für Duisburg, das sich jedoch bereits im folgenden Jahr wieder der Gesamtentwicklung anpaßte.

Im Zeitraum 1989 bis 1994 legte die Bundesregierung Sonderprogramme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auf. Es kann als ein Indiz für die Wirksamkeit der Programme gelten, daß sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen in dieser Zeit immerhin stetig verringerte und erst im Jahre 1994, in dem sie definitiv endeten, wieder eine gravierende Steigerung erfuhr (BRD: +25,0%/NRW: +29,5%/DU: +11,5%).

3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

3.1 Was heißt langzeitarbeitslos?

Die Bundesanstalt für Arbeit definiert eine Person als langzeitarbeitslos, die ein Jahr oder länger arbeitslos ist. Ende September 1995 waren dies im Bundesgebiet West 830.000, also 4,0% mehr als im Jahr zuvor. Im Bundesgebiet Ost lag die Zahl der Langzeitarbeitslosen bei 300.000 und ein Jahr zuvor bei 350.000.

Der Zuwachs an Langzeitarbeitslosen im westlichen Bundesgebiet resultiert vor allem daraus, daß ein Teil der Personen, die bei Beginn der konjunkturellen Talfahrt 1992 arbeitslos wurden, auch arbeitslos geblieben sind. Dennoch reichen die eigentlichen Ursachen weiter zurück; und nicht ein, sondern mehrere Ursachenfelder sind maßgeblich, die vor allem bei bestimmten Bevölkerungsgruppen gebündelt auftreten.

Empirische Studien haben gezeigt, daß sich das Risiko, arbeitslos zu werden (Zugangsrisiko), bei bestimmten Gruppen von Erwerbstägigen konzentriert (vgl. Klems/Schmid 1990, ANBA Arbeitsmarkt 1994, Friedrich/Wiedemeyer 1994 etc.). So tragen ältere Arbeitnehmer bzw. Erwerbstätige mit fehlender oder mangelnder Qualifikation, gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitnehmer sowie Frauen ein erhöhtes Zugangsrisiko. Diesen "objektiven" Kriterien stehen "subjektive" Kriterien wie fehlende Motivation, Mobilitätsbereitschaft oder Suchtprobleme gegenüber, die jedoch eine geringere Erklärungskraft für Langzeitarbeitslosigkeit haben.

Durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren werden aber auch verstärkt qualifizierte Arbeitskräfte in die Langzeitarbeitslosigkeit abgedrängt (vgl. Klems/Schmid 1990). Das zeigt, daß neben persönlichen Merkmalen auch strukturelle Merkmale den Zugang und Verbleib in Arbeitslosigkeit beeinflussen.

**Tabelle 3.1: Langzeitarbeitslose 1992, 1993, 1994
(Bundesgebiet West, jeweils Ende September)**

	1992 in %	1993 in %	1994 in %
Gesamtzahl	474.315 (26,6*)	593.945 (26,0*)	797.564 (32,5*)
Berufsausbildung			
abgeschlossen	52,7	51,8	49,8
nicht abgeschlossener	47,3	48,2	50,2
Stellung im Beruf			
Facharbeiter	18,4	18,9	19,5
Nichtfacharbeiter	47,6	47,6	46,5
Angest. m. geh. Tätigkeit	20,3	20,1	13,8
Angest. m. einf. Tätigkeit	13,7	13,4	20,3
Alter			
15 - unter 25	2,8	3,4	3,6
25 - unter 45	30,5	34,8	37,1
45 - unter 65	66,7	61,8	59,3
Gesundh. Einschränkungen	43,1	40,4	36,5
Schwerbehindert	12,2	10,9	9,4

Quelle: ANBA, versch. Jahrgänge (*von allen Arbeitslosen)

Tabelle 3.1 zeigt die strukturellen Merkmale der Langzeitarbeitslosen auf. So fehlte 1994 bei 50,2% der längerfristig Arbeitslosen eine abgeschlossene Berufsausbildung, 36,5% hatten gesundheitliche Einschränkungen und 59,3% waren 45 Jahre und älter.

Ein besonderes Problem der Langzeitarbeitslosen ist vor allem, daß sie nicht nur ein vermittlungshemmendes Merkmal besitzen. Das Verbleibsrisiko wird zum Großteil durch die Verknüpfung mehrerer Merkmale bestimmt. Tabelle 3.2 vergleicht das gemeinsame Auftreten mehrerer vermittlungshemmender Merkmale bei Arbeitslosen mit unterschiedlicher Arbeitslosigkeitsdauer mit dem Ergebnis, daß der Verbleib in der Arbeitslosigkeit mit der Zahl der vermittlungshemmenden Merkmale zunimmt (vgl. auch Kap. 8/Teil III).

Tabelle 3.2: Verknüpfung vermittelungshemmender Merkmale (in Prozent aller Arbeitslosen)

	unter 3 Monaten	9 bis 12 Monate	länger als 12 Monate
ohne Abschluß + älter	23,2	37,0	39,9
älter + gesund. Einschr.	18,2	36,9	44,9
gesund. Einschr. + ohne Abschluß	28,5	41,6	29,9
gesund. Einschr. + ohne Abschl. + älter	16,5	32,7	50,8

Quelle: ANBA, Arbeitsmarkt 1993

3.2 Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetztes (AFG)

Seit das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit Ende der 70er Jahre in der Bundesrepublik in einem merklichen Ausmaß aufgetreten ist, gibt es Vorschläge, wie es durch geeignete Maßnahmen gelöst werden kann.

Das AFG sieht zunächst allgemeine Instrumente vor, die nicht speziell für Langzeitarbeitslose entwickelt worden sind. Sie bestehen vor allem aus Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung (FuU), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sowie Lohnsubventionen.

- Mit Hilfe von Lohnsubventionen in Form von Einarbeitungszuschüssen, Eingliederungsbeihilfen und Lohnkostenzuschüssen (LKZ) sollen Arbeitgeber dafür gewonnen werden, zusätzliche Arbeitsplätze anzubieten. Weiter sollen durch gesetzlich festgelegte Ansprüche bestimmte Personenkreise (z.B. ältere, gesundheitlich eingeschränkte und/oder langandauernd Arbeitslose) gefördert werden.
- Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen dienen in erster Linie dazu, die berufliche Qualifikation der Teilnehmer zu verbessern. Langzeitarbeitslose sind in FuU-Maßnahmen jedoch nur schwach vertreten. Im Dezember 1993 lag ihr Anteil bei nur 16,0% (vgl. ANBA, Heft 2/1994).
- Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen betrug hingegen der Anteil der Langzeitarbeitslosen 1993 58,0%. Ihre nachhaltige Wirksamkeit wird allerdings kritisch beurteilt: "Bei den Langzeitarbeitslosen nimmt der Integrationserfolg durch eine Teilnahme von ABM mit der Dauer der Arbeitslosigkeit ab. So verbleiben etwa ein Viertel der kurzfristig Arbeitslosen (weniger als sechs Monate) nach ABM in

Arbeit, bei Langzeitarbeitslosen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, sinkt der Anteil auf 18,0%. Das bedeutet, daß für die meisten Langzeitarbeitslosen ABM nur eine Unterbrechung der Arbeitslosigkeit darstellen" (Schmid et al. 1992:326).²

3.3 Hilfen für Langzeitarbeitslose (Sonderprogramme)

Aufgrund des starken Anstiegs der Langzeitarbeitslosigkeit bis 1988, der späteren Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, die sich anhand der Merkmale "Dauer der Arbeitslosigkeit" und "Anzahl der vermittelungshemmenden Merkmale" erkennen läßt, sowie der geringen Wirksamkeit des AFG-Instrumentariums rief die Bundesregierung im Juli 1989 zwei Sonderprogramme zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ins Leben. Auf der einen Seite wurde die "**Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose**" (BHI-Programm) mit einem Volumen von 2,15 Milliarden DM gestartet. Aus diesem Sondertopf konnten Lohnkostenzuschüsse, die von der Dauer der Arbeitslosigkeit abhängig waren, an einstellungswillige Arbeitgeber für zwölf Monate gezahlt werden. Bedingung war der Abschluß eines unbefristeten Arbeitsvertrages.

Durch das BHI-Programm sollten ca. 65.000 Langzeitarbeitslose ins Berufsleben reintegriert werden. Von Juli 1989 bis Ende 1994 wurden insgesamt 94.379 Anträge bewilligt (vgl. ANBA Arbeitsmarkt 1994).

Auf der anderen Seite dienen die "**Maßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose**" (250 Mio.-Programm) zur weitergehenden Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Trägerinstitutionen werden Mittel zur Verfügung gestellt, um durch Investitions-, Betriebsmittel- und Personalkostenzuschüsse die Maßnahmen zielgruppengerecht einzurichten sowie besonders geschultes Anleitungs- und Betreuungspersonal einzustellen. Der Etat des bis 1996 befristeten Programms ist von anfangs 250 Millionen auf 490 Millionen und mittlerweile auf 790 Millionen DM aufgestockt worden.

Im Rahmen dieses Programms sollen, wie gesagt, besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose gefördert werden. Dazu gehören zum einen Langzeitarbeitslose, die mindestens zwei Jahre arbeitslos sind und

² Anmerkung: Nach dem am 10.11.1995 im Bundestag verabschiedeten Bundeshaushalt 1996 sind für den Bereich des Arbeitsministeriums umfangreiche Einsparungen vorgesehen. So sollen u.a. für ABM nur noch Langzeitarbeitslose zugelassen werden. Ob der Reintegrationserfolg, angesichts solcher Erfahrungen, stärker sein wird, ist zweifelhaft.

ein zusätzliches Merkmal schwerer Vermittelbarkeit haben, wie z.B. geringes Qualifikationsniveau, gesundheitliche Einschränkungen, Alter oder ein in der Person liegendes Vermittlungshemmnis. Zum anderen gelten Arbeitslose als schwerstvermittelbar, wenn sie mindestens drei vermittelungshemmende Merkmale besitzen. In Ausnahmefällen können auch Personen mit weniger als drei Merkmalen als schwerstvermittelbar eingestuft werden (vgl. hierzu auch Kapitel 3.1).

Im Unterschied zu den bisher genutzten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen steht bei diesem Sonderprogramm die Projektförderung im Vordergrund. "Mit der Projektförderung des Sonderprogramms sollen Maßnahmen durchgeführt werden, die bisher nach dem AFG nicht implementiert werden konnten. Die Projekte zielen auf eine "ganzheitliche" Förderung der Maßnahmeteilnehmer. Danach sollen die in der Person liegenden Vermittlungshemmisse durch auf das jeweilige Individuum zugeschnittene Maßnahmen möglichst beseitigt werden" (Schmid et al. 1993:237). Es besteht also die Möglichkeit, verschiedene Instrumente unter Einbeziehung einer Sozialbetreuung zu kombinieren.

3.4 Erweiterte Lohnkostenzuschüsse

Im Interesse der Weiterentwicklung und Erprobung neuer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wurden Modellarbeitsämter ausgesucht, die in einem Mix aus Instrumenten des AFG und der Sonderprogramme verschiedene Ansätze entwickeln und anwenden sollten. Ursprünglich gab es acht Modellarbeitsämter; später wurden noch weitere 18 ausgewählt, zu denen auch das Arbeitsamt Duisburg zählte.

Den Ämtern wurde im Rahmen der obengenannten "Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose" für erweiterte Lohnkostenzuschüsse ein zusätzliches Mittelkontingent von nunmehr 200 Millionen DM (sog. "Free-Money"-Gelder oder §9 (4)-Gelder) zur Verfügung gestellt. In den Durchführungsanweisungen zu §9 (4) BHI/RL heißt es:

"Mit dieser Modellförderung sollen neue Wege zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit erprobt und Erkenntnisse für zielgruppengerechte Konzepte und Instrumente gewonnen werden."

Als Modellvorhaben gelten Projekte, die - abgestellt auf die Besonderheiten des Personenkreises - die Maßnahmeinhalte wie Beschäftigung,

Qualifizierung und/oder Betreuung zu einem ganzheitlichen Ansatz verknüpfen. Dabei sind die vorhandenen Fördermöglichkeiten innerhalb und außerhalb des AFG zu nutzen mit dem Ziel der schrittweisen Hinführung zu einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Einsatzmöglichkeiten des "Sondertopfes" nach §9 Abs. 4 gestatten eine auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnittene Beschäftigungsförderung und eröffnen damit realistische Perspektiven, insbesondere auf dauerhafte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt" (Hervorhebung durch d. V.).

Bei der Entwicklung der Modellvorhaben sollten folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Einbettung in ein regionales Gesamtkonzept;
- verstärkte Einbeziehung besonderer Zielgruppen des förderungsfähigen Personenkreises;
- begleitende sozialpädagogische Hilfestellungen von Anfang an bis zur endgültigen Stabilisierung am Arbeitsplatz;
- Verknüpfung von Betreuung, Qualifizierung und Beschäftigung; und
- Qualifizierung im Rahmen von Arbeitsverhältnissen.

Zum förderungsfähigen Personenkreis gehörten Arbeitnehmer, die

- unmittelbar vor der Einstellung mindestens ein Jahr arbeitslos gemeldet waren und zwei zusätzliche Merkmale schwerer Vermittelbarkeit aufwiesen oder
- mindestens zwei Jahre arbeitslos waren.

Darüber hinaus konnten auch Personen gefördert werden, die im Rahmen der Richtlinien des 250 Mio.-Programms als schwerstvermittelbare Arbeitslose galten (vgl. Kapitel 3.3).

Im Teil II werden die einzelnen Evaluationsschritte und die in Duisburg durchgeführten Maßnahmen vorgestellt.

Teil II:

Die Anlage der Evaluation

1. Aufbau und Anlage der Untersuchung

1.1 Das Konzept der Evaluation

Eine wissenschaftliche Evaluation beabsichtigt, den Erfolg einer Maßnahme an ihren Zielen zu messen. Neben der "Kontrolle der Qualität von Innovationen" ist die "Konstruktion, Optimierung und die Legitimierung" (Lange 1989:255ff.) einer Modellmaßnahme von Bedeutung. Unter Einsatz sozialwissenschaftlicher Forschungsmethoden sollen Planung und Durchführung von Interventionsmaßnahmen durch Rückmeldung fortlaufend verbessert sowie die Effektivität und Effizienz der Maßnahmen abschließend bilanziert werden.

1.2 Ziele der Sonderprogramme

Das primäre Ziel der Sonderprogramme zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist die dauerhafte Reintegration von schwerstvermittelbaren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Erreicht werden soll dieses Ziel durch einen dafür konzipierten integrativen Ansatz, d.h. die Verbindung von Sozialbetreuung, Qualifizierung und Beschäftigung.

Die vom Arbeitsamt Duisburg konzipierten Maßnahmen waren sehr unterschiedlich, so daß sie für Evaluations- und Forschungszwecke in fünf Modelltypen zusammengefaßt wurden. Nur so war es möglich, die verschiedenen Maßnahmekombinationen zu untersuchen und zu vergleichen. Ebenso mußten die einzelnen Bestandteile der Maßnahmen im Hinblick auf ihren Erfolg bewertet werden.

Schließlich ging es darum, die Frage zu beantworten, ob bestimmten Typen von Arbeitslosen Maßnahmetypen entsprechen, mit denen das primäre Ziel der "Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt" am ehesten erreicht werden konnte bzw. umgekehrt, welche Maßnahmetypen für welche Nutzertypen nicht oder kaum geeignet sind.

Die wichtigsten Fragestellungen der Duisburger Evaluationsstudie lauteten daher:

1. Erhöhen sich die Wiedereingliederungschancen von schwerstvermittelbaren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt durch die Sonderprogramme und die zusätzlichen "Free-Money"- Gelder?
2. Welche Vor- und Nachteile haben die verschiedenen Maßnahmekombinationen?

3. Welche Bedeutung kommt den einzelnen Maßnahmekomponenten zu?
4. Können bestimmte Nutzer-Typen spezifischen Maßnahmekombinationen zugeordnet werden?

1.2.1 Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt

Das Hauptziel der Sonderprogramme ist die Wiederbeschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Es stellt zugleich das wichtigste Erfolgskriterium dar. Da es sich bei den zu evaluierenden Maßnahmen um einen neuen Ansatz in der Arbeitsmarktpolitik handelt, besteht zunächst das Problem, eine Zielgröße festzulegen. Tabelle 1.1 zeigt die Bedeutung vermittelungshemmender Merkmale für den Erfolg von FuU-Maßnahmen.

Tabelle 1.1: Aus beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ausgetretene Teilnehmer nach Erfolg der Maßnahme und weitere Merkmale 1993/1994 (Bundesgebiet-West)

Merkmale	1993 Schulungsziel			1994 Schulungsziel		
	erreicht	vorzeitig ausgesch.	nicht bestanden	erreicht	vorzeitig ausgesch.	nicht bestanden
<u>Insgesamt</u>	75,8	21,3	2,9	73,6	23,5	2,9
Männer	74,6	22,1	3,3	72,1	24,5	3,3
Frauen	77,5	20,1	2,4	75,9	21,8	2,3
<u>Schulbildung</u>						
ohne Hauptschulabschluß	58,3	38,3	3,4	55,2	41,8	3,1
mit Hauptschulabschluß	72,4	24,4	3,2	69,3	27,4	3,3
mit mittlerer Reife	82,4	14,9	2,8	80,2	17,1	2,7
mit FHS- oder HS-Reife	83,2	14,6	2,2	82,5	15,3	2,1
<u>Berufsausbildung</u>						
ohne abgesch. Berufsausbildung	65,8	31,3	2,9	63,7	33,3	3,0
mit abt. Berufsausbildung	79,6	17,3	3,1	77,1	19,8	3,1
Berufsschule	77,1	20,6	2,2	76,1	21,7	2,2
Fachschule	81,9	16,0	2,1	79,4	19,0	1,6
Fachhoch- und Hochschulab.	82,5	15,7	1,8	82,1	16,3	1,6
<u>Stellung im Beruf</u>						
Facharbeiter	82,9	13,2	3,9	79,6	16,4	4,0
Nichtfacharbeiter	62,8	34,2	3,0	60,8	36,3	2,9
Angestellte/Beamte	79,7	18,0	2,4	78,2	19,5	2,3
<u>Dauer der Arbeitslosigkeit</u>						
unter 1 Monat	71,9	26,0	2,1	73,0	24,8	2,2
1 bis unter 3 Monate	69,5	28,3	2,2	66,4	31,5	2,2
3 bis unter 6 Monate	67,6	29,9	2,4	65,7	31,9	2,4
6 Monate bis unter 1 Jahr	66,8	30,4	2,8	64,3	33,4	2,2
1 bis unter 2 Jahre	65,3	31,6	3,1	62,8	34,5	2,7
2 Jahre und länger	62,4	34,3	3,2	62,3	34,3	3,4
<u>Altersgruppen</u>						
unter 20 Jahre	54,7	43,4	1,9	48,0	50,8	1,3
20 bis unter 30 Jahre	74,8	22,4	2,8	72,3	24,8	2,8
30 bis unter 35 Jahre	69,9	27,2	2,9	69,0	28,4	2,6
35 Jahre und älter	71,4	25,1	3,5	68,5	28,2	3,3
<u>Maßnahmetyp</u>						
Umschulung	69,9	27,1	2,9	71,4	25,5	3,2
Fortbildung	76,9	20,2	2,9	74,2	22,9	2,9
<u>Dauer der Maßnahme</u>						
bis 3 Monate	84,5	13,0	2,5	79,6	18,4	2,0
4 bis 6 Monate	73,4	23,9	2,7	66,3	31,1	2,6
7 bis 12 Monate	72,4	24,6	3,0	69,4	27,5	3,0
13 bis 18 Monate	77,3	19,7	3,0	79,9	17,0	3,1
19 bis 24 Monate	76,3	20,6	3,2	77,3	19,6	3,2
25 bis 36 Monate	75,7	20,2	4,1	77,6	18,4	4,0
37 Monate und länger	75,3	22,1	2,6	76,1	21,3	2,6

Quelle: BA, Berufliche Weiterbildung 1993/1994

Im Kapitel 3.2/Teil I wurde bereits angeführt, daß Langzeitarbeitslose durch eine ABM seltener in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis gelangen als andere Gruppen. Da es sich bei der Zielgruppe der vorliegenden Untersuchung um eine "Problemgruppe" des Arbeitsmarktes handelt, ist das Eingliederungsziel kaum oder gar nicht mit anderen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik vergleichbar.

Als Vergleichswerte könnten bestenfalls Ergebnisse anderer Modellarbeitsämter herangezogen werden. Dabei müßte wiederum beachtet werden, welche Kriterien andere Arbeitsämter dem Integrationserfolg zugrundelegen und unter Anwendung welcher Kriterien die Teilnehmer an den einzelnen Maßnahmen ausgewählt worden sind. Ist Wiedereingliederung nur dann ein Erfolg, wenn sie unmittelbar durch die Maßnahme bewirkt ist? Bekanntlich müssen erfolgreich abgeschlossene Fortbildungsmaßnahmen nicht unmittelbar zu einem dauerhaften Arbeitsverhältnis führen. So waren z.B. 60,0% der Teilnehmer, die in den alten Bundesländern im zweiten Quartal 1993 eine Maßnahme mit Erfolg abgeschlossen hatten, bis September des gleichen Jahres noch arbeitslos gemeldet und erst zum Ende des Jahres reduzierte sich dieser Anteil auf 30,0% (vgl. Berufliche Weiterbildung 1993:29). Die Wirkung oder besser - da nicht unmittelbar nachweisbar - die der Maßnahme zugeschriebene Wirkung ist für die Hälfte der erfolgreichen Teilnehmer erst nach sechs Monaten eingetreten. "Bei den heranziehenden Kriterien ist zu prüfen, ob deren Ansprechzeit auch von Latenzzeiten abhängen könnte, die zwischen Maßnahmende und Manifestationszeitpunkt von Wirkungen (Wirkungseintritt) zu veranschlagen wäre" (Blaschke et al. 1992:391).

Generell läßt sich die Wiedereingliederungsquote durch den Vergleich der Teilnehmerzahlen zu Beginn mit der Vermittlungsquote nach Abschluß der Maßnahmen überprüfen. Darüber hinaus kann eine Kontrolle des Verbleibs der Teilnehmer ca. sechs Monate nach Abschluß der BHI-Förderung eine erste Auskunft über die "Dauerhaftigkeit" der Reintegration sowie Aufschluß über verzögerte Arbeitsaufnahmen geben.

Daß die Chancen für Langzeitarbeitslose, ohne staatliche Unterstützung auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzukommen, schlecht sind, steht außer Frage. Dennoch bot sich an, zu überprüfen, ob diese Zielgruppe auch die gleichen Chancen zur Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt ohne die beiden Sonderprogramme hatte (z.B. im Zuge der konjunkturellen Besserung). Hierzu wurde eine Kontrollgruppe gebildet und über einen vergleichbaren Zeitraum beobachtet.

1.2.2 Sozialbetreuung

Für die Zielgruppe kommt der Sozialbetreuung in den Maßnahmen ein besonderer Stellenwert zu. Selbst wenn von ihr keine unmittelbare Wiedereingliederungswirkung ausgeht, kann sie doch auf lange Sicht die Lebenssituation der Teilnehmer psychisch und sozial verbessern. Auf diese Weise kann eine spätere Reintegration gefördert bzw. eine "Verelendung" vermieden werden.

Daher stellen sich bei der Evaluation der Sozialbetreuung zwei Fragen:

1. Erhöhen sich die Wiedereingliederungschancen der Maßnahmeteilnehmer in das Berufsleben durch eine begleitende Sozialbetreuung?
2. Gelingt es durch die Sozialbetreuung, die Teilnehmer sozial zu stabilisieren?

Die Überprüfung dieser Ziele erfolgte durch die Teilnehmerbefragungen und Sozialbetreuer-Interviews.

1.2.3 Förderung der Projekte

Schwerpunkt der zu evaluierenden Modellmaßnahmen waren die neuen Förderungsmöglichkeiten im Rahmen des BHI- und 250 Mio.-Programmes. Als besonderer Anreiz für Arbeitgeber wurde darüber hinaus in den ausgewählten Modellarbeitsämttern die Förderung über erweiterte Lohnkostenzuschüsse (§9 (4) - Gelder) angeboten. Differenzierte Aussagen zur Wirkung von Projekt- und/oder Individualförderung können im Rahmen dieser Studie nicht gemacht werden, da keine Vergleichsmöglichkeiten bestehen. Die Wirkung der angewandten Förderungsformen kann nur global evaluiert werden.

1.2.4 Maßnahmekombinationen

Anders als in den bisherigen Maßnahmen staatlicher Arbeitsmarktpolitik bestand bei den Modellmaßnahmen der Sonderprogramme die Möglichkeit, Betreuung, Qualifikation und Beschäftigung miteinander zu verknüpfen. In Duisburg wurden 13 verschiedene Modelle konzipiert und insgesamt 19 Maßnahmen durchgeführt. Weitere Zielsetzungen der Evaluation waren daher der Vergleich von Effektivität und Effizienz der verschiedenen Maßnahmekombinationen, um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, welche Bedeutung diesem integrativen Ansatz für die Vermittlung von Langzeitar-

beitslosen und anderen schwerstvermittelbaren Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zukommt.

1.3 Verbleibsanalyse

Das Hauptziel der Modelle zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist die dauerhafte Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt. Wenn der Erfolg der Maßnahmen festgestellt werden soll, dann muß auch überprüft werden, wie viele der nach Abschluß der Maßnahmen beruflich wieder Eingegliederten erneut arbeitslos werden. Diese "Rückfälle" müßten von der Erfolgsbilanz abgezogen werden.

Es stellt ein Problem jeder Evaluationstudie dar, daß der Grund für den Rückfall ebenso wenig eindeutig auf die Maßnahme zurückzuführen ist wie der verspätete Wirkungseintritt.

Neben dem Verbleib von Teilnehmern, die eine Maßnahme abgeschlossen haben, wurde im Rahmen dieser Studie auch auf jene Teilnehmer geachtet, die vorzeitig aus der Maßnahme ausgeschieden waren.

Um jedoch einen Überblick über alle befragten Teilnehmer zu erhalten, wurde drei, sechs und neun Monate nach Abschluß der Förderungszeit die berufliche Situation der ehemaligen Maßnahmeteilnehmer überprüft.

1.4 Methode der Begleitforschung

Zur Evaluation der Modelle wurden verschiedene Befragungen durchgeführt.

Das Design der Befragung der Teilnehmer an den Maßnahmen bestand aus einer sogenannten Panel-Erhebung zu drei verschiedenen Zeitpunkten. Die erste Befragung wurde zu Beginn, die zweite gegen Ende und die dritte ein bis drei Monate nach Abschluß der jeweiligen Maßnahme durchgeführt.

Befragt wurden die Teilnehmer individuell im Rahmen eines mündlichen Interviews mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens. Damit wurde eventuellen Lese- und Schreibschwierigkeiten vorzugehen, da aus Strukurerhebungen der Bundesanstalt für Arbeit bekannt war, daß das schulische und berufliche Bildungsniveau von Langzeitarbeitslosen überdurchschnittlich gering ausfällt (vgl. Tabelle 3.1/Teil I). In

der Befragung wurde daher großer Wert auf eine klare, verständliche und eindeutige Sprache gelegt, gerade auch im Hinblick auf Personen, deren Muttersprache nicht deutsch war.

Im Mittelpunkt der Befragungen standen die Angaben über die Teilnehmer und die einzelnen Maßnahmen sowie die Veränderungen während der Maßnahme und die jeweiligen Arbeits- bzw. Arbeitslosigkeitserfahrungen. Darüber hinaus wurde ihre Einbindung in soziale Netzwerke erfaßt. Aussagen zur ökonomischen, gesundheitlichen und psychischen Situation der Betroffenen sowie deren Sichtweisen zu gesellschaftspolitischen Themen rundeten die Befragungen ab.³ Die zeitliche Dauer jeder Befragung betrug gewöhnlich 45 Minuten mit einer Abweichung von plus/minus 15 Minuten.

Die Auswertungen wurden zunächst für jede Welle gesondert durchgeführt. Nach Abschluß der Befragungen wurde eine Gesamtauswertung über alle drei Wellen erstellt, um Veränderungen in den Anschauungen und Einschätzungen, den Alltagskonflikten etc. zu dokumentieren.

Diese Drei-Wellen-Befragung stellt den Idealfall dar. Es war allerdings von vornherein nicht damit zu rechnen, daß alle Teilnehmer über die gesamte Dauer in der jeweiligen Maßnahme verbleiben. Eine Reihe von Teilnehmern schied vorzeitig aus der Maßnahme aus (z.B. durch Abbruch, Kündigung). Für diesen Personenkreis war ein spezieller Fragebogen entwickelt worden, der neben den Kernfragen der Panelerhebung auch teilstandardisierte Fragen enthielt, die die Gründe für das Ausscheiden aus der Sicht der Teilnehmer erfassen sollten.

Nach Abschluß der dritten Welle und der Abbrecherbefragung wurde der Versuch unternommen, Charakteristika jener Personen zu erarbeiten, deren Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt gelungen ist, und Unterschiede zu den Personen herauszufiltrieren, die entweder früher aus der Maßnahme ausgeschieden waren oder nach Abschluß der Maßnahme nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen wurden.

Es war nicht möglich, innerhalb einer standardisierten Befragung alle Facetten von Arbeits- und Arbeitslosenkarrieren aufzuzeigen oder Antworten auf so zentrale Fragen zu erhalten, inwiefern es für Arbeitslose möglich sei, sich mit der Arbeitslosigkeit zu arrangieren, oder wie sehr sie in ihrer Entwicklung zum Fatalismus neigten (vgl. Eisenberg/Lazersfeld 1938). Ergänzend zu den standardisierten Befragungen wurden

³ Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. Achim Trube, der der Forschungsgruppe zur Messung der Wirkung von Beschäftigungsförderung entwickelte Instrumente zur Verfügung gestellt hat.

aus diesem Grund mit einigen Teilnehmern sogenannte Leitfadeninterviews durchgeführt, um Arbeits- und Arbeitslosenbiographien explorativ aufzuspüren.

Neben den Teilnehmern, die in die Projekte eingebunden waren, wurden die Träger der Einzelprojekte sowie die Ausbilder und Sozialbetreuer schriftlich befragt.

Vom Träger wurden allgemeine Angaben zu Rechtsform, Größe und Personalstruktur der Institutionen erhoben. Daneben wurden Fragen zur inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Struktur des jeweiligen Projekts für Langzeitarbeitslose gestellt. Den Abschluß bildeten Fragen nach der Wirksamkeit von Modellen zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen aus der Sicht und Erfahrung der durchführenden Trägerinstitutionen.

Von den Ausbildern und Sozialbetreuern wurden neben Antworten auf Fragen zur individuellen Erwerbskarriere das eigene Rollenverständnis in den einzelnen Projekten erhoben. Verknüpfungen und Kooperationen mit anderen Ausbildern und Sozialbetreuern innerhalb und außerhalb der eigenen Organisation wurden ebenso erfaßt wie die Beurteilung des jeweiligen Projekts aus einer subjektiven Perspektive hinsichtlich der Schwierigkeiten der Teilnehmer, der Vor- und Nachteile des Projekts, der Realisierbarkeit von Verbesserungen, der eingesetzten Materialien etc. Fragen zur Einschätzung der politischen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Perspektiven schlossen die schriftliche Befragung ab.

Angaben über Arbeits- und Arbeitslosenkarrieren der Teilnehmer wurden der Forschungsgruppe von den betreuenden Stellen des Arbeitsamtes Duisburg zur Verfügung gestellt. Damit bestand die Möglichkeit, den im Rahmen des Interviews gemachten Aussagen objektive Daten einzelner Bereiche der "BewA-Bögen" (Bewerber-Angebots-Bögen, d.h. überprüfte, objektivierte Angaben, die bei der Arbeitslosmeldung aufgenommen werden) gegenüberzustellen. Weiterhin konnte mit Hilfe der BewAs der Verbleib der Teilnehmer überprüft werden.

2. Modelltypen in Duisburg

Im folgenden werden die im Rahmen dieser Sonderprogramme in Duisburg entwickelten Maßnahmen vorgestellt. Da sich die Projekte aus unterschiedlichen Maßnahmekombinationen zusammensetzen, wurden sie in fünf Maßnahmetypen unterteilt.

Tabelle 2.1 zeigt eine Übersicht über die verschiedenen Modelltypen und die entsprechenden Maßnahmen:

Tabelle 2.1 Modelltypen- und Maßnahmenübersicht

Modelltyp	Teilnehmeranteil
Modelltyp I: <u>Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung</u> Berufskraftfahrer I und II Büro Elektro Fachpacker I und II Gas/Wasser/Elektro	40,5%
Modelltyp II: <u>Qualifizierung + Sozialbetreuung</u> Bauhelfer I und II Frauen MÄLA	28,6%
Modelltyp III: <u>Beschäftigung + Sozialbetreuung (Sondermodell)</u> Personalüberlassung I-III	14,8%
Modelltyp IV: <u>Beschäftigung + Sozialbetreuung</u> Grün I und II DU '93	10,6%
Modelltyp V: <u>Beschäftigung</u> Altenpflege Einzelhandel	5,5%

Modelltyp I

Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung

Die ehemals Langzeitarbeitslosen bzw. anderen schwerstvermittelbaren Arbeitslosen erhalten eine Ausbildung bzw. Umschulung und werden - gleichzeitig oder im Verlauf der Schulung - in ein Dauerarbeitsverhältnis vermittelt.

(Projekte: "Berufskraftfahrer", "Büro", "Elektro", "Fachpacker", "Gas/Wasser/Elektro")

Die Kombination von Arbeiten und Lernen bei einer gleichzeitigen Sozialbetreuung entsprach dem konzeptionellen Grundgedanken der Modelle zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Dabei wurden die Teilnehmer vorrangig umgeschult bzw. erhielten eine Ausbildung mit Zertifikat als Fachwerker oder Facharbeiter (zum Teil mit Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer). Weiter sollten durch den Qualifizierungsteil verlorengegangene berufliche Fähigkeiten zurückgewonnen bzw. Grundqualifikationen hinzugewonnen werden. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei die Stabilisierung und Steigerung des Selbstwertgefühls der Teilnehmer. Dieses Ziel sollte auch durch die Arbeit in Unternehmen und Betrieben erreicht werden. Durch Gewöhnung an Arbeitsabläufe und Requalifizierung sollte den Maßnahmeteilnehmern der Übergang in ein reguläres Arbeitsleben erleichtert werden. Ein Sozialbetreuer übernahm dabei die Aufgabe, den Teilnehmern bei der Überwindung verschiedener persönlicher und sozialer Defizite zu helfen.

Modelltyp II

Qualifizierung + Sozialbetreuung

Im Rahmen der Maßnahme wurden die Teilnehmer sowohl theoretisch als auch praktisch geschult und auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Am Ende des Qualifizierungsteils stand die Vermittlung in ein Dauerarbeitsverhältnis.

(Projekte: "Bauhelfer", "Frauenprojekt", "MÄLA")

Anders als beim Modelltyp I wurden beim Typ II die Teilnehmer erst nach einem abgeschlossenen Qualifizierungsteil in ein Arbeitsverhältnis vermittelt. Dabei handelte es sich beim Qualifizierungsteil um keine Umschulung, sondern die lernungsgewohnten Teilnehmer sollten Formalqualifikationen in bestimmten Berufsbereichen erhalten. Dabei wurden neben schulischen auch praktische Übungen angeboten. In allen

Maßnahmen bestand zusätzlich die Möglichkeit, die erworbenen Fähigkeiten in einem Praktikum umzusetzen. Primäres Ziel war es, nach erfolgreichem Praktikum in den Betrieb übernommen zu werden. Im Rahmen der Qualifizierungsmaßnahme, aber auch während des anschließenden geförderten Arbeitsverhältnisses fand eine soziale Betreuung statt.

Modelltyp III

Beschäftigung + Sozialbetreuung
(Sondermodell Beschäftigungsgesellschaft)

In einer Beschäftigungsgesellschaft wurden Langzeitarbeitslose für maximal zwölf Monate eingestellt und unentgeltlich Fremdbetrieben für die Höchstdauer von sechs Monaten mit dem Ziel überlassen, dort ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu begründen.

(Projekt: "Personalüberlassung")

Modelltyp IV

Beschäftigung + Sozialbetreuung

Im Anschluß an eine AB- oder FuU-Maßnahme wurden die entsprechenden Personengruppen in ein Dauerarbeitsverhältnis oder in einen Zeitvertrag vermittelt.

(Projekte: "Grün", "DU '93")

Die Modeltypen III und IV bestanden aus einer Kombination von Beschäftigung und Sozialbetreuung. Da die Beschäftigungsgesellschaft in ihrer Form jedoch einzigartig war, wurde sie als eigener Modelltyp gekennzeichnet (Typ III).

Wie bei den anderen Modellen auch, war das primäre Ziel dieser Modelle die dauerhafte Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis. Die Projektteilnehmer wurden in erster Linie in gewerbliche Tätigkeitsbereiche (Metall, Holz, Bau, Gartenbau und Druck) vermittelt. Da die "Unterbringung" dieser Arbeitskräfte aufgrund von Einschränkungen (z.B. "Dauer der Arbeitslosigkeit", "Alter" oder "Krankheit") als erschwert galt, wurden über die "Free-Money"-Gelder (§9 (4) BHI/RL) Lohnkostenzuschüsse bis zu

einer Förderhöhe von 120,65% gezahlt. Zusätzlich sollten durch die Sozialbetreuer soziale und persönliche Defizite der Teilnehmer aufgefangen werden.

Modelltyp V

Beschäftigung

Durch einen Zeitvertrag von einem halben Jahr sollten die Teilnehmer (wieder) Erfahrungen im betreffenden Beruf erlangen ("learning by doing") und so die Chance erhalten, wieder in den originären Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. (Projekte: "Altenpflege", "Einzelhandel")

Auch für diese Projekte war ursprünglich eine Sozialbetreuung vorgesehen, die jedoch aufgrund der Kürze der Zeit und der geringen Teilnehmerzahl in beiden Maßnahmen nicht realisiert werden konnte. So wurden diese Projekte nur als reine Beschäftigungsmaßnahmen angeboten.

Der Träger war bei diesen Maßnahmen gleichzeitig der Arbeitgeber. Dadurch konnte er positive wie negative Entwicklungsfortschritte der Teilnehmer beobachten. Den Teilnehmern wurde die Möglichkeit gegeben, fehlende "Berufspraxis" aufzuholen und später mit einem qualifizierten Arbeitszeugnis nachzuweisen. Im günstigen Fall war eine Übernahme beim jeweiligen Arbeitgeber möglich.

2.1 Finanzierung der Maßnahmen

Aufgrund der möglichen Kombination von AFG-Maßnahmen, Sonderprogrammen (Hilfen für Langzeitarbeitslose) des Bundes sowie zusätzlichen Lohnkostenzuschüssen (§9 (4)-Gelder) erfolgte die Finanzierung der Projekte aus unterschiedlichen Töpfen. So waren die AFG-Gelder (§§44/45) nur für Maßnahmen mit Qualifizierungsteil vorgesehen. 250-Mio.-Gelder wurden in erster Linie zur Finanzierung der Sozialbetreuung eingesetzt und entfielen bei den reinen Beschäftigungsmaßnahmen. Die erweiterten Lohnkostenzuschüsse kamen natürlich nur in Verbindung mit einer Beschäftigung zum Tragen. 43,1% der Teilnehmer des Modellypes I und 29,6% der Teilnehmer des Modellypes II erhielten keine "Free-Money"-Förderung, da sie vorzeitig aus den Maßnahmen ausgeschieden waren bzw. nicht in eine Arbeitstelle vermittelt werden konnten.

Tabelle 2.2: Finanzierung der Maßnahmen⁴

Typ	Teilnehmer	BHI + §9 (4)-Gelder	geförd. Personen	250 Mio.-Gelder	AFG-Gelder	Summe
I	153	1.843.109,65	87	239.408	871.007	2.953.524,65
II	108	477.538,76	76	178.120	397.126	1.052.784,76
III	56	1.499.743,12	56	332.736	-----	1.832.479,12
IV	40	850.387,89	40	103.697	-----	954.084,89
V	21	396.911,74	21	-----	-----	396.911,74
Summe	378	5.067.691,16	223	853.961	1.268.133	7.189.785,16

Quelle: Angaben des Arbeitsamtes Duisburg

Die Tabelle 2.2 macht deutlich, daß die Finanzierung der Maßnahmen zu 70,5% aus Lohnkostenzuschüssen bestand. Abhängig von den einzelnen Maßnahmen wurden die Lohnkostenzuschüsse über §9 (4)-Gelder auf 95 - 120,65% aufgestockt. Zu 11,9% wurden die Maßnahmen mit Geldern des 250 Mio.-Programms finanziert. Der Anteil der Finanzierung der Umschulungskosten und der Unterhaltsgelder lag bei 17,6%.

⁴ Bis zum 31.12.1995 lagen dem Arbeitsamt Duisburg noch nicht alle endgültigen Abrechnungen vor, so daß die genannten Zahlen nur unter Vorbehalt gelten.

2.2 Trägerstrukturen

Da die Maßnahmen aus unterschiedlichen Programmen finanziert wurden, waren auch die rechtlichen Voraussetzungen für die Träger verschieden.

Der §3 ("Träger von Einrichtungen") der Anordnung des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit über die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Bildung legte fest, wer als Träger einer förderungsfähigen Einrichtung im Sinne des AFG in Betracht kam.

So konnten im Rahmen des 250 Mio.-Programms nur Maßnahmeträger Zuwendungen empfangen, die

1. juristische Personen des öffentlichen Rechts waren,
2. Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, die gemeinnützige Zwecke verfolgten, oder
3. sonstige Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts, wenn sie für die Durchführung einer Maßnahme besonders geeignet erschienen.

Finanzierungen über BHI- und §9 (4)-Gelder waren dagegen nicht trägergebunden.

Die Duisburger Projekte zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosen wurden von acht Trägern durchgeführt. Dabei wurden 65,0% der Maßnahmen von Trägern angeboten, die bereits Erfahrungen bei der Durchführung von FuU-Maßnahmen hatten. So waren es auch speziell diese Träger, die Maßnahmen mit einem Qualifizierungsanteil anboten. Neugegründet wurde die Beschäftigungsgesellschaft "Forum Personaltraining", die Maßnahmen der Kombination **Beschäftigung + Sozialbetreuung** anbot. Weitere Träger waren eine Duisburger Einzelhandelskette und die Stadt Duisburg.

Sieht man von den beiden letzten Trägern ab, so gaben bei der Trägerbefragung drei Träger an, gemeinnützig zu sein und je ein Träger bezeichnete die Rechtsform seiner Einrichtung als kommerziell, privat bzw. öffentlich-rechtlich.

2.3 Projekte im Detail

Modelltyp I

Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung

Projekte "Berufskraftfahrer I und II"

Träger: Deutscher Kraftfahrzeug-Überwachungsverein
 (DEKRA) in Duisburg-Neumühl

"Berufskraftfahrer I"

Teilnehmerzahl: 17

Zeitplanung: 09.11.1992 - 04.05.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

"Berufskraftfahrer II"

Teilnehmerzahl: 17

Zeitplanung: 10.04.1993 - 26.10.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Das Projekt "Berufskraftfahrer" führte zweimal der DEKRA in Duisburg-Neumühl durch. Es bestand aus einer Umschulung zum "Berufskraftfahrer Güterverkehr" und einem Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis im Verlauf der Schulung.

Der Zugang zu diesem Projekt war an Voraussetzungen gebunden: Die einzelnen Teilnehmer mußten mindestens 21 Jahre alt und im Besitz eines Führerscheins der Klasse III mit einjähriger Fahrpraxis sein. Auflage war auch, daß sie weniger als neun Punkte beim Bundeskraftfahramt in Flensburg vorwiesen. Weiter mußte eine körperliche Eignung anhand eines amtsärztlichen Gutachtens nachgewiesen werden. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgte vom Träger im Rahmen einer vom Arbeitsamt durchgeführten Informationsveranstaltung.

Die Maßnahme bestand aus vier Modulen:

Zunächst fand innerhalb von sechs Monaten eine theoretische und praktische Ausbildung mit einer Fahrausbildung zum Erwerb des Führerscheins Klasse II statt (*Kosten gemäß §44 und §45 AFG*). Der Führerschein war Voraussetzung, um anschließend durch den DEKRA in ein Dauerarbeitsverhältnis als Kraftfahrer vermittelt werden zu

können (*Förderung über BHI/RL und aufstockend über §9 (4) auf 96 - 116%*). In diesem Arbeitsverhältnis konnten die Teilnehmer in sechs Monaten berufsbezogene Erfahrungen sammeln. Begleitend fand einmal im Monat ein Schulungstag beim DEKRA statt. Abschließend wurde vor der Prüfung zum Berufskraftfahrer eine einmonatige Vorbereitung durchgeführt. Während dieser Theoriezeiten erfolgte eine Freistellung der Arbeitnehmer bei Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber. Am 8.12.1993 bzw. 17.05.1994 fanden die Facharbeiterprüfungen zum Berufskraftfahrer Güterverkehr vor der IHK statt. Weiter konnte im Verlauf der Umschulung die Prüfung für Flurförderfahrzeuge (Gabelstaplerfahrausweis) beim DEKRA und der Tankwagenbefähigungsschein bei der IHK abgelegt werden.

Nach bestandener Facharbeiterprüfung erfolgte eine nahtlose Weiterbeschäftigung beim Arbeitgeber mit weiteren fünf Monaten Modellförderung. Die flankierende sozialpädagogische Betreuung einschließlich der Nachbetreuung wurde über den Träger angeboten (*Förderung über 250 Mio.-Programm*).

Projekt "Büro"

Träger:	Zukunftswerkstatt in Duisburg-Mitte
Teilnehmerzahl:	17
Zeitplanung:	15.07.1993 - 31.08.1994
Finanzierung:	BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Mit Hilfe dieser Maßnahme konnten ehemals Langzeitarbeitslose zu Hilfskräften in den Tätigkeitsbereichen "Büro" und "Verwaltung" qualifiziert werden. Nach einer sechswöchigen Basisausbildung erfolgte der Eintritt in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse.

Bei der Auswahl der Teilnehmer führten Arbeitsamt und Träger eine gemeinsame Informationsveranstaltung für Langzeitarbeitslose aus den entsprechenden Bereichen durch.

Zunächst erfolgte in einer sechswöchigen Grundausbildung (einschließlich eines einwöchigen Praktikums) die Vermittlung von Grundkenntnissen in den Bereichen Bildung und Beruf, Kommunikationstraining, Wirtschaftslehre, Büroorganisation, EDV und Schreibmaschine (*Kosten gemäß §44 und §45 AFG*).

Im Rahmen des Praktikums sollten Kontakte zwischen potentiellen Arbeitgebern und den Teilnehmern der Maßnahme hergestellt werden. Der Träger vermittelte die

Arbeitsstellen. In drei weiteren Modulen von jeweils vier Wochen wurden die Teilnehmer im Verlauf des Förderungsjahres beim Träger weiterqualifiziert. Inhaltliche Aspekte sollten auf die beruflichen Probleme und Wünsche der Teilnehmer abgestimmt werden. Für diese Module mußten die Teilnehmer vom Arbeitgeber, bei fortlaufender Gehaltszahlung, freigestellt werden (*Förderung über §9 (4)-Gelder 95% / 105% / 115%*). Nach Abschluß des schulischen Teils der Maßnahme erhielten die Teilnehmer ein Zertifikat des Trägers, das über berufliche Fertigkeiten und Fähigkeiten der betreffenden Personen informiert und in dem die Qualifikationsinhalte der Schulung aufgelistet sind. Integrativer Bestandteil der Maßnahme war eine sozialpädagogische Betreuung.

Projekt "Elektro"

Träger:	Bildungszentrum für das Handwerk (BZH) in Duisburg-Neumühl
Teilnehmerzahl:	29
Zeitplanung:	15.11.1992 - 14.05.1994
Finanzierung:	BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Die Maßnahme beinhaltete die Qualifizierung zum Elektrofachwerker mit einer Prüfung vor der Handwerkskammer nach 18 Monaten. Gleichzeitig befanden sich die Teilnehmer in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis als Elektrohelfer in entsprechenden Handwerksbetrieben.

Die Vorauswahl der Teilnehmer erfolgte im Arbeitsamt durch intensive Einzel- und Gruppengespräche mit Langzeitarbeitslosen aus dem gewerblichen Bereich. Anschließend wurden Bewerbungsgespräche bei interessierten Arbeitgebern durchgeführt. Mit Beginn der Maßnahme wurde den Teilnehmern der Tariflohn eines Elektrohelfers gezahlt (*Förderung über BHI/RL-Sätze und ggfs. Aufstockung über §9 (4) ca. 100%*).

Die Ausbildung zum Elektrofachwerker fand im vierwöchigen Wechsel mit dem Beschäftigungsteil statt (*Kosten gemäß §45 AFG*). Den Teilnehmern wurden berufspezifische Kenntnisse vermittelt.

Die Sozialbetreuung führte der Träger der Maßnahme durch (*Förderung über 250 Mio.-Programm*). Nach Abschluß der Prüfung zum Elektrofachwerker (am 30.04.1994) erfolgte eine nahtlose Weiterbeschäftigung. Die Modellförderung endete mit dem 14.05.1994.

Projekt "Fachpacker I und II"

Träger: Deutscher Kraftfahrzeug-Überwachungsverein
(DEKRA) in Duisburg-Neumühl

Fachpacker I

Teilnehmerzahl: 31

Zeitplanung: 23.11.1992 - 11.11.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Fachpacker II

Teilnehmerzahl: 18

Zeitplanung: 03.05.1993 - 31.12.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Ebenso wie die Kraftfahrerausbildung wurde auch die Umschulung zur "Fachkraft für Lagerhaltung" bei dem DEKRA zweimal durchgeführt. Die Vermittlung in ein Beschäftigungsverhältnis erfolgte ebenfalls erst im Verlauf der Schulung.

Die Auswahl der Teilnehmer traf das Arbeitsamt in Form von Einzelberatungen und Gruppeninformationsveranstaltungen.

Die Maßnahme war aufgeteilt in sechs Module:

Zunächst erfolgte eine fachbezogene (Schreibmaschine, Rechtskunde, Lagerwesen etc.) und allgemeine (Mathematik, Deutsch) Ausbildung. Zusätzlich konnten sich die Teilnehmer praktisch qualifizieren und erwarben einen Gabelstaplerfahrausweis (*Kosten gemäß §44 und §45 AFG*). Nach 5 1/2 Monaten traten die Teilnehmer in ein Dauerarbeitsverhältnis als Lagerfachkraft ein (*Förderung über BHI/RL und aufstockend über §9 (4) auf 96 - 116%*). Die Vermittlungen und Bewerbungshilfen wurden durch den DEKRA geleistet. Das dritte und vierte Modul von je drei Wochen waren eine Fortsetzung der beiden ersten. Abschließend fanden im Modul fünf die Prüfungsvorbereitungen sowie die Prüfung vor der IHK statt. Danach wurden die Teilnehmer beim Arbeitgeber als Facharbeiter weiterbeschäftigt. Die Modellförderung erfolgte für weitere zwölf bzw. sieben Monate. Durch den Träger wurde auch hier die Sozialbetreuung gewährleistet (*Förderung über 250 Mio.-Programm*).

Projekt "Gas/Wasser/Elektro"

Träger: Bildungszentrum für das Handwerk (BZH) in Duisburg-Neumühl
Teilnehmerzahl: 24
Zeitplanung: 02.08.1993 - 31.12.1994
Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG

Innerhalb von 17 Monaten wurden ehemals Langzeitarbeitslose und andere schwerstvermittelbare Arbeitslose in den Bereichen Sanitär/Heizung/Blech und Elektro geschult. Ebenso wie beim Projekt "Elektro" war mit dem Beginn der Maßnahme auch ein Dauerarbeitsverhältnis verbunden.

Das Arbeitsamt traf nach qualifizierten Einzelberatungen eine Vorauswahl der Teilnehmer und vermittelte diese anschließend in Dauerarbeitsverhältnisse. So konnte den Teilnehmern gleich mit Beginn des Projekts der Tariflohn für Helfer im Gas/Wasser- bzw. Elektrobereich gezahlt werden (*Förderung über §9 (4)-Gelder 96% und 116%*).

Die Bildungsphase von insgesamt sechs Monaten wurde im BZH in zweimonatigen Unterrichtsblöcken durchgeführt (*Kosten gemäß §45 AFG*). Es folgte eine abschließende Prüfung als Fachwerker im Elektro- und Gas/Wasserbereich.

Die Betreuung wurde vom Sozialbetreuer des Projekts "Elektro" übernommen.

Modelltyp II

Qualifizierung + Sozialbetreuung

Projekt "Bauhelfer I und II"

Träger: Berufsförderungswerk (BfW) in Duisburg-Neumühl
Bauhelfer I
Teilnehmerzahl: 20
Zeitplanung:
 Qualifizierung: 02.11.1992 - 30.04.1993
 Modellförderung: 01.05.1993 - 30.04.1994
Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Bauhelfer II

Teilnehmerzahl: 12

Zeitplanung:

Qualifizierung: 01.05.1993 - 31.10.1993

Modellförderung: 01.11.1993 - 31.10.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Langzeitarbeitslose und andere schwerstvermittelbare Hilfskräfte aus den Bereichen Bau, Metall und Lager wurden in einer sechsmonatigen Vorschaltmaßnahme in der BfW-eigenen Übungswerkstatt Bau einschließlich eines einmonatigen Praktikums geschult.

Die Vorauswahl führte das Arbeitsamt in Kooperation mit dem BfW in Informationsveranstaltungen durch. In der sechsmonatigen Vorschaltmaßnahme wurden den Teilnehmern theoretische und praktische Grundkenntnisse des Baubereichs wie Mauerwerksbau, Schalen etc. vermittelt. Weitere Schulungsinhalte waren Wirtschafts- und Arbeitsrecht sowie das Erstellen von Lebenslauf und Bewerbungen (*Kosten gemäß §44 und §45 AFG*). Mit Hilfe eines Praktikums wurde der Kontakt zu möglichen Arbeitgebern hergestellt. Den Arbeitgebern standen dann für ein Jahr Gelder aus dem Sonderprogramm BHI unter Aufstockung auf 96 - 116% durch "Free-Money"-Gelder (§9 (4)-Gelder) zur Verfügung.

Die Sozialbetreuung wurde während der Vorschaltmaßnahme im BfW angeboten (*Förderung über 250 Mio.-Programm*).

Projekt "Frauen" - Motivieren Informieren Aktivieren (MIA)

Träger: Schulungsgesellschaft für Sprachförderung und berufliche Weiterbildung (SfS) in Duisburg-Duissern

Teilnehmerzahl: 46

Zeitplanung:

Qualifizierung: 15.07.1993 - 14.10.1993

Modellförderung: 15.10.1993 - 14.10.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, AFG, 250 Mio.-Programm

Dieses Projekt wurde speziell für Frauen konzipiert und bestand aus einem Qualifizierungsteil von vier Monaten für die Tätigkeitsbereiche "Einzelhandel" und "Maler/Lackierer".

Die Vorauswahl der Teilnehmerinnen nahm das Arbeitsamt vor. In mehreren Informationsveranstaltungen klärten das Arbeitsamt und die Schulungsgesellschaft die Frauen über das Ziel und die Durchführung der Maßnahme auf.

Den Teilnehmerinnen wurden zunächst in einem zweimonatigen Schulungsteil beide Bereiche vorgestellt, so daß die Frauen selbst die Entscheidung für den kaufmännischen oder gewerblichen Qualifizierungsweg wählen konnten. Neben berufsrelevanten praktischen Übungen und theoretischem Unterricht gab es auch Sequenzen zur Motivation der Frauen. In den folgenden zwei Monaten fand eine intensive Ausbildung in dem gewählten Berufszweig statt. Im Anschluß an die Schulung wurden die Frauen in entsprechende Dauerarbeitsverhältnisse über das Arbeitsamt und den Träger vermittelt.

Projekt "Maßnahme für ältere Langzeitarbeitslose (MÄLA)"

Träger: Zukunftswerkstatt in Duisburg-Mitte

Teilnehmerzahl: 30

Zeitplanung:

Qualifizierung: 02.11.1992 - 31.03.1993

Modellförderung: 01.04.1993 - 31.03.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder (oder LKZ), AFG, 250 Mio.-Programm

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden speziell ältere Langzeitarbeitslose (durchschnittliches Alter: 50 Jahre) in sechs Monaten (einschließlich zweier Praktikumsmodule) qualifiziert.

In die Auswahl durch das Arbeitsamt kamen ältere Langzeitarbeitslose, die beruflich nicht unmittelbar integriert werden konnten.

Um die Teilnehmer in ihren ursprünglichen Berufsbereichen zu qualifizieren, wurden sie in die Grobbereiche "gewerblich" und "kaufmännisch" getrennt (*Kosten gemäß §44 und §45 AFG*).

Im Rahmen des Fachunterrichts wurden Mathematik, Deutsch, EDV etc. sowie die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie arbeitsplatz- und arbeitsmarktgerechtes Verhalten angeboten. Überdies wurden Projektwochen durchgeführt, um berufliche Kompetenzen und Qualifikationen zu trainieren, und nicht zuletzt gab es zwei Praktikumsmodule mit dem Ziel, Zugang zu einem unbefristeten Arbeitsverhältnis zu finden, das über BHI oder Lohnkostenzuschüsse (LKZ) des AFG und durch

Aufstockung über §9 (4)-Gelder bis 100% für ein Jahr (bei LKZ entsprechend länger) gefördert wurde.

Die flankierende Sozialbetreuung wurde vom Träger geleistet (*Förderung über 250 Mio.-Programm*).

Modelltyp III

Beschäftigung + Sozialbetreuung (Sondermodell)

Projekt "Personalüberlassung I - III"

Träger:	Forum Personaltraining in Duisburg-Rheinhausen
Teilnehmerzahl:	56
Zeitplanung:	01.12.1992 - 30.11.1993
	01.06.1993 - 30.05.1994
	01.11.1993 - 31.10.1994
Finanzierung:	BHI/RL, §9 (4)-Gelder, Globalzuschuß, 250 Mio.-Programm

In diesem Projekt wurden die ehemals Langzeitarbeitslosen von der gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft befristet für maximal 12 Monate eingestellt. Die Gesellschaft überließ die Arbeitnehmer (dann) für höchstens sechs Monate unentgeltlich an Fremdbetriebe mit dem Ziel, dort ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu begründen.

Die Auswahl der Teilnehmer fand in Absprache mit dem Arbeitsamt statt. Dabei wurde zunächst vor allem auf Teilnehmer ehemaliger FuU-Maßnahmen des Bildungsforums Rheinhausen zurückgegriffen.

Die Beschäftigungsgesellschaft vermittelte die Arbeitnehmer entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation an Fremdbetriebe. So konnte der Entleiher risikofrei Leistungsvermögen, Qualifikation, Arbeits- und Sozialverhalten des Betreffenden prüfen. Andererseits unterlagen die Bewerberinnen und Bewerber nicht sofort dem üblichen Leistungsdruck und den Versagensängsten (*Förderung über §9 (4)-Gelder 120,65 %*).

Die Maßnahme erfolgte in drei Durchläufen für insgesamt 56 Teilnehmer. Ausgeschiedene Mitarbeiter wurden bis zum 31.11.1993 durch neue ersetzt.

Die Betreuung erfolgte über den Träger. Ein halber Tag pro Woche diente der Reflexion und Aufarbeitung fachlicher und sozialer Probleme.

Modelltyp IV

Beschäftigung und Sozialbetreuung

Projekte "Grün I und II"

Träger: Stadt Duisburg

Grün I

Teilnehmerzahl: 19

Zeitplanung: 15.03.1993 - 14.03.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, 250 Mio.-Programm

Grün II

Teilnehmerzahl: 10

Zeitplanung: 01.08.1993 - 31.07.1994

Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder, 250 Mio.-Programm

Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden ehemalige ABM-Kräfte des Grünflächenamtes der Stadt Duisburg in ein Dauerarbeitsverhältnis bzw. in ein auf ein Jahr befristetes Arbeitsverhältnis vermittelt.

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgte durch die ehemaligen ABM-Betreuer, da diesen die Arbeitskräfte persönlich bekannt waren. Elf ABM-Teilnehmer wurden bei gewerblichen Betrieben des Garten- und Landschaftsbau und neun Teilnehmer bei der Stadt Duisburg in unbefristete Arbeitsverhältnisse eingestellt.

Im Rahmen der Maßnahme "Grün II" konnten zu einem späteren Zeitpunkt weitere zehn Arbeitskräfte in ein auf ein Jahr befristetes Arbeitsverhältnis bei der Stadt Duisburg vermittelt werden (*Förderung über §9 (4)-Gelder*).

So konnten ehemalige ABM-Teilnehmer, die sich für den Bereich des Garten- und Landschaftsbau qualifiziert hatten, davor bewahrt werden, erneut arbeitslos zu werden. Für die Arbeitnehmer, die nur auf einen befristeten Arbeitsplatz vermittelt werden konnten, diente dieses Jahr als weitergehende Qualifizierung, um ihre Reintegrationschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Beide Gruppen wurden von einem Sozialarbeiter der Stadt Duisburg betreut (*Förderung über 250 Mio.-Programm*).

Projekt "DU'93"

Träger:	Stadt Duisburg
Teilnehmerzahl:	11
Zeitplanung:	01.08.1993 - 31.07.1994
Finanzierung:	BHI/RL, §9 (4)-Gelder, 250 Mio.-Programm

Das Projekt "DU '93" war als Anschlußmaßnahme des Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekts Bruckhausen konzipiert worden. Im Rahmen der Modellförderung konnten so ehemalige Teilnehmer des Bruckhausenprojekts in Dauerarbeitsverhältnisse bei gewerblichen Arbeitgebern einmünden.

Die Auswahl der Teilnehmer, die auf den genannten Personenkreis beschränkt waren, führte daher der Träger durch.

Die früheren Langzeitarbeitslosen waren zuvor im "Projekt Bruckhausen" in drei Phasen über 1 1/2 Jahre durch FuU und ABM qualifiziert worden. Die Vermittlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse erfolgte in Betriebe des Bauhaupt- und Baubewerbes sowie des Garten- und Landschaftsbau (Förderung über §9 (4)-Gelder).

Die bereits während des Qualifizierungsprojekts angebotene Betreuung der Teilnehmer wurde auch für den Zeitraum der Modellförderung fortgesetzt (*Förderung über 250 Mio.-Programm*).

Modelltyp V Beschäftigung

Projekt "Altenpflege"

Träger:	Stadt Duisburg (Altenheim Hamborn)
Teilnehmerzahl:	13
Zeitplanung:	01.07.1993 - 31.12.1993
Finanzierung:	BHI/RL, §9 (4)-Gelder

Das Projekt Altenpflege war eine reine Beschäftigungsmaßnahme für sechs Monate.

Die Teilnehmerinnen (es waren nur Frauen, ohne daß dieses Projekt geschlechtsspezifisch konzipiert worden wäre) wurden in Einzelgesprächen durch das Arbeitsamt ausgewählt.

Die Teilnehmerinnen wurden als unqualifizierte Altenpflegehelferinnen im Altenheim Hamborn für sechs Monate befristet eingestellt. Im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses sollten die Frauen den Umgang mit alten Menschen lernen. Begleitend wurden deshalb im Heim auch Schulungen für die Teilnehmerinnen angeboten. Ziel der Maßnahme war es, deren Reintegrationschancen zu erhöhen.

Die zunächst geplante Sozialbetreuung zur Aufarbeitung der Probleme der Teilnehmerinnen und zur Herstellung von Kontakten zu anderen Arbeitgebern der Altenhilfe kam nicht zustande.

Projekt "Einzelhandel"

Träger: Firma Götzen in Duisburg-Rheinhausen
Teilnehmerzahl: 8
Zeitplanung: 01.07.1993 - 31.12.1993
Finanzierung: BHI/RL, §9 (4)-Gelder

Ebenso wie im Projekt "Altenpflege" wurde das Projekt "Einzelhandel" als reine Beschäftigungsmaßnahme für sechs Monate durchgeführt.

Entsprechend der vorhandenen Qualifikationen wurden Langzeitarbeitslose aus dem Groß- und Einzelhandelsbereich befristet eingestellt. Die Vorauswahl traf das Arbeitsamt Rheinhausen, die Bewerbungsgespräche führte die Firma Götzen durch.

Den arbeitslosen Verkaufshilfen, Kassierern, Verkäufern und Einzelhandelskaufleuten sollten durch das halbe Jahr Beschäftigung bessere Voraussetzungen für eine Reintegration in den Arbeitsmarkt, u.a. auch bei der Firma Götzen, gegeben werden. Die ursprünglich vorgesehene Sozialbetreuung konnte nicht eingerichtet werden, jedoch fand an einem Nachmittag pro Woche eine zentrale fachliche Unterweisung statt, wo u.a. Probleme des beruflichen Wiedereinstiegs reflektiert werden konnten.

3. Teilnehmerrekrutierung

Die Teilnehmer der Maßnahmen wurden auf verschiedenen Wegen ausgewählt, die kurz dargestellt werden sollen.

Hauptziel der Auswahl war es, möglichst homogene Gruppen zusammenzustellen. Dies gelang nicht in allen Fällen, da die Mitarbeiter der beteiligten Arbeitsämter häufig nicht die Zeit hatten, sich über die allgemeinen vermittlungsrelevanten Merkmale hinaus mit der persönlichen Situation der Arbeitslosen auseinanderzusetzen. So wäre bei einer Rekrutierung von Arbeitslosen zu bestimmten Maßnahmen auch die Einbeziehung von Merkmalen, wie die spezifischen Orientierungen der Arbeitslosen, ihre Lebensentwürfe, ihre Motivation und ihre Interessen, wichtig (vgl. Schmid et al. 1994: 236f.).

Bei den meisten Projekten lief die Auswahl über das Arbeitsamt. Zum einen geschah dies durch direkte Ansprache und Einladung der potentiellen Teilnehmer zu einem Vermittlungsgespräch (Beispiel "Elektro") oder durch Informationsveranstaltungen, die im Arbeitsamt stattfanden (Beispiele "Berufskraftfahrer" oder "Fachpacker").

Es wurden allerdings auch andere Wege beschritten. Die Teilnehmer der Maßnahme "Personalüberlassung I" stammten vorwiegend aus Vorschaltmaßnahmen im Bildungsforum. Ähnlich sah es in den Maßnahmen aus, die bei der Stadt Duisburg durchgeführt wurden. "DU '93" rekrutierte seine Teilnehmer aus einem ehemaligen "Arbeit statt Sozialhilfe"-Projekt zur Stadtteilerneuerung Bruckhausens. Die Maßnahmen "Grün I und II" setzten sich aus ehemaligen ABM-Kräften zusammen. Bei den beiden späteren Maßnahmen des Forum Personaltrainings beschritt man einen weiteren Weg, indem man Stellenangebote im Stelleninformationsservice (SIS) des Arbeitsamtes plazierte. Das Berufsförderungswerk hat für seine zweite Maßnahme "Bauhelfer" neben der Zuweisung durch das Arbeitsamt eine Stellenanzeige in einer Tageszeitung plaziert.

In den meisten Fällen war es den Arbeitslosen selbst überlassen, sich für die Teilnahme an einer Maßnahme zu entscheiden. Bei einigen Projekten lag die letzte Entscheidung über die Teilnahme bei den Projektträgern (Beispiel "Personalüberlassung" oder "Einzelhandel"), die individuelle Einstellungsgespräche führten. Von der "Frauemaßnahme" im SFS ist allerdings bekannt, daß die Beteiligten zum größten Teil auf Drängen des Arbeitsamtes teilnahmen. Nicht wenige Frauen verweigerten aus diesem Grund die Teilnahme an den Befragungen.

Um deutlich zu machen, welche Probleme und Schwierigkeiten sich hinter der Rekrutierung verbergen, soll stellvertretend für alle anderen Projekte das Beispiel für die ersten

beiden Maßnahmen beim DEKRA skizziert werden ("Fachkraftpacker" und "Berufskraftfahrer"):

Die beiden Maßnahmen lagen in der Hand eines Arbeitsvermittlers. Für die Auswahl wurden insgesamt 947 Bewerberangebotsbögen (BewAs) gesichtet und ausgewertet. Als mögliche Teilnehmer kamen alle langzeitarbeitslosen Personen in Betracht, die nicht notwendigerweise einen Schulabschluß vorweisen mußten. Auch branchenspezifisch wurden keine Einschränkungen gemacht. Lediglich bei den potentiellen Teilnehmern des Projektes "Berufskraftfahrer" wurden zwei Einschränkungen mit aufgenommen: Zum einen mußten die Teilnehmer im Besitz eines gültigen Führerscheins der Klasse III sein, zum anderen durften keine gravierenden gesundheitlichen Einschränkungen vorliegen, die durch eine amtsärztliche Eignungsabklärung bescheinigt wurden.

Nach der Sichtung der BewAs wurden zu Informationsveranstaltungen im Arbeitsamt für das Projekt "Berufskraftfahrer" 97, für das Projekt "Fachpacker" 115 Bewerber eingeladen. Hinzu kamen noch Einzelberatungen bei 17 bzw. 30 Bewerbern ("Berufskraftfahrer" insgesamt 114; "Fachpacker" insgesamt 145).

Die potentiellen Teilnehmer wurden anschließend schriftlich zu einer weiteren Gruppeninformation beim Projektträger eingeladen, wo sie weitere Hinweise über die Inhalte, den Ablauf und die Dauer der jeweiligen Maßnahme erhielten.

Von den 114 zuvor durch das Arbeitsamt über die Maßnahme "Berufskraftfahrer" informierten Langzeitarbeitslosen erschienen beim Bildungsträger 49 Personen. Davon entschieden sich 25 zu einer Teilnahme an der Maßnahme. Das Projekt schließlich angetreten haben jedoch lediglich 17 Langzeitarbeitslose. Fünf Personen konnten nicht die gesundheitliche Eignung nachweisen, einer Person wurde zwischenzeitlich der Führerschein entzogen, so daß die Voraussetzungen für eine Teilnahme nicht mehr gegeben waren. Zwei Langzeitarbeitslose traten aus sonstigen Gründen nicht an.

Von den 145 informierten potentiellen "Lager"-Teilnehmern erschienen zu der Veranstaltung beim DEKRA 56 Langzeitarbeitslose. 35 Interessenten meldeten sich im Anschluß an die Informationsveranstaltung für diese Maßnahme an. Vier Personen traten dann allerdings die Maßnahme nicht an, so daß 31 Teilnehmer zu Beginn der Maßnahme verblieben.

Teil III:

Empirische Analysen von Nutzern und Maßnahmen

1. Ausgangssituation der Teilnehmer

An den 19 Reintegrationsmaßnahmen des Arbeitsamtes Duisburg nahmen 378 ehemals Langzeitarbeitslose bzw. schwerstvermittelbare Arbeitslose teil. Von diesen erklärten sich 180 Personen zu einem Interview bereit. Neben sozio-demographischen Daten (Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit etc.) und berufsbiographischen Merkmalen (z.B schulische und berufliche Bildung, Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit) wurden auch ökonomische, gesellschaftspolitische und psychosoziale Aspekte ihrer Lebenssituation erfaßt.

1.1 Soziodemographische Beschreibung der befragten Probanden

Geschlecht

78,9% der Befragten waren Männer und 21,1% Frauen. Im Vergleich dazu lag der Prozentsatz langzeitarbeitsloser Frauen in Duisburg Ende September 1993 bei 35,0% (vgl. Landesarbeitsamt NRW 1993). Daß Frauen in den Maßnahmen unterrepräsentiert waren, könnte darauf zurückzuführen sein, daß die meisten Maßnahmen vom Anforderungsprofil her eher auf männliche Arbeitslose zugeschnitten waren. Lediglich die Maßnahmen "Frauen" und "Altenhilfe" waren speziell bzw. in erster Linie für Frauen konzipiert worden. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß traditionelle Denkmuster, die dem Mann die Rolle des Ernährers zuweisen, in Zeiten des Arbeitsplatzmangels zu einer Bevorzugung von Männern bei Einstellungen und Entlassungen führen. Dieser Mechanismus könnte auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt eine Rolle spielen.

Alter

Der jüngste Befragte war 21 Jahre alt, der älteste 59 Jahre. Das Durchschnittsalter aller befragten Teilnehmer betrug 35 Jahre. Ältere Langzeitarbeitslose, für die das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit besonders hoch ist (in Duisburg lag ihr Anteil laut einer Sonderuntersuchung des Arbeitsamtes 1993 bei 54,5% aller Langzeitarbeitslosen), waren somit erheblich unterrepräsentiert. Dies mag daran gelegen haben, daß immer mehr Betriebe ältere Angestellte in den Vorruhestand schicken und zur Zeit der Datenerhebung auf der politischen Bühne noch über eine Reduzierung der Lebensarbeitszeit nachgedacht wurde. Bei der Konzeption der Maßnahmen schienen es Arbeitsamt und Fortbildungsträger für wenig sinnvoll erachtet zu haben, weitreichende und maßgeschneiderte Konzepte zur Reintegration dieser Altersgruppe zu entwickeln und anzubieten. Laut Sozialreport 1995 (1995:9) nimmt überdies bei Arbeitslosen über 55 Jahre die Bewerbungaktivität deutlich ab, woraus gewöhnlich

eine geringere Nachfrage älterer schwerstvermittelbarer Arbeitsloser bzw. Langzeitarbeitsloser bei ihren Arbeitsvermittlern bzw. -beratern resultiert.

Nationalität

163 Befragte (90,6%), einschließlich aller Um- und Aussiedler, waren Deutsche. 17 Befragte (9,4%) besaßen eine ausländische Staatsbürgerschaft, darunter elf Teilnehmer (6,1%) die türkische Staatsangehörigkeit. Ausländische Langzeitarbeitslose waren somit ebenfalls - im Vergleich zu ihrem Gesamtanteil an der Zahl der Langzeitarbeitslosen in Duisburg, die im September 1993 12,1% betrug (vgl. Landesarbeitsamt NRW 1995, Statistische Mitteilungen) - gut repräsentiert.⁵

Familienstand

Verheiratet waren 33,3% der Befragten, wovon 2,2% von ihrem Ehepartner getrennt lebten. Weitere 7,8% gaben an, mit einem Partner zusammenzuleben, so daß 38,9% zum Zeitpunkt der Befragung sich in einem ehelichen oder eheähnlichen Verhältnis befanden. Demgegenüber standen 44,4%, die ledig, und weitere 14,4%, die geschieden waren. Berücksichtigt man auch die Frage nach einem Freund bzw. einer Freundin, so zeigt sich, daß rund ein Drittel der Befragten "single" war.

Kinder

Kinder hatten 48,9% der Befragten. 29 Befragungsteilnehmer (16,1%) gaben eines, 34 Befragungsteilnehmer (18,9%) zwei und 15 Befragungsteilnehmer (8,3%) drei Kinder an. Zehn Befragte (5,6%) hatten vier oder mehr Kinder.

Von den Personen, die Kinder hatten, lebten 60,2% mit den Kindern zusammen in einem Haushalt. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß in einigen Fällen die Kinder altersbedingt den heimischen Haushalt bereits verlassen hatten, in anderen Fällen dürften Scheidung bzw. bei unehelichen Kindern die Trennung vom Partner der Grund gewesen sein.

1.2 Schulische und berufliche Bildung

Die mangelnde Schul- und Berufsausbildung der Probanden ergab sich aus der Beschaffenheit der Maßnahmen, die speziell für schwerstvermittelbare Arbeitslose und Langzeitarbeitslose mit vermittlungshemmenden Merkmalen konzipiert waren.

⁵ Angemerkt werden muß, daß einige Interviews mit ausländischen Maßnahmeteilnehmern aufgrund von Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten nicht durchgeführt werden konnten. Auch lehnten einige nichtdeutsche Probanden, vermutlich aus Angst vor einer Befragung, ein Interview ab.

Schulische Bildung

86,6% der befragten Personen hatten keinen bzw. nur einen niedrigen Schulabschluß. Lediglich 13,4% verwiesen auf eine höhere Schulbildung (Mittlere Reife/ Polytechnische Oberschule, (Fach-)Hochschulreife).

Tabelle 1.1: Befragungsteilnehmer nach Schulabschluß

Schulabschluß	in %
Fehlender oder niedriger Schulabschluß, davon:	86,8
- kein Abschluß	- 26,2
- Haupt-/Volksschule	- 52,8
- anderer Abschluß (i.d.R. Sonderschule)	- 7,8
Mittlere Reife/Polytechnische Oberschule	8,4
Fach-/Hochschulreife	5,0

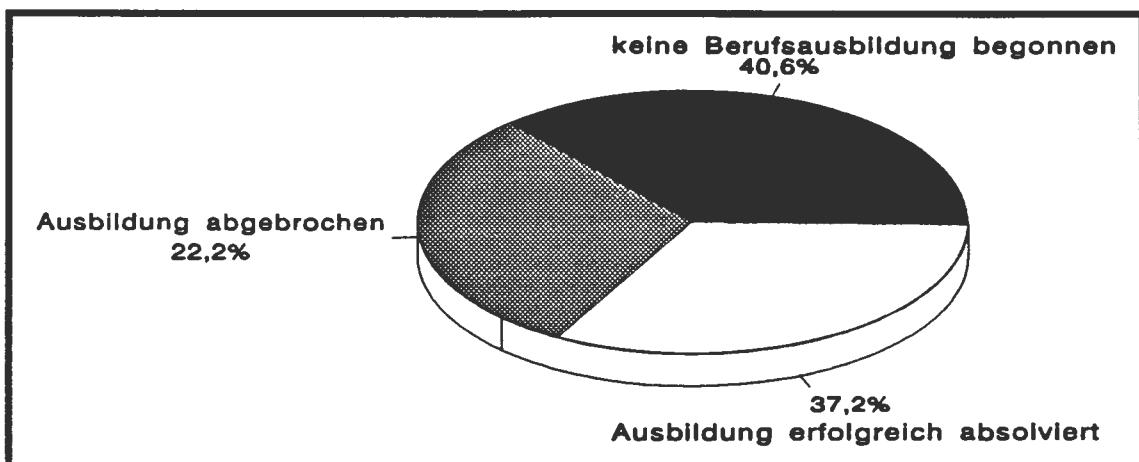
Basis: n = 180

Berufliche Bildung

Von den 180 Befragten gaben 73 Personen (40,6%) an, daß sie keinen Beruf erlernt hatten. Eine Ausbildung für einen Beruf mit einfachen Tätigkeiten (Helferinnen im Verkauf, Altenpflegehelferinnen, einfacher Beamtendienst etc.) absolvierten 27 Personen (15,0%), über eine Qualifikation für mittlere Tätigkeiten (z.B. Facharbeiter, Sachbearbeiter, technischer Zeichner, Krankenschwester, mittlerer Beamtendienst) verfügten 78 Personen (43,3%). Zwei Personen waren als höhere Angestellte tätig (z.B. wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilungsleiter, Geschäftsführer).

Von den Personen, die eine Ausbildung begonnen hatten, beendeten jedoch nur 62,6% ihre Ausbildung erfolgreich (d.h. 37,2% aller Befragten). Daraus folgt, daß insgesamt 62,8% der Befragten ohne einen beruflichen Abschluß in die Maßnahme eintraten (siehe Abbildung 1.1).

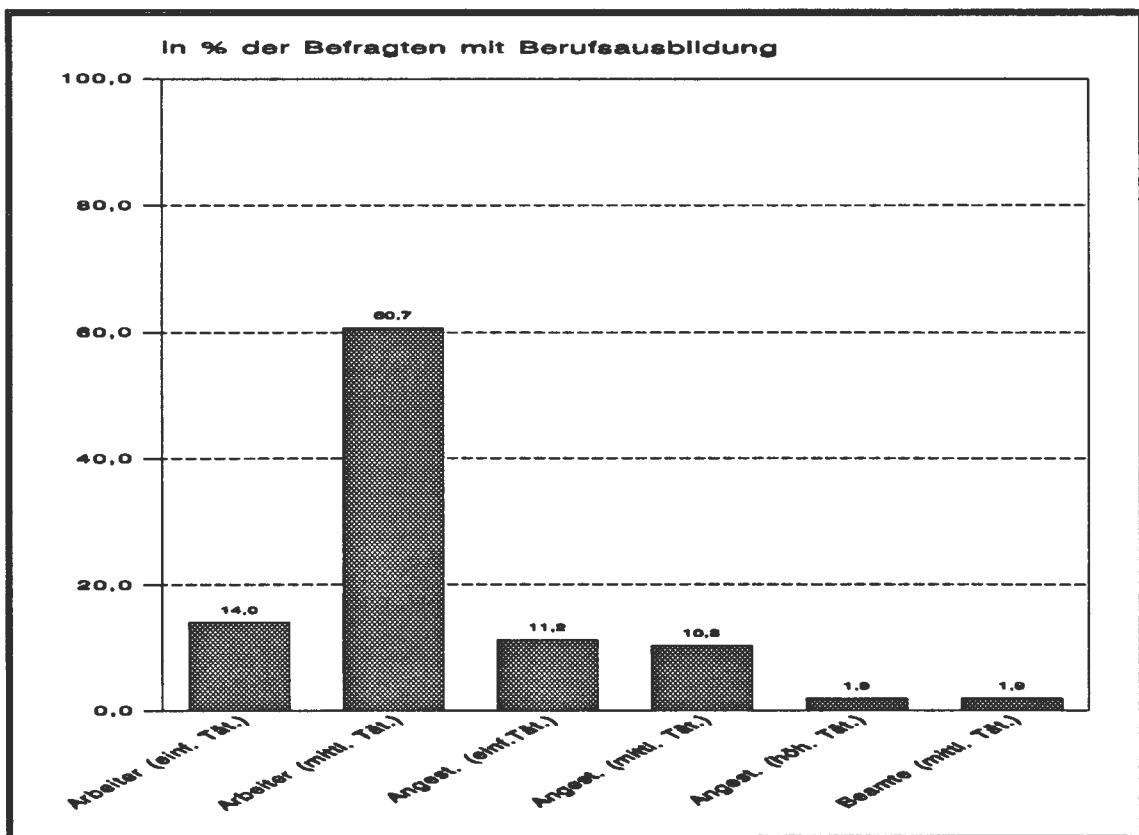
Abbildung 1.1: Berufliche Bildung der Befragungsteilnehmer



Basis: n=180

Abbildung 1.2 macht deutlich, daß hinsichtlich der Berufsbildung ein deutliches Übergewicht bei den Arbeiterberufen besteht.

Abbildung 1.2: Beruflicher Status nach der Berufsausbildung



Basis: n=180

Letzte berufliche Stellung

Die mangelnde schulische und berufliche Qualifikation der Probanden spiegelte sich auch im beruflichen Werdegang wider. Im Interview wurden die Probanden gefragt, welchen Beruf sie vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit ausübten. 72,8% der Befragten gaben an, daß sie einfache Tätigkeiten - überwiegend als manuelle Arbeiter - ausgeübt hatten. Nimmt man die Personen hinzu, die den Kategorien "Freischaffend", "Wehrpflichtige/Zivildienstleistende", "Arbeitslos/Umschulung", "AB-Maßnahme" sowie "Nicht bestimmbar/Hausfrau(mann)/Nie gearbeitet" zuzuordnen sind, erreicht man einen Anteil von über 80,0%. Im Bereich der mittleren Tätigkeiten waren vor dem Eintritt in die Arbeitslosigkeit lediglich 16,7% beschäftigt, in höheren Tätigkeiten keiner der Befragten (siehe Tabelle 1.2).

Nur 30 Befragungsteilnehmer (16,7%) waren zuletzt in dem von ihnen erlernten Beruf tätig. Von diesen 30 Personen übten vier eine einfache und 26 eine mittlere Tätigkeit aus.

Tabelle 1.2: Letzte berufliche Stellung

Letzte berufliche Stellung	in %
Arbeiter	75,6
- einfache Tätigkeiten	- 62,8
- mittlere Tätigkeiten	- 12,8
Angestellte	12,8
- einfache Tätigkeiten	- 10,0
- mittlere Tätigkeiten	- 2,8
Beamte (mittl. Tätigkeiten)	1,1
Sonstige (z.B. Freischaffend, Wehrdienst/ZIVI, Maßnahme d. Arbeitsamtes, Hausfrau/nie gearbeitet)	10,6

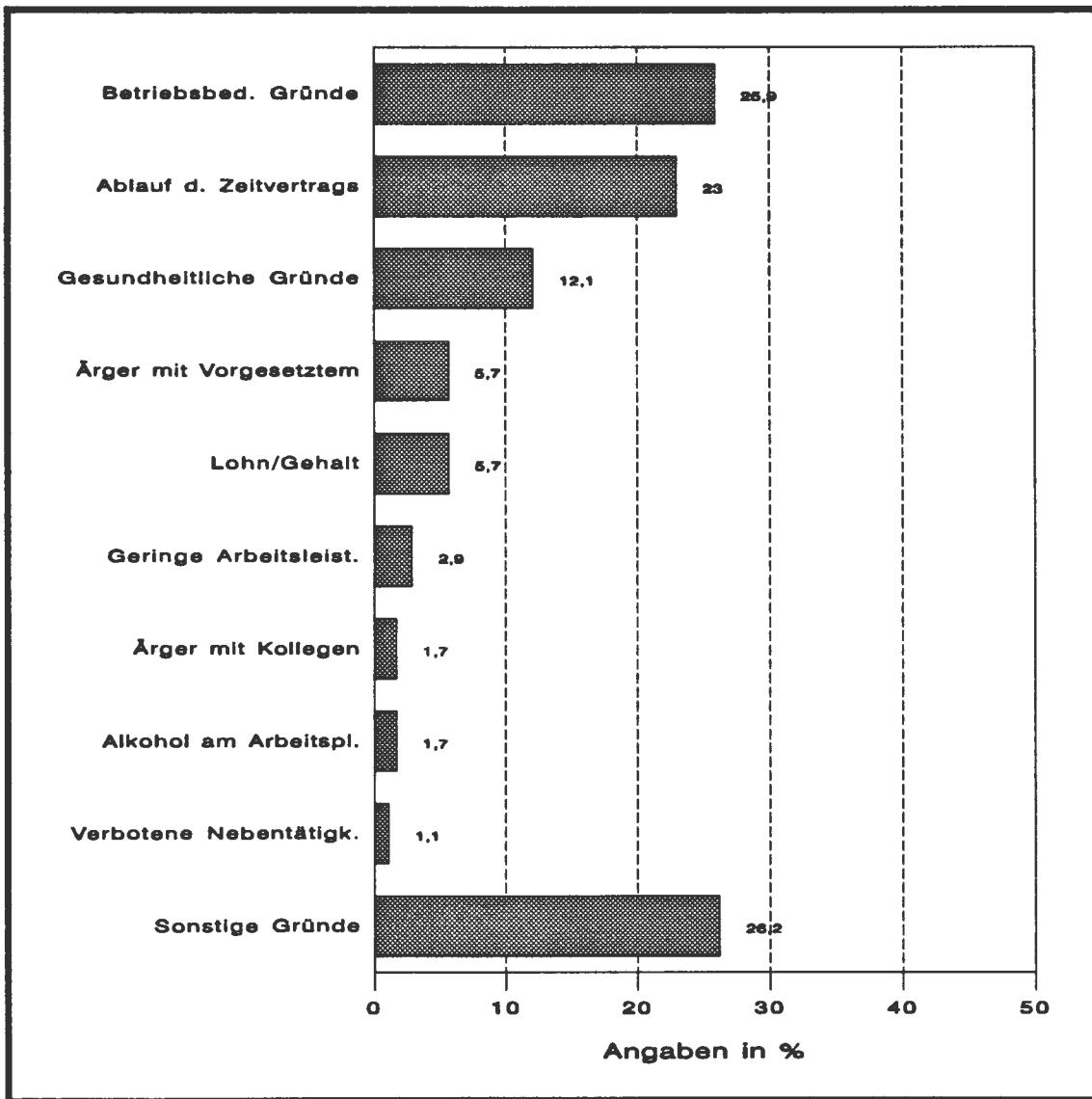
Basis: n=180

Arbeitsplatzverlust

Hinsichtlich des Verlustes ihrer letzten Arbeitsstelle gaben 20,8% der Befragten an, selbst gekündigt zu haben. 75,3% wurden vom Arbeitgeber gekündigt. Bei fünf Probanden (2,8%) erfolgte die Kündigung in gegenseitigem Einvernehmen mit dem Arbeitgeber. Als Ursache für die Kündigung nannten 25,9% betriebsbedingte Gründe (z.B. schlechte Auftragslage, Betriebsstilllegung), 23,0% den Ablauf eines Zeitvertrages und 12,1% gesundheitliche Belange. Somit waren nach Angaben der Befragten primär außengesteuerte, nicht in der Macht der Betroffenen liegende Gründe für die

Kündigung ausschlaggebend. Insgesamt wurden folgende Kündigungsgründe genannt (siehe Abbildung 1.3):

Abbildung 1.3: Gründe für den Verlust der letzten Arbeitsstelle*



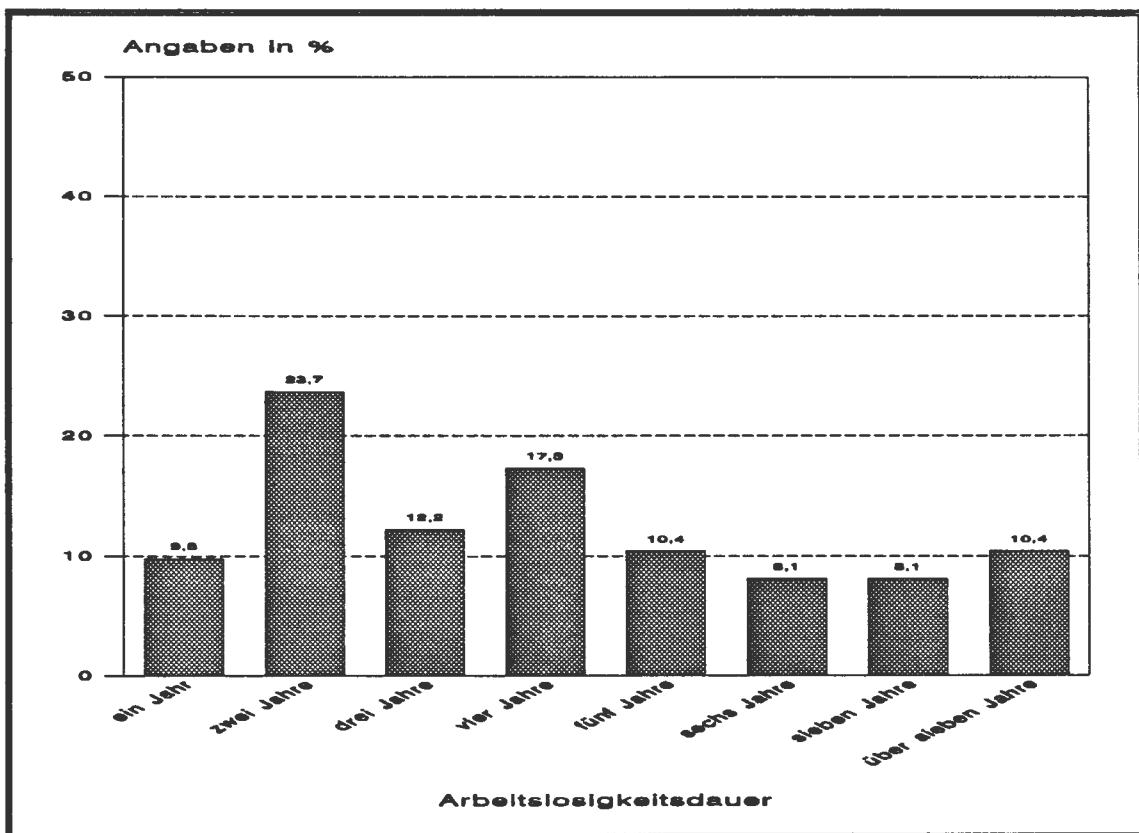
* Mehrfachnennungen möglich

Gerade in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und Stellenknappheit verwundert, daß rund ein Fünftel der Probanden ihr letztes Arbeitsverhältnis selbst aufgekündigt hatte. Fragt man nach den Kündigungsgründen in dieser Teilpopulation, wird deutlich, daß in erster Linie gesundheitliche Probleme genannt wurden. Aber auch Unzufriedenheit mit dem Lohn sowie Ärger mit Vorgesetzten waren nicht selten ausschlaggebend für die Aufgabe des Arbeitsplatzes.

Hinter den "Sonstigen Gründen" verbirgt sich meist die Aufgabe des Arbeitsplatzes durch Um-, Aus- oder Übersiedlung. Der Anteil der Aus- und Übersiedler unter den Maßnahmeteilnehmern betrug immerhin 13,0%. Vornehmlich kamen diese Menschen aus Polen und Rußland.

1.3 Merkmale der Arbeitslosigkeit

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer der Befragten in den zurückliegenden zehn Jahren betrug rund 48 Monate, also vier Jahre. Die niedrigste Arbeitslosigkeitsdauer umfaßte zwei Monate, die höchste zehn Jahre. Hinsichtlich der Häufigkeit der Arbeitslosigkeit waren in den letzten zehn Jahren 37,8% der Befragten nur einmal von Arbeitslosigkeit betroffen. Mehrmals arbeitslos waren 62,2% der Probanden. Deutlich zeigt sich die häufig diskutierte Mehrfacharbeitslosigkeit in der Problemgruppe der Langzeitarbeitslosen (vgl. Andreß 1989). Zu bedenken ist jedoch, daß sich in den Zahlen die subjektive Einschätzung der Befragten widerspiegelt, d.h. der individuell empfundene Zustand mit der statistischen Einstufung durch das Arbeitsamt nicht identisch sein muß. Eine Unterschätzung der Häufigkeit bzw. Dauer der Arbeitslosigkeit kann insbesondere dann auftreten, wenn die Betroffenen an einer AB- bzw. FuU-Maßnahme teilnahmen. Im Selbstbild der Betroffenen gelten diese Zeiten nicht als Arbeitslosigkeit und statistisch werden diese Menschen vom Arbeitsamt als arbeitssuchend geführt.

Abbildung 1.4: Dauer der Arbeitslosigkeit

Basis: n=173

Stellensuche und Motivation

Arbeit hat in der modernen Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Dies sah auch der Großteil der Befragten nicht anders. 64,6% meinten, daß man ohne Arbeit nur ein halber Mensch sei: 28,0% stimmten dem uneingeschränkt, 36,6% mit Ausnahmen zu.

Wie Tabelle 1.3 demonstriert, sahen die Probanden den Hauptgrund für ihren Verbleib in der Arbeitslosigkeit darin, daß Besserqualifizierte bevorzugt eingestellt würden (von 63,4% der Befragten genannt). 48,6% glaubten, in der Vielzahl der Mitbewerber um einen Arbeitsplatz eine weitere Ursache für ihren Verbleib in der Arbeitslosigkeit zu finden. Personenbezogene Gründe wurden von den Teilnehmern - im Gegensatz zu externen Ursachen - nur nachrangig thematisiert. Nur 2,3% meinten, daß sie keine gute Arbeitskraft, und 10,9%, daß sie zu anspruchsvoll und wählerisch bei der Arbeitsplatzsuche seien. 12,6% sahen in ihren geringen Anstrengungen ein Hindernis bei der Suche nach einer Beschäftigung.

Tabelle 1.3: Gründe für Probleme bei der Stellensuche*

Probleme bei der Stellensuche	in %
Besserqualifizierte werden bevorzugt	63,4
es gibt zuviele Mitbewerber	48,6
man erhält zu wenig Hilfe vom Arbeitsamt	47,4
zu wenig Glück bei der Stellensuche	33,1
zu alt	27,3
weil man sich nicht gut ausdrücken kann	25,1
aufgrund des fehlenden Schulabschlusses	24,0
weil man nicht weiß, wie man sich richtig bewirbt	18,9
aufgrund des schlechten Gesundheitszustands	16,6
weil man zu schüchtern und unsicher ist	16,0
weil man sich zu wenig angestrengt hat	12,6
weil die Arbeitgeber zuviel verlangen	12,6
weil man selbst zu anspruchsvoll und wählerisch ist	10,9
aufgrund von Schwierigkeiten mit der Polizei	2,9
weil man keine gute Arbeitskraft ist	2,3

* Mehrfachnennungen möglich

Zum Befragungszeitpunkt waren 36,3% der Probanden auf Stellensuche. Im Schnitt suchte dieser Personenkreis schon seit 31 Monaten einen Arbeitsplatz. Dabei hatten sich 59,4% mehrmals schriftlich beworben bzw. 70,8% in Betrieben persönlich vorgestellt. Gefragt, wie oft sie sich noch bewerben müßten, um Erfolg zu haben, glaubten 46,3%, daß dies noch mehr als zehnmal der Fall sein dürfte.

Von den 114 Probanden, die nicht auf Stellensuche waren, meinten drei Probanden, daß es aussichtslos sei, etwas zu finden; zwei andere gaben an, eine Stellensuche wäre nicht notwendig, da sie etwas in Aussicht hätten. Ein Proband strebte gar kein Arbeitsverhältnis an, zwei weitere wußten nicht, wie sie eine Stelle finden könnten. Der mit 66 Befragten (57,9%) weitaus größte Teil ging davon aus, nach Beendigung der Maßnahme in ein Dauerarbeitsverhältnis zu gelangen (hierin werden die hohen Erwartungen deutlich, die die Teilnehmer mit den Reintegrationsmaßnahmen verknüpften). Weitere 15 Befragte (13,2%) befanden sich bereits im Rahmen ihrer Maßnahme in einem Dauerarbeitsverhältnis. 30 Probanden (26,3%) nannten andere Gründe, warum sie zum Befragungszeitpunkt nicht auf Stellensuche waren.

Wie groß das Interesse der Befragten an einer Arbeitsstelle war, zeigte sich daran, daß über ein Viertel bei einer unerwartet angebotenen Stelle ohne eine nähere Prüfung des Angebots umgehend zugesagt hätte. Immerhin hätten 57,4% der Befragten vor einer Entscheidung die Bedingungen erst sorgfältig geprüft, dagegen nur 15,3% andere

Angebote abgewartet. Nur zwei Befragte hätten generell die Stelle abgelehnt, um sich alles offen zu halten. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß ältere Probanden eher bereit waren, bei einer unerwartet angebotenen Arbeitsstelle sofort zuzusagen, während die jüngeren Probanden mehr dazu neigten, vor einer endgültigen Entscheidung die Bedingungen erst zu prüfen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit hatte dagegen keinen Einfluß auf die Zusagbereitschaft.

Befragt, nach welchen Kriterien sie bei der Arbeitsplatzsuche vorgehen, wurde von der Mehrzahl der Teilnehmer (25,3%) die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit als wichtigstes Kriterium genannt. Für weitere 24,1% stand im Vordergrund, daß es eine Arbeit sein sollte, die sinnvoll und nützlich sei, für 19,4% müsse sie in erster Linie Spaß machen. Überraschend nannten nur 16,5% als wichtigstes Kriterium gute Verdienstmöglichkeiten (vgl. Tabelle 1.4).

Tabelle 1.4: Profil der gewünschten Arbeitsstelle*

Eine Arbeit	in %
die gegen Arbeitslosigkeit gut abgesichert ist	25,3
bei der man etwas Sinnvolles und Nützliches tut	24,1
die Spaß macht	19,4
bei der man gut verdient	16,5
bei der man viel Verantwortung trägt	4,7
die gute Aufstiegsmöglichkeiten bietet	4,1
bei der man häufig zeigen muß, was man wirklich kann	4,1
bei der man sich nicht anstrengen muß	1,8

In einer hochentwickelten Industriegesellschaft zählen Flexibilität und Mobilität, vor allem für die persönlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Oft wird Arbeitslosen vorgeworfen, daß sie, gerade bei ihrer Arbeitsplatzsuche, zu statisch handelten. Dieser Vorwurf scheint nicht berechtigt zu sein: 46,0% der Befragten wären bereit gewesen, für eine Arbeitsstelle in eine andere Stadt zu ziehen - in Anbetracht der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt ein überraschendes Ergebnis. Auch hinsichtlich der Fahrzeit konnte von mangelnder Mobilität keine Rede sein. 25,7% würden für eine Arbeitsstelle in einer anderen Stadt einen Anfahrtsweg von einer halben Stunde in Kauf nehmen, 40,6% eine Fahrtzeit von einer Stunde. 13,1% der Befragten akzeptierten einen Anfahrtsweg von neunzig Minuten, weitere 20,6% sogar eine Fahrtzeit von mehr als neunzig Minuten für eine Wegstrecke.

Hinsichtlich der Mobilitätsbereitschaft ließe sich jedoch auch argumentieren, daß eine Reihe von Probanden trotz ihrer langen Arbeitslosigkeit die Notwendigkeit einer hohen Mobilität, gerade in einer Zeit des Wandels der Arbeitsgesellschaft und der damit einhergehenden massenhaften Freisetzung von Arbeitskräften, immer noch nicht realisiert hat.

In welchen Altersgruppen war die Mobilität höher, bei den jüngeren oder bei den älteren Maßnahmeteilnehmern? Nimmt mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Mobilitätsbereitschaft zu oder ab? Die häufig geäußerte Ansicht, jüngere Arbeitslose seien mobiler, traf auf die EVAL-Population nicht zu. Man kann sogar sagen, daß die älteren Respondenten in bezug auf den Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz eher bereit waren, längere Fahrtstrecken in Kauf zu nehmen. Hinsichtlich eines arbeitsplatzbedingten Umzugs gab es dagegen keine nennenswerten Disparitäten zwischen den Altersgruppen. Lediglich die zwei Probanden, die über 55 Jahre alt waren, zeigten keine Bereitschaft mehr, für eine Arbeitsstelle in eine andere Stadt umzuziehen.

Tabelle 1.5 Mobilität nach Alter (Angaben in Prozent)

		Umzug für eine Arbeitsstelle in eine andere Stadt	
Altersgruppe		nein	ja
bis 25 Jahre		58,3	41,7
26-35 Jahre		50,0	50,0
36-45 Jahre		59,6	40,4
46-55 Jahre		50,0	50,0
älter als 55 Jahre		100,0	-

Akzeptierte Fahrzeit zu einer Arbeitsstelle in einer anderen Stadt				
Altersgruppe	bis 30 Min.	bis 60 Min.	bis 90 Min.	über 90 Min.
bis 25 Jahre	25,0	54,2	8,3	12,5
26-35 Jahre	31,5	32,9	15,1	20,5
36-45 Jahre	23,4	42,6	17,0	17,0
46-55 Jahre	13,3	46,7	6,7	33,3
älter als 55 J.	100,0	-	-	-

Basis: n=175

Tabelle 1.6: Mobilität nach Dauer der Arbeitslosigkeit (Angaben in Prozent)

		Umzug für eine Arbeitsstelle in eine andere Stadt			
Dauer der Arbeitslosigkeit		nein	ja		
ein Jahr		50,0	50,0		
zwei Jahre		41,4	58,6		
drei Jahre		34,8	65,2		
vier Jahre		45,8	54,2		
fünf Jahre		58,3	41,7		
sechs Jahre		64,7	35,3		
sieben Jahre		53,8	46,4		
über sieben Jahre		75,9	24,1		
		Akzeptierte Fahrzeit zu einer Arbeitsstelle in einer anderen Stadt			
Dauer der AL		bis 30 Min.	bis 60 Min.	bis 90 Min.	über 90 Min.
ein Jahr		11,1	44,4	22,2	22,2
zwei Jahre		34,5	37,9	10,3	17,2
drei Jahre		13,0	65,2	13,0	8,7
vier Jahre		20,8	41,7	20,8	16,7
fünf Jahre		28,0	44,0	16,0	12,0
sechs Jahre		29,4	35,3	-	35,3
sieben Jahre		41,7	8,3	8,3	41,7
über sieben J.		24,1	34,5	13,8	27,6

Basis: n=168

Auch die Arbeitslosigkeitsdauer hatte kaum Einfluß auf die Mobilität der Probanden. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sank zwar die Bereitschaft, für einen Arbeitsplatz in eine andere Stadt umzuziehen. Auf der anderen Seite waren es aber gerade diejenigen, die überdurchschnittlich lange arbeitslos waren, die eher dazu bereit waren, längere Anfahrtswege zu einem Arbeitsplatz in Kauf zu nehmen.

Es läßt sich feststellen, daß ein großer Teil der Maßnahmeteilnehmer bereit war, für einen Arbeitsplatz einen Wohnortswechsel bzw. längere Anfahrtswege zur Arbeitsstelle zu akzeptieren, wobei keine nennenswerten Zusammenhänge zwischen Mobilität und Dauer der Arbeitslosigkeit sowie Mobilität und Alter der Befragten festzustellen waren.

Daß nur ein Drittel der Probanden zum Befragungszeitpunkt aktiv auf Stellensuche war, ist damit zu erklären, daß der Großteil der Respondenten davon ausgegangen war, über die Reintegrationsmaßnahmen einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Diejenigen, die sich um eine Arbeitsstelle bewarben, waren in der Regel schon lange erfolglos auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz.

Es verwundert daher nicht, daß der überwiegende Teil der Befragten die allgemeinen Chancen, derzeit auf dem Arbeitsmarkt in ein Arbeitsverhältnis zu gelangen, als gering bis äußerst gering ansah. Lediglich 24,7% schätzten die Möglichkeit, eine Arbeitsstelle zu erhalten, optimistisch bis sehr optimistisch ein.

Die Rolle des Arbeitsamtes

Der Großteil der Respondenten äußerte sich zur Rolle des Arbeitsamtes skeptisch. Nur 26,9% glaubten, daß das Arbeitsamt im Falle von Arbeitslosigkeit seiner (materiellen) "Fürsorgepflicht" genüge. Was die Arbeitsplatzvermittlung betrifft, waren 58,0% der Meinung, das Arbeitsamt dränge den Betroffenen unzumutbare Arbeiten auf. 47,4% meinten sogar, den Grund für die anhaltende Arbeitslosigkeit u.a. beim Arbeitsamt suchen zu müssen, weil sie von diesem zu wenig Hilfe erhielten. Dazu drei nicht untypische Stimmen aus den Leitfadeninterviews:

Ich bin selbst aktiv geworden. Weil vom Arbeitsamt (...) ich habe manchmal das Gefühl, wenn man dahin kommt, denen ist das sowieso egal (...) was mit mir passiert. Der kriegt sein Geld. Das ist ein bequemer Job, den ganzen Tag am Schreibtisch zu hängen, mal 'ne Tasse Kaffee zu trinken und ein bißchen am Rechner rum zu spielen. Was das Arbeitsamt anbelangt, bin ich enttäuscht (...) Man wird behandelt wie son Stück 'Dreck'. Schon die Struktur, wie die aufgebaut ist, egal was sie brauchen, Sie müssen erst in son Zimmer rein, da warten Sie stundenlang, dann in das nächste Zimmer, wieder ein paar Stunden, dann gehts zum nächsten, da sagen die, sie sind verkehrt, sie müssen dahin. Ich hab das mal probiert mit Überbrückungsgeld, ich war damals ein halbes Jahr schon mal arbeitslos und hab das probiert mit Überbrückungsgeld, was mir zustand. Und ich fand das 'nen Witz, ich bin hier nach Rheinhausen gegangen, die sagten, ich brauch die und die Bescheinigung, mußt ich dafür nach Duisburg fahren, zum alten Arbeitsamt. Von da aus wurde ich zum neuen geschickt, damit konnte ich nach Rheinhausen fahren, da hab ich 'nen Stempel gekriegt und dann konnte ich die Knete holen. Und, ich weiß nicht, das ist alles so 'ne Hin- und Herschickerei, rum kommt sowieso nichts. (männlich, 31 Jahre)

Ja, ich hab allein das Gefühl, wenn ich zum Arbeitsamt gegangen bin, daß ich schon irgendwie so abgestempelt war, ach, da ist wieder so eine (...) Ja, daß die wahrscheinlich denken, ach, die will ja gar nicht arbeiten. Ich weiß nicht, was die Leute da so denken, aber irgendwiehatt ich manchmal das Gefühl, daß man so abgestempelt ist als Arbeitsloser. (weiblich, 44 Jahre)

Das Arbeitsamt hat ja keine Arbeit. Also muß ich die Arbeit selber suchen. (männlich, 59 Jahre).

Bilanz

Zusammenfassend soll daran erinnert werden, daß primär männliche Arbeitslose an den Reintegrationsmaßnahmen teilnahmen. Dagegen war der Anteil älterer und ausländischer Arbeitsloser unterdurchschnittlich gering. Hier ist eine größere Sorgfalt bei der Auswahl der Teilnehmer von Seiten des Arbeitsamtes wünschenswert, um gerade diesen Problemgruppen arbeitsmarktpolitisch gerecht zu werden und ihnen Wege zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. In der Regel verfügten die Befragungsteilnehmer über eine mangelnde schulische und berufliche Ausbildung - nicht zuletzt eine Folge der vorgegebenen Auswahlkriterien.

Für ihre Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche machten die Nutzer der Maßnahmen primär Gründe verantwortlich, die nicht auf ihre eigene Person bezogen waren. Sie sahen vornehmlich in externen Faktoren, die sie kaum oder gar nicht beeinflussen konnten, die Ursache für ihre langandauernde und mehrfache Arbeitslosigkeit. Obwohl der Großteil der Befragten die allgemeinen Arbeitsmarktchancen als gering einstufte, war jedoch bei den meisten Motivation und Bereitschaft erkennbar, wieder dauerhaft einen Arbeitsplatz zu bekommen. Dabei kam es den Teilnehmern in erster Linie darauf an, daß dieser Arbeitsplatz gegen eine erneute Arbeitslosigkeit abgesichert ist. Um wieder arbeiten zu können, waren viele Probanden zu Konzessionen bereit, sowohl hinsichtlich der Anfahrtswege als auch in Bezug auf die Arbeitsangebote.

1.4 Gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Situation der Teilnehmer

1.4.1 Gesundheitliches Befinden der Probanden

Ja also, das war ein totaler Niedergang für mich. Ich bin auch damals mit der Situation gar nicht fertig geworden. Es war damals sogar, es hört sich jetzt komisch an, aber damals war es soweit, ich wußte wirklich nicht mehr ein noch aus. Weder jetzt rein persönlich für mich als Mensch noch von den finanziellen Verhältnissen, sozialen Verhältnissen, die ganze Umgebung, alles. Die Familie konnte es nicht verstehen, die war völlig verstört. Und der Sohn in einer mißlichen Lage, man guckte auch auf die Nachbarn, was die sagen würden. Es ist klar, es ist eine Denkweise in der Bevölkerung, das ist heute auch so, die Leute kommen einfach aus ihrem Schema nicht heraus. Die werden, ich sage mal, auch grundsätzlich so gesteuert, daß man so denken muß wohl in Deutschland. Heute mit den Erfahrungen lache ich darüber. Wenn ich die Erfahrungen damals gehabt hätte, wäre ich auch höchstwahrscheinlich nicht auf den Gedanken gekommen, mich vielleicht irgendwo die nächste Woche am Balken aufzuknüpfen oder so etwas. (männlich, 42 Jahre)

Arbeitslosigkeit kann, wie im eben geschilderten Fall eines 42jährigen Mannes, psychosoziale Probleme hervorrufen oder schon vorhandene verstärken (vgl. Kieselbach 1991:145). Zwar verspüren zahlreiche Arbeitslose in der Eingangsphase der Arbeitslosigkeit eine Verbesserung ihres Gesundheitszustandes, da viele von ihnen "zuletzt auf einem gesundheitlich belastenden Arbeitsplatz gearbeitet" haben (Brinkmann 1984:466). Dieser Zustand verändert sich aber in der Regel mit der Dauer der Arbeitslosigkeit, wie das "Vierphasenmodell" von Friedrich/Wiedemeyer (1992:41) verdeutlicht:

"Zunächst bedeutet der Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Schockerlebnis. Es folgt eine aktive Phase der Stellensuche, die durch einen noch ungebrochenen Optimismus gekennzeichnet ist (...) Bei andauernder Arbeitslosigkeit, wenn alle Bemühungen um Beschäftigung fehlgeschlagen sind, treten Langeweile und familiäre Belastungen auf, die die Phase des Pessimismus einleiten. Das Selbstwertgefühl erleidet erheblichen Schaden, da die Selbstbestätigung aus dem Einkommenserwerb fehlt und der Arbeitslose sich überflüssig bzw. als "Schmarotzer" fühlt und von Nachbarn und Kollegen vermeintlich oder tatsächlich geschnitten wird. In dieser kritischen Phase treten Ängste und Depressionen auf. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird selbst zum Hindernis bei der Stellensuche: Bewerber, die

schon längere Zeit arbeitslos sind, werden von den Firmen skeptisch beurteilt. Langfristig Arbeitslose zählen somit zu den besonders schwer vermittelbaren Arbeitskräften. Damit wird die letzte Phase eingeleitet, die durch Resignation gekennzeichnet ist.“

Dazu zwei Stimmen aus unserer Stichprobe:

Also am Anfang meiner Arbeitslosigkeit habe ich gedacht, na ja, das wird ja halt nicht lang dauern. Ich war dann sehr erstaunt, daß das wirklich schwierig ist, heute, (wird leiser) Arbeit zu finden (...) Am Anfang habe ich mich erst mal ein bißchen erholt. Aber dann war ich schon ungenießbar langsam (...) Ich wollte ja jetzt einen Bombenjob haben (lächelt) und das ging ja einfach nicht (...) Ich dachte, aufgrund meiner Lehrgänge und so hätte ich dann doch irgendwie was Gutes gekriegt. Aber es bedeutet doch, man muß anfangen, wieder von unten, ne. (weiblich, 50 Jahre)

Da gibt's verschiedene Phasen, eben, weil ich ja auch sehr lange arbeitslos war. Wie gesagt, in den ersten Monaten, Jahren, kann man ja fast sagen, habe ich mich eigentlich nur gehen lassen. Ich habe also wirklich auch nur von der Hand in den Mund gelebt. Klar, wenn man jetzt eine eigene Wohnung unterhält, gut, ich habe da nur ein Apartment, man kann da nicht von einer großen Wohnung sprechen. Ein Apartment, ein Zimmer, eine Küche dabei. Ich mußte einfach nur auskommen mit meinem Geld, was ich hatte. Viel erleben oder leisten konnte ich mir auch nicht. Und das hat meistens darin geendet, daß man einfach nur, ich sage mal, lang geschlafen hat, den Tag verbummelt hat, Fernsehen geguckt hat und abends wieder ins Bett gegangen ist, ne. So schlimm sich das heute anhört, und man möchte am liebsten gar nicht darüber reden (lacht), aber es ist so. (männlich, 42 Jahre)

Die Verarbeitung der Arbeitslosigkeit ist ein individuelles Problem, und jeder Arbeitslose reagiert anders auf den Zustand der Arbeitslosigkeit. Deshalb gibt es auch nicht den "typischen Arbeitslosen". Hahn/Schön (zit. in: Dialog, Nr. 2/1995:2) unterscheiden vier Arbeitslosentypen: Zum einen den Einstiegsarbeitslosen, der erstmalig arbeitslos ist und dessen Arbeitslosigkeit noch kein Jahr andauert. Des weiteren den perforierten Arbeitslosen, d.s. Mehrfacharbeitslose, deren aktuelle Arbeitslosigkeitsdauer aber ebenfalls unter einem Jahr liegt. Der dritte Typus ist der Langzeitarbeitslose, der länger als ein Jahr arbeitslos ist. Die problematischste Gruppe bilden die Dauerarbeitslosen, die zu großen Teilen vermittlungshemmende Merkmale (z.B. Alter, gesundheitliche Beeinträchtigungen) aufweisen und schon über zwei Jahre arbeitslos sind. Für diese Menschen gestaltet sich die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt äußerst schwierig.

Darüber hinaus unterscheiden Hahn/Schön unterschiedliche Bewältigungsstrategien. So ist der positive Typ optimistisch und selbstbewußt, politisch interessiert sowie mobil und mißt "Arbeit" einen hohen Stellenwert bei. Der ambivalente Typ hingegen ist wesentlich unzufriedener mit seiner Lage, aber willens, körperlich schwere Arbeiten zu verrichten und notfalls auch für eine Arbeitsstelle in eine andere Stadt zu ziehen. Der negative Typ hat wenig Selbstbewußtsein, ist politisch uninteressiert und weist häufig eine schlechte gesundheitliche Konstitution auf. Für ihn ist der Beruf nicht so wichtig.

Für die unterschiedlichen Reaktionen auf Arbeitslosigkeit spielen laut Brinkmann (1976:413) folgende Faktoren eine Rolle:

- (a) die schulische und berufliche Qualifikation des Betroffenen;
- (b) das soziale Netzwerk, in das der Arbeitslose eingebunden ist (z.B. familiäre Situation);
- (c) die finanzielle Situation;
- (d) die individuelle Einstellung des Betroffenen und
- (e) der Grad der gesellschaftlichen Diskriminierung.

Der individuelle Umgang mit bzw. die gesellschaftliche Reaktion auf Arbeitslosigkeit hat nachhaltigen Einfluß auf das gesundheitliche Wohlbefinden der Betroffenen. Als physische Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit werden in der Literatur u.a. Magen-Darm-Beschwerden, Herz-Kreislauf-Störungen und Hautkrankheiten genannt, als psychische Leiden z.B. Schlafstörungen, Depressionen, Apathie, Fatalismus, verringertes Selbstwertgefühl und emotionale Labilität (vgl. Klems/Schmid 1990:55ff). Klems/Schmid (1990:57) kommen zu dem Urteil, daß "Arbeitslose (...) weniger gesund (sind), aber je 'körperlicher' die Beschwerden sind, desto mehr ähneln sich die Gesundheitsbilder von Erwerbstägigen und Erwerbslosen. Langzeitarbeitslose unterscheiden sich nach den bisherigen Studien von Erwerbstägigen im psychischen Wohlbefinden, und noch vor körperlichen Beschwerden werden depressive Symptome konstatiert."

In der Arbeitslosigkeit hatte ich massive psychische Probleme. In der Arbeitslosigkeit hat sich mein Gesundheitszustand eher verschlechtert. Also, ich war sehr neurotisch und auch gereizt. Ich habe mich (...) zurückgezogen und war nicht mehr mitteilungsfreudig, war depressiv. (männlich, 33 Jahre)

Sie werden richtig körperlich krank, sie haben überall Schmerzen. (männlich, 59 Jahre)

Nach ihrem subjektiven Zustand befragt, gab der Großteil der Respondenten an, sich mehr oder weniger gesund zu fühlen. Nur drei Probanden sagten, sie würden sich häufig krank fühlen. Dennoch klagten viele Teilnehmer über gesundheitliche Probleme, obwohl nicht eindeutig gesagt werden kann, ob das ein Resultat der vorangegangenen Arbeitslosigkeit war.

Aufgeschlüsselt nach einzelnen Symptomen ergab sich folgendes Gesundheitsbild: Auf die Frage, ob sie in den aufgeführten Bereichen Probleme hätten, klagten 41,3% über Rücken-, Nacken- und Bandscheibenbeschwerden, 38,0% über allgemeine Nervosität und 34,6% über Kopfschmerzen. Des weiteren wurden gesundheitliche Probleme mit Magen oder Darm, Herz-Kreislaufbeschwerden sowie Schweißausbrüche bzw. Schwindelgefühle thematisiert. Keine gesundheitlichen Probleme hatten lediglich 7,8% der Befragten (vgl. Tabelle 1.7).

Tabelle 1.7: Gesundheitliche Probleme*

Gesundheitliche Probleme	in %
Rücken-/Nacken-/Bandscheibenbeschwerden	41,3
Allgemeine Nervosität	38,0
Kopfschmerzen	34,6
Probleme mit Magen oder Darm	29,6
Konzentrationsschwierigkeiten	26,8
Herz-/Kreislaufbeschwerden	24,0
Schweißausbrüche/Schwindelgefühle	23,5
Schlafstörungen	21,2
Allergien/Ausschläge	17,3
Ermüdungserscheinungen	16,2
Probleme mit dem Essen (z.B. Appetitlosigkeit/Übergewicht)	12,8
Händezittern	10,1
Alpträume	7,3
Nervenzusammenbruch	5,6
sonstige Probleme	11,7
keine gesundheitlichen Probleme	7,8

* Mehrfachnennungen möglich; Basis: n = 179

Die Tatsache, daß so viele Probanden über Rücken-, Nacken- und Bandscheibenbeschwerden klagten, dürfte in der Berufsbiographie der Maßnahmeteilnehmer begründet liegen, die in der Mehrzahl ungelernte bzw. einfache Arbeiter waren, somit in der Vergangenheit vornehmlich körperlich schwere Arbeiten verrichten mußten. Krankheitssymptome wie "allgemeine Nervosität", "Magen- und Darmprobleme"

sowie "Schlafstörungen" können hingegen ihre Ursache in der vorangegangenen Langzeitarbeitslosigkeit gehabt haben.

Magenbeschwerden, Schlafstörungen, dann habt ich immer Kopfschmerzen, die kannte ich vorher gar nicht. Das ist eben dieser psychische Druck, daß sich damit solche organischen 'Wehwehchen' bemerkbar machen. (weiblich, 44 Jahre)

1.4.2 Soziale Vereinigung durch wirtschaftliche Not

Arbeitslosigkeit kann für die Betroffenen gravierende finanzielle Probleme nach sich ziehen. Erwerbsarbeit sichert nicht nur die Existenzgrundlage, sondern bestimmt auch maßgeblich die Lebensqualität, nicht zuletzt das Selbstbild jedes Einzelnen. Folglich stellt der Verlust des Arbeitsplatzes eine Bedrohung dar, die sich als Verarmung, sozialer Abstieg und beschädigte Identität äußert. Gerade Langzeitarbeitslose sind in ihrer ökonomischen Absicherung besonders gefährdet, da mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit nicht nur der Wiedereintritt in die Erwerbsarbeit unwahrscheinlicher wird, sondern auch der Versorgungsanspruch an den Staat sinkt. Nicht ohne Grund sind viele Langzeitarbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen: 1992 lebten in Deutschland über sieben Millionen Menschen in Armut, wovon rund jeder vierte arbeitslos war (vgl. Martens 1995:27). "Armut beginnt mit Arbeitslosigkeit" (Dialog, Nr. 2/1995:2).

Ob durch Arbeitslosigkeit Verarmung eintritt, hängt nach Klein (1987) entscheidend von der Familienstruktur ab. Je größer die Familie, desto größer ist die Gefahr der Verarmung, insbesondere bei Familien, die mehrere Kinder haben. Mildernd können sich sogenannte "Zweitverdienste" - z.B. der Ehefrau oder berufstätiger Kinder - auswirken, die helfen, die auftretenden finanziellen Engpässe zu überbrücken bzw. abzuschwächen.

Von den Maßnahmeteilnehmern lebten nur 11,7% in einem Haushalt, in dem noch eine weitere Person arbeitslos war.

Neben kinderreichen Familien sind auch Alleinstehende bei Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich vom Verarmungsrisiko bedroht. Sie können nicht auf die Hilfe eines Haupt- oder Zweitverdieners zurückgreifen. Erschwerend kommt bei Frauen hinzu, daß sie häufig in schlecht entlohnten Berufszweigen des Dienstleistungssektors arbeiten. Das bei Arbeitslosigkeit fällige Arbeitslosengeld reicht dann oft nicht aus, das Existenzminimum zu gewährleisten. Daneben sind die Chancen von Frauen, wieder

einen Arbeitsplatz zu finden, deutlich geringer als die männlicher Arbeitsloser (vgl. Klein 1987). So sind laut "Arbeitsmarktreport Frauen" (1994:88) weibliche Arbeitslose durchschnittlich länger arbeitslos als Männer (7,1 Monate vs. 6,3 Monate); auch ihre Wiederbeschäftigungsquote ist mit 35,9% deutlich geringer als die männlicher Arbeitsloser (42,5%).

Wohl ist bei Gutverdienenden der Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit gravierender als in den unteren Lohngruppen; Schlechterverdienende geraten allerdings bei Arbeitsplatzverlust viel schneller in finanzielle Engpässe und soziale Not, da in solchen Fällen das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe oft nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten und zudem Ersparnisse in nennenswertem Umfang nicht vorhanden sind. Wie gravierend sich Arbeitslosigkeit finanziell auswirken kann, belegt eine Studie von Rosenbladt (1991:147 ff.), in der 36,0% der Befragten angeben, durch die Arbeitslosigkeit in sehr große finanzielle Schwierigkeiten geraten zu sein.

Häufig müssen Arbeitslose Schulden machen oder Kredite aufnehmen und geraten so schnell in die Überschuldung. Schulden und Lohnpfändungen erschweren bzw. verhindern wiederum in vielen Fällen den Antritt einer neuen Arbeitsstelle (z.B. wenn ein "Offenbarungseid" geleistet wurde und der Betroffene über kein eigenes Konto mehr verfügt). Sie können sich auch negativ auf die Motivation der Arbeitslosen auswirken, wieder eine Arbeitsstelle anzunehmen, da es sich wegen der teilweise hohen Rückzahlungen finanziell für den Betroffenen nicht mehr lohnt, arbeiten zu gehen. Die Situation, daß Schulden bzw. Lohnpfändungen den Antritt einer Arbeitsstelle verhindert haben, hatten von den befragten Maßnahmeteilnehmern nur sechs Probanden erlebt, davon eine Person mehrmals. Mit Blick auf die Zukunft konnten sich das immerhin 16,9% vorstellen.

Meine Frau hat die Scheidung eingereicht. Aus finanziellen Gründen hat sich das für mich dann nicht mehr gelohnt zu arbeiten (...) Ich hab mir ausgerechnet, mein Anwalt hat mir ausgerechnet, das bleibt mir noch, und ich mußte einfach arbeitslos werden, ging gar nicht anders. Die hat mir alles weggenommen, bis auf 1200 Mark. Und dann hätte ich Anwaltskosten, Gerichtskosten, den ganzen Scheiß selber tragen müssen. Wenn ich aber arbeitslos wär', die 1.200 Mark habe ich auch, die kann mir keiner wegnehmen, aber dann wär' ich unterm Armenrecht gefallen und brauch die Kosten nicht zu tragen. (männlich, 31 Jahre)

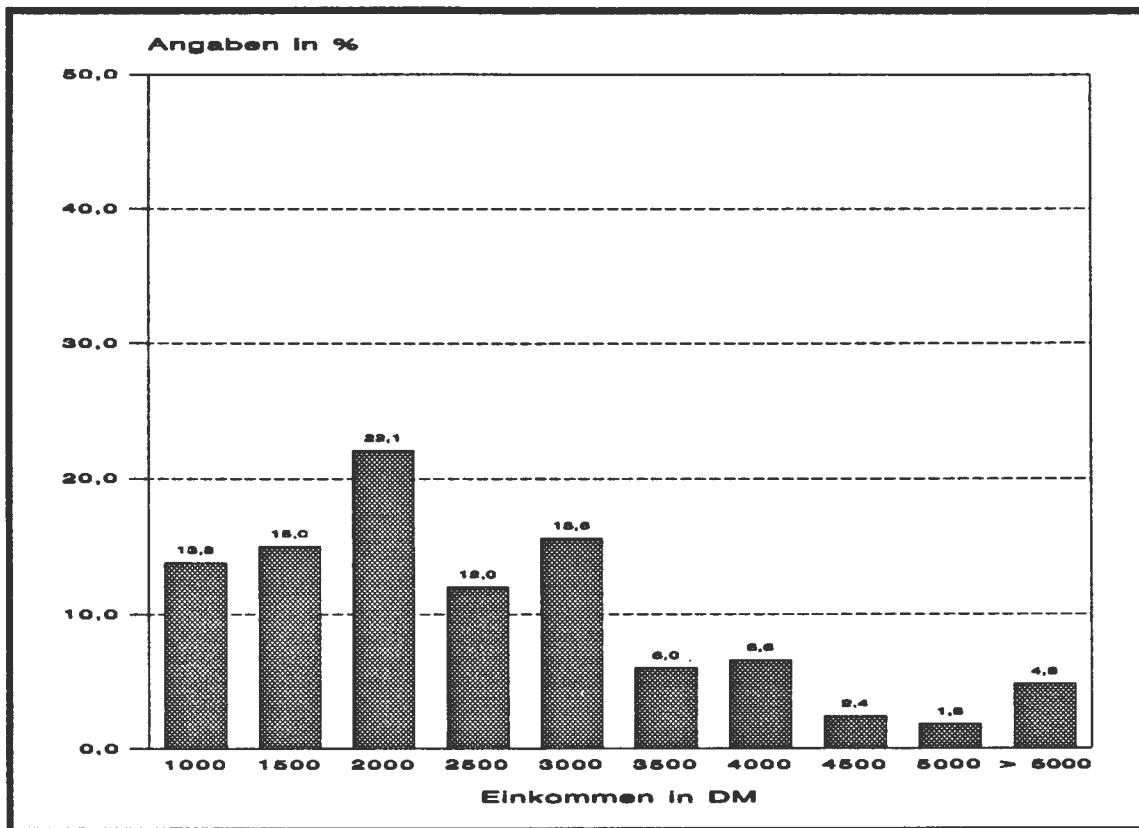
Viele Arbeitslose haben keinen oder nur einen nur geringen Anspruch auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe. Für diese Personengruppe stellt sich die Frage der

materiellen Versorgung um so drängender. Den Betroffenen bleibt häufig nur der Weg zum Sozialamt. Nicht wenige Arbeitslose sind heute primär wegen des Verlustes ihres Arbeitsplatzes auf Sozialhilfe angewiesen. Durch die nach wie vor steigende Zahl der Arbeitslosen auf der einen Seite und die staatlichen Streichungen im Sozialbereich auf der anderen ist davon auszugehen, daß in Zukunft mehr Menschen am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Daß Arbeitslosigkeit Einfluß auf die finanzielle Situation der Betroffenen hat, meinte auch der Großteil der Maßnahmeteilnehmer. So stimmten 82,2% dem Statement zu, daß Arbeitslose ihre Ansprüche verringern müßten.

Wie sah aber die materielle Situation der Probanden konkret aus? In der Eingangsbefragung wurden die Maßnahmeteilnehmer nach dem monatlich zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen befragt. Knapp die Hälfte der Befragten gab an, daß sie über ein Einkommen von höchstens DM 2.000 verfügte (siehe auch Abbildung 1.5). Erwartungsgemäß waren Einpersonenhaushalte stärker in den unteren Einkommensbereichen zu finden. 32,0% verfügten über ein Einkommen bis DM 1.000 und weitere 30,0% über ein Einkommen bis DM 1.500.

Abbildung 1.5: Haushalteinkommen



Die materielle Situation der Arbeitslosen spiegelt sich auch in ihrer Verschuldung wider (Kredite oder private Verbindlichkeiten). In der Befragung zeigte sich, daß 59,8% der Respondenten in der Vergangenheit Kredite aufgenommen hatten. Schulden zum Befragungszeitpunkt hatten 52,3% der Probanden, wobei die durchschnittliche Schuldenhöhe DM 8.798,-- betrug.

Ich habe Schulden, aber ich weiß nicht, wie ich die Schulden abtragen soll (...) Man muß da etwas kaufen. - Ja, und dann haste das gekauft und hast 'nen Kredit aufgenommen bei der Sparkasse und dann wurde das ja immer weniger mit dem Arbeitslosengeld, ja und wie zahl ich das jetzt zurück? Du willst es ja bezahlen, du bist ja gewillt zu zahlen, aber du kannst nicht! Wenn du das bezahlst, hast du morgen nichts zu essen. Oder kannst keine Miete bezahlen, dat Licht wird dir abgesperrt oder wat weiß ich. (...) Eins kommt zum anderen. Das ist wie so 'n - Zahnrad. Wie ein, ein Rädchen greift ins andere (...) Banken sind ja menschlich, wenn es sich um Kredite handelt, sind die ja unheimlich freundlich! Wat denken Sie denn (...) Aber nachher zurückzahlen, da sind die knallhart! Knallhart. (männlich, 59 Jahre)

69,8% der Probanden mit Verbindlichkeiten zahlten zum Befragungszeitpunkt Schulden ab, wobei die durchschnittliche Tilgungsrate bei DM 307,- monatlich lag - eine nicht unbeträchtliche finanzielle Belastung für einen Arbeitslosen, auch in einer Reintegrationsmaßnahme.

Wie sehr die vorangegangene Arbeitslosigkeit belastet hatte, wurde dadurch deutlich, daß neun von zehn Befragten mit dem Erhalt einer Arbeitsstelle mehr oder weniger die Hoffnung auf eine finanzielle Besserstellung verknüpften. Dem entspricht auch, daß 79,7% dem Statement *Wenn Sie einen Arbeitsplatz hätten, müßten Sie sich finanziell einschränken* eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen konnten. Erstaunlich waren in diesem Zusammenhang jedoch die fast 20,3%, bei denen sich eine Erwerbstätigkeit nach eigenen Angaben finanziell negativ ausgewirkt hätte. Hier bieten sich zwei Erklärungsansätze an: Zum einen könnte es sich bei diesem Personenkreis um "Schwarzarbeiter" handeln, die mit ihrem Unterhaltsgeld und dem Lohn aus der Schwarzarbeit über den Einkünften aus einer regulären Arbeit liegen; zum anderen um Teilnehmer, die sich durch die vollständige Ausschöpfung staatlicher Sozialleistungen in Form von Unterhaltsgeld, Wohn- und Kindergeld eine finanzielle Basis schaffen, die sie durch eine Erwerbstätigkeit nicht erreichen können.

Für die naheliegende These, daß sich Arbeitslosigkeit auf die wirtschaftliche Situation der Betroffenen negativ auswirkt, sprechen auch die folgenden Ergebnisse: 56,6% mußten zum Befragungszeitpunkt ihre persönlichen Ausgaben einschränken, bei 62,3% wurden vorgesehene Anschaffungen zurückgestellt, 46,9% hatten ihre Ersparnisse ganz oder teilweise aufgebraucht, 11,9% hatten Probleme mit Versicherungsbeiträgen/Sparverträgen und 25,0% mit Ratenzahlungen. 13,6% der Befragten waren mit ihren Mietzahlungen in Verzug geraten und 5,7% waren an Kredithaie geraten.

Mit dem Geld, was ich zur Verfügung hatte, konnte ich meine Miete nicht bezahlen, ich konnte manchmal den Strom nicht bezahlen, und dann war eben halt zum Leben nichts da, das war immer so 'n Teufelskreis. Bis es eben halt so war, daß das Wohnen in der Wohnung, in der ich also mit meinem Mann, ich weiß nicht 14 Jahre oder so, gelebt habe, nicht mehr gewährleistet war. Ich stand also praktisch kurz vor dem Rausschmiss. Der Vermieter hatte mir schon eine Kündigung geschrieben und dieser Zustand war natürlich auch irgendwo nicht mehr tragbar (...) Ich habe nicht mehr richtig geschlafen, konnte nicht mehr essen (...) Wenn man jeden Tag das Gefühl hat, morgen stehst du irgendwo auf der Straße und dann aus (...) Leisten konnte ich mir so gut wie gar nichts. Aber irgendwann lebt man auch damit (...) Es kommt immer darauf an, die Bedürfnisse des Einzelnen, man kann die doch ziemlich weit runterschrauben, wenn's sein muß. Ich habe sogar manchmal (vor der Arbeitslosigkeit,

d.V.), muß ich sagen, etwas über dem Durchschnitt gelebt. Daß ich mir um Geld keine Sorgen machen mußte. Es war halt da und konnte ausgegeben werden. Und dann ging das also so ziemlich steil bergab. Daß man also wirklich überlegen muß, wieviel Geld hast du jetzt am Tag zur Verfügung, um zu überleben. (weiblich, 44 Jahre)

Vereelendung, richtig. Totale Vereelendung. Davor habe ich diese furchtbare Angst. Das ist eine Angst, daß kann ich Ihnen gar nicht, das muß man erlebt haben, so was. Das ist richtig originäre Angst. Die kommt aus dem Inneren raus. Sie können nachts nicht mehr schlafen, Gedanken, Träume kommen auf Sie zu, das ist furchtbar. Also dieses soziale Elend, was da auf uns zukommt (...) Ich habe Angst, daß das immer schlimmer wird mit dem Wohngeld und was nicht alles. Wie schafft die Frau das noch und alles. Das wird ja immer weniger, nach einem Jahr. Jetzt kriege ich ja noch Arbeitslosengeld (...) Und dann kommt diese Arbeitslosenhilfe. Und was ich dann kriege. Dann krieg ich in der Woche, jetzt will ich aber nichts falsches sagen, dreihundertsechzig und 'n paar Pfennige, ne? Dreihundertsechzig und 'n paar Pfennige. Ja, und das alles, und das in der Woche. Alle vierzehn Tage sind das so siebenhundert Mark, ne? Ja, davon müssen Se aber jetzt Miete bezahlen, dann muß das Licht gezahlt werden dann muß ich noch Kohle kaufen, weil wir noch Kohleheizung haben, und das tägliche Essen. Wir haben dann drei, vier Jungens, äh, drei Jungens noch zu Hause. (männlich, 59 Jahre)

Die durch Arbeitslosigkeit bedingte wirtschaftliche Not hat nicht nur Einfluß auf die Physis und Psyche, sondern auch auf das Selbstwertgefühl der Betroffenen. So gab ein Viertel der Befragten an, daß ihnen ihre finanzielle Lage auf den Magen schlage und sie krank mache. Bei 7,4% ging es gar so weit, daß sie sich aufgrund ihrer finanziellen Misere von ihrer Umwelt zurückzogen.

1.4.3 Die soziale Situation der Teilnehmer

1.4.3.1 Alltagskonflikte

Das vorangegangene Kapitel hat gezeigt, daß die befragten Maßnahmeteilnehmer ihre eingeschränkte finanzielle Situation als belastend empfanden. Wie schon Brinkmann (1987) nachgewiesen hat, werden die nicht-finanziellen Belastungen sogar noch stärker empfunden.

Zur Untersuchung der psychosozialen Situation der Teilnehmer wurden den Befragten 15 Aussagen zu Alltagskonflikten vorgelegt (siehe Tabelle 1.8). Neben erhöhtem

Fernseh-/Videokonsum (28,7%) wurden als Alltagsprobleme, die häufig auftraten, in erster Linie "Tatenlosigkeit" (16,4%), "fehlende Erfolgserlebnisse" (15,5%), "Entspannungsunfähigkeit" (15,2%) und "soziale Isolation" (14,7% bzw. 12,4%) thematisiert. Inwieweit diese Probleme aus der vorangegangenen Arbeitslosigkeit resultieren, ist nur sehr schwer zu beurteilen. Mit dem Eintritt in die Maßnahme dürften sich für viele Teilnehmer bestimmte Alltagskonflikte jedoch entschärft haben, so z.B. "Langeweile" und "soziale Isolation". Auch zeigten die weiteren Befragungen, daß sich die psychosoziale Situation der Teilnehmer im Zuge der Maßnahmen stabilisierte.

Tabelle 1.8: Items zur sozialen Belastungssituation (Angaben in Prozent)*

Problembereich	häufig	manchmal	selten
Sie schauen zuviel Fernsehen/Video	28,7	21,3	19,7
Sie schieben Angelegenheiten auf die lange Bank	16,4	27,1	15,3
Ihnen fehlen Erfolgserlebnisse	15,5	30,5	23,0
Auch wenn Sie Zeit haben, können Sie sich nicht entspannen	15,2	15,7	21,3
Sie ziehen sich zurück	14,7	23,7	19,8
Ihnen fehlt der Kontakt zu Freunden und Bekannten	12,4	11,3	11,9
Sie sind viel zu nervös und gereizt	10,2	28,8	22,6
Ihnen wird die Zeit unheimlich lang und sie langweilen sich	9,0	20,2	25,3
Es fällt Ihnen schwer, Dinge zu entscheiden	7,9	28,1	27,0
Sie fühlen sich überfordert	7,9	21,5	22,6
In ihrer Familie gibt es ernsten Arger	7,3	21,3	44,4
Sie haben Schuldgefühle	6,8	16,5	18,2
Sie kommen sich überflüssig vor	3,4	14,2	18,2
Sie fühlen sich hilflos	3,3	20,9	18,6
Sie packen nichts an, obwohl es viel zu tun gibt	3,4	10,7	19,2

* Mehrfachnennungen möglich

Was habe ich da gemacht? Is 'ne gute Frage. Was habe ich da gemacht? Da bin ich von einem Zimmer ins andere gelaufen. Aschentonnen geleert. Keller ausgefegt und was nicht alles. Dann bin ich durch die Gegend gerannt. (männlich, 59 Jahre)

Trotz der schwierigen beruflichen Situation und den mit der vorangegangenen Arbeitslosigkeit zusammenhängenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen war ein Großteil der Probanden (65,7%) mit ihrem Leben zufrieden bis sehr zufrieden. 73,1% sahen ihre

Zukunft optimistisch, wenn nicht gar sehr optimistisch - nicht zuletzt wegen der hoffnungsvollen Teilnahme an der Maßnahme (vgl. Teil III, Kap. 2.2).

1.4.3.2 Psychosoziale Auswirkungen auf die betroffenen Familien

Arbeitslosigkeit beeinträchtigt in vielfältiger Weise das Familienleben der Betroffenen. Nicht nur, daß die Familienangehörigen durch den Verlust des Arbeitsplatzes materielle Einschränkungen hinnehmen müssen, auch die sozialen Beziehungen zwischen den Ehepartnern sowie zwischen Eltern und Kindern werden in Mitleidenschaft gezogen. So verliert in "traditionellen" Verhältnissen der Mann als "Ernährer" seine dominante Stellung innerhalb der Familie. Dieser Imageverlust hat in der Regel gravierende Störungen im Beziehungsgeflecht der Ehepartner zur Folge (vgl. Wacker 1976:77) - bis hin zu einer "Verschiebung der elterlichen Autorität nach der mütterlichen Seite" (Weiland 1933:44 ff.).

Komarovsky (1940:54) vertritt dagegen die Auffassung, daß Arbeitslosigkeit als ausschlaggebender Grund nicht zur Zerrüttung einer Ehe führe. Sie glaubt, daß Arbeitslosigkeit nicht die Ursache, sondern lediglich Auslöser schon latent vorhandener Konflikte sei und kommt zu dem Schluß, "daß die Arbeitslosigkeit die Gefühle der Frau gegenüber ihrem Mann nicht so sehr verändert, sondern vielmehr die schon früher vorhandenen Gefühle des Unbefriedigtseins zum Ausdruck kommen läßt".

Daß Arbeitslosigkeit sich destabilisierend auf bestehende Partnerschaften auswirkt, ist auch bei einigen Maßnahmeteilnehmern zu vermuten. Während in Duisburg der Anteil der Geschiedenen an der Wohnbevölkerung (über 18 Jahre) 1994 bei 7,1% lag (vgl. Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten 1995), betrug er in der Erhebung 14,4%. Daneben lebten von den Befragten, die verheiratet waren, 2,2% von ihrem Ehepartner getrennt. Überdies zeigt Tabelle 1.8, daß 7,3% der Probanden angaben, in ihrer Familie gebe es häufig Ärger. Ob dies eine direkte Folge der Arbeitslosigkeit war oder die Probleme schon vor der Arbeitslosigkeit existierten, bleibt Spekulation. Interessant ist jedoch, daß 76,7% einen Zusammenhang zwischen dem Erhalt einer Arbeitsstelle und ihrem Ansehen in der Familie sehen, zumal die Familie bei einem beruflichen Wiedereinstieg stolz auf sie sein könne. Es dokumentiert auch, wie sehr sich das Selbstbild von Männern über Erwerbsarbeit definiert und ihre Rolle innerhalb der Familie bestimmt.

Ach, sie (die Ehefrau, d.V.) hat sich nicht daran gewöhnt, aber wissen Sie, ein Wort aufs andere, 'mein Gott, jetzt sitzt der schon wieder da' und so, da kommt ein Wort aufs andere. Und dann sind sie womöglich noch aggressiv und schnauzen die Frau (...) an und schreist (...) Im Nachhinein denkste 'Mensch, ja für was war das jetzt nötig? Die hat doch gar nichts gemacht (...) Meine Frau und meine Kinder, die sprechen mit mir und ich bin in Wirklichkeit mit den Gedanken ganz irgendwo anders (...) Also, das muß ich schon sagen, das ist eine gute Frau. Die hat auch manchmal gesagt, 'Papa, laß doch, das geht schon wieder weiter'. Die hat mich da aufgemöbelt. (männlich, 59 Jahre)

Arbeitslosigkeit kann auch dazu führen, daß sich die Beziehung zwischen Mann und Frau verbessert. Dieses Phänomen konnten Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel in ihrer Marienthal-Studie aus den 30er Jahren beobachten. Sie resümieren: "In manchen Fällen haben sich die Beziehungen der Ehegatten zueinander durch die Arbeitslosigkeit gebessert (...). Nur der Ansatz einer Zusammenfassung solcher Fälle sei gegeben: die Tendenz auf Verbesserung der Beziehungen bestand schon früher von Seiten der Frau, die Not räumte die Hindernisse beim Mann hinweg; sie intensiviert die vorhandenen Tendenzen" (Jahoda et al. 1975:86). Auch Komarovsky (1940:50 ff.) stellte in ihrer Untersuchung fest, daß in Beziehungen, in denen die emotionale Bindung der Ehepartner besonders ausgeprägt sei, die Autorität des Mannes durch die Arbeitslosigkeit so gut wie keinen Schaden nehme. In Beziehungen mit instrumentellem Charakter sei der Autoritätsverlust des Mannes jedoch gravierend.

Papa oder Mama, haste nicht mal? Die Mama muß dann sagen: 'Nee, Kinder, tut mir leid, ich hab kein Geld.' Da leidet die ganz gewaltig drunter. Wenn der Freund von meinem Sohn in die Discotek geht und mein Sohn, der schämt sich dann und sagt 'Ich hab keine Lust', in Wirklichkeit hat er kein Geld im Portemonnaie (...) Sicher leiden die Kinder darunter, auf jeden Fall. (männlich, 59 Jahre)

Nach Zenke/Ludwig (1987:144) leiden auch die Kinder unter dem Zustand der Arbeitslosigkeit des männlichen Elternteils. So sind bei ihnen Symptome der Entmutigung und Resignation, Zukunftsangst, psychosomatische Erkrankungen (Bettnässen, Schlaf-störungen) und aggressive Verhaltensweisen zu beobachten. Bei vielen Kindern und Jugendlichen lassen die Schulleistungen merklich nach, bedingt u.a. durch Konzentrationsschwächen und fehlende Leistungsmotivation. Daneben verschlechtert sich in zahlreichen Fällen die Beziehung zwischen den Kindern und dem Vater, da viele Väter ihren Autoritätsverlust durch aggressives Verhalten zu kompensieren versuchen. Komplettiert werden die "Erscheinungsweisen des Mitbetroffenseins"

durch Symptome sozialer Isolation sowie gesteigerten Zigaretten- und Alkoholkonsums (Zenke/Ludwig 1987:144).

Daß sich Arbeitslosigkeit nicht zwangsläufig negativ auf die schulischen Leistungen und das allgemeine Wohlbefinden der Kinder auswirkt bzw. einen Autoritätsverlust des arbeitslosen Vaters bedingt, zeigen die Studien von Baarda et al. (1990). Entscheidend ist nach ihrer Ansicht die Einstellung der Betroffenen und des sozialen Nahraums sowie ihr individueller Umgang mit dem Schicksal "Arbeitslosigkeit". Auch spielen die ökonomischen Rahmenbedingungen und beruflichen Perspektiven eine wichtige Rolle. Die Wissenschaftler resümieren, daß "im familiären Kontext Arbeitslosigkeit nicht als uniformer Stressor zu betrachten" sei.

Aber nicht nur die Arbeitslosigkeit des Vaters kann familiären Streß verursachen, sondern auch die Arbeitslosigkeit volljähriger Kinder. Zwar unterstützen Eltern in der Regel in solchen Situationen ihre Kinder finanziell, werfen ihnen aber häufig - direkt oder indirekt und nicht selten aus Unkenntnis der allgemeinen Arbeitsmarktlage - ihre Erwerbslosigkeit als persönliches Versagen vor. Gerade im gutbürgerlichen Mittelstand spielt der berufliche Erfolg und der damit verbundene soziale Status eine wichtige Rolle, was auch die Kinder im Zuge ihrer Sozialisation internalisiert haben und nun bei ihnen zu Schuld- und Minderwertigkeitskomplexen führt. Hinzu kommt, daß mit der ökonomischen Unterstützung häufig "alte Abhängigkeiten und Machtverhältnisse" wieder aufleben, was zu einer Bevormundung bzw. Beschneidung der individuellen Lebensführung der arbeitslosen Kinder (und ihrer Familien) führen kann (Pelz/Münz 1990).

1.4.3.3 Soziale Isolation

Zahlreiche Studien belegen, daß Arbeitslosigkeit zu sozialer Isolation führt (Jahoda et al. 1960; Komarovsky 1940; Ariken et al. 1968; Struppek 1975). Zum einen kann es sich um eine selbstgewählte Isolation handeln, um die "Schande" der Arbeitslosigkeit nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Zum anderen distanzieren sich nicht selten Verwandte und Bekannte von den Betroffenen. Hinzu kommt bei Arbeitslosigkeit der Verlust der Arbeitskollegen, die im sozialen Netzwerk eine große Rolle spielt.

Sie haben kein Geld, und Sie haben keine Verwandten mehr (...) Die drehen sich weg, das hab ich gemerkt in dieser langen Arbeitslosigkeit. Vorher immer hin, immer her, dann wurden se arbeitslos, und dann wirst du auf einmal geschnitten, warum weiß ich

auch nicht. Aber ich leg da auch keinen großen Wert drauf, so ist das nicht (...) Von der eigenen Familie (...) Onkel und Tanten, die kannten dich auf einmal nicht mehr (...) Hilfsangebote gab es nicht (...) Die hatten ihre festen Positionen, die hatten ihre Arbeit. Man hat gemerkt, du bist der 'Asi' (...) 'Wenn einer Arbeit haben will', da war so ein großspuriger Onkel, der immer mit diesem abgedroschenen Vers kam. 'Wenn heute einer Arbeit haben will, der kriegt auch welche' (...) Das sind Leute, die 'n Brett vorm Kopp haben. (männlich, 59 Jahre)

Isolations- und Rückzugstendenzen konnten auch bei einem Teil der Befragten konstatiert werden. So gaben 14,7% der Respondenten an, sie würden sich häufig von ihrer Umwelt zurückziehen, 12,4% beklagten, daß ihnen häufig der Kontakt zu Freunden und Bekannten fehle. Auch sind viele Arbeitslose und ihre Familien wegen der angespannten finanziellen Lage außerstande, ihren gewohnten Freizeitaktivitäten nachzugehen.

Ich hatte ja auch kein Auto mehr, nichts, man konnte ja auch nicht großartig irgendwo hinfahren. Wenn, dann höchstens mit dem Bus, aber da war man meistens zu bequem oder zu faul für. Manchmal fehlte auch vielleicht das Geld, einfach nur, um überhaupt was zu machen. Es waren ja sehr lange Jahre, wo eigentlich selbst der letzte Pfennig Geld für irgendwas fehlte. Ich hätte mir nie erlauben können, da für zehn Mark die Stunde irgendwie Tennis spielen gehen zu können. Für zehn Mark die Stunde, da kriegte ich dann bei ALDI schon sicherlich Sachen, da hatte ich für drei Tage was zu futtern, sage ich jetzt mal, und wenn's nur Büchsen gewesen wären. (männlich, 42 Jahre)

Arbeitsloseninitiativen, in Duisburg fast ausschließlich unter dem Dach der ev. Kirche entstanden, versuchen, die Vereinzelung der Betroffenen zu durchbrechen. Sie fördern den Erfahrungsaustausch, organisieren Freizeitaktivitäten und bieten Beratung in rechtlichen Fragen. Sie erreichen allerdings mit ihren Angeboten nur etwa 1,0% aller Arbeitslosen. Attraktiv sind Arbeitslosentreffs, das zeigte eine Befragung ihrer Besucher, vor allem für jene, die Kontakt suchen. Darauf sind Arbeitslose angewiesen, die aufgrund extrem langer Arbeitslosigkeit (sechs Jahre und mehr) nur wenige Bezugspersonen haben (siehe dazu den Sonderbericht "Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen").

1.4.4.4 Arbeitslosigkeit als Stigma

Nein, ich habe die Arbeitslosen genauso schlimm gesehen damals. Ich habe die auch als Schmarotzer gesehen. Weil, ich hatte ja meine Ausbildung, meine Vorbildung, meine Erziehung war ja so auch, man muß arbeiten gehen, man muß einen ordentlichen geraden Weg nach vorne gehen, keine Schulden machen, immer ordentlich und sauber sein. Und Arbeitslose, Penner oder sonst irgendwelche, das ist alles nur Abschaum der Gesellschaft. Ich bin ja auch selbst so erzogen worden. Nur meine eigene, ich sag mal, meine eigene Entwicklung hat mich eigentlich insofern geldwürtig. Heute bin ich viel offener diesen Leuten gegenüber. Ich könnte mich auch heute auch mit einem Penner auf der Straße unterhalten. Ich kann zwar immer noch nicht verstehen, warum ein Mensch so was macht, aber ich habe Verständnis für ihn, und ich würde ihm auch gleich helfen. Nicht, daß ich ihm 'ne Mark gebe, damit er sich irgendwie wieder ein Bier kaufen kann. Das würde ich nicht tun. Aber wenn er mir sagt, 'hör mal, ich muß da und da hin, kannst du mich mitnehmen?', dann nehme ich den Menschen mit, auch wenn er ein Penner ist. Würde ich früher nie gemacht haben. (männlich, 42 Jahre)

Nicht nur in der Vergangenheit wurden Arbeitslose häufig als "Faulpelze" und "Drückeberger" beschimpft, deren Schicksal auf individuelle Defizite zurückzuführen sei, zumal die moderne Industriegesellschaft der Erwerbsarbeit einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert einräumt, so daß Arbeitslosigkeit zwangsläufig von der Mehrheit der Bevölkerung als soziales Stigma angesehen und Arbeitslose ausgegrenzt werden. Dies belegt auch eine Studie von Hentschel und Mitarbeiter aus dem Jahre 1977, in der nicht nur 52,0% der Erwerbstätigen, sondern auch 37,0% der arbeitslosen Probanden die Aussage *Sehr viele Arbeitslose haben keine Lust zu arbeiten und wollen dem Steuerzahler nur auf der Tasche liegen* bejahten. Erstaunlich dabei ist, daß über ein Drittel der Arbeitslosen ihre Leidensgenossen als "soziale Schmarotzer" einstuften.

Also die Bestätigung fehlte mir (...). Ich meine, man hatte im Haushalt genug zu tun, was eben aufgeholt werden mußte, aber es war nicht das, was man eben unter Bestätigung meint. Quasi Berufsleben, man kann sich irgendwie, also nachher war mir schon so, daß die Nachbarn schon guckten, dabei guckten die überhaupt nicht, 'jetzt ist die immer noch zuhause' oder so. Also man fühlte sich unwohl nachher (...) Oder wenn ich z.B. dann mal zu meiner Freundin ging, 'ja, ich muß arbeiten, ich habe nicht so viel Zeit wie Du'. Man fühlte das immer gleich auf sich bezogen. Also mit anderen Worten: Du bist ja arbeitslos, Du hast ja gar keine Arbeit. (lächelt) Dabei

meinte die das gar nicht so, aber man fühlte das, also ich dachte immer (lächelt), sie meinte, man fühlt sich direkt angesprochen. (weiblich, 50 Jahre)

Wie ich durch die Straßen gelaufen bin, dann hat man immer das Gefühl gehabt, als wenn man, die Leute dir nachgucken, ne? Man hat irgendwo so 'ne Art Schuldgefühl gehabt, ne? Das grenzt schon bald an Verfolgungswahn, ne (...) Da kriege ich denn richtige Komplexe (...) Ja, weil ich morgens hier durch die Straßen laufe. Normalerweise geht der Mann ja morgens zur Arbeit. (männlich, 59 Jahre)

Die Stigmatisierung von Arbeitslosen erfüllt für die "Stigmatisierenden" eine wichtige soziale Funktion, indem sie deren "Normalität" unterstreicht und gleichzeitig die "Stigmatisierten" ab- und ausgrenzt. Arbeitslosigkeit - wie andere soziale Abweichungen auch - wird so als Defizit gesellschaftlich erzeugt. Hinzu kommt, daß man sozial Abweichenden neben ihrem "dominanten Stigma" weitere negative Eigenschaften wie "Dummheit", "Unzuverlässigkeit" und "kriminelle Energie" zuschreibt. Die Betroffenen werden auf diese Weise in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erheblich eingeschränkt, was wiederum ihrer Marginalisierung Vorschub leistet (vgl. Becker 1973; Goffman 1974; Strasser 1987).

Da hatte ich bei irgend einem Antrag eine Kleinigkeit vergessen. Da haben sie zu meiner Frau gesagt: 'Ja dann müssen Sie mal ein bißchen weniger Kindergeld - Ja Sie haben doch Kindergeld.' 'Ja', sagt se 'Was hat denn das jetzt mit dem Antrag zu tun'. Da sagt er '(...) gucken Sie doch ein bißchen weniger Fernsehen. Dann lesen Sie das genau durch, gucken Sie ein bißchen weniger Fernsehen, dann wissen Se wat, was Sache ist'. So wird die Frau behandelt (...) Dann ist mein Name (...), kommt ja aus dem Polnischen, ne? Meine Großeltern sind damals von Oberschlesien hierher gekommen. Dann hat man meine Frau auf dem Arbeitsamt, wenn die Sache nicht so traurig gewesen wäre, könnte man drüber lachen, da haben se se gefragt 'Ja, Frau (...), sprechen Sie und verstehen Sie denn schon Deutsch?' Da waren die wohl in der Annahme, meine Frau wäre Polin oder wat, ne? Und ich komm denn nach Hause, sie kommt nach Hause, erst mal hat sie geweint und gelacht, das war so'n Zwischending, ne? Sagt se, 'Mein Gott nochmal, die haben mich für 'ne Polin gehalten. Ich glaub, wir lassen uns umtaufen.' Schlimm! Das sind alles so kleine Situationen, die da im Laufe der Jahre auf dich zukommen. (männlich, 59 Jahre)

Langzeitarbeitslose sind in besonderem Maße gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt, denn je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto größer wird der Grad der Stigmatisierung, da individuelle Defizite mit der Dauer der Arbeitslosigkeit von der Umwelt in den Vordergrund gerückt werden (vgl. Reinike-Dieter 1980). Nach dem

Motto: "Da kann ja etwas nicht stimmen..." Daß diese Haltung, z.B. bei Arbeitgebern, leicht zur "self-fulfilling prophecy" wird, bestätigt nicht zuletzt die Einstellungspraxis und die öffentliche Meinung.

Nach Meinung von Friedrich/Wiedemeyer (1992:33) scheint aber die Diskriminierung und Stigmatisierung von Arbeitslosen mit der Ausbreitung der Arbeitslosigkeit abzunehmen, da Arbeitslosigkeit zunehmend als "Systemfehler" und nicht mehr als individuelles Manko begriffen wird. Diese Umkehr von Individual- und Systemfehler hat jedoch den Nachteil, daß "sich ein Gewöhnungsprozeß (beschleunigt), in dessen Verlauf Arbeitslosigkeit quasi zur gesellschaftlichen 'Normalität' umgedeutet wird, was Anstrengungen zu deren Behebung erlahmen läßt bzw. deren Durchsetzung in der politisch-gesellschaftlichen Arena erschwert".

Ach, die Nachbarn, die wissen doch selber, wat los ist, denn der Nachbar, der war selber arbeitslos. Der hat auch gemerkt, das geht nicht mehr so, ne? (männlich, 59 Jahre)

Ja, ich denke schon, also zumindest auf meine Person kann ich das beziehen. Ich fühle mich also, seitdem ich jetzt wieder da arbeite, wesentlich wohler als vorher, wo ich arbeitslos war. Ich habe jetzt auch irgendwo mir gegenüber ein neues Selbstwertgefühl. Auch nicht nur mir gegenüber, sondern auch gegenüber meiner Lebensgefährtin, obwohl die nie für mich und für sich den Makel der Arbeitslosigkeit gesehen hat. Weil sie sagt auch einfach und das ist auch meine Meinung, daß es kein Makel ist, arbeitslos zu sein. (männlich, 42 Jahre)

In den qualitativen Interviews mit Besuchern der Duisburger Arbeitslosentreffs, auf die im Sonderbericht "Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen" ausführlich eingegangen wird, finden weder persönlich widerfahrende Diskriminierung noch Stigmatisierung Bestätigung. Das mag möglicherweise an dem schon erwähnten Häufigkeits- und Normalitätseffekt liegen, vielleicht aber auch daran, daß sich nur wenige Treffbesucher für ein Interview zur Verfügung stellten und sich darunter mehrheitlich Frauen befanden. Allgemein wird angenommen, daß Frauen Stigmatisierung weniger ausgesetzt sind als Männer, weil ihnen z.T. Alternativrollen zur Erwerbstätigkeit offenstehen. Allerdings waren alle befragten Frauen alleinstehend und litten unter den finanziellen und psychosozialen Folgen ihrer Arbeitslosigkeit in gleicher Weise.

Die Erkenntnis, daß Arbeitslosigkeit mittlerweile zur Normalbiographie vieler Erwerbstätiger gehört, mag dazu beitragen, daß Arbeitslose heute weniger als früher gesellschaftlich diskriminiert werden, da angesichts internationaler Globalisierung und

nationalem Strukturwandel heute Arbeitslosigkeit jeden treffen kann, was einer individuellen Schuldzuschreibung entgegenwirkt.

In der Mehrzahl sahen aber die Maßnahmeteilnehmer einen Verlust der gesellschaftlichen Akzeptanz, der durch Arbeitslosigkeit bedingt war. 56,0% waren der Überzeugung, daß man durch Arbeitslosigkeit abgestempelt werde und so schnell keine Arbeit mehr findet, 52,9% meinten, daß man sein Selbstvertrauen verliere, und 46,9% der Befragten waren der Meinung, daß von Arbeitslosigkeit betroffene Personen die Erfahrung machten, nicht mehr gebraucht zu werden und überflüssig zu sein (siehe Tabelle 1.9).

Tabelle 1.9 Erwartungen bei Arbeitslosigkeit*

"Was erwartet jemanden, der arbeitslos wird? Was trifft am ehesten zu? Ihn erwartet, (...)"	in %
daß er seine Ansprüche verringern muß	82,2
daß ihm das Arbeitsamt eine nicht zu akzeptierende Arbeit aufdrängt	58,0
daß er abgestempelt wird und so schnell keine Arbeit mehr findet	56,0
daß er sein Selbstvertrauen verliert	52,9
daß er zu trinken beginnt oder Drogen nimmt	49,7
daß er erfährt, daß er nicht mehr gebraucht wird und er überflüssig ist	46,9
daß sein Leben ziemlich sinnlos wird	37,7
daß er mit dem Gesetz in Konflikt gerät	31,0
daß ihn das Arbeitsamt gut versorgt und unterstützt	26,9
daß er politisch radikal wird	24,6

* Mehrfachnennungen möglich

Deutlich empfinden die Betroffenen, daß ihr Ansehen in der Arbeitsgesellschaft abnehme. Sie müssen sich mit negativen Zuschreibungen auseinandersetzen und verinnerlichen sie, was sich wiederum in einem verminderteren Selbstwertgefühl ausdrückt. So meinten 49,1% der Befragten, daß ihr Ansehen bei Freunden und Bekannten steigen würde, wenn sie wieder einen Arbeitsplatz hätten.

Bilanz

Die ökonomischen, gesundheitlichen und psychosozialen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, die auch in der Forschung thematisiert werden, waren auch bei der untersuchten Population zu konstatieren. So klagten zahlreiche Probanden über körperliche Beschwerden, wirtschaftliche Engpässe, psychosoziale Belastungen und gesellschaftliche Ausgrenzung. Diese Problemlagen resultieren in einem nicht unbeträchtlichen Maße aus ihrer unterbrochenen Berufsbiographie und der vorausgegangenen, in vielen Fällen schon lang andauernden Arbeitslosigkeit. Folglich war die Erwartung bei vielen Respondenten hoch, über eine Reintegrationsmaßnahme wieder einen dauerhaften Arbeitsplatz zu erhalten.

2. Beurteilung der Maßnahmen durch die Teilnehmer

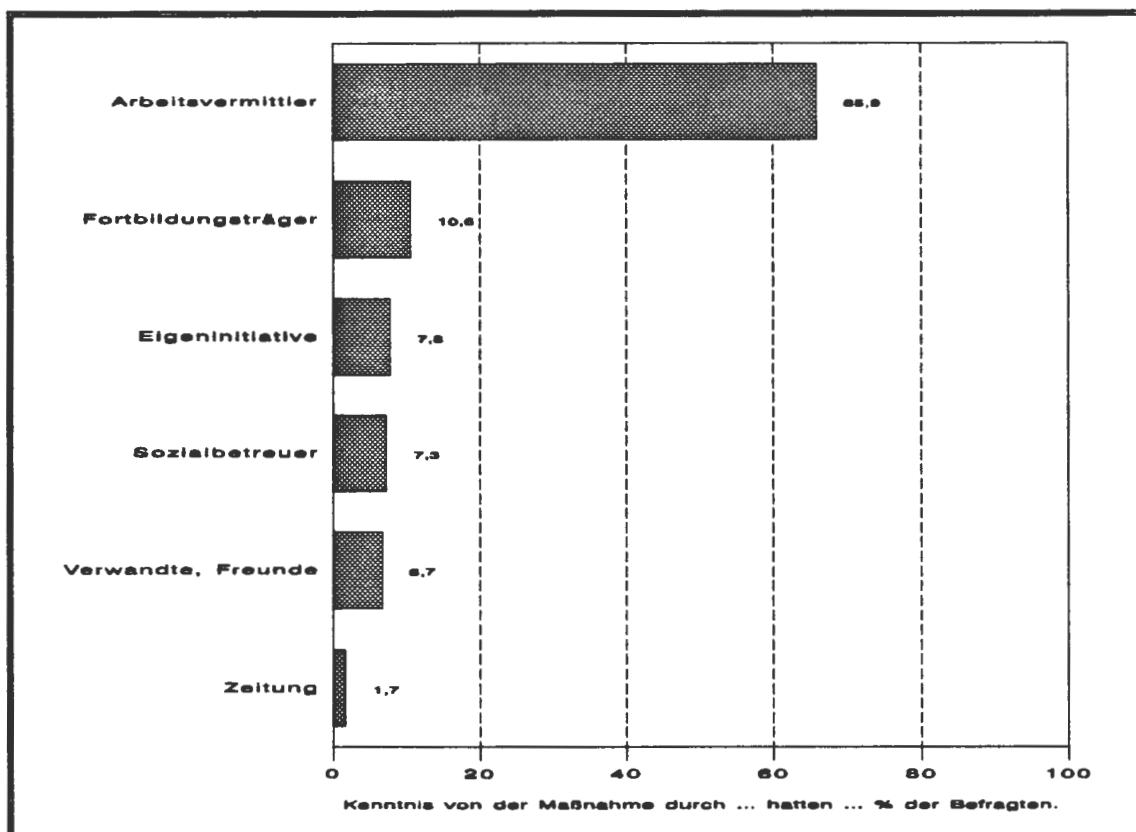
In diesem Kapitel geht es darum, aufzuzeigen, welche Hoffnungen die Teilnehmer zu Beginn mit der Maßnahme verknüpften. Daran anschließend wird dargestellt, wie die Probanden gegen Ende der Maßnahme diese hinsichtlich des theoretischen und/oder praktischen Teils bewerteten, und wie sich ihre berufliche Situation zu diesem Zeitpunkt gestaltete.

2.1 Einstellung der Teilnehmer zu Beginn der Maßnahmen

Bei der Auswertung der ersten Befragungswelle stellte sich heraus, daß der weitaus größte Teil der Befragten (65,9%) durch ihren Arbeitsvermittler/-berater von der Maßnahme erfuhr, weitere 10,6% durch den Fortbildungsträger und 6,7% über Verwandte, Freunde oder Bekannte. 7,8% erlangten Kenntnis über die Maßnahme durch persönliche Initiative, 1,7% wurden über die Zeitung informiert.

Erstaunlich ist, daß 7,3% der Personen von der Maßnahme durch den zuständigen Sozialbetreuer erfuhren. Hierbei handelte es sich in erster Linie um die Maßnahmen "Grün I und II" sowie "DU'93", die ehemals AB- bzw. FuU-Maßnahmen waren und nach ihrem Ablauf zum größten Teil mit "Free-Money"-Geldern weiterfinanziert wurden. Bei den Trägern war es in erster Linie das "Forum Personaltraining", das aktiv auf potentielle Maßnahmeteilnehmer zugegangen ist, die z.T. schon mehrmals bei diesem Fortbildungsträger eine Maßnahme durchlaufen hatten.

Abbildung 2.1: Kenntnis von der Maßnahme



Basis: n=179

Von den 118 Teilnehmern, die über das Arbeitsamt von der Maßnahme erfahren hatten, gaben nur 20 Personen an, daß sie zwischen mehreren Maßnahmen wählen konnten. Den meisten wurde nur eine Maßnahme angeboten. Bedenkt man, daß im Untersuchungszeitraum allein 19 "Free-Money"-Maßnahmen und zahlreiche andere AFG-Maßnahmen angeboten wurden, verwundert es, daß nur einer geringen Zahl von Maßnahmeteilnehmern Alternativen vorgeschlagen worden waren.

Auf die Frage *Wer hat Sie dazu bewogen, an der Maßnahme teilzunehmen?* antwortete der größte Teil der Probanden (74,9%), daß dies eine persönliche Entscheidung gewesen sei. Bei 7,8% beruhte die Entscheidung auf einer Absprache mit dem Partner/der Partnerin bzw. mit den Eltern oder Freunden und Bekannten. Immerhin gaben 15,1% der Befragten an, vom Arbeitsamt in die Maßnahme gedrängt worden zu sein, was auf deren Motivation hemmend gewirkt haben dürfte.

164 Befragte (93,2%) knüpften an die Maßnahme konkrete Erwartungen, wobei der "Berufliche Wiedereinstieg" sowie die "Finanzielle Besserstellung" (82,3% bzw. 72,6,6%) die primären Erwartungshaltungen darstellten. Als weitere Erwartungen -

Mehrfachnennungen waren möglich - wurden genannt: "Beschäftigung mit etwas Nütlichem" (56,7%), "Vorhandenes Wissen auffrischen" (50,6%), "Umschulung in ein neues Berufsfeld" (36,0%), "Neue Bekanntschaften machen" (36,0%) sowie "Unter Gleichgesinnten sein" (28,0%).

Zu Beginn nach ihrem ersten Eindruck von der Maßnahme befragt, antworteten 81,5%, daß sie zufrieden bis sehr zufrieden (hier allein 33,5%) seien. Lediglich zwei Personen waren extrem unzufrieden.

Ebenfalls positiv eingestellt waren die Teilnehmer hinsichtlich ihrer beruflichen Reintegration. Über zwei Drittel der Befragten (70,6%) gingen zu Beginn der Maßnahme davon aus, daß sie im Anschluß an die Maßnahme die vom Fortbildungsträger angebotene Praktikums- oder Arbeitsstelle übernehmen würden. Weitere 11,0% glaubten, daß sie nach Beendigung der Maßnahme einen Arbeitsplatz erhalten würden, für den sie sich in der Maßnahme qualifizierten. 9,2% erwarteten, irgendeinen Arbeitsplatz zu erhalten. Nur knapp zehn Prozent der Probanden befürchteten, nach Abschluß der Maßnahme wieder arbeitslos zu sein.

Es wird deutlich, daß am Anfang die Teilnehmer den Maßnahmen in der Regel eher positiv gegenüberstanden und sich eine Reintegration in den Arbeitsmarkt versprachen.

2.2 Beurteilung der Maßnahmen aus der Sicht der Teilnehmer

In der zweiten Befragungswelle, die gegen Ende der jeweiligen Maßnahme stattfand, wurden die Teilnehmer gebeten, retrospektiv ihre Maßnahme, zusammengesetzt aus theoretischem und praktischem Unterricht, zu beurteilen. Einschränkend muß allerdings angemerkt werden, daß nicht jede Maßnahme eine Qualifizierung beinhaltete (Qualifizierungsteile hatten nur die Maßnahmen der Modelltypen I und II), so daß einzelne Fragestellungen nur einen Teil der Befragten betrafen. An der zweiten Befragungswelle nahmen 74 Probanden teil. Von ihnen waren 68 auch in der ersten Welle befragt worden, die anderen sechs Respondenten waren Erstbefragte.

Die Frage, ob sie die Maßnahme insgesamt für sinnvoll hielten, bejahten 95,9% der Respondenten. Ebenso viele meinten, daß eine solche Maßnahme auch zukünftig für andere Personen sinnvoll sein könne. Den Gedanken, vorzeitig abzubrechen, hegten nur 10,9%, Krankmeldungen während der Maßnahme täuschte nach eigenen Angaben lediglich eine der befragten Personen vor.

Fast die Hälfte der Teilnehmer empfand die Dauer der Maßnahme als zu kurz bzw. viel zu kurz, für weitere 43,7% war der Zeitrahmen genau richtig. Nur 8,5% beklagten eine ihrer Meinung nach zu lange Maßnahmedauer.

Unter großem bzw. sehr großem Erfolgsdruck standen 22,1%, während bei 50,0% dies nur bedingt der Fall war. 27,9% empfanden den Erfolgsdruck als gering bzw. sehr gering.

Der weitaus größte Teil der Respondenten hatte ein gutes Verhältnis zu den übrigen Maßnahmeteilnehmern. Nur ein Proband gab an, sich mit den anderen Teilnehmern seiner Maßnahme nicht verstanden zu haben.

Wie beurteilten nun die Teilnehmer die einzelnen Qualifizierungsteile? Darüber gibt Tabelle 2.1 Aufschluß. Wie gesagt, befanden sich lediglich 45,9% der in der zweiten Welle Befragten in einer Maßnahme mit Qualifizierungsteil, d.h. in einer Maßnahme des Modelltyps I oder II. Dazu kommt, daß nicht in jeder Qualifizierungsmaßnahme die Unterrichtssegmente Deutsch bzw. Mathematik angeboten wurden.

Tabelle 2.1: Beurteilung der Maßnahmen (Angaben in Prozent)

Beurteilungsaspekt	zu schnell	manchmal zu schnell	genau richtig	manchmal zu langsam	zu langsam
Lerntempo	5,9	26,5	44,1	20,6	2,9
	zu schwer	manchmal zu schwer	genau richtig	manchmal zu leicht	zu leicht
Unterrichtsstoff	-	32,4	50,0	-	17,6
Tests/Prüfungen	-	10,3	62,1	13,8	13,8
praktische Übungen	-	15,2	63,6	12,1	9,1
	n. geeignet	überwiegend n. geeignet	genau richtig	überwiegend geeignet	geeignet
Bücher/Unterrichtsmaterialien	-	15,6	18,8	28,1	37,5
Lehrer	-	2,9	29,4	23,5	44,1
Ausbilder in der Praxis	-	-	32,3	12,9	54,8
	sehr schlecht	überwiegend schlecht	genau richtig	überwiegend gut	sehr gut
Teamwork	2,9	2,9	38,2	44,1	11,8
Deutschunterricht	-	11,1	22,2	61,1	5,6
Mathematikunterricht	6,7	6,7	20,0	50,0	16,7
Fachkundeunterricht	-	-	6,5	77,4	16,1
andere Unterrichtsteile	-	14,3	25,0	42,9	17,9
praktische Übungen	-	-	12,1	72,7	15,2
	zu wenig	genau richtig	zu viel		
Anteil Deutsch	33,3	55,6	11,1		
Anteil Mathematik	33,3	56,7	10,0		
Anteil Fachkunde	25,0	71,9	3,1		
Anteil anderer Unter.teile	32,1	57,1	10,7		
Anteil prakt. Übungen	33,3	63,6	3,0		

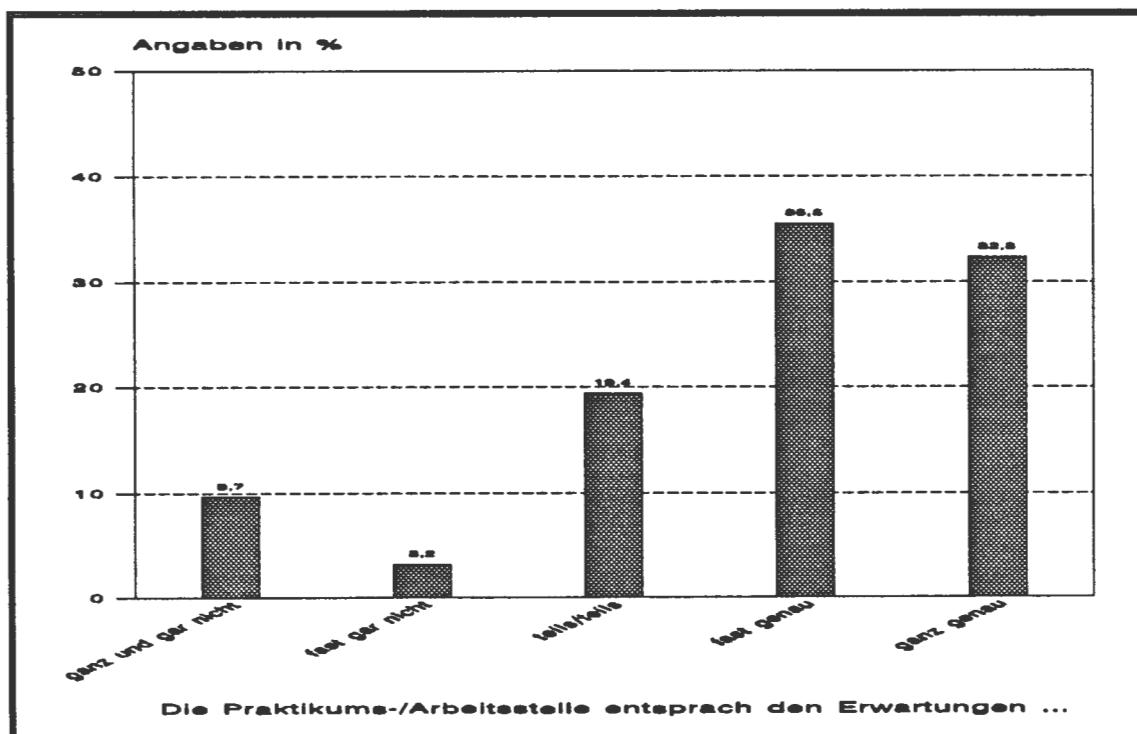
Auch die Betreuung durch die zuständigen Sozialarbeiter wurde vom Großteil der Teilnehmer positiv bewertet. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß jeder fünfte Teilnehmer die Betreuung während der Praktikumszeit mehr oder weniger bemängelte. Die Betreuung durch das Arbeitsamt (z.B. in Fragen des Unterhaltsgeldes bzw. Fahrgeldes) wurde dagegen von nahezu der Hälfte der Respondenten mehr oder weniger negativ bewertet (siehe Tabelle 2.2).

**Tabelle 2.2: Betreuung der Teilnehmer durch die einzelnen Institutionen
(Angaben in Prozent)**

Betreuung	schlecht	überwiegend schlecht	teils/teils	überwiegend gut	sehr gut
Sozialbetreuung schulischer Teil	6,7	6,7	16,7	40,0	30,0
Sozialbetreuung Praktikum/ Arbeitsstelle	9,8	9,8	17,6	27,5	35,3
Betreuung durch das Arbeitsamt	29,7	16,2	21,6	24,3	8,1
Praktikums-/ Arbeitsplatz-vermittlung	11,3	3,2	17,7	29,0	38,7
Unterstützung bei der Bewerbung	5,9	3,9	15,7	37,3	37,3

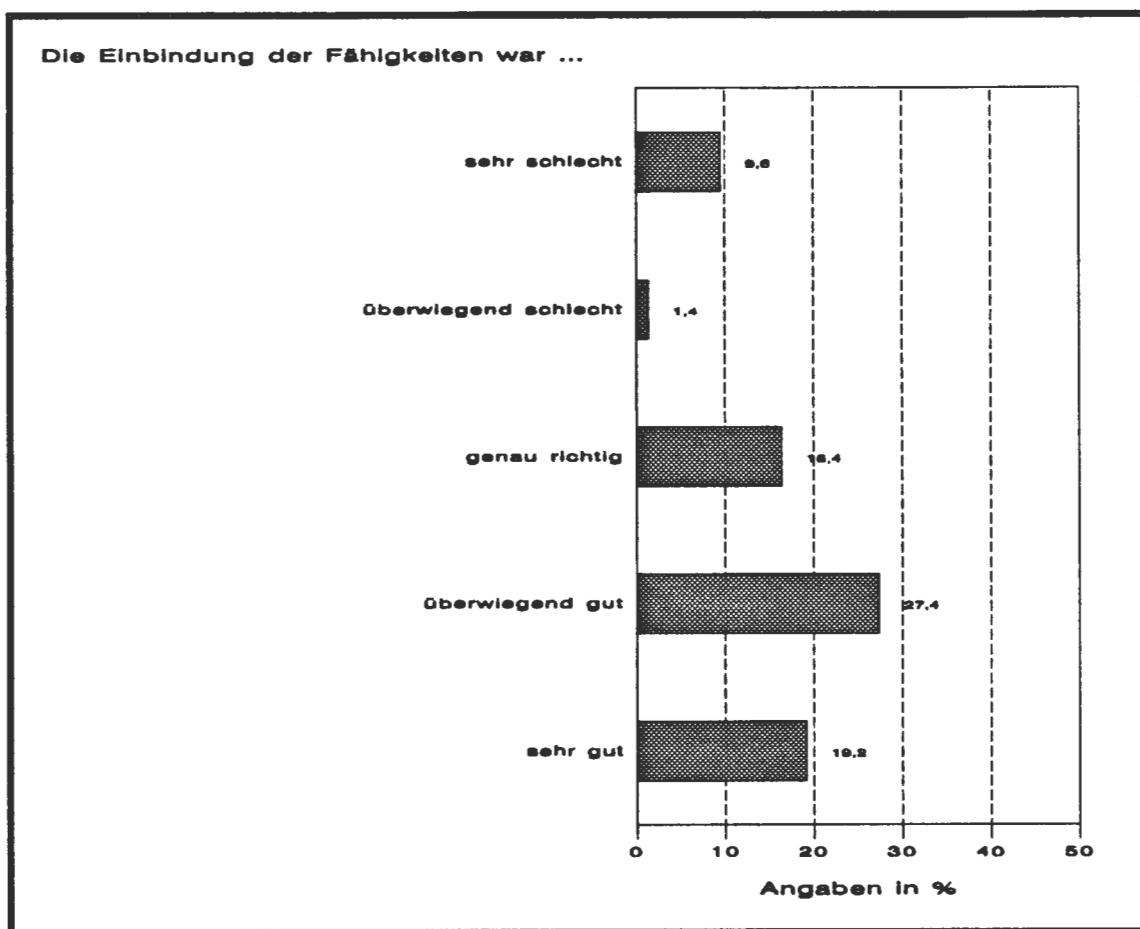
Positiv beurteilten die meisten Teilnehmer die Vermittlungshilfen (z.B. Aquirierung von Praktikumsplätzen) von Seiten der Träger bei der Suche nach einer Praktikums- bzw. Arbeitsstelle. In der Mehrzahl der Fälle entsprach die vermittelte Praktikums-/Arbeitsstelle den Vorstellungen der Teilnehmer. Daneben gaben 65,0% an, daß sie ihre im Qualifikationsteil erlernten Fähigkeiten in ihre Praktikums-/Arbeitsstelle einfließen lassen konnten (siehe Abbildungen 2.2 und 2.3).

Abbildung 2.2: Erwartungshaltung



Basis: n=62

Abbildung 2.3: Einbindung der erworbenen Fähigkeiten im Praktikum/bei der Arbeitsstelle



Basis: n=54

Wie zu Beginn der Maßnahmen wurden die Probanden noch einmal gegen Ende ihrer Fortbildung zu Problemen befragt, die während der Maßnahme auftraten. Dabei thematisierten jeweils 28,6% das zu schnelle Lerntempo und Probleme mit dem Unterrichtsinhalt. 16,9% klagten über Probleme mit Vorgesetzten am Arbeitsplatz und 16,4% über gesundheitliche Beschwerden. 14,1% nannten Probleme am Arbeitsplatz mit Kollegen und 12,3% Probleme mit Lohnzahlungen. Alkohol-/ Suchtprobleme und familiäre Schwierigkeiten sowie Probleme mit anderen Teilnehmern der Maßnahme gab es nach Auskunft des weitaus größten Teils der Respondenten nicht, wobei interessant ist, daß nach Einschätzung der Sozialbetreuer fast 20,0% der Teilnehmer Alkohol- bzw. Suchtprobleme hatten. Im Falle der Suchtproblematik erlaubten die qualitativen Interviews eine genauere Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse. Wir verweisen daher an dieser Stelle auf die Ergebnisse des Sonderberichts "Arbeitslosigkeit und Sucht".

Berufliche Situation der Teilnehmer gegen Ende der Maßnahme

Von den 74 Probanden der zweiten Welle waren zum Befragungszeitpunkt 72 in einem Arbeitsverhältnis bzw. in einem Praktikum, vornehmlich in den Unternehmensbranchen "Spedition/Lagerei" und "Garten-/Landschaftsbau". 70,6% waren in Kleinbetrieben (bis zu 50 Mitarbeitern), 19,1% in mittelständischen (51-200 Arbeitnehmer) und 10,3% in Großbetrieben (mehr als 200 Mitarbeiter) tätig. In der Regel verrichteten die Teilnehmer einfache Tätigkeiten als Arbeiter oder Angestellte. Arbeiten im mittleren Tätigkeitsbereich waren eher selten, höhere Tätigkeiten übte keiner der Probanden aus.

Tabelle 2.3: Ausgeübte Tätigkeiten

Tätigkeitsbereich	In %
Arbeiter - einfache Tätigkeiten - mittlere Tätigkeiten	70,8 6,9
Angestellte - einfache Tätigkeiten - mittlere Tätigkeiten	19,4 2,8

Basis: n=72

Der weitaus größte Teil der Probanden (81,7%) war zufrieden bzw. sehr zufrieden mit ihrer Arbeit. Das Verhältnis zu den Arbeitskollegen und Vorgesetzten wurde in den meisten Fällen als gut bis sehr gut eingestuft.

Tabelle 2.4: Profil der Praktikums-/Arbeitsstelle (Angaben in Prozent)*

Ihre Arbeit ist eine,...	trifft zu	trifft nicht zu
die gut bezahlt wird.	55,1	44,9
die angesehen ist.	73,1	26,9
die gegen Arbeitslosigkeit gut abgesichert ist.	61,5	38,5
bei der man wichtige Entscheidungen treffen kann, ohne daß man vorher den Vorarbeiter/Meister/Schichtführer oder Vorgesetzten fragen muß.	35,7	64,3
von der man oft nicht weiß, wofür sie gut ist.	13,0	87,0
bei der man viel Verantwortung trägt.	81,4	18,6
in der man die Einteilung der Arbeitszeit und das Arbeitstempo selbst bestimmen kann.	42,0	58,0
bei der man sich anstrengen muß.	77,1	22,9
die interessant und abwechslungsreich ist.	84,3	15,7

* Mehrfachnennungen möglich

Was das Profil der Praktikums- bzw. Arbeitsstelle betrifft, ist erwähnenswert, daß die Arbeitsstellen für viele Probanden nicht gut bezahlt bzw. gegen Arbeitslosigkeit relativ schlecht abgesichert waren. Überdies handelte es sich in der Regel um Arbeiten, die dem Teilnehmer wenig Entscheidungsspielraum zubilligten. Dennoch gab fast die Hälfte der Respondenten an, daß sie in ihrem derzeitigen Beruf bzw. in ihrer in Aussicht gestellten Arbeitsstelle mehr Geld verdienen (werden) als in ihrer letzten Anstellung, respektive die derzeitige (kommende) Stelle ein höheres Ansehen hat (haben wird). Somit hatte sich sowohl der berufliche Status als auch die Lohnerwartung bei vielen Teilnehmern durch die Maßnahme verbessert.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung für die meisten Teilnehmer schätzten die meisten von ihnen die derzeitigen Chancen (die Befragungen fanden mit wenigen Ausnahmen im Jahre 1994 statt), auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, eher schlecht ein. 22,1% waren in ihrer Beurteilung der allgemeinen Arbeitsmarktchancen sogar extrem pessimistisch eingestellt.

Bilanz

Abschließend läßt sich feststellen, daß die Teilnehmer, die ihre Maßnahme erfolgreich abgeschlossen hatten, in der Regel mit der Konzeption und dem Ablauf zufrieden waren. Dies galt sowohl für den theoretischen bzw. praktischen Qualifikationsteil als auch für die institutionelle Betreuung. Bis auf zwei Probanden konnten alle Teilnehmer mit einem erfolgreichen Abschluß in ein Praktikums- oder Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Zwar handelte es sich hierbei häufig um fremdbestimmte Arbeiten bzw. um Stellen mit einer geringen Arbeitsplatzsicherheit, der weitaus größte Teil der Probanden empfand die Tätigkeiten dennoch als interessant und abwechslungsreich. Bei fast der Hälfte der Respondenten hatte sich der berufliche Status durch die Maßnahme verbessert, was sich im Vergleich zum früheren Beruf in einer höheren Entlohnung ausdrückte.

Erhebliche Unterschiede in der Beurteilung der Maßnahmen gab es jedoch zwischen den Teilnehmern, die ihre Maßnahme erfolgreich beendet hatten, und denjenigen, die vorzeitig aus der Maßnahme ausgeschieden waren. So gaben die Abbrecher verstärkt an, daß sie mit der institutionellen Betreuung, z.B. durch die Sozialarbeiter und das Arbeitsamt, unzufrieden waren. Auch hatten sie in fast allen Unterrichtsteilen größere Probleme als die Personen, die die Maßnahme regulär beendet hatten. Auf die Abbrecherproblematik wird deshalb gesondert in Kapitel 7.3.2 eingegangen.

3. Maßnahmeteilnehmer und Kontrollgruppe: Ein Vergleich

Primäres Ziel der Maßnahmen war die Reintegration der Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus erhoffte man sich eine ökonomische und psychosoziale Stabilisierung der Probanden, die vor Beginn der Maßnahme in der Mehrzahl lange Zeit arbeitslos waren. In diesem Kapitel wird untersucht, ob die gewünschte wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Teilnehmer geglückt ist.

Um eine Vergleichsebene u.a. im Hinblick auf die psychosoziale Situation und Motivation von jenen Arbeitslosen herzustellen, die an keiner arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnahmen, wurde im März 1994 eine Kontrollgruppenbefragung mit entsprechenden Duisburger Langzeitarbeitslosen durchgeführt. Die Stichprobenauswahl wurde nach den vorgegebenen Kriterien, die auch von den Arbeitsvermittlern zur Rekrutierung der "Free-Money"-Maßnahmeteilnehmer herangezogen worden waren, durchgeführt.⁶ Von den ursprünglich 142 ausgesuchten Langzeitarbeitslosen waren 47 bereit, an einem Interview teilzunehmen. Hinsichtlich eines Vergleichs beider Populationen entschied sich die Forschungsgruppe, auf die Ergebnisse der zweiten Befragungswelle zurückzugreifen. Die Ergebnisse der ersten Befragungswelle konnten dazu nicht herangezogen werden, da die Eingangsbefragung der Teilnehmer in der Regel ca. zwei Wochen nach Eintritt in die Maßnahme stattfand und dieser Zeitraum für eine vergleichende Analyse zu kurz war.

3.1 Sozistrukturelle und berufsbiographische Merkmale im Vergleich

In der Tabelle 3.1 werden die Strukturen der beiden Populationen gegenübergestellt. Trotz der angepaßten Auswahlkriterien unterscheidet sich die Struktur der Kontrollgruppe in einigen Punkten von der Population der Maßnahmeteilnehmer.

Disparitäten zeigen sich bei der beruflichen Qualifikation sowie bei der letzten beruflichen Stellung. Prozentual verfügen mehr Befragte aus der Kontrollgruppe über eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. über eine berufliche Qualifikation für mittlere Tätigkeitsbereiche. Gleches gilt für die letzte berufliche Stellung; auch hier ist der Anteil der Personen, die mittlere Tätigkeiten ausgeübt hatten, in der Kontrollgruppe höher.

⁶ Die Mitarbeiter des Arbeitsamtes erstellten Listen mit insgesamt 624 Namen, aus denen nach den für die Maßnahmen vorgegebenen Auswahlkriterien 142 potentielle Befragungsteilnehmer ausgewählt wurden.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in den vergangenen zehn Jahren liegt bei der Kontrollgruppe bei 51 Monaten und somit leicht über der durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer der Vergleichsgruppe (45 Monate). Eine stichhaltige Erklärung für die durchschnittlich längere Arbeitslosigkeitsdauer in der Kontrollgruppe gibt es nicht, da nach der Stellensuche keine Unterschiede zwischen den Populationen zu erkennen war bzw. nach der Ausbildung die Befragten der Kontrollgruppe eher qualifizierter waren als die Maßnahmeteilnehmer. Möglicherweise kommen hier Effekte des Arbeitsamtes bei der Auswahl potentieller Maßnahmeteilnehmer zum Tragen.

**Tabelle 3.1: Merkmale der Teilnehmer der Welle 2 und der Kontrollgruppe
(Angaben in Prozent)**

	Maßnahmeteiln.	Kontrollgruppe
Geschlecht		
weiblich	27,9	31,9
männlich	72,1	68,1
Altersstruktur		
bis 25 Jahre	14,7	19,1
26 bis 35 Jahre	33,3	38,3
36 bis 45 Jahre	30,9	27,7
46 bis 55 Jahre	14,7	12,8
älter als 55 Jahre	1,5	2,1
Familienstand		
verheiratet mit Partner lebend	39,7	27,7
verheiratet ohne Partner lebend	2,9	4,3
mit Partner lebend	7,4	6,4
ledig	42,6	44,7
geschieden	7,4	17,0
Schulabschluß		
kein Abschluß	25,0	23,4
Sonderschule	1,5	2,1
Hauptschule	52,9	53,2
Realschule/Polytechnik	8,9	10,6
Fachhochschulreife/Abitur	11,8	10,7
berufliche Qualifikation		
keinen Berufsabschluß	58,8	44,7
Arbeiter	-	-
- einfache Tätigkeiten	27,9	31,9
- mittlere Tätigkeiten	-	-
Angestellte	-	-
- einfache Tätigkeiten	4,4	14,9
- mittlere Tätigkeiten	7,4	8,5
- höhere Tätigkeiten	1,5	-
Beamte mittlere Tätigkeiten	-	-
letzte berufliche Stellung		
Arbeiter	-	-
- einfache Tätigkeiten	52,9	40,4
- mittlere Tätigkeiten	11,8	17,0
Angestellte	-	-
- einfache Tätigkeiten	11,8	19,1
- mittlere Tätigkeiten	4,4	14,9
Beamte mittlere Tätigkeiten	-	-
arbeitslos, Maßnahme des AA	10,3	6,4
Sonstiges (Hausfrau, Wehrdienst, etc.)	8,9	2,1
Arbeitslos seit		
unter 1 Jahr	5,9	-
bis unter 2 Jahre	25,0	27,7
bis unter 3 Jahren	8,8	8,5
bis unter 4 Jahren	10,3	12,8
bis unter 5 Jahren	14,7	10,6
bis unter 6 Jahren	11,8	8,5
bis unter 7 Jahren	2,5	10,6
7 Jahre und länger	20,6	21,3

3.2 Die ökonomische, gesundheitliche und soziale Situation im Vergleich

Die wirtschaftliche Situation

Die Maßnahmeteilnehmer verfügten über ein Haushaltseinkommen, das durchschnittlich DM 2.525 betrug. In der Kontrollgruppe stand dagegen den Haushalten lediglich ein Einkommen von monatlich durchschnittlich DM 1.141 zur Verfügung. Diese deutliche Diskrepanz ergab sich aus der Tatsache, daß die Maßnahmeteilnehmer mit ihrem Unterhaltsgeld bzw. ihrem Lohn/Gehalt teilweise deutlich über der Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe lagen, die die meisten Respondenten der Kontrollgruppe erhielten.⁷

Aktuelle Schulden zum Befragungszeitpunkt hatten 48,9% der Respondenten der Kontrollgruppe. Hier gab es überraschenderweise kaum Unterschiede zu den Maßnahmeteilnehmern (50,0%). Aber hinsichtlich der Schuldenhöhe zeigten sich erwartungsgemäß Disparitäten. Betrug die durchschnittliche Schuldenhöhe bei den betroffenen Maßnahmeteilnehmern DM 7.188, sahen sich die Betroffenen der Kontrollgruppe mit einer durchschnittlichen Schuldenlast von DM 11.071 konfrontiert.

Unterschiede gab es auch bei der Tilgung der Schulden. Von den Schuldner aus der Gruppe der Maßnahmeteilnehmer zahlten 69,4%, aus der Kontrollgruppe aber nur 56,5% zum Befragungszeitpunkt Schulden ab. Dabei lag die durchschnittliche Tilgungsrate in der Gruppe der Maßnahmeteilnehmer bei DM 300, in der Kontrollgruppe bei DM 240. Somit konnten nicht nur mehr betroffene Maßnahmeteilnehmer generell Schulden abzahlen; sie waren im Vergleich zu den Befragten der Kontrollgruppe auch in der Lage, im Schnitt höhere Tilgungsraten zu leisten; wohl deshalb, weil sie durch ihr Gehalt bzw. Unterhaltsgeld über ein höheres Haushaltseinkommen verfügten und somit größere finanzielle Spielräume hatten.

Eine wichtige Frage war, woraus die Schuldenlast der Probanden resultierte. Tabelle 3.2 macht deutlich, daß sich die Probanden in der Regel für die Anschaffung von Möbel bzw. Einrichtungsgegenständen und den Erwerb kleinerer Konsumgüter verschuldet hatten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei den Betroffenen beider Populationen die Arbeitslosigkeit dazu geführt hat, daß die Raten für die aufgenommenen Kredite nicht mehr gezahlt werden konnten und zu den Schuldenproblemen führten (siehe auch Kapitel 4.2/Teil III).

⁷ 1994 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe DM 915, der durchschnittliche Sozialhilfesatz DM 589 (vgl. Sozialreport 1995:27).

Tabelle 3.2: Schuldengrund (Angaben in Prozent)*

Schuldengrund	Maßnahmeteilnehmer	Kontrollgruppe
Möbel/Einrichtung	34,3	18,5
kleinere Konsumgüter	11,4	14,8
Auto/Motorrad	11,4	-
Darlehen für Aussiedler	11,4	-
Rückzahlung Arbeitsamt	8,2	-
Haus/Grund	5,7	-
Urlaub/Freizeit	2,9	3,7
Gerichts-/Anwaltskosten	2,9	7,4
Bürgschaft	2,9	3,7
Gewerbe/Selbstständigkeit	2,9	3,7
Zahlungsrückstände (z.B. Miete, Unterhalt)	-	11,1
Hochzeit	-	3,7
Wohnungskaution	-	3,7
Sucht	-	3,7

* Mehrfachnennungen möglich

Basis bei den Maßnahmeteilnehmern: n = 35, bei der Kontrollgruppe: n = 27

Die schlechtere materielle Situation der Kontrollgruppe spiegelt sich auch in Tabelle 3.3 wider. In allen Ausgabenbereichen waren die Probanden dieser Population deutlich stärker belastet als die Maßnahmeteilnehmer, was insbesondere in dem Statement *Im großen und ganzen steht Ihnen genug Geld zur Verfügung, um sich Ihre Wünsche erfüllen zu können* zum Ausdruck kam, dem 56,5% der Maßnahmeteilnehmer, aber nur 15,5% der Kontrollgruppenbefragten zustimmen konnten.

**Tabelle 3.3: Items zur materiellen Belastungssituation im Vergleich
(Angaben in Prozent)***

Items	Maßnahmeteilnehmer	Kontrollgruppe
Persönliche Ausgaben werden eingeschränkt.	47,1	93,6
Vorgesehene Anschaffungen werden zurückgestellt.	44,3	91,5
Ersparnisse werden ganz oder teilweise aufgebraucht.	42,3	68,9
Es gibt Probleme mit Ratenzahlungen.	18,3	31,9
Es gibt Probleme mit Versicherungsbeiträgen/Sparverträgen.	5,6	34,0
Es sind Probleme bei der Mietzahlung entstanden.	7,0	23,4
Im großen und ganzen steht Ihnen genug Geld zur Verfügung, um sich Ihre Wünsche erfüllen zu können.	56,5	15,5

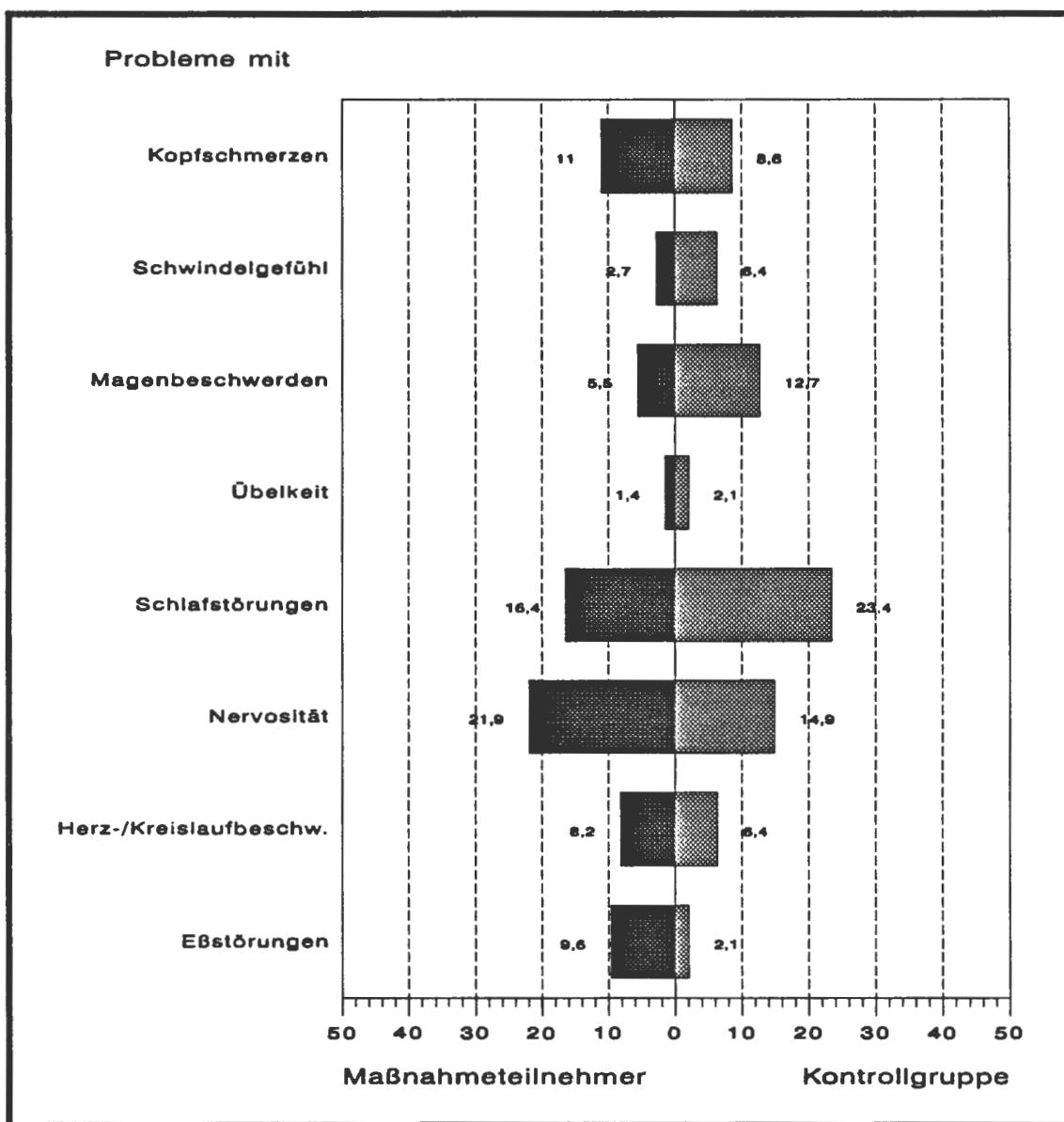
* Mehrfachnennungen möglich

Gesundheit und Wohlbefinden

Nach ihrer gesundheitlichen Befindlichkeit befragt, wurden von den Mitgliedern der Kontrollgruppen folgende gravierende⁸ Krankheitssymptome thematisiert: Schlafstörungen (23,4%), Nervosität (14,9%), Magenbeschwerden (12,7%) Kopfschmerzen (8,6%), Schwindelgefühle (6,4%), Herz-/Kreislaufbeschwerden (6,4%), Übelkeit (2,1%) und Eßstörungen (2,1%). Einen Vergleich mit den Maßnahmeteilnehmern stellt Abbildung 3.1 dar.

⁸ Unter gravierenden Krankheitssymptomen wurden gesundheitliche Beschwerden verstanden, die täglich bzw. mehrmals wöchentlich aufraten.

Abbildung 3.1: Gesundheitliche Befindlichkeit im Vergleich (Angaben in Prozent)*



* Beschwerden, die täglich bzw. mehrmals wöchentlich auftreten, Mehrfachnennungen möglich
 Basis bei den Maßnahmeteilnehmern: n = 73, bei der Kontrollgruppe: n = 47

Das Ergebnis ist widersprüchlich, jedenfalls kaum konklusiv. In einigen Bereichen war eine höhere Belastung der Kontrollgruppenbefragten zu konstatieren (Schwindelgefühl, Magenbeschwerden, Übelkeit, Schlafstörungen), bei den Krankheitssymptomen "Kopfschmerzen", "Nervosität", "Herz-/Kreislaufbeschwerden" und "Eßstörungen" schnitten jedoch die Maßnahmeteilnehmer schlechter ab.

Der im Vergleich zur Kontrollgruppe nicht wesentlich bessere Gesundheitszustand ließe sich damit erklären, daß die zweite Befragungswelle gegen Ende der Maßnah-

men stattfand und bei vielen Teilnehmern die antizipierte Arbeitslosigkeit Streß ausgelöst hat, der das gesundheitliche Befinden negativ beeinflußte. Um dies nachzuprüfen, wurden die Maßnahmeteilnehmer in vier Gruppen aufgeteilt: Zum ersten in Probanden, die im Anschluß an ihre Maßnahme eine Übernahme ihrer Arbeits-/Praktikumsstelle erwarteten; zum zweiten in diejenigen, die hofften, eine Arbeitsstelle, für die sie sich in der Maßnahme qualifiziert hatten, zu erhalten; die dritte Gruppe beinhaltet die Respondenten, die davon ausgingen, nach Abschluß der Maßnahme wieder einen Arbeitsplatz zu finden, und die vierte umfaßt den Personenkreis, der eine erneute Arbeitslosigkeit antizipierte.

**Tabelle 3.4: Krankheitsbild nach beruflicher Erwartungshaltung
(absolute Zahlen)***

Krankheits-symptome	(1) Übernahme einer Praktikums/Arbeitsstelle	(2) Erhalt einer qualifizierten Arbeitsstelle	(3) Irgedeine Arbeitsstelle	(4) Im Anschluß wieder arbeitslos
Kopfschmerzen	5	1	-	1
Schwindelgefühle	1	1	-	-
Magen-/Darmbeschwerden	2	1	-	1
Übelkeit	-	1	-	-
Schlafstörungen	5	2	1	3
Nervosität	9	3	1	3
Herz-/Kreislaufbeschwerden	3	-	-	3
Essstörungen	1	3	-	2

* Mehrfachnennungen möglich

Bei der Auswertung wurden nur Beschwerden berücksichtigt, die täglich bzw. mehrmals wöchentlich auftraten.

Die These, daß die antizipierte Arbeitslosigkeit bei den Teilnehmern Streß ausgelöst hat, bestätigt sich nicht. Gerade die Gruppe, die am Ende der Maßnahme davon ausging, die durch den Fortbildungsträger vermittelte Praktikums-/Arbeitsstelle langfristig zu übernehmen, zeigt die stärkste gesundheitliche Belastung. Vermutlich kommt hier zum Tragen, daß diese Probanden mit dem Übergang in den ersten Arbeitsmarkt u.a. einen höheren Leistungsdruck oder die Angst verbinden, neuerlich zu versagen bzw. eine Überforderung antizipieren, was bei ihnen psychosomatische Störungen auslöst. Freilich hat diese These aufgrund der geringen Fallzahl in den Untergruppen nur beschränkte Aussagekraft.

Soziale Problemlagen

Als soziale Problemlagen wurden von der Forschungsgruppe typischen Alltagskonflikte thematisiert. Die nachfolgenden Prozentzahlen berücksichtigen wiederum nur die Probanden, bei denen diese Konflikte häufig auftraten.

Als häufig auftretende Alltagskonflikte wurden von den Betroffenen der Kontrollgruppe vorwiegend genannt (siehe Tabelle 3.5): Nervosität/Gereiztheit (29,8%) Langeweile (27,7%), Entspannungsunfähigkeit (27,7%), fehlende Erfolgserlebnisse (27,7%) sowie zu viel Fernsehen/Video (25,5%).

Tabelle 3.5: Alltagskonflikte im Vergleich (Angaben in Prozent)*

Items	Maßnahmeteilnehmer	Kontrollgruppe
Sie schauen zuviel Fernsehen/Video.	17,8	25,5
Sie sind viel zu nervös und gereizt.	12,5	29,8
Auch wenn sie Zeit haben, können sie sich nicht entspannen.	12,3	27,7
Sie ziehen sich zurück.	11,1	12,8
Sie schieben Angelegenheiten auf die lange Bank.	11,1	17,0
Ihnen wird die Zeit unheimlich lang und sie langweilen sich.	6,8	27,7
Ihnen fehlen Erfolgserlebnisse.	5,6	27,7
Ihnen fehlt der Kontakt zu Freunden und Bekannten.	5,5	8,5
Sie fühlen sich überfordert.	2,8	4,3
Sie kommen sich überflüssig vor.	2,7	12,8
Sie fühlen sich hilflos.	1,4	6,4
Sie packen nichts an, obwohl es viel zu tun gibt.	1,4	6,4
Es fällt ihnen schwer, Dinge zu entscheiden.	1,4	17,0
In ihrer Familie gibt es ernsten Ärger.	-	8,5
Sie haben Schuldgefühle.	-	2,1

* Mehrfachnennungen möglich

Im Gegensatz zur gesundheitlichen Befindlichkeit war die psychosoziale Belastungslage, ähnlich wie die der materiellen Belastungen, bei den Befragten der Kontrollgruppe deutlich schlechter. Bei allen Aussagen wies die Kontrollgruppe höhere Werte auf als die Gruppe der Maßnahmeteilnehmer. Besonders ausgeprägt waren die Unterschiede in den Punkten "Langeweile", "Entscheidungszweifel", "Überflüssigkeit", "Entspannungsunfähigkeit", "Fehlende Erfolgserlebnisse", "Nervosität/Gereiztheit" und "Familienärger" - psychosoziale Symptome, die schon in anderen wissenschaftlichen Untersuchungen bei Arbeitslosen festgestellt wurden und durch (lang andauernde) Arbeitslosigkeit wesentlich mitverursacht sein dürften.

Widersprüche gab es hinsichtlich des Problembereichs "Nervosität/Gereiztheit". In der Gesundheitsbefragung stellte sich heraus, daß die Maßnahmeteilnehmer stärker unter Nervosität zu leiden hatten, bei den Alltagskonflikten hingegen schnitt die Kontrollgruppe im Bereich "Nervosität/Gereiztheit" schlechter ab. Dieser Widerspruch ließe sich damit erklären, daß bei den Alltagskonflikten zum Item "Nervosität" zusätzlich das Item "Gereiztheit" abgefragt wurde und daß daraus der Schluß gezogen werden kann, daß bei den Befragten der Kontrollgruppe aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit eine gereiztere Grundstimmung herrschte.

Daß die Maßnahmeteilnehmer bei den Alltagskonflikten weniger belastet waren, könnte darauf zurückzuführen sein, daß sich mit der Teilnahme an einer Reintegrationsmaßnahme die Probleme entschärft haben. Die entspanntere Alltagsatmosphäre dürfte auch den sozialen Nährraum der Probanden umfaßt haben, was zur Folge gehabt haben wird, daß dieser weniger Druck auf den Teilnehmer ausgeübt hat.

Bilanz

Es wurde deutlich, daß die Reintegrationsmaßnahmen einen positiven Einfluß, insbesondere auf die ökonomische und psychosoziale Situation der Teilnehmer hatten. Im Vergleich zu den Arbeitslosen der Kontrollgruppe gestaltete sich ihre Lebenssituation in vielerlei Hinsicht positiver. Dies fand ihren Ausdruck auch darin, daß 79,5 % der Maßnahmeteilnehmer mit ihrem Leben zufrieden bzw. sehr zufrieden waren, aber nur 28,7 % der Befragten aus der Kontrollgruppe.

Resümierend kann gesagt werden, daß Arbeit als integraler Bestandteil menschlicher Existenz - nicht nur in ökonomischer Hinsicht - die Lebensqualität und -zufriedenheit eines Individuums maßgeblich beeinflußt.

4. Veränderungen im Verlauf der Maßnahmen

4.1 Erwartungen von den Maßnahmen

Von den 180 Maßnahmeteilnehmern, die in der ersten Befragungswelle erreicht wurden waren, stellten sich 68 Personen gegen Ende ihrer jeweiligen Maßnahme zu einem zweiten Interview zur Verfügung.⁹ Die Zunahme von Auskunftsverweigerungen und das vorzeitige Ausscheiden aus den Maßnahmen erklären den Rückgang an durchgeföhrten Interviews (siehe auch Kapitel 6 zu den Hintergründen der "Panel-Mortalität"). 24 der 68 zum zweiten Mal befragten Personen durchliefen Maßnahmen des Modelltyps I, vier Maßnahmen des Typs II, 16 Respondenten konnten dem Typ III zugeordnet werden, 13 dem Typ IV und elf dem Typ V.

Jene 68 Personen, die an den ersten beiden Befragungen teilnahmen, wurden wiederholt nach ihren Erwartungen befragt, die sie zu Beginn mit der Maßnahme verbunden hatten.

Da sich die Fragestellung jeweils auf denselben Zeitpunkt, den Eintritt in die Maßnahme, bezog, hätte das Antwortverhalten auf gleiche Fragestimuli identisch sein müssen. Dies war jedoch nicht der Fall. Die Befragten machten situationsabhängig unterschiedliche Angaben, so daß angenommen werden kann, daß bei der zweiten Befragung Erfahrungen mit der Maßnahme bereits eingeflossen sind.

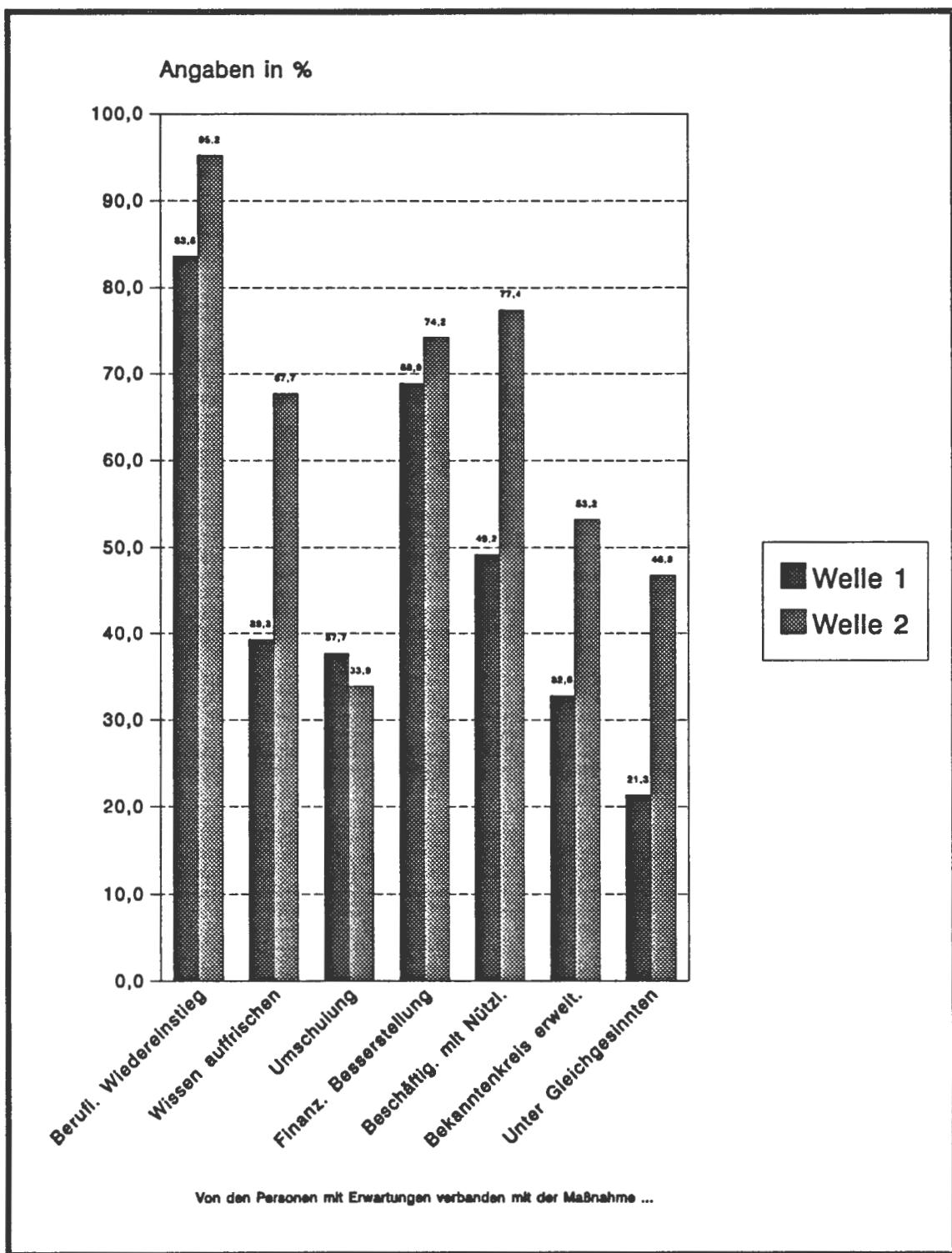
Fünf Personen hatten nach eigener Auskunft bei ihrer ersten Befragung keine Erwartungen von den Maßnahmen. Persönliche Erfahrungen haben diesem Personenkreis aber die Vorteile der Maßnahmen vor Augen geführt. So konnten sie von den Ergebnissen dieses Erfahrungsprozesses berichten, als sie bei Maßnahmeende nach ihren Erwartungen, die sie zu Beginn der Maßnahme hatten, befragt wurden.

Entgegen den zuvor gemachten Äußerungen gaben vier andere Personen bei der zweiten Befragung an, ohne Erwartungen in die Maßnahmen gegangen zu sein. In diesen Fällen könnte eine Desillusionierung im Verlauf der Maßnahme der Grund für die Zurückhaltung bei der zweiten Befragung gewesen sein.

Die Abbildung 4.1 zeigt die Variabilität des Antwortverhaltens jener, die erwartungsvoll ihre Maßnahmen begonnen haben.

⁹ Insgesamt wurden 74 Personen in der 2. Welle befragt, sechs Personen allerdings zum ersten Mal.

Abbildung 4.1: Erwartungen der Teilnehmer von den Maßnahmen*



* Mehrfachnennungen möglich

Basis in Welle 1: n = 61, Basis in Welle 2: n = 62

Fast bei allen Antwortkategorien nahm der Anteil der Personen mit entsprechender Erwartungshaltung im Zeitverlauf zu. Vermutlich ist das darauf zurückzuführen, daß

sich der Sinn der Maßnahmen für manche Teilnehmer erst in ihrem Verlauf erschloß. Antworten auf die Frage nach der anfänglichen Erwartungshaltung waren also z.T. gefärbt durch persönliche (positive) Erfahrungen mit den Maßnahmen.

Ganz oben auf der Wunschliste stand der berufliche Wiedereinstieg, den sich viele Befragte (83,6% in Welle 1 und 95,2% in Welle 2) von der Maßnahme erhofften. Auch die Erwartungen, sich in der Maßnahme mit etwas Nützlichem zu beschäftigen, eine finanzielle Besserstellung zu erreichen und vorhandenes Wissen aufzufrischen, wurden vorrangig genannt.

Daß die Erwartungen nach Einschätzung der Respondenten in der zweiten Befragung fast ausnahmslos realistisch waren, geht aus Tabelle 4.1 hervor. Sie erfüllten sich weitgehend.

Tabelle 4.1: Erfüllung der Maßnahmeerwartungen *

Erwartung	Erwartung ge-nannt, abs.	davon erfüllt, abs.	erfüllt, in %
Beruflicher Wiedereinstieg	59	40	67,8
Vorhandenes Wissen auffrischen	42	39	92,9
Umschulung in ein neues Be-rufsfeld	21	18	85,7
Finanzielle Besserstellung	46	45	97,8
Beschäftigung mit etwas Nützli-chem	48	47	97,9
Neue Bekanntschaften machen	33	29	87,9
Unter Gleichgesinnten sein	29	27	93,1

* Angaben in Welle 2, Mehrfachnennungen möglich, Basis: n = 62

Lediglich die Erwartung, über die Maßnahme den beruflichen Wiedereinstieg zu schaffen, hat sich in 32,2% aller Fälle als trügerisch erwiesen. Die Desillusionierten verteilen sich über alle Modelltypen; eine Häufung in bestimmten Typen kann nicht festgestellt werden. Allerdings weist der Typ I mit einer Quote von 21,7% die geringste Zahl von Enttäuschten auf. Beruflich qualifizierende Maßnahmen scheinen den Weg in die Arbeitswelt am besten zu ebnen.

In den 19 Fällen, in denen sich die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllten, dürfte die Bereitschaft, zu einem späteren Zeitpunkt an ähnlichen Maßnahmen teilzunehmen, deutlich gesunken sein.

4.2 Maßnahmeeindruck

In den ersten beiden Befragungen wurden die Respondenten gebeten, eine generelle Einschätzung ihrer Maßnahme abzugeben. Sie konnten den Eindruck, den sie von der Maßnahme gewonnen hatten, auf einer zehnstufigen Skala differenziert beschreiben. Die Ausprägung 1 steht für "ganz und gar unzufrieden", die Ausprägung 10 für "ganz und gar zufrieden".

Die überwiegende Mehrheit der Respondenten war schon zu Beginn mit der Maßnahme zufrieden. Der Mittelwert (Median) lag bei der Ausprägung 8. Immerhin waren 37,3% der Befragten sogar ganz und gar zufrieden.

Der allgemein positive Eindruck von den Maßnahmen hat sich im Zeitverlauf leicht verschlechtert, allerdings nicht so deutlich, daß sich der Mittelwert verändert hätte. 30,3% der Respondenten gaben bessere Noten bei der zweiten Befragung, 34,8% blieben bei ihrer Bewertung und ebenso viele revidierten ihr Urteil nach unten.

Die Differenzierung nach Modelltypen offenbart, daß die Interviewten über alle Typen hinweg einen positiven Gesamteindruck von ihrer Maßnahme hatten. Die Spannweite der Zentralwerte, ermittelt nach den Ergebnissen für Welle 1, reicht von 5,5 (Typ II) bis 10 (Typ V).

Hinsichtlich der relativ schlechten Durchschnittswertung beim Typ II muß bedacht werden, daß nur vier Personen, die diesem Typ zugeordnet waren, ihr Urteil abgaben. Zufallseinflüsse dürften in diesem Fall das Ergebnis verzerrt haben. Auf der anderen Seite ist bei Maßnahmen der Typen IV und V ein besonders hoher Zufriedenheitsgrad der Teilnehmer feststellbar. Wie sich im weiteren zeigt, neigten Teilnehmer dieser Maßnahmen generell zu einer optimistischen Beurteilung.

Die folgende Tabelle 4.2 zeigt die Veränderungen der modellspezifischen Mittelwerte (Median), ermittelt auf Grundlage der Angaben zum Maßnahmeeindruck in den Welten 1 und 2.

Tabelle 4.2: Mittlerer Maßnahmeeindruck (nach Modelltypen spezifiziert)

Modelltyp	Eindruck (Median)		
	Welle 1	Welle 2	Fallzahl
Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung	7,5	7,0	24
Qualifizierung + Sozialbetreuung	5,5	6,5	4
Beschäftigung + Sozialbetreuung (Sondermodell)	8,0	9,0	16
Beschäftigung + Sozialbetreuung	9,5	10,0	12
Beschäftigung	10,0	10,0	11

Tendenziell erfreuten sich die Maßnahmen zum Zeitpunkt der zweiten Befragung noch größerer Beliebtheit. Lediglich bei Maßnahmen des Modelltyps I sank der Zufriedenheitswert minimal von 7,5 auf 7,0: Den elf Personen, die bei der zweiten Erhebung eine schlechtere Beurteilung abgaben, standen acht Personen gegenüber, die zufriedener als zuvor waren.

Hinter den relativ kleinen Verschiebungen der die Datenlage insgesamt repräsentierenden Median-Werte kann sich also durchaus eine nennenswerte Anzahl von Einschätzungsänderungen verbergen. Da die gegenläufigen Änderungen jedoch annähernd gleichgewichtig sind (elf schlechtere gegenüber acht besseren Bewertungen), kommt dem Zufall eine erhebliche Erklärungskraft zu, vor allem was die Variationen zwischen den Befragungszeitpunkten betrifft. Das gilt für alle anderen Modelltypen in gleicher Weise.

Der Tabelle 4.3 kann entnommen werden, wie viele Personen die Maßnahmen eines bestimmten Typs in der zweiten Befragung besser, schlechter bzw. gleich gut/schlecht beurteilt haben.

Tabelle 4.3: Veränderungen in der Beurteilung der Maßnahmen (nach Modelltypen spezifiziert)

Gesamteindruck in Welle 2	Zahl der Personen				
	Typ I	Typ II	Typ III	Typ IV	Typ V
besser	8	1	4	4	3
schlechter	11	3	8	1	0
gleich	5	0	4	6	8
durchschnittl. Abweichung von Welle 1 zu 2 in Stufen	1,9	2,3	1,4	0,5	1,1

Teilnehmer an den Maßnahmen des Typs I wichen dabei um durchschnittlich 1,9 Stufen von ihrem ursprünglichen Urteil ab, wohingegen Vertreter des Typs IV ihre Bewertung im Schnitt nur um 0,5 Stufen revidierten - wie gesagt, die schlechteren und besseren Bewertungen hielten sich in etwa die Waage.

Festzuhalten bleibt, daß wahrscheinlich wegen geringerer Anforderungen an die Teilnehmer die Maßnahmen ohne Qualifizierungsanteil auf uneingeschränkte Zustimmung stießen. Dennoch war ein großer Teil der Befragten von qualifizierenden Maßnahmen ebenfalls überzeugt.

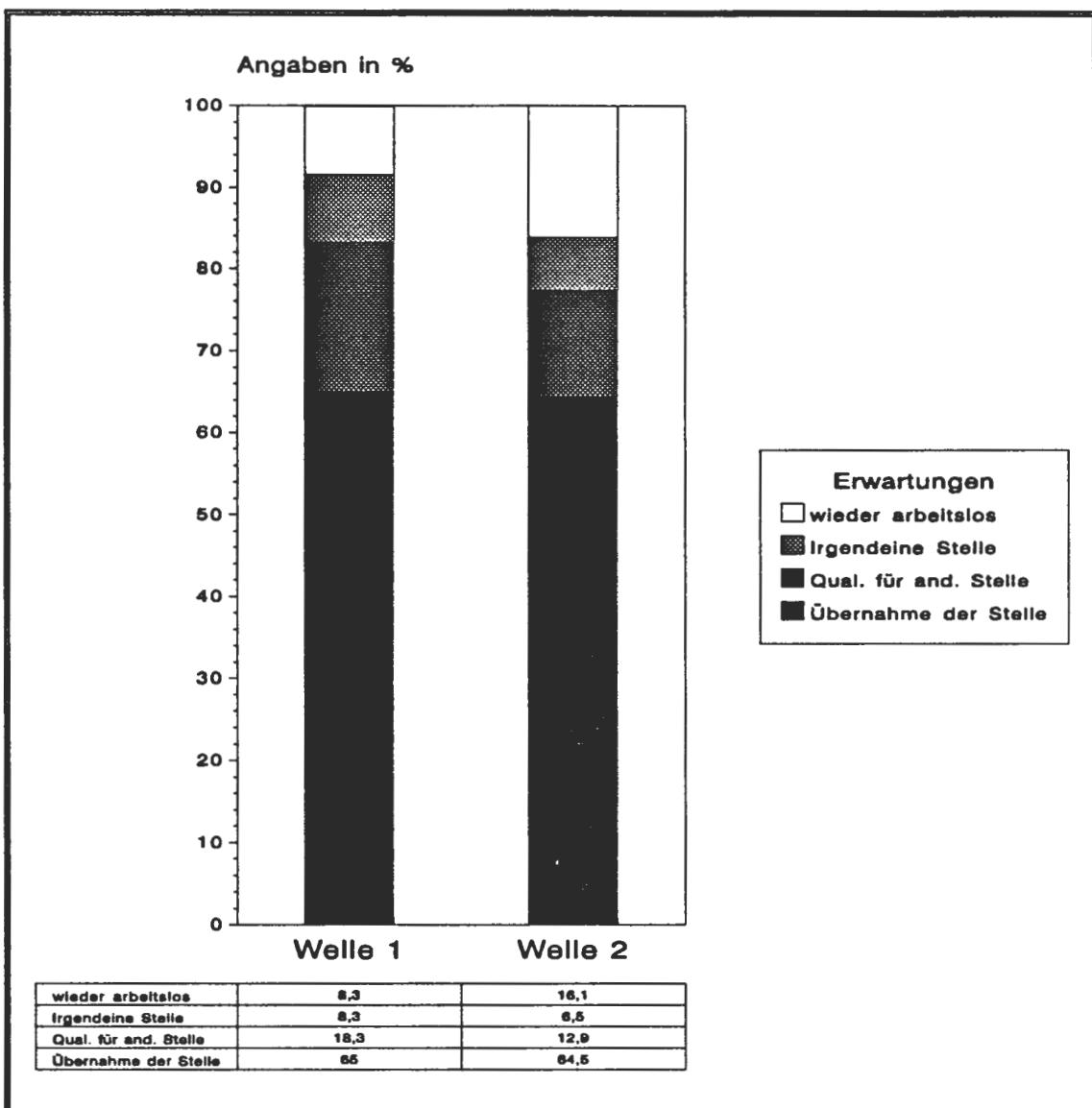
4.3 Erwartungen im Anschluß an die Maßnahmen

Die im allgemeinen positive Maßnahmebeurteilung korrespondiert mit der Erwartung vieler Befragter, die Praktikums-/Arbeitsstelle im Anschluß an die Maßnahme übernehmen zu dürfen. Knapp zwei Drittel der Respondenten waren in beiden Befragungen davon überzeugt, in der Maßnahme schon ihren zukünftigen Arbeitsplatz gefunden zu haben. Denn im Vorfeld der Maßnahmen wurden ihnen entsprechende Hoffnungen auf einen späteren Arbeitsplatz gemacht. Gegen Ende der Maßnahmen zeichnete sich ab, daß diese Hoffnungen z.T. unbegründet waren. Einige Maßnahmeträger konnten keine Arbeitsstellen vermitteln. Deshalb erhöhte sich die Zahl derer, die ahnten, daß sie nach der Maßnahme wieder arbeitslos werden würden, von fünf (8,3%) in der ersten Erhebung auf zehn (16,1%) in der zweiten Erhebung.

Die Abbildung 4.2 weist die prozentualen Veränderungen der Maßnahmeanschlußwartungen im Zeitablauf aus.

Von den zehn Personen, die nach eigener Einschätzung kurz vor ihrer Arbeitslosigkeit standen, stammten acht aus Maßnahmen ohne Qualifizierungsanteil. Solche Maßnahmen eröffneten trotz ihrer Beliebtheit für manche Teilnehmer keine beruflichen Perspektiven.

Abbildung 4.2: Erwartungen im Anschluß an die Maßnahmen



Basis in Welle 1: n = 60, Basis in Welle 2: n = 62

4.4 Arbeitsmarktchancen

Befragt nach den Chancen, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, äußerten sich die Respondenten eher pessimistisch. Obwohl sie ihre persönlichen Möglichkeiten, über eine Maßnahme ins Berufsleben zurückzufinden, positiv einschätzten, wurde die allgemeine Arbeitsmarktsituation eher negativ empfunden.

Die Spanne der möglichen Antworten reichte von "ganz und gar pessimistisch" (1) bis "ganz und gar optimistisch" (10).

Befragte in den Maßnahmen der Modelltypen II und IV neigten zu einer besonders kritischen Haltung in dieser Frage (arithmetisches Mittel 3,3 bzw. 3 in Welle 1), Respondenten der Typen I und V tendierten demgegenüber zu einer nur leicht pessimistischen Einstellung (das arithmetische Mittel lag bei jeweils 4,7), und Personen, die aus dem Maßnahmetyp III stammten, nahmen eine mittlere Position (mit einem durchschnittlichen Einschätzungswert von 4,0 in Welle 1) ein.

Die zu Beginn der Maßnahme an den Tag gelegte Skepsis hinsichtlich der Arbeitsmarktchancen wichen im Laufe der Zeit nicht. Das arithmetische Mittel sank minimal von 4,2 (1. Welle) auf 4,0 (2. Welle).

4.5 Arbeitsplatzsuche

Obwohl das Maßnahmende zum Zeitpunkt der zweiten Befragung in Sicht war, suchten kaum mehr Teilnehmer einen Arbeitsplatz als zu Beginn der Maßnahme. Ihr Anteil unter allen Befragten erhöhte sich lediglich von 29,9% auf 35,4%. Sehr viele Befragte gingen davon aus, daß sie die vermittelte Arbeits-/Praktikumsstelle nach Maßnahmende übernehmen könnten. Für sie bestand insofern keine Notwendigkeit, sich um andere Stellen zu bewerben. Sie vertrauten den Zusagen der Maßnahmeträger und ihrer optimistischen Einstellung. Unter diesen Umständen darf ihre geringe Aktivität bei der Arbeitsplatzsuche auch nicht als mangelnde Flexibilität gedeutet werden.

Ein Beleg für die Mobilität der Maßnahmeteilnehmer ist der steigende Anteil derer, die bereit waren, für eine bessere Arbeitsstelle in eine andere Stadt zu ziehen. Die Mobilitätsbereitschaft erhöhte sich im Maßnahmeverlauf von 37,9% auf 52,4%. Weitere Indikatoren¹⁰ zur Messung der Flexibilität, mit der die Maßnahmeteilnehmer auf Arbeitsplatzangebote reagieren würden, zeigten keine nennenswerten Veränderungen. Immerhin hätte mehr als ein Viertel der Probanden bei einer unerwartet angebotenen Stelle sofort zugesagt, ohne das Angebot näher zu prüfen (siehe Kap. 1.3/Teil III). An der Motivation, sich auf veränderte Arbeitsmarktbedingungen einzustellen, scheint es bei vielen Maßnahmeteilnehmern nicht gemangelt zu haben.

¹⁰ Indikatoren sind z.B. die akzeptierte Fahrzeit zur Arbeitsstelle und die Bereitschaft, eine unerwartet angebotene Arbeitsstelle sofort zu übernehmen.

4.6 Wirtschaftliche Situation

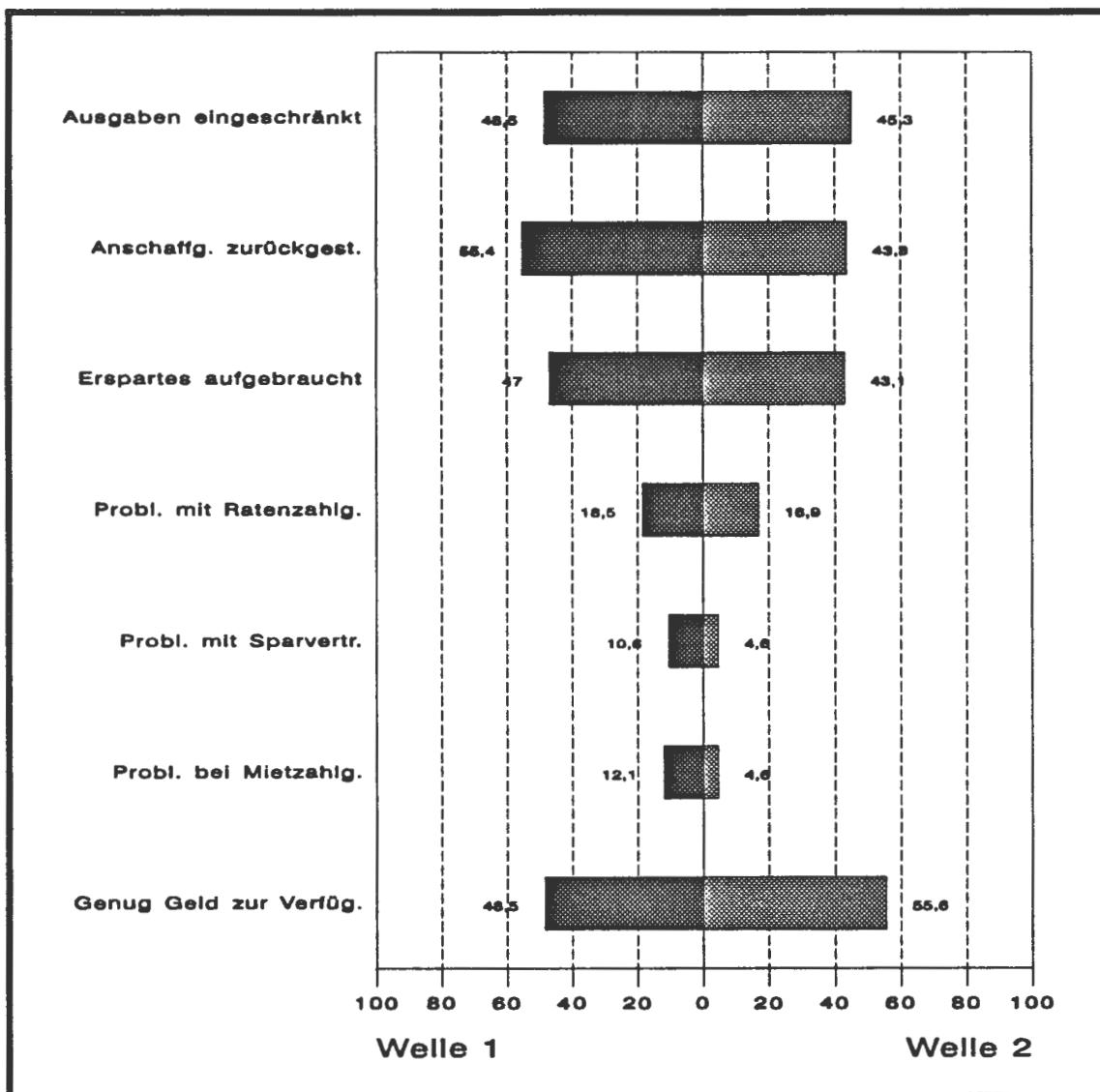
4.6.1 Finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der 68 befragten Personen hat sich im Verlauf der Maßnahmen etwas entspannt. Ihr durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen (Median-Schätzwert) stieg von DM 2.000 (Welle 1) auf DM 2.500 (Welle 2). Diese Einkommenssteigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Teilnehmer der Maßnahmen "Fachpacker" und "Berufskraftfahrer" Unterhaltsgeld bekamen, solange sie umgeschult wurden. Nach Abschluß ihrer Qualifizierung erhielten sie ein reguläres Gehalt, das das Unterhaltsgeld überstieg.

Zum Zeitpunkt der zweiten Befragung belief sich die mittlere Kreditbelastung auf DM 7.500, während zu Beginn der Maßnahme Kredite in Höhe von insgesamt DM 8.333 (Median) auf jedem verschuldeten Respondenten lasteten. Von den 32 Befragten, die verschuldet waren, konnten 15 Personen ihre Verschuldung abbauen, acht Personen unter ihnen waren schließlich schuldenfrei. Fünf Personen nahmen zusätzliche Kredite auf und zwölf gaben bei der zweiten Erhebung Schulden in gleicher Höhe an. Immerhin konnten acht Personen erst aufgrund ihrer Teilnahme an den Maßnahmen Schulden abtragen bzw. mehr abzahlen als vorher. Abbildung 4.3 veranschaulicht die tendenzielle Verbesserung ihrer finanziellen Situation.

Die finanziellen Engpässe wirkten sich bei der zweiten Befragung auf weniger Personen aus als zuvor. Die Mehrheit (55,6%) aller Respondenten gab nun an, genug Geld zur Verfügung zu haben, um sich Wünsche erfüllen zu können.

Abbildung 4.3: Auswirkungen der finanziellen Lage (Angaben in Prozent der Befragten) *



* Mehrfachnennungen möglich

4.6.2 Berufliche Lage

Die Teilnehmer wurden gebeten, anhand einer Skala ihre berufliche Lage gegenwärtig, nach Abschluß der Maßnahme und nach weiteren fünf Jahren einzuschätzen. Die unterste Sprosse der Leiter sollte die "schlechtestmögliche berufliche Lage" (Ausprägung 1) und die oberste Sprosse die "bestmögliche berufliche Lage" (Ausprägung 10) auf einer zehnstufigen Skala darstellen.

Korrespondierend zu ihrer verbesserten finanziellen Situation, stuften die Respondenten ihre berufliche Lage gegen Ende der Maßnahme wesentlich höher ein als bei ihrer

ersten Befragung. Der Wert des arithmetischen Mittels vergrößerte sich von 5,2 (erste Befragung) auf 6,1 (zweite Befragung). 38 Personen (59,4%) befanden sich aus subjektiver Sicht auf dem Weg nach oben, 14 Personen (21,9%) sahen sich in einer ungünstigeren Lage und zwölf (18,8%) nahmen keine Veränderung ihrer beruflichen Position im Maßnahmeverlauf wahr.

Eine Aufschlüsselung nach Modelltypen ergibt kein abweichendes Bild. Maßnahmeteilnehmer aller Modelltypen schätzten ihre berufliche Lage bei der zweiten Befragung generell positiver ein.

Das Ausgangsniveau der durchschnittlichen Einstufung war bei Maßnahmen mit Qualifizierungsanteil (Typen I und II) jedoch niedriger (arithmetisches Mittel bei Typ I 4,2 und bei Typ II 3,8) als bei den übrigen Modellen (arithmetisches Mittel bei Typ III 5,4; bei Typ IV 7,0 und bei Typ V 5,9). Teilnehmer an Typ IV-Maßnahmen scheinen in ihrer Mehrzahl zu einer optimistischen Sicht der Dinge zu neigen. Dies zeigte sich auch bei ihren Angaben zur allgemeinen Lebenszufriedenheit (siehe Kapitel 4.3/Teil III) und bei der Beurteilung ihrer Maßnahmen (siehe Kapitel 4.1/Teil III).

Gleichwohl ist es als erfreulich anzusehen, daß sich bei vielen Maßnahmeteilnehmern aller Modelltypen das Gefühl einstellte, beruflich vorangekommen zu sein.

Tabelle 4.4: Einschätzung der beruflichen Lage

Einschätzung	Welle 1, arithm. Mittel	Welle 2, arithm. Mittel
der derzeitigen Lage	5,2	6,1
der Lage nach der Maßnahme	6,4	6,1
der Lage in fünf Jahren	7,6	7,3

Im allgemeinen blickten die befragten Maßnahmeteilnehmer optimistisch in die Zukunft. Sie gingen davon aus, daß sie nach der Maßnahme und erst recht nach fünf Jahren beruflich besser dastünden als zum Zeitpunkt ihrer ersten Befragung. Nur geringfügig korrigierten sie ihre Zukunftsvisionen bei der nachfolgenden Befragung nach unten, wie Tabelle 4.4 zeigt.

4.7 Psychosoziale Situation

Alltagskonflikte

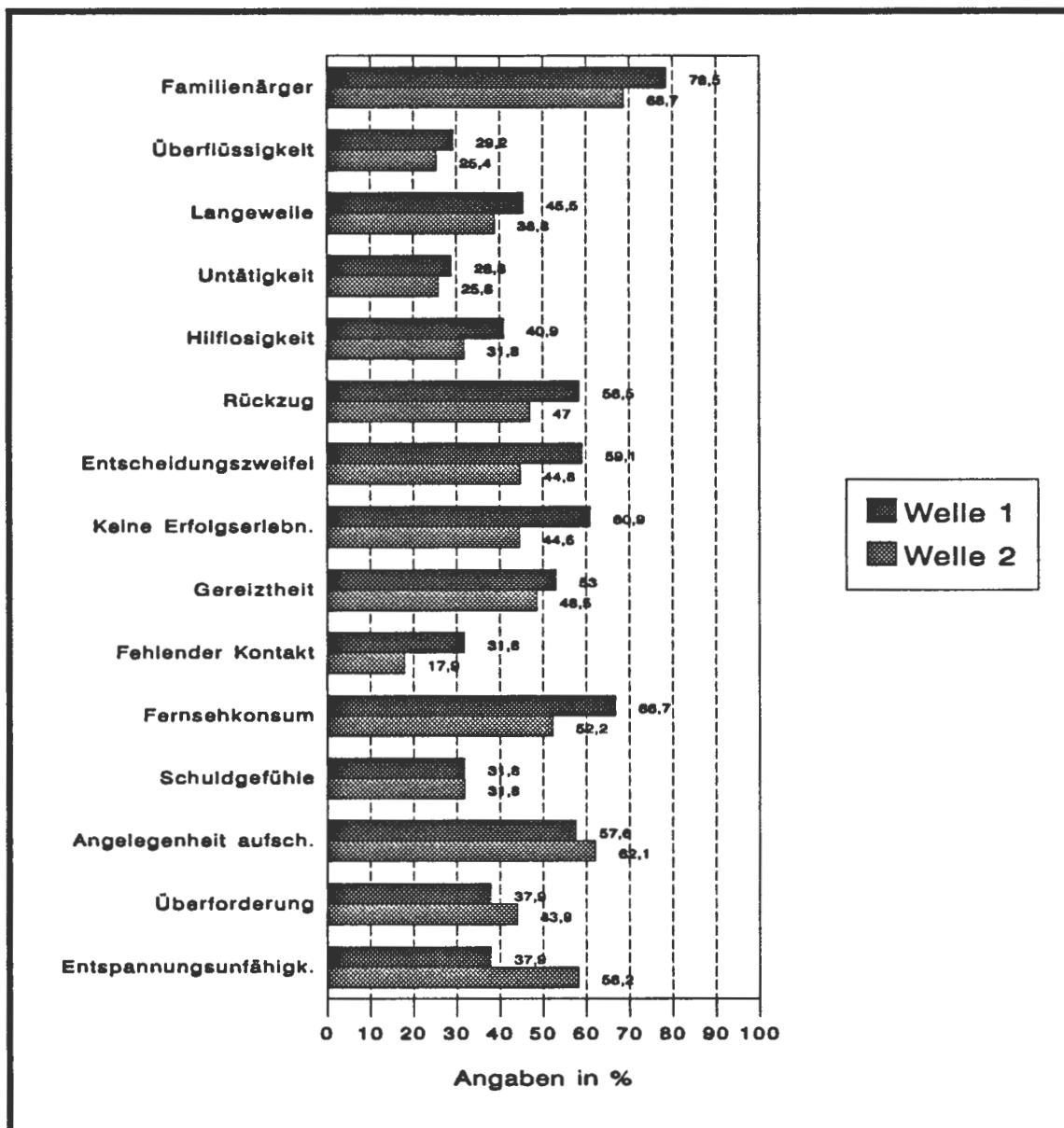
Wie schon erwähnt, wurden in den Befragungen der Wellen 1 und 2 Alltagsprobleme angesprochen. Die Maßnahmeteilnehmer sollten angeben, in welchem Ausmaß sie von diesen betroffen sind. Aus den vier Antwortkategorien "häufig", "manchmal", "selten" und "nie" konnten sie eine auf sie zutreffende Beschreibung wählen.

Von besonderem Interesse bei der Datenanalyse war, wie sich im Maßnahmeverlauf der Anteil jener Personen veränderte, die sich mit einem Problem, gleichgültig in welcher Ausprägung, konfrontiert sahen. In Abbildung 4.4 wird ein Überblick präsentiert.

Durch die Eröffnung neuer beruflicher Perspektiven stabilisierte die Maßnahme offenkundig die Position der Befragten in der Familie. Der Anteil derer, die über Familienärger klagten, sank im Maßnahmeverlauf um 10,0%. Die Maßnahmen ließen Langeweile und Lustlosigkeit, etwas anzupacken, weniger oft auftreten und darüber hinaus positive psychische Wirkungen entstehen, wenn sie die Entscheidungsfreudigkeit der Maßnahmeteilnehmer förderten und wichtige Erfolgsergebnisse vermittelten. Positiv zu vermerken ist außerdem, daß die sozialen Integrationswirkungen der Maßnahmen Gefühle des Kontaktmangels weniger häufig durchbrechen ließen.

Neben vielen positiven Folgen lassen sich aber auch ungünstige Begleiterscheinungen einer Teilnahme an Maßnahmen ausmachen. Das verringerte Freizeitbudget führt dazu, daß entscheidungsbedürftige Angelegenheiten häufiger auf die lange Bank geschoben werden. Problematisch ist der hohe Anteil derer, die sich überfordert fühlen. Er stieg von 37,9% (Welle 1) auf 43,9% (Welle 2). Parallel dazu klagten Probanden bei der zweiten Erhebung in viel größerer Zahl als zuvor darüber, sich nicht entspannen zu können, auch wenn sie Zeit hätten (58,2% in Welle 2, 37,9% in Welle 1). Offenkundig bereitete es ihnen Schwierigkeiten, sich nach langjähriger Arbeitslosigkeit auf die Belastungen des Berufslebens wieder einzustellen.

Abbildung 4.4: Alltagsprobleme *



* Mehrfachnennungen möglich

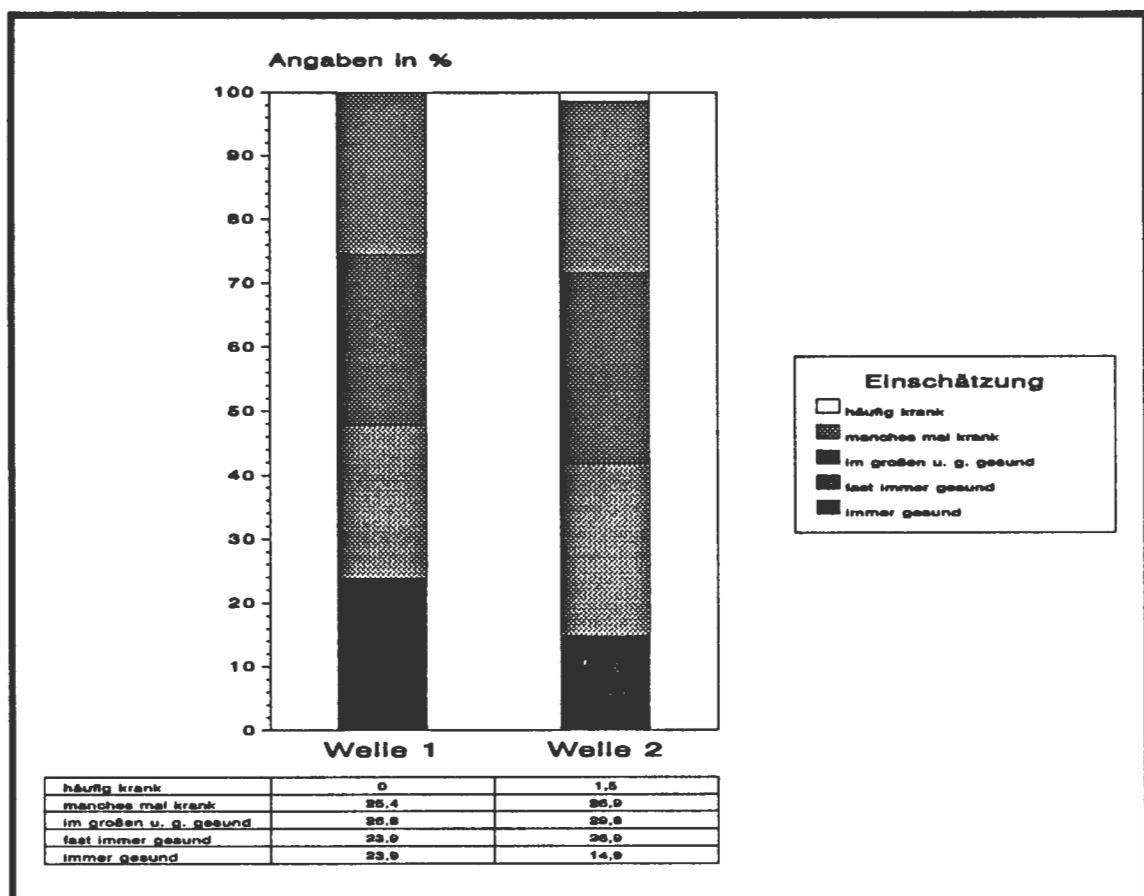
Ob die gesundheitliche Verfassung der Respondenten davon tangiert wurde, soll im folgenden erörtert werden.

Gesundheitliche Lage und Lebenszufriedenheit

Zur Einschätzung des eigenen gesundheitlichen Befindens standen sechs Antwortkategorien zur Verfügung: Ich fühle mich "immer gesund", "fast immer gesund", "im großen und ganzen gesund", "häufig gesund, aber auch manches Mal krank", "häufig krank" und "ständig krank".

Wie die Abbildung 4.5 belegt, fühlten sich 74,6% der Respondenten zu Beginn ihrer Maßnahme zumindest "im großen und ganzen gesund". Zum zweiten Mal befragt, meinten 71,6% und damit fast ebenso viele Maßnahmeteilnehmer, daß sie in einer guten Verfassung seien.

Abbildung 4.5: Gesundheitseinschätzung



Daraus den Schluß zu ziehen, das gesundheitliche Befinden der Befragten habe sich im Maßnahmeverlauf nicht wesentlich verändert, wäre jedoch verfehlt, wie aus der folgenden Tabelle 4.5 hervorgeht.

Tabelle 4.5: Einschätzung der Gesundheit im Maßnahmeverlauf

1. Welle	2. Welle						Summe
	immer gesund	fast immer gesund	im großen und ganzen gesund	manchmal krank	häufig krank		
immer gesund	4	6	4	2	0		16
fast immer gesund	3	2	6	5	0		16
im großen und ganzen gesund	3	6	4	5	0		18
manchmal krank	0	3	6	6	1		16
häufig krank	0	0	0	0	0		0
Summe	10	17	20	18	1		66

Die genauere Analyse der Tabelle 4.5 offenbart nämlich, daß sich der Gesundheitszustand von 43,9% der Befragten verschlechterte, aber nur von 31,8% verbesserte. Bei 24,2% ergaben sich keine Veränderungen. Die Anforderungen und Belastungen, denen die Maßnahmeteilnehmer ausgesetzt waren, scheinen die Gesundheit eines Teils der Befragten angegriffen zu haben.

Nennenswerte Abweichungen von diesem Ergebnis lassen sich im Hinblick auf spezifische Maßnahmetypen nicht ermitteln. Lediglich beim Modelltyp IV hat sich der Gesundheitszustand der Teilnehmer leicht verbessert. Vier Personen, denen es besser ging, standen drei Personen in schlechterer Verfassung gegenüber - eine Aussage, die zumindest statistisch kaum als signifikant angesehen werden kann.

Auch die Lebenszufriedenheit erhöhte sich im Laufe der Maßnahmen nur wenig. Durchschnittlich (arithmetisches Mittel) stieg sie auf einer zehnstufigen Skala mit der Ausprägung 10 als höchstem Zufriedenheitswert von 7,0 (Welle 1) auf 7,1 (Welle 2). Sie war bei Teilnehmern an Maßnahmen der Modelltypen IV und V am größten.

Bilanz

Auch nach weiteren Erfahrungen blieben die Befragten bei ihrer anfänglich positiven Einschätzung der Maßnahmen. Bei den Teilnehmern von Maßnahmen aller Modelltypen waren recht hohe Zufriedenheitswerte feststellbar.

Sie waren - subjektiv gesehen - zufrieden, weil sich ihre berufliche Lage im Maßnahmeverlauf deutlich verbessert hat. Finanziell ist es bei den meisten bergauf gegangen. Die Erlangung sozialer Kompetenzen im Arbeitsprozeß und die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse haben zudem in psychosozialer Hinsicht positive Wirkungen entfaltet.

Gleichzeitig hinterließen die neuen Belastungen, denen die Maßnahmeteilnehmer ausgesetzt waren, auch Spuren. Die gesundheitliche Verfassung eines Teils der Probanden war am Ende der Maßnahme schlechter als am Anfang.

Für verbesserte berufliche Chancen mußten die Maßnahmeteilnehmer gesundheitliche Belastungen in Kauf nehmen. Ob ihre hohen Erwartungen, über eine solche Maßnahme ins Berufsleben zurückzufinden, allerdings berechtigt waren, ist zweifelhaft. Die Zahl derer, bei denen eine anfänglich optimistische Sicht der Dinge einer gewissen Skepsis gewichen ist, hat jedenfalls zugenommen. Der größte Teil von ihnen stammt aus Maßnahmen ohne Qualifizierungsanteil.

5. Die Situation nach Abschluß der Maßnahmen

Etwa drei Monate nach Beendigung der jeweiligen Maßnahme wurde mit den Teilnehmern ein abschließendes Interview geführt. An dieser dritten Befragungswelle nahmen nur noch 30 Probanden teil. Dies war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Teilnehmer nach Beendigung der Maßnahme nicht mehr über die Träger kontaktiert werden konnten und z.B. im Falle eines Umzugs für die Forschungsgruppe nicht mehr erreichbar waren. Auch war die Bereitschaft, an einem weiteren Interview teilzunehmen, bei vielen Probanden aus verschiedenen Gründen nicht mehr vorhanden.

Berufliche Situation

Direkt nach Beendigung ihrer Maßnahme waren 17 Probanden in einem unbefristeten und sechs in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Arbeitslos waren ebenfalls sieben Respondenten, ein Proband begann eine Umschulung (Tabelle 5.1).

Tabelle 5.1: Berufliche Situation nach Beendigung der Maßnahme

	absolut	in %
unbefristetes Arbeitsverhältnis	17	56,7
befristetes Arbeitsverhältnis	6	20,0
arbeitslos	7	23,3

Basis: n = 30

Zum Befragungszeitpunkt, also ca. drei Monate nach Beendigung der Maßnahme, befanden sich ebenfalls 17 bzw. sechs Teilnehmer in einem unbefristeten bzw. befristeten Arbeitsverhältnis. Arbeitslos waren nach wie vor sieben Respondenten, von denen fünf Arbeitslosengeld bezogen und einer Arbeitslosenhilfe erhielt.

Änderungen in ihrem beruflichen Status ergaben sich zwischen den beiden Zeitpunkten t_1 (beruflicher Status direkt im Anschluß an die Maßnahme) und t_2 (beruflicher Status zum Befragungszeitpunkt ca. drei Monate später) bei sechs Probanden: Ein Proband verlor seine unbefristete Arbeitsstelle aufgrund betriebsbedingter Umstände und wurde wieder arbeitslos bzw. zwei Respondenten fanden kurzfristig eine Arbeit, waren zum Befragungszeitpunkt aber auch wieder arbeitslos. Ein weiterer Teilnehmer verlor seine unbefristete Arbeitsstelle ebenfalls aus betrieblichen Gründen, war zwischenzeitlich arbeitslos, fand aber dann wieder eine unbefristete Arbeitsstelle. Schließlich bekam ein direkt nach Beendigung der Maßnahme arbeitslos gewordener Teilnehmer einen befristeten Arbeitsvertrag, ein anderer verbesserte sich von einer befristeten auf eine unbefristete Stelle.

Institutionelle Hilfe

Bei der Hälfte der Teilnehmer wurde die Arbeitsstelle durch den Fortbildungsträger vermittelt. Sechs Probanden hatten sich selbst eine Stelle gesucht, bei fünf Respondenten half das Arbeitsamt bei der Stellensuche. Ein Proband machte sich selbstständig.

Tabelle 5.2: Institutionelle Hilfe bei der Stellensuche

	absolut	in %
Vermittlung durch den Träger	11	50,0
Vermittlung durch das Arbeitsamt	5	22,7
Arbeitsstelle selbst gesucht	6	27,3

Basis: n = 22

Die institutionelle Hilfe durch die Fortbildungsträger bzw. das Arbeitsamt stieß im großen und ganzen auf Resonanz. 40,0% beurteilten die geleistete Hilfestellung als überwiegend gut, 33,3% gaben eine ambivalente Beurteilung (teils/teils) ab und 26,7% meinten, daß die institutionelle Hilfe nach ihrer Meinung sehr gut war. Die im Vergleich zur zweiten Befragung positiveren Bewertung der institutionellen Hilfe ist damit zu erklären, daß immerhin 16 Befragte vom Träger bzw. Arbeitsamt in eine Stelle vermittelt wurden.

Die Teilnehmer, die in ein Arbeitsverhältnis vermittelt wurden, waren in der Regel mit ihrem Arbeitsplatz zufrieden. So gaben 17 Respondenten an, daß die Arbeitsstelle ihren Erwartungen ziemlich genau entsprach. Auch konnte der Großteil der Probanden die beim Fortbildungsträger erworbenen Fähigkeiten in die Arbeitsstelle einbringen (siehe Tabelle 5.3).

Tabelle 5.3: Bewertung der Arbeitsstelle nach Erwartungen und Anforderungen

Die Arbeitsstelle entsprach Ihren Erwartungen	absolut	in %
ganz und gar nicht	1	4,8
fast gar nicht	-	-
teils/teils	3	14,3
fast genau	9	42,9
ganz genau	8	38,1
Die Einbindung Ihrer Fähigkeiten, die Sie erworben hatten, war bei der Arbeitsstelle	absolut	in %
sehr schlecht	1	4,8
überwiegend schlecht	1	4,8
teils/teils	3	14,3
überwiegend gut	10	47,6
sehr gut	6	28,6

Basis: n = 21

Arbeitsplatzbeschreibung

Über die Hälfte der Respondenten, die eine Arbeitsstelle hatten, waren in Kleinbetrieben beschäftigt. 28,0% konnten in mittelständischen Betrieben und 16,0% in Großbetrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern einen Arbeitsplatz finden.

Bei den Betrieben handelte es sich in erster Linie um Unternehmen im Handwerks- und Dienstleistungssektor: So waren die meisten im Garten- und Landschaftsbau sowie im Pflegebereich tätig. Darüber hinaus fanden einige Teilnehmer eine Anstellung im Baugewerbe.

In der Regel übten die Probanden einfache Tätigkeiten als manuelle Arbeiter oder Angestellte aus. Im mittleren Tätigkeitsbereich waren nur 23,1% beschäftigt, höhere Tätigkeiten übte keiner der Respondenten aus. Die meisten Befragten verfügten nach wie vor über einen geringen beruflichen Status.

Arbeitsplatzzufriedenheit

Trotz ihres geringen Berufsstatus war mit fast 90,0% der weitaus größte Teil der Befragten mit ihrem Job zufrieden bzw. sehr zufrieden, obwohl es sich nach Meinung der Probanden in 50% der Fälle um eine Arbeitsstelle handelte/gehandelt hatte, die gegen Arbeitslosigkeit nicht gut abgesichert war (siehe Tabelle 5.4).

Tabelle 5.4: Subjektive Beurteilung der Arbeitsstelle*

Ihre Arbeit ist/war eine, ...	absolut	in %
...die gut bezahlt wird/wurde.	15	60,0
...die angesehen ist/war.	19	79,2
...die gegen Arbeitslosigkeit gut abgesichert ist/ war.	12	50,0
...bei der man wichtige Entscheidungen treffen kann/konnte, ohne daß man vorher den Vorgesetzten/Meister fragen muß/mußte.	11	44,0
...von der man oft nicht weiß/wußte, wofür sie gut ist/war.	7	26,9
...bei der man viel Verantwortung trägt/trug.	20	80,0
...in der man die Einteilung der Arbeitszeit und das Arbeitstempo selbst bestimmen kann/konnte.	14	58,3
...bei der man sich anstrengen muß/mußte.	20	80,0
...die interessant und abwechslungsreich ist/ war.	21	84,0

* Mehrfachnennungen möglich

Die Zufriedenheit mit ihrer Arbeitsstelle hatte ihren Grund sicherlich auch in dem guten Verhältnis der Teilnehmer zu ihren Kollegen und Vorgesetzten. Die Befragten

beurteilten ihr Verhältnis zu den Kollegen mit gut bzw. sehr gut, das Verhältnis zu den Vorgesetzten/Meistern war in 76,0% der Fälle gut bzw. sehr gut (siehe Tabelle 5.5).

Tabelle 5.5: Verhältnis der Teilnehmer zu den Arbeitskollegen

Wie ist/war Ihr Verhältnis zu den Arbeitskollegen?	absolut	in %
sehr schlecht	-	-
schlecht	-	-
teils/teils	3	12,0
gut	13	52,0
sehr gut	9	36,0
Wie ist/war Ihr Verhältnis zu den Vorgesetzten/ Meistern?	absolut	in %
sehr schlecht	1	4,0
schlecht	1	4,0
teils/teils	4	16,0
gut	12	48,0
sehr gut	7	28,0

Basis: n = 25

Die Zufriedenheit mit der Arbeitsstelle kann ein Grund gewesen sein, daß lediglich drei Probanden mehrmals der Gedanke gekommen war, die Arbeitsstelle zu kündigen. Es kann aber auch sein, daß die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage es den Teilnehmern gar nicht in den Sinn kommen läßt, ihr Arbeitsverhältnis zu kündigen, auch wenn die Arbeitsverhältnisse für sie unbefriedigend sind. Gefragt, aus welchem Grund sie ihre Arbeitsstelle kündigten wollten, beklagten zwei von den drei Respondenten, sie fühlten sich überfordert, während der dritte unter "Mobbing" am Arbeitsplatz litt.

In bezug auf das Einkommen meinten 15 Probanden, daß ihre Arbeit gut bezahlt werde bzw. wurde. Im Vergleich zur letzten Arbeitsstelle mußten sieben Befragte Lohneinbußen in Kauf nehmen, auf der anderen Seite verdienten zehn Respondenten mehr Geld als in ihrem Job vor der Arbeitslosigkeit.

Zehn Probanden gaben an, daß ihr Beruf nach Beendigung der Maßnahme ein besseres Ansehen hatte als der Beruf, den sie vor der Arbeitslosigkeit ausgeübt hatten. Sechs Respondenten klagten dagegen über ein im Vergleich zu früher schlechteres Ansehen ihrer Arbeit.

Bilanz

Die meisten der befragten Teilnehmer fanden nach Beendigung ihrer Maßnahme einen befristeten, einige sogar einen unbefristeten Arbeitsplatz. Zwar hatte sich ihr beruflicher Status nach objektiven Kriterien kaum verbessert, da sie in der Mehrzahl nach wie vor einfache Tätigkeiten als Arbeiter oder Angestellte verrichteten; in der subjektiven Beurteilung gab jedoch die Mehrzahl der Befragten an, daß ihr derzeitiger bzw. letzter Beruf nach Maßnahmeende über ein höheres gesellschaftliches Ansehen verfügte als ihr letzter Arbeitsplatz vor der Arbeitslosigkeit.

Positiv fiel auch ins Gewicht, daß viele Probanden nun besser entlohnt wurden als im Job vor der Arbeitslosigkeit. Daneben stimmt erfreulich, daß der weitaus größte Teil der Respondenten das Arbeitsklima, insbesondere ihr Verhältnis zu Kollegen und Vorgesetzten, als gut bzw. sehr gut beurteilte. Negativ fiel ins Gewicht, daß einige Probanden zum Befragungszeitpunkt wieder arbeitslos waren bzw. nicht wenige Befragte angaben, daß ihre Arbeitsstelle gegen Arbeitslosigkeit nicht gut abgesichert sei.

Die persönliche Situation der Befragten spiegelte sich auch in der generellen Beurteilung der Arbeitsmarktlage wider: Die Chancen, bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage eine Arbeitsstelle zu finden, schätzten 63,0% pessimistisch, wenn nicht gar sehr pessimistisch ein.

6. Vergleich der Befragungen zu drei verschiedenen Zeitpunkten

6.1 Methodische Vorbemerkungen

Wie bereits im Eingangskapitel erwähnt, war von der Forschungsgruppe geplant, die Teilnehmer an den "Free-Money"-Maßnahmen zu drei verschiedenen Zeitpunkten zu befragen: Die erste Befragung fand kurz nach dem Beginn (Eingangsbefragung), die zweite unmittelbar vor Beendigung (Abgangsbefragung) und die letzte schließlich etwa drei Monate nach dem Ende der jeweiligen Maßnahme (Verbleibsbefragung) statt.

Die Bereitschaft, an einer Befragung teilzunehmen, nahm mit der Zeit stark ab. Von den in der Eingangsbefragung realisierten 180 Interviews sank die Zahl auf 74 Teilnehmer in der zweiten Befragung und schließlich auf 30 Respondenten zum dritten

Zeitpunkt. Das entspricht ziemlich genau den Erfahrungen bei der Durchführung von Panelstudien, daß nämlich von einem zum anderen Befragungszeitpunkt nur etwa 40% der zuvor Befragten erneut erreicht werden können. Insofern weicht die Forschungsgruppe von den allgemeinen Erfahrungen nicht ab (t_1 zu t_2 : 41,1%, t_2 zu t_3 : 40,5%). In diesen Fällen spricht man von Panelmortalität, das heißt, daß die Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr erreicht werden können: Weil sie an weiteren Befragungen nicht teilnehmen möchten; weil sie aus einer Maßnahme ausgeschieden sind; weil sie wegen Umzugs, längerer Krankenhaus- oder Erholungsaufenthalte nicht mehr erreichbar waren, weil sie in eine andere Region weggezogen sind etc.

In dem hier durchgeföhrten Datenvergleich zwischen den einzelnen Befragungszeitpunkten muß allerdings eine weitere Einschränkung vorgenommen werden: Zu allen drei Zeitpunkten erklärten sich lediglich 27 Personen zu einer Befragung bereit (eine Person wurde zum ersten, zwei Personen wurden zum zweiten Zeitpunkt nicht befragt, so daß sie für einen Vergleich über drei verschiedene Zeitpunkte nicht herangezogen werden konnten).

Daß das Verhältnis zwischen den einzelnen Befragungswellen trotzdem über die Erfahrungen hinausgeht, kann anhand der Problematik der Abbrecher gezeigt werden. Wie im Kapitel 7 noch näher erläutert wird, haben 56 der in der ersten Welle befragten Teilnehmer ihre Maßnahme von sich aus abgebrochen oder wurden von der weiteren Teilnahme vom Arbeitsamt bzw. Träger ausgeschlossen (ohne die Probanden der Maßnahme "MÄLA", deren Verlauf aufgrund der Betriebseinstellung der "Zukunftswerkstatt" nicht nachvollzogen werden konnte). Für diese Abbrecher wurde eine separate Befragung durchgeführt, so daß diese bereits von der zweiten Befragungswelle ausgeschlossen waren.

Um die Erreichbarkeit der Probanden und die Bereitschaft an einer Interviewteilnahme zu erhöhen, wurden vielfältige Versuche unternommen. Neben vier Anschreiben an die Teilnehmer (davon zwei mit Antwortkarte) wurde auch versucht, die zuvor erreichten Respondenten zu einem Telefoninterview zu bewegen. Vielfach wurde auch das abgelehnt. Häufig mit der Begründung, daß sich die Erwartungen der Teilnehmer und die Versprechungen seitens des Arbeitsamts bzw. des Trägers nicht gedeckt hätten.

Die hier vorgestellten Ergebnisse dürfen daher für die erhobene Population (alle Maßnahmeteilnehmer) als nicht repräsentativ angesehen werden. Die Resultate sind exemplarisch zu verstehen und zeigen nur Tendenzen auf.

Daß die Ergebnisse nur Tendenzen ausdrücken, erscheint klarer, wenn man die Verteilung der Teilnehmer aus der ersten Welle mit der Verteilung der Teilnehmer über alle drei Wellen vergleicht. Von der Teilnehmeranzahl her sind die Maßnahmen I, II und III zum Teil erheblich unterrepräsentiert, die Maßnahmen IV und V dagegen überrepräsentiert.

Tabelle 6.1: Verteilung der Teilnehmer auf die Maßnahmetypen in der Welle 1 sowie in den drei Wellen insgesamt (Angaben in Prozent)

Maßnahmetyp	I	II	III	IV	V
1. Welle	40,0	14,4	23,3	13,3	9,0
1., 2., 3. Welle	14,8	11,1	7,4	33,3	33,3

Zum besseren Verständnis sei noch vorangestellt, welche Personen aus welchen Maßnahmetypen sich zum dritten Befragungszeitpunkt in welcher beruflichen Situation befunden haben.

Insgesamt waren 15 Teilnehmer in einer unbefristeten Arbeit, sechs Probanden in einer befristeten und weitere sechs Teilnehmer zur Verbleibsbefragung wieder arbeitslos: Jeweils mindestens eine Person aus allen fünf Maßnahmetypen war also wieder ohne Beschäftigung. Vom Typ I bzw. II waren vier der fünf bzw. eine der zwei Probanden in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis. Zwei der drei Respondenten des Typ III befanden sich in einer zeitlich befristeten Beschäftigung. Sechs bzw. vier der jeweils neun Personen der Typen IV und V befanden sich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis sowie eine bzw. drei in einem befristeten.

Tabelle 6.2: Verteilung der Teilnehmer in den Maßnahmetypen und ihre berufliche Situation zum dritten Befragungszeitpunkt

Maßnahmetyp	Unbefristete Arbeit	Befristete Arbeit	Arbeitslos
I (Beschäft. + Quali. + Soz.betr.)	4	0	1
II (Quali. + Soz.betr.)	1	0	1
III (Personalüberlassung)	0	2	1
IV (Besch. + Soz.betr.)	6	1	1
V (Beschäftigung)	4	3	2

6.2 Die Maßnahmen und die resultierenden Chancen

6.2.1 Maßnahmeeindruck

Über alle Befragungszeitpunkte hinweg hatten die Teilnehmer tendenziell einen positiven Eindruck von der Maßnahme. Lediglich zum dritten Zeitpunkt war eine Abnahme der positiven Grundhaltung zu beobachten. In der Skala, die von dem Wert 1 "extrem unzufrieden" bis zum Wert 10 "extrem zufrieden" reichte, wurde der höchste Wert von 53,8% der Teilnehmer bei der ersten Befragung genannt, bei der zweiten sogar von 57,1%. Als die dritte Befragung durchgeführt wurde, nannten diesen Eindruck nur 42,3%. Umgekehrt verhielt es sich bei den mittleren Kategorien mit den Werten 4, 5, 6 und 7. Dort wurden diese Werte zum ersten Zeitpunkt von 19,2% der Befragten angegeben, zum zweiten von 15,4% und zum dritten Zeitpunkt von 30,8%.

Dieses Ergebnis ist insofern erstaunlich, als diejenigen, die sich in einem unbefristeten oder befristeten Arbeitsverhältnis befanden, zu 33,3% bzw. 40,0% zu dieser mittleren Haltung beitrugen, während diejenigen, die zum dritten Befragungszeitpunkt arbeitslos waren, lediglich mit einem Anteil von 16,7% beteiligt waren. Auch fiel auf, daß im Modelltyp II (Qualifizierung und Sozialbetreuung) alle Probanden eine kritischere Haltung einnahmen als die Teilnehmer der anderen Maßnahmetypen.

Mit einem gewissen zeitlichen Abstand zu den einzelnen Maßnahmen haben die Teilnehmer eine positive Grundhaltung entwickelt, scheinen jedoch in der retrospektiven Betrachtung Kriterien gefunden zu haben, die das Gesamtbild trüben.

6.2.2 Arbeitsmarktchancen

Wie stellt sich nun das Stimmungsbild der Respondenten bezüglich der Arbeitsmarktchancen dar? Werden die auf der Pessimismus-Optimismus-Skala abgetragenen Werte, die zwischen der Antwortmöglichkeit 1 für "extrem pessimistisch" und 10 für "extrem optimistisch" lagen, zu den drei Kategorien "schlechte Einschätzung" (Werte 1, 2, 3), "ambivalente Einschätzung" (Werte 4, 5, 6, 7) und "gute Einschätzung" (Werte 8, 9, 10) zusammengefaßt, sieht man über die Zeit leichte Veränderungen hin zu einem positiven Bild. Während zum ersten Befragungszeitpunkt 44,0% die Chancen eher schlecht einstufen, sind es zum zweiten Zeitpunkt 41,7% und zum dritten Zeitpunkt 38,5%. Eine eher ambivalente Haltung zu dieser Frage nehmen in der ersten Welle 40,0% ein, in der zweiten 45,8% und 42,3% in der dritten. Eine optimistische

Meinung vertreten in der Eingangsbefragung 16,0%, in der Abschlußbefragung 12,5% und in der Verbleibsbefragung 19,2%.

Nicht überraschend ist, daß die zum dritten Zeitpunkt wieder arbeitslosen Teilnehmer die Arbeitsmarktchancen eher schlecht beurteilen, während diejenigen, die sich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befinden, jeweils zu einem Drittel die Möglichkeiten ambivalent oder eher positiv sehen.

6.2.3 Arbeitsplatzsuche

In der ersten Befragungswelle gaben 84,6% der Maßnahmeteilnehmer an, daß sie einen Arbeitsplatz nicht aktiv suchten. In der zweiten Welle reduzierte sich dieser Wert bereits auf 76,0% und in der dritten Welle noch einmal auf 69,2%. Während in der Eingangsbefragung noch fast alle Teilnehmer, die zur dritten Befragung arbeitslos waren, die Frage, ob sie auf der Suche nach einem Arbeitsplatz seien, mit "nein" beantworteten, änderte sich das im Laufe der Zeit. In der Abschlußbefragung bestätigen diese Aussage nur noch zwei Drittel der "Arbeitslosen" und in der Verbleibsbefragung kehrt sich das Bild der Erstbefragung gänzlich um: Alle arbeitslosen Teilnehmer sind jetzt aktiv auf der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Auch in der Dauer der Suche spiegelt sich ein ähnliches Bild wider. Während die "Arbeit"-Teilnehmer erst relativ kurz nach einem anderen Arbeitsplatz suchten, war es bei den "Arbeitslos"-Befragten immerhin ein Drittel, die angaben, bereits länger als ein Jahr auf der Suche zu sein.

Diese Teilnehmer suchten auch entsprechend aktiv nach einer Arbeitsstelle. Selbst wenn sie sich noch nicht schriftlich beworben hatten, so nahmen sie dennoch die sich bietenden Chancen wahr, um sich persönlich vorzustellen. Auch die Länge der Suche schien noch keinen Motivationsverlust bewirkt zu haben, denn je länger sie auf der Suche waren, desto häufiger kam es zu schriftlichen oder persönlichen Bewerbungen. Durch die Maßnahmen scheinen die Teilnehmer wieder einen Motivationsschub erhalten zu haben, um sich daraufhin wieder vermehrt zu bewerben.

Allerdings glaubten alle, daß es in der Zukunft nicht einfach sein werde, einen Arbeitsplatz zu erhalten: Sie meinten übereinstimmend, daß sie sich noch mehr als zehnmal bewerben müßten, um bei der Suche Erfolg zu haben. Damit ist auch das zuvor dargelegte Ergebnis bestätigt, daß sie die allgemeinen Arbeitsmarktchancen zum

dritten Befragungszeitpunkt schlechter beurteilten als diejenigen, die sich bereits "in Brot und Arbeit" befanden.

Interessant ist das Beispiel eines einzelnen Teilnehmers, der sich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befand und nicht mehr davon ausging, sich weiter bewerben zu müssen. Bei diesem Teilnehmer des Typs I schien sich die Maßnahme insofern bewährt zu haben, als er die von Unternehmen und Betrieben geforderte Erfahrung am Arbeitsplatz sich aneignen und die Vorbehalte ausräumen konnte, gegen die ein Arbeitsloser bei Bewerbungen zu kämpfen hat. Zudem verfügte er schließlich durch die Maßnahme über eine qualifizierte und zertifizierte Ausbildung. Ein Arbeitsplatzwechsel schien zu diesem Zeitpunkt für ihn bereits eine ausgemachte Sache zu sein.

6.3 Wirtschaftliche Situation

6.3.1 Finanzielle Lage

Haushaltseinkommen

Über die Zeit kann man erstaunliche Veränderungen beobachten. Während in der Eingangsbefragung 26,1% der Probanden angeben, über ein monatliches Haushaltsgesamtinkommen von maximal DM 1.500 zu verfügen, sind es in der Abgangsbefragung nur noch 4,2%. In der Verbleibsbefragung steigt dieser Wert wieder auf 16,0%.

Ähnlich, wenn auch weniger kraß, sieht es bei den Einkommen bis DM 3.000 aus: Von 52,2% steigt dieser Wert auf 70,8%, um dann wieder auf 64,0% abzusinken. Zieht man allerdings beide Werte zusammen, so erhält man Ergebnisse zwischen 75 und 80%, was durchaus im Rahmen liegt, jedoch die Verschiebungen zwischen den einzelnen Befragungszeitpunkten deutlich dokumentiert. Bei den Einkommen zwischen DM 3.000 und DM 4.500 bzw. über DM 4.500 sieht die Verteilung folgendermaßen aus: $t_1 = 13,0\%$ bzw. $8,7\%$; $t_2 = 20,8\%$ bzw. $4,2\%$ und $t_3 = 12,0\%$ bzw. $8,0\%$.

Die Verschiebungen unterstreicht auch der Mittelwert (Median für gruppierte Daten) für die drei Befragungszeitpunkte: In den drei Erhebungen liegt er zwischen DM 2.312 und DM 2.203 (vgl. Tabelle 6.3).

Tabelle 6.3: Haushaltsnettoeinkommen

Zeitpunkt der Befragung	Befragte Personen	Bis DM 1.500	Bis DM 3.000	Bis DM 4.500	Über DM 4.500	Median für grupp. Daten
t_1	23	6	12	3	2	2.312
t_2	24	1	17	5	1	2.029
t_3	25	4	16	3	2	2.203

Auch hier werden die Unterschiede durch den beruflichen Verbleib der Teilnehmer dokumentiert: Während zum dritten Befragungszeitpunkt die Einkommensklasse "bis DM 1.500" nur von den "Arbeitslosen" belegt wurde, war die Klasse "über DM 4.500" ausschließlich von Teilnehmern besetzt, die sich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befanden. Bei den zuvor erhobenen Daten kann man von solchen Extrempositionen nicht sprechen: Zumindest jeweils drei der gruppierten Einkommensklassen waren von den Teilnehmern, die sich in einem Arbeitsverhältnis befanden oder arbeitslos waren, besetzt. Während bei den "arbeitenden" Teilnehmern jedoch in den meisten Fällen eine Einkommensverbesserung oder zumindest eine Beibehaltung des vorigen Einkommensstatus zu beobachten war, kehrte sich diese Tendenz bei den "arbeitslosen" Teilnehmern um: Sie mußten durchweg vom zweiten zum dritten Befragungszeitpunkt mit weniger Haushaltseinkommen auskommen. Die Verringerung war zum Teil sehr kraß. Wenn dann noch bedacht wird, daß lediglich ein Drittel (zwei von sechs Personen) dieser Gruppe alleinlebend war, jedoch 80% nur über ein Einkommen von bis zu DM 1.500 verfügten, muß gefragt werden, wie das "Loch" in der Haushaltstasse gestopft werden konnte. Eine Antwort könnte in der Aufnahme von Krediten oder im Eingehen von Verbindlichkeiten liegen, auf die im folgenden eingegangen wird.

Haushaltsschulden

Zu Beginn der Maßnahmen gaben von den Teilnehmern, die für alle drei Befragungen zur Verfügung standen, genau die Hälfte (50,0%) an, daß ihr Haushalt derzeit oder in der Vergangenheit Schulden in Form von Bank- oder Verbraucherkrediten oder Geldleihe bei Freunden und Bekannten gemacht hatten. Zum Abschluß der Maßnahmen bzw. drei Monaten nach Ende wurde ausschließlich nach den aktuellen Schulden gefragt. Hier zeigt sich, daß zum zweiten Befragungszeitpunkt die Schuldenrate auf 46,2% sank, um dann auf 55,6% anzusteigen.

Um die oben gestellte Frage aufzugreifen: Während in der ersten Befragung die Hälfte der arbeitslosen Teilnehmer die Frage nach den Schulden bejahte, waren es in der zweiten und dritten Befragung bereits zwei Drittel. Stabil ist die Entwicklung bei den Teilnehmern, die sich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befanden: Dort reduzierte sich zwar die Höhe der Schulden, jedoch nicht der Anteil derjenigen, die aktuell mit Verbindlichkeiten belastet waren. Hieraus kann auch geschlossen werden, daß zumindest für die Arbeitsaufnahme die Schulden der hier befragten Teilnehmer und Arbeitgeber nicht relevant waren und den Wiedereintritt in das Arbeitsleben nicht behinderten. So wurde die Kategorie "über DM 40.000" über alle drei Befragungszeitpunkte nur von Personen genannt, die sich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befanden.

In der Verbleibsbefragung geben auch diejenigen, die befristet beschäftigt waren, zum ersten Mal an, daß sie Kredite und Verbindlichkeiten hatten. Zwei der insgesamt drei Personen, die Schulden zu diesem Zeitpunkt hatten, nahmen Kleinkredite bis DM 5.000 auf, während der dritte Proband immerhin einen Betrag zwischen 20 und 40.000 DM aufnahm.

Erwartungsgemäß ist auch die "Rückzahlungsmoral" im Laufe der Maßnahmen erheblich zurückgegangen: Während zur ersten Befragung nur 18,2% aller "Schuldner" angaben, keinen Schuldendienst zu leisten, waren es zur zweiten 91,7%. Eine dramatische Steigerung trotz der Ausweitung der Frageformulierung, indem Verwandte und Bekannte als Schuldenzahler mit aufgenommen wurden. Dabei hat sich die Rückzahlungsquote der "unbefristet arbeitenden" Teilnehmer genau umgekehrt: Während in der ersten Welle noch 75,0% dieser Teilstichprobengruppe mit Schulden angaben, diese auch abzuzahlen, waren es in der zweiten Welle nur noch 12,5%, also 87,5%, die ihre Rückzahlungen eingestellt hatten. In der dritten Welle gaben immerhin wieder 44,5% an, daß sie ihre Kredite und Verbindlichkeiten wieder zurückzahlen würden. Dieser Anteil lag allerdings noch unter dem Anteil von 62,5% aller Befragten über die drei Zeitpunkte. Bei den nunmehr arbeitslosen Teilnehmern kehrte sich zwar auch das Rückzahlungsverhalten um, jedoch zahlten zum Zeitpunkt der Verbleibsbefragung immerhin noch dreiviertel der Arbeitslosen, die Schulden vorwiesen, auch wieder zurück.

Es verwundert dann auch nicht, daß die Beträge, die von den Einzelnen zum Schuldenabbau aufgewendet wurden, von Welle zu Welle variierten. Während in der Eingangsbefragung die Hälfte der Teilnehmer (50,0%), die Schulden hatten, noch Beträge von mindestens DM 400 pro Monat aufbrachten, waren es in der Abschlußbefragung nur noch 30,0% (davon zwei Drittel von Personen, die sich nun in einem

unbefristeten Arbeitsverhältnis befanden und ein Drittel von "Arbeitslosen"). In der Verbleibsbefragung konnten dann wieder 50,0% über DM 400 zur Finanzierung der Schulden monatlich dem Haushalt entziehen (davon alleine wiederum 60,0% von unbefristet Arbeitenden und hier zum Teil über DM 2.000). Bis DM 100 konnten nur Teilnehmer, die nach Beendigung der Maßnahmen arbeitslos wurden, zur Schuldenreduzierung beitragen.

Wie bereits in den Vorbemerkungen dargestellt, ist dieses Resultat nur exemplarisch und nicht als repräsentativ für die Gruppe der Maßnahmeteilnehmer zu verstehen. Wenn man mehr Teilnehmer erreicht hätte, insbesondere diejenigen, die arbeitslos waren, könnten die Ergebnisse u. U. wesentlich anders aussehen.

Auswirkungen der finanziellen Lage

Die Maßnahmeteilnehmer wurden in allen drei Befragungen gebeten, zu ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Situation durch vorgegebene Statements Stellung zu beziehen. Die einzelnen Statements wurden bereits oben (vgl. Kapitel 1.4.2/Teil II) vorgestellt.

Interessante Veränderungen ergaben sich bei den Aussagen, die nicht die Problemlagen betrafen (Probleme mit Ratenzahlungen, Spar- und Mietverträgen). Beim Statement *Persönliche Ausgaben werden eingeschränkt* meinten in der Eingangsbefragung noch 60,0%, daß es auf sie nicht zuträfe. In der Abgangsbefragung reduzierte sich diese Nichtzustimmung bereits auf 56,5%, um in der Verbleibsbefragung auf 50,0% abzusinken. Auch in diesem Fall war eine vollständige Meinungsänderung bei den Arbeitslosen festzustellen. Während in der ersten Befragung noch zwei Drittel meinten, daß sie ihre Ausgaben nicht einschränken müßten, waren in der zweiten nur mehr die Hälfte dieser Überzeugung. In der dritten Befragung waren es dann fünf der sechs arbeitslosen Respondenten, die diesem Statement zustimmten. Bei den Teilnehmern, die sich in einem Arbeitsverhältnis befanden, stimmten über alle drei Befragungszeitpunkte etwa 60,0% dieser Aussage nicht zu.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Behauptung *Vorgesehene Anschaffungen werden zurückgestellt*. In der ersten Welle meinten 54,2%, daß sie nicht zutreffen würde. In der zweiten Welle stimmten diesem Statement 69,6% nicht zu, in der dritten 52,0%. Auch hier ändert sich das Stimmungsbild bei den Maßnahmeteilnehmern, die zum dritten Befragungszeitpunkt arbeitslos waren, sehr stark: In der Eingangs- und Abgangsbefragung stimmten noch zwei Drittel dieser Behauptung nicht zu, während es in der Verbleibsbefragung nur noch ein Drittel waren. Mit anderen Worten, 66,7% mußten ihre Anschaffungen zurückstellen.

Wirtschaftlich besser schien es der Gesamtheit der Befragten zu gehen, wenn man sie mit der Aussage *Ersparnisse werden ganz oder teilweise aufgebraucht* konfrontierte. In t₁ lag der entsprechende Wert der Nichtzustimmung bei 56,0%, in t₂ stieg er auf 62,5% und in t₃ auf 68,0%. Erwartungsgemäß schien es den Teilnehmern besser zu gehen, die in unbefristeten Arbeitsverhältnissen waren: Während der ersten Befragung stimmten etwa 57% dieser Behauptung nicht zu, 69,2% waren es bei der zweiten. Bei der dritten Befragung waren es bereits knapp 87%. Zum Vergleich die beiden anderen Untergruppen zu diesem Zeitpunkt: Sowohl die "befristet Arbeitenden" als auch die "Arbeitslosen" lehnten dieses Statement nur zu jeweils 40,0% ab.

Im großen und ganzen steht Ihnen genug Geld zur Verfügung, um sich Ihre Wünsche erfüllen zu können ist eine Behauptung, die die wirtschaftliche Situation im Gegensatz zu den genannten eher positiv formuliert. Hier war der Zustimmungswert in der Eingangsbefragung mit 56,0% bei allen Maßnahmeteilnehmern schon relativ hoch und stieg in der Abgangsbefragung noch einmal auf 60,9%. In der Verbleibsbefragung sank der Anteil der Zustimmung wieder auf 53,8%. Auch hier verlief die Trennungslinie wieder über die, die Arbeit haben bzw. nicht haben. In der ersten Welle stimmten noch 60,0% der "Arbeitslosen" der Behauptung zu, der Anteil sank dann allerdings bereits in der zweiten Welle auf 40,0%, um dann in der dritten Welle noch einmal auf 33,3% zu fallen. Genau entgegengesetzt die Entwicklung wieder bei den Beschäftigten: Hier lag der Zustimmungsanteil außer bei der ersten Befragung stets über 60%.

6.3.2 Berufliche Lage

Die Teilnehmer wurden zu allen drei Befragungszeitpunkten gefragt, wie sie ihre berufliche Lage gegenwärtig, nach Abschluß der Maßnahme und in fünf Jahren beurteilten, um die Werte vergleichen zu können. Außerdem kann die Beurteilung der gegenwärtigen Lage zum dritten Zeitpunkt mit den Einschätzungen zur Lage nach den Maßnahmen zum ersten und zweiten Befragungszeitpunkt verglichen werden.

Die Teilnehmer konnten anhand einer Leiter, die zehn Sprossen umfaßte, eine Einschätzung der persönlichen beruflichen Lage abgeben. Dabei bedeutete die erste und zugleich niedrigste Sprosse "Schlechteste mögliche berufliche Lage" und die zehnte und höchste Sprosse die "Bestmögliche berufliche Lage". Aufgrund der zum Vergleich geringen Fallzahl wurden auch hier einzelne Werte zusammengefaßt: Die Werte 1, 2 und 3 wurden zur Kategorie "Schlechte Lage", die Werte 4, 5, 6 und 7 zur

Kategorie "Mittlere Lage" und die drei höchsten Werte zur Kategorie "Gute Lage" zusammengefaßt.

Auf die Frage, in welcher beruflichen Lage sie heute seien, antworteten die Probanden sowohl zum ersten als auch zum dritten Befragungszeitpunkt jeweils zu 20,0%, daß sie sich in einer schlechten bzw. in einer guten Lage befänden (vgl. Tabelle 6.4). Jeweils 60,0% meinten also, daß sie eine mittlere Lage einnahmen. Zum zweiten Befragungszeitpunkt stellte sich ein etwas positiveres Bild dar: Lediglich 8,0% glaubten sich in einer schlechten Lage, 68,0% in einer mittleren und 24,0% in einer guten. Auf die Frage, wo sie sich nach der Maßnahme auf der Leiter befinden würden, differierten die Antworten stärker: In der Eingangsbefragung prognostizierten noch 20,8% eine schlechte Lage, während es bei der Abgangsbefragung lediglich 8,7% waren und bei der Verbleibsbefragung 16,7%. Die mittlere Lage lag beim ersten Befragungszeitpunkt bei 45,8%, zu den beiden letzten Zeitpunkten bei etwa 60%. Entsprechend streuten auch wieder die Werte zur guten Lage: $t_1 = 33,3\%$, $t_2 = 30,4\%$ und $t_3 = 25,0\%$.

Insgesamt bestätigen die hohen Zuordnungswerte für die mittlere Lage ein immer wieder auftauchendes Ergebnis in der Ungleichheitsforschung, nach dem sich der Großteil der Befragten der Mittelschicht und nicht der Ober- oder Unterschicht zuordnet. Dort wie hier weitet sich offenbar die Neigung zur Selbsterhöhung und zur Identifikation mit der "Mittelschichtgesellschaft" bei Selbsteinschätzungsfragen entscheidend aus (vgl. Centers:949).

Tabelle 6.4: Berufliche Lage "Heute" und "Nach der Maßnahme" (Angaben in %)

Befragungszeitpunkt	Heute				Nach der Maßnahme			
	Befragte Person.	Schlechte Lage	Mittlere Lage	Gute Lage	Befragte Person.	Schlechte Lage	Mittlere Lage	Gute Lage
t_1	25	20,0	60,0	20,0	24	20,8	45,8	33,3
t_2	25	8,0	68,0	24,0	23	8,7	60,9	30,4
t_3	25	20,0	60,0	20,0	24	16,7	58,3	25,0

Eine abnehmend positive Haltung nahmen die Teilnehmer zu der Frage, wie sie ihre berufliche Lage in fünf Jahren sehen, zwischen der Welle 1 und den Wellen 2 und 3 ein (vgl. Tabelle 6.5). Während sich zu allen drei Zeitpunkten lediglich 5% in einer

schlechten Lage sahen, waren in der ersten Welle 31,8% der Meinung, daß sie sich in einer mittleren Lage befinden würden und sogar 63,6% waren der Überzeugung, daß ihre Lage gut sei. Jeweils zum zweiten und dritten Befragungszeitpunkt wichen sie in der Gesamtheit von diesem positiven Votum ab: Die Teilnehmer reihten sich dann in die mittlere Lage mit jeweils 45% und die gute Lage mit jeweils 50% ein.

Tabelle 6.5: Berufliche Lage "In fünf Jahren" (Angaben in Prozent)

Zeitpunkt der Befragung	Befragte Personen	schlechte Lage	mittlere Lage	gute Lage
t_1	22	4,5	31,8	63,6
t_2	20	5,0	45,0	50,0
t_3	22	4,5	45,5	50,0

Vergleicht man die Einzelmeinungen in den Wellen, zeigt sich, daß der Großteil der Respondenten (jeweils mindestens 50% mit einer Ausnahme) der Überzeugung ist, daß sich ihre berufliche Lage mehr oder weniger stark von Zeitpunkt zu Zeitpunkt verbessern werde. Mindestens 14%, vielfach sogar weit über 30%, waren der Meinung, daß sich ihre Lage nicht verändere. Die Probanden nahmen also in der Mehrzahl eine positive Grundhaltung ein, was sicherlich für ihre Motivation förderlich war. Lediglich jeweils 5 - 30% nahmen eine eher negative Haltung an. Dies konnte auch ein Ausdruck von Zweckpessimismus sein, um sich um so mehr über erfahrene Erfolgserlebnisse zu freuen. Auf der anderen Seite könnten die Personen, die von Optimismus geprägt waren, durch fehlende Erfolgserlebnisse entsprechend schnell aus der Bahn geworfen werden.

Zum Vergleich noch einmal die Werte der Probanden, die nach den Maßnahmen arbeitslos wurden, beginnend bei der Abgangsbefragung: Zu diesem Zeitpunkt herrschte bei ihnen ein eher positives Grundbild vor, d. h., daß die Befragten von ihrer "derzeitigen Lage" ein positives, jedenfalls nicht negatives Bild hatten. "Nach der Maßnahme" bzw. "In fünf Jahren" sahen sie sich eher in einer schlechten Lage. Diese negative Haltung bestätigte sich dann im Rahmen der Verbleibsbefragung: Nach der derzeitigen Lage befragt, antwortete die Hälfte von ihnen, daß sie sich in einer schlechten Lage und die andere Hälfte, daß sie sich in einer mittleren Lage befänden. Auf die Frage, wie sie ihre Lage nach der Maßnahme gesehen hatten, antworteten über 80%, daß sie sich einer mittleren Lage zuordneten und knapp 17%, daß sie sich in einer schlechten Lage befunden hätten. Entsprechend deprimierend sahen sie auch

die Zukunft: Zwar meinten wieder 80,0%, daß sie sich dann in einer mittleren Lage befinden würden, und 20,0% sahen sich weiterhin in einer schlechten Lage. Genau entgegengesetzt sah das Bild bei den "Arbeitenden" aus, die zwar ihre Lage zum zweiten Zeitpunkt auch etwas skeptisch einschätzten, aber zur dritten Befragung nicht nur hinsichtlich ihrer derzeitigen Position deutlich positiver gestimmt waren, sondern auch, wie die Lage nach Beendigung der Maßnahme war und in Zukunft sein wird.

Kommen wir jetzt auf den oben angekündigten Vergleich zurück, müssen wir feststellen, daß die Teilnehmer zum ersten und zweiten Befragungszeitpunkt ihre Position nach Beendigung der Maßnahme zum Teil deutlich überschätzten (vgl. Tabelle 6.6). Wird die "Heutige Lage" der dritten Welle mit der Lage "nach der Maßnahme" der ersten Welle verglichen, schätzten 39,1% zu hoch, während 17,4% die Lage genau trafen. Beim Vergleich mit der zweiten Welle treten die Fehleinschätzungen noch deutlicher zu Tage: Hier waren es 60,9%, die ihre Lage nach der Maßnahme zum Teil um fünf Stufen zu hoch beurteilten, während es lediglich 17,4% waren, die von einer niedrigeren Lage ausgingen. Auch hier wird deutlich, daß sich insbesondere die Arbeitslosen überschätzen: Während beim Vergleich zur ersten Welle jeweils 40,0% der "arbeitslosen" Teilnehmer sich unter- bzw. überschätzten, waren es beim Vergleich zur zweiten Welle bereits 60,0%, die ihre Lage nach der Maßnahme überschätzten, und weitere 40,0%, die sie genau trafen. Die "unbefristet Arbeitenden", die ihre Lage zum Teil erheblich unterschätzten, zeigten wiederum die entgegengesetzte Tendenz.

Tabelle 6.6: Berufliche Lage "Heute" (3. Welle) im Vergleich zu der Angabe "Nach der Maßnahme" (1. und 2. Welle) (Angaben in Prozent)

Vergleich 3. Welle mit 1. Welle			Vergleich 3. Welle mit 2. Welle		
Überschätzung	Richtige Einschätzung	Unterschätzung	Überschätzung	Richtige Einschätzung	Unterschätzung
39,1	17,4	43,5	60,9	21,7	17,4

6.3.3 Mobilität bei der Arbeitsplatzsuche

Die Antworten auf die Frage, welche Zeit die Teilnehmer in Kauf nehmen würden, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen, legen anscheinend eine rückgängige Bereitschaft zur Mobilität zwischen den Befragungen der ersten und der zweiten Welle nahe. In der dritten Welle waren die Teilnehmer wieder bereit, mehr Zeit für einen einfachen Weg zum Arbeitsort aufzuwenden. Während zum ersten Befragungszeitpunkt 38,4% der Respondenten mehr als 60 Minuten zurücklegen würden, waren es zum zweiten nur noch 34,8% und 42,3% zum dritten Zeitpunkt. Es muß aber auch erwähnt werden, daß in der ersten Welle über ein Drittel nicht bereit war, mehr als 30 Minuten für eine einfache Wegstrecke auf sich zu nehmen. Dieser Wert reduzierte sich allerdings von 26,1% in der zweiten auf 23,1% in der dritten Befragung. Die Mobilitätsbereitschaft der "Arbeitslosen" blieb dagegen konstant: Fünf der sechs arbeitslosen Probanden waren bereit, maximal 60 Minuten zum Erreichen des Arbeitsplatzes aufzuwenden. Die Respondenten, die in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis standen, schienen aus ihrer Position heraus aufzutrumpfen: 40,0% gaben an, mehr als 90 Minuten für eine einfache Fahrt in Kauf nehmen zu wollen - angesichts der geringen Bereitschaft zur regionalen Mobilität ein wenig glaubhaftes Antwortverhalten.

Wie sieht es mit der regionalen Mobilitätsbereitschaft aus? In allen drei Befragungen wurden die Respondenten mit der Situation konfrontiert, ob sie für eine Arbeitsstelle in eine andere Stadt ziehen würden. In der Eingangsbefragung bejahten dies 34,6% und in der Abgangsbefragung sogar 41,7%. In der Verbleibsbefragung sank dieser Wert auf 24,0%. Ausschlaggebend waren auch hier die unbefristet Beschäftigten: Zur ersten und zweiten Welle waren noch 46,2% bzw. 42,9% bereit, einen Ortswechsel zu vollziehen, zur dritten Welle waren es dann lediglich 28,6%. Bei den "arbeitslosen" Teilnehmern war zum ersten bzw. dritten Zeitpunkt nur jeweils ein Teilnehmer bereit, für eine Arbeitsstelle in eine andere Stadt zu ziehen, zum zweiten Zeitpunkt waren es zwei von sechs Probanden.

Eine Frage zielte auf das Verhalten ab, wenn man unerwartet ein Arbeitsplatzangebot erhielte und zuvor eine längere Zeit arbeitslos gewesen sei. Vorgegeben waren vier Antwortmöglichkeiten (vgl. Tabelle 6.7): *Sofort zugesagt* hätten zum ersten Zeitpunkt 44,0% der Befragten. Dieser Wert sank allerdings über 41,7% zum zweiten Zeitpunkt auf 23,1% zum dritten. *Bevor man sich entscheidet, sollte man erst die Bedingungen sorgfältig prüfen* meinten in der Eingangsbefragung 32,0%. Dieser Wert stieg dann im Verlaufe über 54,2% in der Abgangsbefragung auf 69,2% in der Verbleibsbefragung. Erstaunlich häufig war die Meinung in der ersten Welle vertreten, erst einmal *abzuwarten, um noch andere Stellenangebote zum Vergleich zu erhalten*: 24,0%. In

der zweiten Welle sank der Wert dann auf 4,2%, um dann wieder auf 7,7% zu steigen. *Ablehnen, um sich alles offen zu halten:* Dazu wäre kein Teilnehmer in den drei Befragungen bereit gewesen.

Tabelle 6.7: Wenn man längere Zeit arbeitslos ist, sollte man bei einer unerwartet angebotenen Stelle ... (Angaben in Prozent)

Zeitpunkt der Befragung	Befragte Personen	sofort zusagen	Bedingungen prüfen	abwarten zum Vergleich	ablehnen
t_1	24	44,0	32,0	24,0	0,0
t_2	24	41,7	54,2	4,2	0,0
t_3	26	23,1	69,2	7,7	0,0

Aus welcher Position heraus man sich bewirbt, spricht auch in diesen Statements eine entscheidene Rolle: In der ersten und zweiten Welle waren die "unbefristet Arbeitenden" zu teilweise weit über 40% bereit, sofort zuzusagen, wenn sie ein Angebot erhielten. In der dritten Welle waren es nur mehr 20%, allerdings 73,3% die meinten, daß man erst sorgfältig die Bedingungen prüfen sollte. Bei den Teilnehmern, die arbeitslos waren, stellte sich über die Zeit kaum eine Veränderung ein: Jeweils etwa 50% waren der Meinung, daß man sofort zusagen sollte.

6.4 Psychosoziale Situation

Alltagskonflikte

Mit einer Reihe von möglichen Alltagskonflikten wurden die Teilnehmer in allen drei Wellen konfrontiert, über die bereits mehrfach in Teil III berichtet wurde. In diesem Kapitel, in dem Daten von identischen Probanden über drei verschiedene Befragungszeitpunkte verglichen werden, sollen lediglich exemplarische Alltagskonflikte herausgegriffen werden, an denen stärkere Veränderungen veranschaulicht werden können. In der Regel gingen die Veränderungen in die positive Richtung, d. h. daß die Problemlagen immer seltener oder gar nicht mehr aufraten. Ein Beispiel hierfür ist die Aussage *In Ihrer Familie gibt es ernsten Ärger*. Während in der Eingangsbefragung nur 16,0% meinten, daß das "nie" vorkomme, waren es in der Abgangsbefragung bereits 42,3% und in der Verbleibsbefragung 50,0%.

Bei zwei Items, und zwar *Auch wenn Sie Zeit haben, können Sie sich nicht entspannen* und *Sie schieben Angelegenheiten auf die lange Bank*, ist eine gegenläufige Tendenz festzustellen. Bei dem ersten der beiden Alltagskonflikte meinten zum ersten Befragungszeitpunkt noch 76,0%, daß es "nie" vorkomme, beim zweiten waren es nur noch 57,7% und beim dritten lediglich 46,2%. Entsprechend stiegen auch die Äußerungen in der Kategorie "häufig": In der ersten Welle waren es 12,0%, in der zweiten 15,4% und in der dritten schließlich 23,1%. Diese Steigerungen machten sich vor allen Dingen bei den Probanden bemerkbar, die sich in einem Beschäftigungsverhältnis befanden. Ähnlich verhielt es sich beim zweiten der genannten Probleme: Hier kam es zu einer Verschiebung von den Kategorien "nie" bzw. "selten" hin zur Kategorie "manchmal". In den ersten beiden Befragungen äußerten sich jeweils 24,0%, daß es manchmal auftrete, in der dritten Befragung immerhin 34,6%. Auch hier betraf es vor allen Dingen die Teilnehmer, die sich "in Arbeit" befanden - ein Ergebnis, das mit den Erfahrungen (vgl. Kapitel 2/Teil III) übereinstimmt, daß sowohl der Arbeitslosigkeit als auch Arbeit - besonders nach einer längeren Periode der Arbeitslosigkeit - psychosoziale Probleme in der Form von Stress aufwerfen kann.

Gesundheitliche Lage

Bei den thematisierten gesundheitlichen Problemen kann man nicht generell sagen, daß sie durch die Maßnahmen und die spätere Aufnahme von Arbeit bzw. die Rückkehr in die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt wurden oder stärker zum Tragen kamen. Das mag seinen Grund darin haben, daß in der ersten Welle lediglich gefragt wurde, ob die Teilnehmer Probleme in diesen Bereichen haben oder nicht und in den beiden weiteren Wellen die gesundheitlichen Probleme differenzierter abgefragt wurden. Hier wurde nämlich gefragt, wie oft diese Beschwerden auftreten: "Täglich", "Mehrmals wöchentlich", "Gelegentlich" oder "Nie". Die drei ersten Kategorien wurden zusammengefaßt zu der in der ersten Welle erhobenen Kategorie "Genannt", während die letzte Kategorie der in der ersten Welle erfaßten "Nicht genannt" entspricht.

Mehr gesundheitliche Probleme hatten die Teilnehmer insbesondere bei "Magen und Darm". Hier ist eine Steigerung von 19,2% in der ersten Welle über 34,6% in der zweiten auf 50,0% in der dritten Welle festzustellen. Insbesondere die Arbeitslosen bzw. die Beschäftigten mit einem befristeten Vertrag hatten mit diesem Problem zum dritten Befragungszeitpunkt vermehrt zu kämpfen, während es bei den unbefristet Beschäftigten zu einer Stabilisierung kam.

Die differenziertere Fragestellung der zweiten und dritten Welle schien der Grund dafür zu sein, daß bei allen weiteren gesundheitlichen Problemlagen ein vermehrtes

Auftreten, wenn auch in abgestufter Form, geäußert wurde. Betrachtet man nur noch die Veränderungen zwischen der zweiten und dritten Befragung, gibt es solche in die positive, aber auch in die negative Richtung. Negativ fällt allein der Bereich "Herz/Kreislauf" auf: Hier meinten in der zweiten Welle 19,2%, daß es zu Schwierigkeiten käme, während es in der dritten Welle 30,8% waren. Auch hier waren es vor allen Dingen die Beschäftigten, die über einen Anstieg dieser gesundheitlichen Probleme klagten.

Eine positive Veränderung verzeichneten die anderen Bereiche. So ging der Anteil derjenigen, die über "Kopfschmerzen" klagten, eher geringfügig von 57,7% auf 52,0%, die "allgemeine Nervosität" von 61,5% auf 53,8% und die "Schlafstörungen" von 38,5% auf 34,6% zurück.

Diese positiven Veränderungen betrafen allerdings in der Hauptsache die "Beschäftigten". Die "Arbeitslosen" klagten beispielsweise in der dritten Welle alle über Kopfschmerzen, während der Anteil bei den "unbefristet Arbeitenden" von 57,2% auf 35,7% zurückging. Nicht ganz so kraß sah es bei "Nervosität" und "Schlafstörungen" aus, allerdings wirkten sich die positiven Veränderungen allesamt zugunsten der nach den Maßnahmen Arbeitenden aus, während sich bei den Arbeitslosen durchweg eine Verschlechterung einstellte.

Lebenszufriedenheit

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben war eine Frage, die auf dem Kontinuum zwischen 1 "extrem unzufrieden" und 10 "extrem zufrieden" dimensio niert war. Auch hier wurden die Werte eins bis drei zu der neuen Kategorie "Unzufrieden", die Werte vier bis sieben zur Kategorie "Weder/Noch" und die restliche drei Werte zu "Zufrieden" zusammengefaßt.

Während in der ersten Welle noch 8,0% mit ihrem bisherigen Leben unzufrieden waren (bei unkodierter Betrachtung der Werte konnte man sogar jemanden ausmachen, der extrem unzufrieden war), sank der Wert auf 3,8% in der zweiten Welle und äußerte kein Befragter mehr diese Meinung in der dritten. Es bleibt festzuhalten, daß die Teilnehmer im Laufe der drei Befragungen mit ihrem Leben generell zufriedener wurden.

Vergleicht man allerdings die Wellen nach den Veränderungen, so wird deutlich, daß die Lebenszufriedenheit insbesondere bei den arbeitslosen Teilnehmern stark abnahm, während sie bei den in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehenden Probanden

ehler zunahm. Die befristet Beschäftigten nahmen typischerweise eine Zwischenposition ein: Jeweils etwa die Hälfte haben im Laufe der Befragungen eine zufriedenere bzw. unzufriedenere Bilanz von ihrem Leben gezogen.

Bilanz

Beim Vergleich der Antworten von identischen Fragen über drei Befragungszeitpunkte wird eines sehr deutlich: Die Trennungslinie, an der zwei Teilgruppen diskriminiert werden können, liegt zwischen denjenigen, die Arbeit in der dritten Welle haben, und denjenigen, die zu diesem Zeitpunkt erneut arbeitslos sind. Es zeigt sich, daß diejenigen, die in einem befristeten oder unbefristeten Arbeitsverhältnis zum dritten Befragungszeitpunkt sind, in allen abgefragten Bereichen besser dastehen als die Arbeitslosen.

Sie haben ein größeres Selbstwertgefühl, ihre finanzielle Situation hat sich entscheidend gebessert (auch insofern, daß sie jetzt wieder Kredite aufnehmen in dem Bewußtsein, sie zurückzahlen zu können), und sie werden wählerischer, was die zeitliche und regionale Mobilität bei einem neuen Arbeitsplatz anbelangt. Lediglich bei zwei Streßindikatoren, die durch die berufliche Beschäftigung hervorgerufen werden, sind sie etwas stärker belastet.

Die Arbeitslosen waren zu Beginn der Maßnahmen zum Teil stärker positiv gestimmt als die Beschäftigten. Die Euphorie ließ jedoch bereits gegen Ende der Maßnahmen nach und sank stark, als sie nach dem Auslaufen befragt wurden. Bei ihnen sind inzwischen resignative Elemente zu finden, die abgefedert werden sollten.

Angesichts einer zum Teil dramatischen Verschlechterung des Haushaltseinkommens werden wieder vermehrt Schulden aufgenommen, einhergehend mit einem deutlichen Mehr an Kopfschmerzen, Nervosität und Schlafstörungen - Anzeichen, daß die nun wieder eingetretene Arbeitslosigkeit die psychosoziale Lage beeinträchtigt.

7. Die Abbrecherproblematik

7.1 Methodische Vorbemerkung

Bevor die Wirksamkeit der "Free-Money"-Maßnahmen im Hinblick auf den Reintegrationserfolg der Teilnehmer überprüft wird, soll der vorzeitige Abbruch von Maßnahmen beleuchtet werden. Ein wesentlicher Erfolg der Maßnahmen liegt zweifellos in der Anzahl der Teilnehmer, die die Maßnahme bis zum Schluß (mit Erfolg) besuchen. Ebenso wichtig, vor allem für künftige Maßnahmen, ist aber die Erkenntnis, welche teilnehmer- und maßnahmespezifischen Ursachen zu einem vorzeitigen Abbruch geführt haben.

Die Maßnahmen waren in ihrer Konzeption und Dauer recht unterschiedlich. So hatten einige Maßnahmen einen vorgeschobenen Bildungsteil, andere verliefen alternierend (Theorie/Praxis) und wieder andere waren reine Beschäftigungsmaßnahmen. Dieser Umstand machte es notwendig, eine Definition des Maßnahmezeitrahmens vorzugeben. Das Ende der Maßnahmen wird hier gleichgesetzt mit dem vom jeweiligen Träger bestimmten Maßnahmende. Bei Modellen des Typs I und II war dies der Abschluß des Theorieteils bzw. der Zeitpunkt der Prüfung. Beim Modelltyp III ist das Ende entweder mit dem Erhalt eines Arbeitsvertrages oder spätestens nach Ablauf des geförderten Jahres anzusetzen. Die Maßnahmen der Modelltypen IV und V schlossen mit Ende der Modellförderung ab, also nach einem halben bzw. einem Jahr (siehe hierzu auch Kapitel 2/Teil II).

In der Tabelle 7.1 läßt sich die Abbrecherquote der Duisburger Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit mit insgesamt 51,9% ablesen. Im Vergleich hierzu sind im Bundesgebiet West 1993 21,3% und 1994 23,5% vorzeitig aus beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ausgeschieden (vgl. BA, Berufliche Weiterbildung 1993 und 1994). Die Ursache für ein vorzeitiges Ausscheiden aus einer Maßnahme wurde u.a. in schichtspezifischen Verhaltensweisen gesehen: "Bildungsferne und lernungsgewohnte Teilnehmer scheiden wesentlich häufiger vorzeitig aus beruflicher Fortbildung oder Umschulung aus als andere" (BA, Berufliche Weiterbildung 1993:30).

Die Teilnehmerstruktur der evaluierten "Free-Money"-Maßnahmen wies freilich eine durch die vorgegebenen Auswahlkriterien weit ungünstigere Verteilung auf. Das Bildungs- und Berufsniveau des Großteils der Teilnehmer war sehr niedrig (vgl. Kapitel 1/Teil I). Andererseits wurden die Maßnahmen jedoch speziell für diese Zielgruppe konzipiert, wobei durch ergänzende Hilfen wie sozialpädagogische Betreuung

versucht werden sollte, die Abbrecherquote so gering wie möglich zu halten. Hier stellt sich die Frage, warum trotz zielgruppenspezifischer Maßnahmen über die Hälfte der Teilnehmer abgebrochen hat?

Tabelle 7.1: Abbrecherquote der Duisburger Maßnahmen

Maßnahme	Teilnehmer insgesamt*	Verbliebene	Abbrecher	Abbruchquote
Modelltyp I				
BKF I und II	34	11	23	67,6
Büro	17	10	07	41,2
Elektro	29	08	21	72,4
Fachpacker I und II	49	07	42	85,7
Gas/Wasser/Elektro	24	11	13	54,2
Modelltyp II				
Bauhelfer I und II	32	10	22	68,8
Frauen	46	25	21	45,7
MÄLA	30	13	17	56,7
Modelltyp III				
Personalüberlassung I-III	56	41	15	26,8
Modelltyp IV				
Grün I	19	13	06	31,6
Grün II	10	09	01	10,0
DU '93	11	05	06	54,5
Modelltyp V				
Altenpflege	13	12	01	7,7
Einzelhandel	08	07	01	12,5
Summe	378	182	196	51,9

* Alle Teilnehmer, die bereits zu Beginn in der Maßnahme waren oder aber in ihrem Verlauf hinzugekommen sind.

Um darauf eine Antwort zu geben, wurden die Daten der ersten Befragungswelle nach Ablauf der Maßnahmen zunächst in die Gruppe der Personen, die bis zum offiziellen Abschluß in der Maßnahme verblieben sind (im folgenden "Verbliebene" genannt) und in die Gruppe der vorzeitig aus der Maßnahme ausgeschiedenen (im folgenden "Abbrecher" genannt) unterteilt. Dann ging es darum, herauszufinden, ob bereits zu Beginn der Maßnahmen Merkmale vorhanden waren, die den späteren Verbleib bzw. Abbruch ansatzweise erklären. Darüber hinaus wurde eine Befragung der Teilnehmer, die vor Ablauf der Maßnahmen ausgeschieden waren, durchgeführt. Die Angaben der Abbrecher werden zu wesentlichen Punkten den Angaben der Sozialbetreuer gegenübergestellt. Ein nicht unbedeutender Aspekt dieser Analyse betrifft die Bedeutung der Maßnahmekonzeption für das Abbruchverhalten. Wo sind Schwachpunkte erkennbar,

die das Abbruchverhalten der Teilnehmer verstärkten oder gar einleiteten? Im folgenden werden die Ergebnisse dieser drei Teiluntersuchungen dargestellt.

7.2 Analyse der Eingangsbefragung

Im Rahmen der ersten Befragung kamen 180 verwertbare Interviews zustande. Aufgeteilt nach dem Verbleib der Teilnehmer zeigte sich, daß 112 von ihnen bis zum Abschluß in der Maßnahme blieben und 56 vorzeitig ausgeschieden waren. Zu den zwölf Teilnehmern der MÄLA-Maßnahme können keine Angaben über den Zeitpunkt ihrer Beendigung gemacht werden.

Tabelle 7.2: Abbrecher aus der ersten Befragungswelle

Maßnahme	1. Welle	Verbliebene	Abbrecher	Abbruchquote
Modelltyp I				
BKF I und II	17	07	10	58,8
Büro	11	07	04	36,4
Elektro	10	04	06	60,0
Fachpacker I und II	23	07	16	69,6
Gas/Wasser/Elektro	11	08	03	27,3
Modelltyp II				
Bauhelfer I und II	08	03	05	62,5
Frauen	06	05	01	16,7
Modelltyp III				
Personalüberlassung I-III	42	35	07	16,7
Modelltyp IV				
Grün I	10	09	01	10,0
Grün II	07	07	-	-
DU '93	07	04	03	42,9
Modelltyp V				
Altenpflege	09	09	-	-
Einzelhandel	07	07	-	-
Summe	168	112	56	33,3

Ein Vergleich mit der Tabelle 7.1 zeigt, daß die Abbrecherquote bei den in der Eingangsbefragung erreichten Teilnehmern geringer ist als die Gesamtquote bei den Duisburger "Free-Money"-Maßnahmen. Diese Differenz läßt sich zunächst dadurch erklären, daß Maßnahmen vielfach bereits vor der Durchführung der ersten Befragungswelle abgebrochen und die Betreffenden nicht mehr erfaßt wurden. Weiter

dürfte die Verweigerungsrate bei den "späteren" Abbrechern höher gewesen sein als bei den Verbliebenen. So war zum Beispiel die Ablehnung, an der ersten Befragung teilzunehmen, in der Maßnahme "Frauen" extrem stark. Nur sechs von 47 Teilnehmerinnen waren bereit, an der Eingangsbefragung teilzunehmen. Von dieser Maßnahme ist bekannt, daß von 21 Frauen, die als Nachrückerinnen auf Drängen der Arbeitsverwaltung in die Maßnahme eintraten, zwölf vorzeitig wieder ausschieden. Eine Teilnehmerin beendete die Maßnahme wegen einer Arbeitsaufnahme, vier Teilnehmerinnen brachen sie aufgrund von Sprachschwierigkeiten ab und sieben schieden infolge von Krankheit bzw. Fehlzeiten aus. Von diesen Frauen nahm keine an der Eingangsbefragung teil.

7.2.1 Stuktur der Vergleichsgruppen

Die Tabelle 7.3 schlüsselt die Struktur der beiden Vergleichspopulationen auf. Die Analyse dieser Daten macht deutlich, daß weniger Frauen als Männer die Maßnahmen abbrachen. Darüber hinaus waren es eher jüngere Teilnehmer, die vorzeitig ausschieden. Im Hinblick auf den Familienstand läßt sich feststellen, daß in der Gruppe der Verbliebenen mehr verheiratete Teilnehmer waren als in der Gruppe der Abbrecher. Ebenso differieren die beiden Gruppen bei der schulischen bzw. beruflichen Bildung. Unter den Abbrechern befanden sich mehr Personen mit niedrigeren Schul- und Berufsabschluß. Auch übten sie in ihrer letzten beruflichen Stellung vorwiegend einfache Tätigkeiten aus.

Was die Dauer der Arbeitslosigkeit und die Mehrfacharbeitslosigkeit betrifft, unterscheiden sich Verbliebene und Abbrecher kaum voneinander. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer in den vergangenen zehn Jahren beträgt in beiden Populationen 47 Monate. Dabei waren 37,5% der Befragten einmalig und 62,5% mehrmals von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies deckt sich mit den Angaben der Verbleibsgruppe. Auch bei den Gründen für den Arbeitsplatzverlust lassen sich keine gravierenden Unterschiede feststellen. Demnach ist die Arbeitslosigkeit bei beiden Gruppen ähnlich verlaufen.

Tabelle 7.3: Struktur der Verbliebenen- und Abbrechergruppen (Angaben in Prozent)

	Verbliebene	Abbrecher
<u>Geschlecht</u>		
weiblich	25,0	10,7
männlich	75,0	89,3
<u>Altersgruppe</u>		
bis 25 Jahre	13,4	17,9
26 bis 35 Jahre	44,6	44,6
36 bis 45 Jahre	25,0	33,9
46 bis 55 Jahre	16,1	3,6
älter als 55 Jahre	0,9	—
<u>Staatsangehörigkeit</u>		
deutsch	89,3	94,6
türkisch	7,1	3,6
sonstige	3,6	1,8
<u>Familienstand</u>		
verheiratet mit Partner lebend	36,6	19,6
verheiratet ohne Partner lebend	2,7	1,8
mit Partner lebend	4,5	16,1
ledig	46,4	42,9
geschieden	9,8	19,6
<u>Schulbildung</u>		
ohne Abschluß	25,0	35,7
Sonderschulabschluß	2,7	5,4
Hauptschulabschluß	55,4	51,8
Mittlere Reife	9,8	7,2
Fachhochschulreife/Abitur	7,1	—
<u>Berufsausbildung</u>		
keinen Berufsabschluß	60,7	66,1
Arbeiter		
- mittlere Tätigkeiten	29,5	25,0
Angestellte		
- einfache Tätigkeiten	2,7	3,6
- mittlere Tätigkeiten	5,4	3,6
- höhere Tätigkeiten	0,9	—
Beamte mittlere Tätigkeiten	0,9	1,8
<u>letzte berufliche Stellung</u>		
Arbeiter		
- einfache Tätigkeiten	55,4	78,6
- mittlere Tätigkeiten	16,1	7,1
Angestellte		
- einfache Tätigkeiten	10,7	3,6
- mittlere Tätigkeiten	2,7	3,6
Beamte		
- mittlere Tätigkeiten	0,9	1,8
arbeitslos, Maßnahme des AA	8,9	5,4
Sonstiges (Hausfrau, Wehrdienst, etc.)	5,4	—
<u>Dauer der Arbeitslosigkeit</u>		
unter 1 Jahr	5,5	3,8
bis unter 2 Jahre	20,2	11,3
bis unter 3 Jahre	11,9	20,8
bis unter 4 Jahre	11,9	22,6
bis unter 5 Jahre	14,7	13,2
bis unter 6 Jahre	11,0	5,7
bis unter 7 Jahre	6,4	11,3
7 Jahre und länger	18,3	11,3

Die Teilnehmer wurden darüber hinaus gefragt, aus welchen Gründen es bisher für sie schwierig war, einen Arbeitsplatz zu finden. Darauf gaben die späteren Abbrecher häufiger als die Verbliebenen in ihrer Person liegende Gründe für die andauernde Arbeitslosigkeit an. Besonders deutlich wird dies bei den Angaben *besser Qualifizierte bevorzugt* und *fehlender Schulabschluß*. Interessant ist, daß die Rubrik *zu wenig angestrengt bei der Stellensuche* von 21,8% der Abbrecher, aber nur von 8,2% der Verbliebenen genannt wurde (siehe Tabelle 7.4).

Tabelle 7.4: Gründe für Probleme bei der Stellensuche*

Stellensuche schwierig, da	Verbliebene in %	Abbrecher in %
besser Qualifizierte bevorzugt	60,9	67,3
zu viele Mitbewerber	45,4	56,4
zu wenig Hilfe vom Arbeitsamt	49,1	45,5
wenig Glück	30,9	38,2
fortgeschrittenes Alter	27,3	27,3
schlechter Ausdruck	24,5	27,3
fehlender Schulabschluß	21,8	30,9
Bewerbungsunwissen	18,2	20,0
schlechter Gesundheitszustand	13,6	16,4
zu schüchtern und unsicher	13,6	20,0
zu wenig angestrengt	8,2	21,8
Arbeitgeber verlangen zu viel	13,6	10,9
zu anspruchsvoll	9,1	12,7
Polizeischwierigkeiten	1,8	5,5
keine gute Arbeitskraft	1,8	1,8

* Mehrfachnennungen möglich

Die bei den Abbrechern ausgeprägtere individuelle Schuldzuschreibung deckt sich auch mit folgenden Antworten: 70,4% der Befragten aus der Abbrechergruppe, aber nur 53,8% der Verbliebenen favorisierten die Auffassung: *Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen* gegenüber der Aussage: *Tatsächlich ist es so, daß die einen oben sind und die anderen unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen*. Damit scheinen sich mehr Abbrecher als Verbliebene für ihre berufliche Situation verantwortlich zu fühlen. Wenn die subjektive Bewertung der eigenen Person bei den Abbrechern im Vordergrund steht, erhebt sich die Frage, inwieweit es im Einzelfall zu einer "self-fulfilling prophecy" kommt.

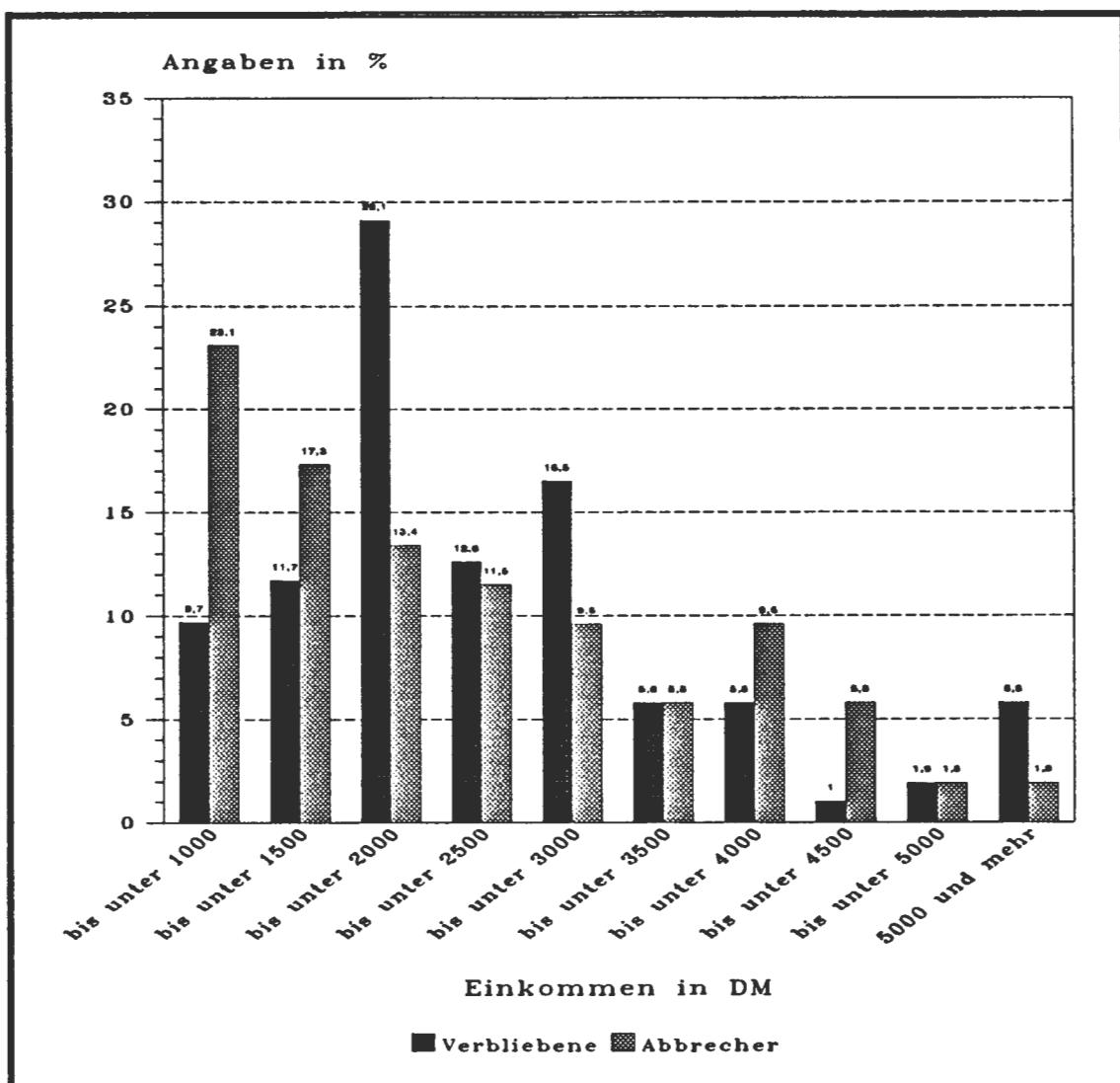
Die Maßnahmeteilnehmer wurden in der Eingangsbefragung auch um ihre Einschätzung gebeten, was eine Person erwartet, wenn sie arbeitslos wird. Neben der Erwartung, das Gefühl zu bekommen, wegen der Arbeitslosigkeit nicht mehr gebraucht zu werden und überflüssig zu sein, abgestempelt zu werden und so schnell keine Arbeit mehr zu finden, was von beiden Gruppen fast gleich oft genannt wurde, gaben die späteren Abbrecher öfter an, daß Personen, die arbeitslos würden, ihre Ansprüche verringern müßten (92,5% vs. 76,1%), mit dem Gesetz in Konflikt gerieten (44,2% vs. 25,5%), zu trinken begönnen bzw. Drogen nähmen (60,4% vs. 44,5%) und/oder politisch radikal würden (30,2% vs. 23,6%).

Die Chancen, auf dem derzeitigen Arbeitsmarkt unterzukommen, schätzten beide Gruppen ähnlich ein: 76,8% der Abbrecher und 73,6% der Verbliebenen beurteilten die Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu erhalten, ungünstig bis aussichtslos.

7.2.2 Materielle Situation

In der Eingangsbefragung wurden die Probanden aufgefordert, ihr Haushaltseinkommen, das ihnen monatlich zur Verfügung steht, anzugeben. Obwohl mehr als die Hälfte der Befragten aus beiden Gruppen angaben, daß sie über ein Nettoeinkommen von höchstens 2.000 DM verfügten, zeigt ein direkter Vergleich Unterschiede in der Verteilung des Einkommens (siehe Abbildung 7.1). Während 21,4% der Verbliebenen ein Einkommen unter 1.500 DM zu Verfügung hatten, waren es bei den Abbrechern 40,4%. Bei den Abbrechern wurde die Kategorie "bis 1.000 DM" am häufigsten genannt (23,1%), bei den Verbliebenen war es die Kategorie "1.500 bis 2.000 DM" (29,1%).

Abbildung 7.1: Haushaltsnettoeinkommen von Verbliebenen und Abbrechern



Auch die Höhe der Schulden (Kredite und/oder private Verbindlichkeiten) veranschaulicht die materielle Situation der Betroffenen. 75,0% der späteren Abbrecher, aber nur 55,9% der Verbliebenen geben an, daß sie Schulden haben. Bei beiden Gruppen betrug die Schuldenhöhe mehrheitlich bis zu 10.000 DM. An Abzahlungen mußten zum Befragungszeitpunkt die Verbliebenen durchschnittlich 290 DM und die Abbrecher 287 DM pro Monat leisten.

Tabelle 7.5: Die materielle Belastung von Verbliebenen und Abbrechern

	Verbliebene	Abbrecher
Persönliche Ausgaben werden eingeschränkt.	45,9	76,4
Vorgesehene Anschaffungen werden zurückgestellt.	52,3	80,0
Es gibt Probleme mit Ratenzahlungen.	18,3	41,1
Die finanzielle Lage schlägt auf den Magen und macht krank.	18,3	41,1
Die finanzielle Lage führt oft dazu, daß man sich vor anderen verstecken muß.	3,7	16,4

Die eigene finanzielle Lage wird auch als unterschiedlich belastend empfunden. Um diese Einschätzung zu erfassen, wurden den Maßnahmeteilnehmern verschiedene Aussagen vorgelegt. Tabelle 7.5 dokumentiert, daß sich deutlich mehr Personen aus der Gruppe der späteren Abbrecher einschränken mußten, daß sie verstärkt Probleme mit Ratenzahlungen hatten und sich in ihrem psychischen und physischen Wohlbefinden eher beeinträchtigt fühlten.

7.2.3 Psychosoziale Belastungen

Das vorangegangene Kapitel hat gezeigt, daß die befragten Maßnahmeteilnehmer ihre eingeschränkte finanzielle Situation oft als belastend empfanden. Wie bereits im Teil III, Kapitel 1.4.3 ausgeführt, werden die nicht-finanziellen Belastungen noch stärker empfunden als die finanziellen.

Zur Untersuchung der psychosozialen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit wurden den Befragten 14 Aussagen über ihre persönlichen Erfahrungen und ihre persönliche Situation vorgelegt. Um dies eindeutig feststellen zu können, wurde nur die Kategorie "das ist häufig der Fall" berücksichtigt. Auch hier bestätigt sich, daß in fast allen Problemberichen sich die Abbrecher belasteter fühlen als die Teilnehmer, die eine Maßnahme regulär beendeten. Sie klagten öfter über fehlende Erfolgserlebnisse, litten stärker unter Langeweile und dem Gefühl der Nutzlosigkeit und hatten häufiger in der Familie ernsten Ärger. 16,4% der späteren Abbrecher gaben an, daß sie häufig nervös und gereizt seien. Das nannten nur 6,4% der Verbliebenen.

Tabelle 7.6: Alltagskonflikte (Angaben in Prozent)

	Verbliebene	Abbrecher
In Ihrer Familie gibt es ernsten Ärger.	4,8	12,7
Sie kommen sich überflüssig vor.	1,8	7,3
Ihnen wird die Zeit unheimlich lang, und Sie langweilen sich.	4,5	19,6
Es fällt Ihnen schwer, Dinge zu entscheiden.	7,3	8,9
Auch wenn Sie Zeit haben, können Sie sich nicht entspannen.	12,7	19,6
Ihnen fehlt der Kontakt zu Freunden und Bekannten.	10,9	14,5
Sie fühlen sich überfordert.	8,2	5,5
Ihnen fehlen Erfolgserlebnisse.	9,3	31,5
Sie schieben Angelegenheiten auf die lange Bank.	16,4	14,5
Sie haben Schuldgefühle.	4,6	10,9
Sie ziehen sich zurück.	16,4	9,3
Sie fühlen sich hilflos.	2,7	5,5
Sie sind viel zu nervös und gereizt.	6,4	16,4
Sie packen nichts an, obwohl es viel zu tun gibt.	2,7	3,6

So verwundert es nicht, daß nur 55,4% der Abbrecher, aber 69,1% der Verbliebenen mit ihrem Leben zufrieden bis sehr zufrieden waren.

7.2.4 Motivation

Bedeutsam für die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist auch die Motivation der Arbeitslosen. Im Rahmen der Eingangsbefragung wurden entsprechende Items aufgenommen um die Motivation der Teilnehmer zu erfassen.

Eine der zentralen Fragen ist in diesem Zusammenhang, wie hoch die Bereitschaft ist, eine unerwartet angebotene Stelle anzunehmen. Sofort zugesagt hätten 17,9% der Abbrecher gegenüber 30,3% der Verbliebenen. *Die Bedingungen erst sorgfältig prüfen* wollten 67,9% der Abbrecher und 52,3% der Verbliebenen. *Abwarten und vergleichen* bzw. *direkt ablehnen* würden 12,5% der Abbrechergruppe gegenüber 16,5% der Verbliebenen bzw. 1,8% gegenüber 0,9%. Hier gab es im Antwortverhalten keine nennenswerten Unterschiede, die im Hinblick auf die Motivationen der beiden Vergleichsgruppen gewertet werden könnten.

Auch die Erwartungen, die man damit verbindet, nicht mehr arbeitslos zu sein, können einen Eindruck von den Motivationen der Teilnehmer vermitteln. Hier ergaben sich ebenfalls kaum Differenzen. Nur dem Statement *Wenn Sie einen Arbeitsplatz*

hätten, könnten Sie Ihre Freizeit nicht mehr so einteilen, wie Sie es sich wünschen stimmten 45,5% der Abbrecher mit "stimmt voll und ganz" zu, aber nur 28,7% der Verbliebenen. Auch bei den Antworten auf die Fragen zur persönlichen Meinung zu Arbeit und Arbeitslosigkeit waren keine deutlichen Unterschiede feststellbar. Lediglich der Auffassung *Nur durch das Arbeitsamt erhält man eine Stelle* stimmten 16,4% der Verbliebenen und nur 3,7% der Abbrecher uneingeschränkt zu.

Motivation lässt sich schließlich über die Bereitschaft zur Mobilität feststellen.

Tabelle 7.7: Mobilitätsbereitschaft (zeitliche und örtliche)

	Verbliebene (in %)	Abbrecher (in %)
Fahrzeit		
bis zu 30 Minuten	31,8	16,7
bis zu 60 Minuten	36,4	42,6
bis zu 90 Minuten	12,7	13,0
mehr als 90 Minuten	19,1	27,8
Umziehen in eine andere Stadt		
Ja	40,7	56,4
Nein	59,3	43,6

Aus der Tabelle 7.7 kann eine deutlich höhere Bereitschaft zur Mobilität bei den Abbrechern im Vergleich zu den Verbliebenen entnommen werden. Demnach waren die Abbrecher nicht weniger motiviert als die Befragten der Verbliebenengruppe. Nach der Datenbasis waren sie sogar zu höherer Mobilität bereit.

Bilanz

Die Ergebnisse der Unterteilung nach Abbrechern und Verbliebenen in der ersten Befragungswelle stellen sich wie folgt dar:

Personen mit einem niedrigeren Bildungsniveau neigen häufiger dazu, aus den Maßnahmen vorzeitig auszuscheiden. Die materielle Situation ist bei der Gruppe der Abbrecher schlechter und wird auch entsprechend belastender empfunden. Unter stärkeren Belastungen leidet die Gruppe auch in psychosozialer Hinsicht. Diese Faktoren könnten sich demnach negativ auf das Abbruchverhalten der Teilnehmer auswirken.

Die Motivation, in ein Arbeitsverhältnis zu gelangen, stellt sich bei beiden Gruppen annähernd gleich dar. Der Eigenverantwortlichkeit bei der Arbeitsplatzsuche wird von den Abbrechern sogar ein höherer Stellenwert zugeschrieben, was sich auch in der verstärkten Mobilitätsbereitschaft ausdrückt. In diesem Punkt zeigt sich die kritischere Selbsteinschätzung der Abbrecher, die ihren Ausdruck auch in einem Gefühl der stärkeren Belastung findet.

7.3 Abbrecherbefragung

7.3.1 Situation der Befragten

Neben der differenzierten Analyse der Daten der ersten Befragungswelle nach Abbrechern und Verbliebenen wurde für alle Teilnehmer, die vorzeitig aus einer Maßnahme ausgeschieden waren, eine gesonderte Befragung durchgeführt. Im Rahmen der Abbrecherbefragung konnten 25 Personen interviewt werden, davon zehn telefonisch. Aufgrund dieser geringen Fallzahl sind die folgenden Ergebnisse - wie auch in anderen Zusammenhängen - eher beispielhaft als repräsentativ zu verstehen.

In der Befragungsgruppe befanden sich 22 Männer und drei Frauen. 28,0% waren verheiratet oder lebten mit einem Partner zusammen. 48,0% gaben an, ledig zu sein, und 24,0% waren geschieden. 40,0% der Befragten hatten Kinder. Hier zeigte sich im Vergleich mit den Angaben der ersten Welle, daß die familiäre Bindung dieses Personenkreises schwächer war als die der Teilnehmer insgesamt.

Gründe für den Abbruch

Die zentralen Fragen der Abbrecherbefragung betrafen jene Umstände, die zum Abbruch der Maßnahme geführt hatten. So gaben 28,0% der Befragten an, daß es ihre eigene Entscheidung gewesen sei, vorzeitig aufzuhören. 52,0% sagten, daß diese Entscheidung vom Träger oder vom Arbeitsamt getroffen worden sei. 20,0% nannten keinen eigentlichen Entscheidungsträger, sondern führten den Abbruch auf einen fehlenden Praktikumsplatz oder auf eine Krankheit zurück, die eine Fortsetzung der Maßnahme nahezu unmöglich machte. Die Frage, ob der Abbruch durch das eigene Verhalten provoziert worden sei, bejahte nur eine Person.

Tabelle 7.8: Gründe für den Abbruch (Abbrecherbefragung)

Abbrecher	
1. Es konnte keine Praktikums-/Arbeitsstelle vermittelt werden.	10
2. Gesundheitliche Gründe.	4
3. Nichterscheinen aus persönlichen Gründen.	4
4. Arbeitsstelle entsprach nicht den Erwartungen/Probleme mit der neuen Arbeitsstelle.	4
5. Arger mit dem Träger oder dem Arbeitsamt.	2
6. Mangelnde Qualifikation.	1

Der am häufigsten genannte Grund *Es konnte keine Praktikums-/Arbeitsstelle vermittelt werden* korrelierte erwartungsgemäß mit dem Maßnahmetyp. Allein 70,0% der befragten Personen, die diesen Grund für den Abbruch angaben, stammten aus einer Maßnahme des DEKRA. Nach Auskunft der Sozialbetreuer in diesen Maßnahmen haben einige Teilnehmer die ihnen angebotenen Arbeitstellen abgelehnt (siehe Tabelle 7.8).

Als positiv empfanden neun Betroffene ihren Abbruch. Das waren vor allem die Personen, die die Gründe für den Abbruch auf die Punkte vier, fünf oder sechs zurückführten.

Auch die Sozialbetreuer wurden im Rahmen ihrer Befragung nach Gründen für einen vorzeitigen Maßnahmabbruch befragt. Dabei wurde unterschieden, welche Gründe die Arbeitgeber/Träger und welche Gründe die Teilnehmer für einen Abbruch angaben (siehe Tabelle 7.9).

Tabelle 7.9: Gründe für den Abbruch (Sozialbetreuerbefragung)*

	Gründe der Arbeitgeber/Träger
Unüberwindbare Lerndefizite	3
Soziale Probleme	3
Alkohol-/Drogenmißbrauch	6
Fehlzeiten (über festgelegtem Niveau)	6
Unentschuldigtes Fernbleiben	8
Sonstiges - gesundheitliche Einschränkungen	2
	Gründe der Teilnehmer
Arbeitsaufnahme	2
Finanzielle Probleme	3
Lernprobleme	3
Soziale Probleme	5
Sonstiges - geringe Motivation - gesundheitliche Einschränkungen - Umschulung	1 2 1

* Mehrfachnennungen möglich

Für die Arbeitgeber bzw. Träger waren nach Auskunft der Sozialbetreuer unentschuldigtes Fernbleiben, Fehlzeiten sowie Alkohol-/Drogenmißbrauch die häufigsten Gründe, die zur Kündigung bzw. zum Ausschluß aus der Maßnahme geführt haben. Teilnehmer, die nach eigener Entscheidung die Maßnahmen abbrachen, taten dies eher aufgrund von sozialen, finanziellen oder Lernproblemen. (Der bei der Abbrecherbefragung am häufigsten genannte Grund *fehlende Praktikums-/Arbeitsstelle* war den Sozialbetreuern als Antwortkategorie nicht angeboten worden, da zum Zeitpunkt der Sozialbetreuerbefragungen die Abbrecherbefragungen noch nicht abgeschlossen und ausgewertet waren.)

Berufliche Situation

Wie sah nun die berufliche Situation der Befragten nach dem Abbruch aus? Zwei Personen befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis, ebenfalls zwei in einem befristeten. Die restlichen 84,0% gaben an, arbeitslos zu sein. Von diesen 21 Personen erhielten fünf Arbeitslosengeld, 13 Arbeitslosenhilfe, eine Person bezog Unterhaltsgeld, und zwei der Befragten hatten eine Sperrzeit.

Mit ihrer Arbeitsstelle sehr zufrieden waren jene vier Befragten, die in einem Arbeitsverhältnis standen. Das Arbeitsklima bezeichneten sie als gut. Diese Befragten waren im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus sowie im Sicherheitsdienst tätig.

84,0% suchten einen Arbeitsplatz, darunter auch die beiden Teilnehmer, die sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis befanden. Zwei arbeitslose Personen bekannten, nicht auf Stellensuche zu sein. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitsplatzsuche lag bei 16 Monaten. Die Chance, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, wurde von 70,0% der Probanden mit schlecht bis sehr schlecht bezeichnet.

In der Tabelle 7.10 sind die Schwierigkeiten aufgeführt, die die Abbrecher für die schlechten Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten, verantwortlich machten.

Tabelle 7.10: Schwierigkeiten der Abbrecher bei der Arbeitsplatzsuche*

Es ist für Arbeitslose so schwierig, einen Arbeitsplatz zu erhalten...	Abbrecher in %
wegen fehlender oder geringer Qualifikationen.	73,9
wegen zu hohen Alters.	52,2
wegen einer ausländischen Staatsbürgerschaft.	39,1
weil das Arbeitsamt keine Stellen vermitteln kann.	65,2
aufgrund der derzeitigen Marktlage.	91,3
wegen des Geschlechts.	8,7
wegen fehlender Beziehungen.	65,2
aufgrund langandauernder Arbeitslosigkeit.	87,0
wegen der Konkurrenz im Beruf.	56,5
wegen Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache.	43,5
wegen körperlicher/geistiger Behinderungen.	54,5
wegen akuter Suchtprobleme.	65,2
wegen Schwierigkeiten mit der Polizei/schlechtem Führungszeugnis.	69,6

* Mehrfachnennungen möglich

Obwohl die Statements in Tabelle 7.10 allgemein formuliert waren, spiegelten sich im Antwortverhalten auch eigene Erfahrungen wider. Die am häufigsten genannten Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche waren nach Ansicht der Probanden aus der Abbrecherbefragung die derzeitige Marktlage, die als schlecht bis sehr schlecht eingestuft wurde sowie die lange Dauer der Arbeitslosigkeit.

7.3.2 Beurteilung der Maßnahme

Zu den Themen der Abbrecherbefragung gehörten vor allem Fragen zur Maßnahmebeurteilung, da das subjektive Urteil über die Maßnahmen auch ausschlaggebend für das Abbruchverhalten der Teilnehmer gewesen sein könnte - nicht zuletzt dann, wenn sie den schulischen und praktischen Anforderungen nicht gewachsen waren. Die Dauer der Teilnahme an den Maßnahmen war bei den Befragten recht unterschiedlich und lag zwischen einer und 52 Wochen. Nur wenige Befragte waren weniger als 10 Wochen in der Maßnahme, so daß die Maßnahmen nicht willkürlich oder aus einmaligen Erfahrungen beurteilt wurden.

Immerhin hielten 48,0% der abbrechenden Teilnehmer die Maßnahmen für ihre Person nicht für sinnvoll, und 45,8% äußerten, daß sie mit den Maßnahmen unzufrieden bis ganz und gar unzufrieden gewesen seien. Dennoch hielten 83,3% die Maßnahmen für andere Personen für sinnvoll, und 64,0% gaben an, daß sie erneut an einer Maßnahme teilnehmen würden. Aus diesen Ergebnissen läßt sich der Schluß ziehen, daß sie aus persönlichen Gründen die jeweilige Maßnahme für sich als ungeeignet hielten, den Maßnahmen des Arbeitsamtes dennoch nicht ablehnend gegenüberstanden.

Die Chance, durch die Maßnahme einen Arbeitsplatz zu erhalten, hielten 50,0% der Abbrecher für schlecht im Vergleich zu nur 12,0% bei den Befragten der zweiten Welle.

Die Analyse der Beurteilung der Maßnahme zeigt, daß die Abbrecher mit der institutionellen Betreuung (Sozialbetreuer, Arbeitsamt) unzufriedener waren und überdies in fast allen Unterrichtsteilen größere Probleme hatten als die Befragten der zweiten Welle. Sie monierten wesentlich häufiger das zu schnelle Lerntempo sowie die aus ihrer Sicht schweren Prüfungen. Auch klagten sie über den umfangreichen Mathematik- und den spärlichen Fachkundeunterricht. Des weiteren schätzten sie ihr Verhältnis zu den anderen Maßnahmeteilnehmern schlechter ein als die Personen, die bis zum Ende in der jeweiligen Maßnahme verblieben. Tabelle 7.11 listet die Probleme der befragten Abbrecher auf.

Tabelle 7.11: Probleme der Abbrecher (Angaben in Prozent)

	Abbrecher	n*
mit dem Unterrichtsinhalt	33,3	09
mit dem Lerntempo im Unterricht	33,3	09
mit Dozenten/Lehrern/Ausbildern	33,3	09
mit anderen Maßnahmeteilnehmern	18,2	11
am Arbeitsplatz mit Kollegen	12,5	08
am Arbeitsplatz mit Vorgesetzten	12,5	08
mit verspätetem Erscheinen/Fernbleiben	8,3	12
mit Lohnzahlungen/Unterhalts geld	23,1	13
gesundheitliche Probleme	7,7	13
Alkohol-/Suchtprobleme	-	08
Familiäre Probleme	15,4	08
Sonstige	7,7	08

* Die Basis wurde hier gesondert ausgewiesen, da sie sich aufgrund der verschiedenen Bereiche - Qualifizierung, Praktikum/Arbeitsplatz - verändert.

Es fällt auf, daß keine Alkohol- oder Suchtprobleme genannt wurden. Die Auswertung der Teilnehmereinschätzungsbögen der Sozialbetreuer zeigt jedoch, daß 19,4% aller Maßnahmeteilnehmer Alkoholprobleme hatten. (Der Rücklauf der Einschätzungsbefragung der Sozialbetreuuer zu Abbrechern lag bei immerhin 72,0%). Von den Teilnehmern der Abbrecherbefragung lagen zu 18 Personen Einschätzungsbögen vor. Danach hatten, laut Angaben der Sozialbetreuer, fünf Alkoholprobleme (für eine ausführlichere Diskussion des Suchtproblems bei Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen siehe Sonderbericht "Arbeitslosigkeit und Sucht"). Die Sozialbetreuer sahen bei jeweils fünf Abbrechern Probleme mit "Lehrern", "anderen Teilnehmern" und "Schulden". Gesundheitliche Probleme wurden bei vier Personen angegeben. Am häufigsten genannt wurde jedoch das Problem der "Verspätungen" (sechs Personen). Nach Auskunft der Betreuer wurden sieben Teilnehmer dieser Gruppe aufgrund von Fehlzeiten von der Maßnahme ausgeschlossen.

Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten gaben, wie erwähnt, 64,0% der Abbrecher an, daß sie noch einmal an einer solchen Maßnahme teilnehmen würden, 32,0% verneinten eine solche Teilnahme und ein Befragter machte hierzu keine Angaben. Die Gründe für die Ablehnung gibt Tabelle 7.12 wieder.

Tabelle 7.12: Gründe für die Ablehnung weiterer Maßnahmen bei Abbrechern

	Zahl der Abbrecher
kein Interesse/persönliche Gründe	5
schlechte Organisation der Maßnahme	2
Maßnahme unter falschen Voraussetzungen begonnen	1
finanzielle Gründe	1

Bilanz

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse der Abbrecherbefragung, daß mehr als die Hälfte der Befragten aufgrund einer Entscheidung des Trägers oder des Arbeitsamtes aus den Maßnahmen ausgeschieden waren. Der am häufigsten für das Ausscheiden von den Teilnehmern genannte Grund war eine fehlende Praktikums- oder Arbeitsstelle.

Nach dem Maßnahmeabbruch waren 84,0% der befragten Abbrecher arbeitslos. Die Chance, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, wurde von den meisten Befragten mit schlecht bis sehr schlecht bezeichnet. Die Probanden sahen ihre Wiedereingliederungschancen nicht wesentlich verbessert. Die Maßnahmen wurden von den befragten Abbrechern durchgängig schlechter beurteilt als von den Personen, die bis zum Abschluß in den Maßnahmen verblieben sind. Dabei zeigten sich vor allem Probleme im schulischen Bereich. Jedoch wurden die Maßnahmen nicht generell abgelehnt, da immerhin 64,0% erneut an einer Maßnahme teilnehmen würden und 83,3% die abgebrochene Maßnahme für andere Personen für durchaus sinnvoll erachteten.

7.4 Bedeutung und Durchführung der Maßnahmekonzeptionen

Neben den genannten Aspekten lassen Konzeption und Zuordnung der Teilnehmer zu den Maßnahmen Schlüsse auf eine vorzeitige Beendigung zu. In der Tabelle 7.1 wurden die Abbrecherquoten der verschiedenen Maßnahmen bereits aufgeführt. Die schlechtesten, weil höchsten Quoten hatten die Maßnahmen "Fachpacker" (85,7%), "Elektro" (72,4%), "Bauhelfer" (68,8%) und "Berufskraftfahrer" (67,6%). Tabelle 7.13 zeigt nun, wie sich die Abbrecherquote in den fünf Modelltypen darstellt.¹¹

¹¹ Aufgrund der geringen Fallzahl einzelner Maßnahmen ist diese Aufteilung im Hinblick auf die Abbrecheranalyse notwendig.

Tabelle 7.13: Abbrecher nach Modelltypen (Angaben in Prozent)

Modelltyp	Abbrecherquote insgesamt	Abbrecherquote Welle 1
I Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung	69,3	54,2
II Qualifizierung + Sozialbetreuung	55,6	42,9
III Beschäftigungsgesellschaft	26,8	16,7
IV Beschäftigung + Sozialbetreuung	32,5	16,7
V Beschäftigung	9,5	-

Basis: n=378/Welle 1 n=180

Der Modelltyp I (Beschäftigung, Qualifizierung, Sozialbetreuung) zeigt die höchste Abbrecherquote. Gerade dieser "ganzheitliche Ansatz" sollte realistische Perspektiven auf eine dauerhafte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt eröffnen. Auch beim Modelltyp II (Qualifizierung und Sozialbetreuung) war eine hohe Abbrecherquote zu verzeichnen. Mit Hilfe der folgenden Faktoren soll versucht werden, die erhöhte Abbrecherquote in diesen Modelltypen zu erklären.

Qualifizierung

Im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme müssen vor allem schulische und praktische Leistungen erbracht werden, die für den ehemals Langzeitarbeitslosen ungewohnt und/oder z. T. neu sind. In der Tabelle 7.3 wurde die schulische und berufliche Qualifikation der Abbrecher bereits dargestellt. Im Vergleich zur Gruppe der Verbliebenen zeigt sich, daß die Abbrecher bei den niedrigeren Schul- und Berufsabschlüssen stärker vertreten waren. Sie übten bei ihrer letzten beruflichen Stellung eher einfache Tätigkeiten aus.

Die meisten Abbrecher der Qualifikationsmaßnahmen verfügten über ein niedriges Schulbildungsniveau. 38,5% der Abbrecher des Modelltyps I und 33,3% der Abbrecher des Modelltyps II hatten keinen Schulabschluß und 54,1% bzw. 66,7% verfügten über einen Sonderschul- oder Hauptschulabschluß. Die Tabelle 7.14 schlüsselt den Verbleib der Teilnehmer nach Schulabschlüssen und für die verschiedenen Modelltypen auf. Für die Teilnehmer der Maßnahmen des Typs I oder II ergibt sich folgende Schlußfolgerung: Je höher das Niveau der Schulbildung, desto weniger Teilnehmer brechen ab. Und weiter läßt sich feststellen, daß bei Modelltypen ohne Qualifizierungsteil die Abbrecherquote auch bei niedrigeren Schulabschlüssen geringer ist; d.h. die Schulbildung hat bei diesen Maßnahmentypen kaum Einfluß auf das Abbruchverhalten der Teilnehmer.

Tabelle 7.14: Verbliebene (V) und Abbrecher (A) nach Schulbildung und Modelltypen (Angaben in Prozent)

Modelltyp	Kein Schulabschluß		Sonderschulabschluß		Hauptschulabschluß		Mittlere Reife Polytech.		Fachhochsch./Abitur	
	V	A	V	A	V	A	V	A	V	A
Typ I	21,2	38,5	3,0	5,1	48,5	48,7	15,2	7,7	12,1	-
Typ II	25,0	33,3	-	16,7	50,0	50,0	25,0	-	-	-
Typ III	28,6	28,6	5,7	-	57,1	57,1	5,7	14,3	2,9	-
Typ IV	40,0	25,0	-	-	60,0	75,0	-	-	-	-
Typ V	6,3	-	-	-	62,5	-	12,5	-	18,8	-

Basis: n=168

Da die schulische Bildung die berufliche Ausbildung zum größten Teil bedingt, lässt die Berufsausbildung ähnliche Ergebnisse erwarten, wie durch Tabelle 7.15 bestätigt wird: Geringe Qualifikation führt zu einem verstärkten Abbruchverhalten bei Qualifizierungsmaßnahmen. Für Maßnahmen ohne Qualifikationsteil spielt der berufsbildende Abschluß beim Abbruchverhalten nur eine nachgeordnete Rolle.

Tabelle 7.15: Verbliebene (V) und Abbrecher (A) nach Berufsausbildung und Modelltypen (Angaben in Prozent)

Modelltyp	ohne Berufsabschluß		Arbeiter mittlere Tätigkeit		Angestellter einfache Tätigkeit		Angestellter mittlere Tätigkeit		Angestellter höhere Tätigkeit		Beamter mittlere Tätigkeit	
	V	A	V	A	V	A	V	A	V	A	V	A
Typ I	57,6	69,2	30,3	25,6	3,0	-	6,1	5,2	3,0	-	-	-
Typ II	37,5	50,0	62,5	16,7	-	33,3	-	-	-	-	-	-
Typ III	62,9	57,1	28,6	28,6	2,9	-	2,9	-	-	-	2,9	-
Typ IV	75,0	75,0	25,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Typ V	56,2	-	18,8	-	6,2	-	18,8	-	-	-	-	-

Basis: n=168

Fehlende Praktikums-/Arbeitsstelle

Ein weiteres Problem einzelner Qualifikationsmaßnahmen scheint die schleppende Vermittlung der Teilnehmer in Praktikums- oder Arbeitsverhältnisse gewesen zu sein. Wie bereits an anderer Stelle angesprochen, gab ein nicht unbeträchtlicher Teil der befragten Abbrecher an, die Maßnahme vorzeitig beendet zu haben, weil keine Praktikums- oder Arbeitsstelle vermittelt werden konnte. Dieses Problem wurde von der

gleichen Population auch im Rahmen der offenen Maßnahmekritik geäußert. Leider gibt es keine offiziellen Informationen des Arbeitsamtes, die diese Aussagen bestätigen oder relativieren könnten. Lediglich aus Gesprächen mit den Sozialbetreuern und zum Teil aus Anmerkungen in den Einschätzungsbögen ist bekannt, daß einige Teilnehmer zu Vorstellungsterminen nicht erschienen sind bzw. Stellenangebote aus "fadenscheinigen" Gründen abgelehnt haben. U.a. wird im Gesprächsprotokoll vom 24.09.1993 des DEKRA (BKF I) festgestellt: "*Zwei Teilnehmer konnten nicht vermittelt werden, da sie zu hohe Ansprüche an den Arbeitsplatz stellten und keine Eigeninitiative zeigten.*" oder im Abschlußbericht Projekt "MÄLA" des Trägers: "...*eine Teilnehmerin verweigert wiederholt mehrere ihr angebotene Arbeitsstellen, drei TeilnehmerInnen nahmen aus uns nicht bekannten Gründen trotz Angebots der Praktikumsbetriebe keine Arbeit auf.*" Die Frage erhebt sich demnach, warum es den Betreuern nicht gelungen ist, die Teilnehmer stärker zu motivieren.

Teilnahme an Maßnahmen auf Druck des Arbeitsamtes

Aus der Maßnahme "Frauen" ist bekannt geworden, daß bei der Teilnahme einiger Frauen von der Arbeitsvermittlung durch Druck nachgeholfen worden sei. Der größte Teil dieser Frauen brach die Maßnahme vorzeitig ab.

Hier stellt sich wiederum die Frage, ob das eine Ausnahme war, oder ob Teilnehmer, auf die Druck ausgeübt wurde, zu einem verstärkten Abbruchverhalten neigten. Bei der Eingangsbefragung gaben 15,0% aller Befragten an, daß sie auf Drängen des Arbeitsamtes an der Maßnahme teilgenommen hätten. Die Hälfte davon waren spätere Abbrecher. Demnach hätte der Druck keine Auswirkungen gehabt.

Gliedert man hingegen nach Modelltypen auf (Tabelle 7.16), ergibt sich ein interessantes Ergebnis: In Maßnahmen des Typs I oder II brachen Personen, die sich hineingeprängt fühlten, verstärkt ab. Beim Modelltyp V war dies offenbar nicht so. Immerhin gehörten 18,5% der Personen, die auf Drängen des Arbeitsamtes in die Maßnahme kamen, zu einer Maßnahme des Typs V. Keine dieser Personen hatte jedoch die Maßnahme abgebrochen. Das "Hineindrängen" führte demnach nur dann zu verstärktem Abbruchverhalten, wenn offenbar noch andere belastende Faktoren hinzugekommen sind.

Tabelle 7.16: Auf Drängen des Arbeitsamtes in der Maßnahme

Modelltyp	Verbliebene	Abbrecher
Typ I	1	7
Typ II	1	2
Typ III	3	1
Typ V	5	0

Sozialbetreuung

Aus dem Vergleich der Beurteilung der Betreuung in den Maßnahmen mit der zweiten Welle ist bekannt, daß die Abbrecher die Sozialbetreuung schlechter bewerteten als die Verbliebenen. Eine detaillierte Analyse dieser Daten aus der Abbrecherbefragung zeigt jedoch, daß es im Hinblick auf die verschiedenen Modelltypen keine nachweisbaren Unterschiede bei der Beurteilung der Betreuung gab.

Bilanz

Zwischen den Maßnahmetypen und dem Abbruchverhalten der Teilnehmer gibt es eine starke Beziehung. Die höchsten Abbrecherquoten verzeichnen die Maßnahmen in den Modelltypen I und II. Wesentlichen Einfluß auf die Abbrüche bei den Qualifizierungsmaßnahmen hat das Schulbildungsniveau der Teilnehmer: Je geringer die schulische Qualifizierung, desto eher wurde eine Maßnahme vorzeitig abgebrochen. Häufigster Kritikpunkt an den Maßnahmen war die schlechte Praktikums- und Arbeitstellenvermittlung, die nach Angaben der Befragten auch zum Maßnahmeabbruch führen konnte.

8. Verbleibsanalyse

8.1 Verbleib der geförderten Maßnahmeteilnehmer

Das Hauptziel der Modelle zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit war die Reintegration der Maßnahmeteilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt. Nach der Erlangung dieses Ziels wurden auch die Sozialbetreuer um eine Einschätzung der Teilnehmergebeten. Die Betreuer erwarteten nach Abschluß der Maßnahmen für 37,4% der Maßnahmeteilnehmer eine Arbeitsmarktreintegration. Für 42,3% gingen die Sozialbetreuer von einer erneuten Arbeitslosigkeit aus und bei 18,9% der Teilnehmer waren sie sich über deren berufliche Zukunft unsicher.

Ob und in welchem Umfang das Ziel der Reintegration mit Hilfe der "Free-Money"-Förderung (§9 (4)-Gelder) erreicht wurde, soll im folgenden anhand einer Verbleibsanalyse der Teilnehmer überprüft werden.

Um den Erfolg einzelner Maßnahmen miteinander vergleichen zu können, wurde die berufliche Situation der Teilnehmer anhand ihrer BewAs¹² drei, sechs und neun Monate nach Abschluß der Modellförderung überprüft. Da im Rahmen dieser Studie vor allem der Erfolg des Einsatzes zusätzlicher "Free-Money"-Gelder gemessen werden sollte, ist die folgende Analyse auf Personen beschränkt, die nach §9 (4) BHI/RL gefördert wurden.

Von den insgesamt 378 Teilnehmern, die an Modellmaßnahmen teilgenommen hatten, wurden 223 (59,0%) mit §9 (4) BHI-Geldern gefördert. Die wesentlich geringere Zahl geförderter Personen im Vergleich zur Gesamtzahl der Teilnehmer ist auf die hohe Abbrecherquote und den geringen Grad an vermittelten Praktikums- bzw. Arbeitsplätzen in Maßnahmen mit vorgesetztem Bildungsteil zurückzuführen. So ist z.B. in den Maßnahmen "MÄLA" sowie "Bauhelfer I und II" jeweils nur ein Teilnehmer nach Abschluß der Maßnahmen in ein gefördertes Arbeitsverhältnis gelangt. Bei den Maßnahmen "Berufskraftfahrer" waren es 53,9%, bei "Fachpacker" 16,3%, "Frauen" 37,0% und "Büro" 47,1% der Teilnehmer, die vermittelt werden konnten.

In der Tabelle 8.1 ist der Verbleib aller geförderten Teilnehmer zum Abschluß der Modellförderung (t_1) sowie drei Monate (t_2), sechs Monate (t_3) und neun Monate (t_4) später dargestellt. Es waren jedoch nicht für alle ehemaligen Teilnehmer die zur Überprüfung erforderlichen BewAs vorhanden. Der Grund hierfür war, daß BewAs

¹² BewA = Bewerber-Angebots-Bögen (Teildatenbank der computergestützten Datenverwaltung des Arbeitsamtes)

von Personen, die der Duisburger Arbeitsverwaltung aufgrund eines Wohnortwechsels, einer Arbeitsaufnahme oder aus anderen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen, nach zehn Monaten aus den Datenbanken des Arbeitsamtes in Duisburg gelöscht werden. Da nicht immer überprüfbar war, ob die Personen, deren BewAs nicht mehr eingesehen werden konnten, in Arbeit sind oder ein anderer Grund vorliegt, wurden zum Überprüfungszeitpunkt t_1 17 und für t_2 , t_3 und t_4 23 Teilnehmer aus der Verbleibsanalyse herausgenommen, um eine Verfälschung der Ergebnisse auszuschließen.

Tabelle 8.1: Verbleib der nach §9 (4) geförderten Teilnehmer (Angaben in Prozent)

	t_1	t_2	t_3	t_4
Arbeit	44,8	44,0	40,0	43,0%
Arbeitslos	53,2	53,5	57,5	51,0%
ABM	1,0	1,0	1,5	4,5%
FuU	1,0	1,5	1,0	1,0%
Sonstiges*	-	-	-	0,5%

Basis: t_1 : n = 206, t_2, t_3, t_4 : n = 200

* Mutterschutz

Die Tabelle 8.1 zeigt, daß sich nur noch 44,8% der geförderten Personen nach Abschluß der Modellförderung in einem Arbeitsverhältnis befunden haben. Drei Monate nach Ende der Modellförderung sank die Zahl dieses Personenkreises geringfügig auf 44,0% und nach einem halben Jahr auf 40,0%. Es ist auffällig, daß Teilnehmer nach Einstellung der Lohnkostenzuschüsse aus den Arbeitsverhältnissen ausschieden bzw. entlassen wurden, obwohl nach §8 (2) BHI/RL folgende Weisung bestanden hatte:

"Scheidet ein Arbeitnehmer während der zwölfmonatigen Förderzeit oder während einer sechsmonatigen Weiterbeschäftigszeit aus Gründen aus, die der Arbeitgeber zu vertreten hat, ist der Zuschuß nach folgender Maßgabe zurückzuzahlen: 1. Bei einem Ausscheiden während der Förderzeit ist die Hälfte des gewährten Zuschusses zurückzuzahlen. 2. Bei einem Ausscheiden während der Weiterbeschäftigszeit ist für jeden Monat, der zu vollen sechs Monaten Weiterbeschäftigung fehlt, ein Betrag in Höhe des im letzten Monat der Förderzeit gezahlten Zuschusses zurückzuzahlen."

Aus diesem Grund wurde neben der Verbleibsüberprüfung nach drei und sechs Monaten ein weiterer Zeitpunkt außerhalb der Weiterbeschäftigszeit (= sechs Monate nach Ende der Förderzeit) gewählt. Anders als erwartet, sank die Zahl der Beschäftigten nach neun Monaten nicht weiter, sondern stieg auf 43,0% an. Hervorgerufen wurde dieser Anstieg insbesondere durch neue Arbeitsverhältnisse bei ehemaligen Teilnehmern der Maßnahmen "Berufskraftfahrer", "Personalüberlassung" und "Grün I".

Modell- und Maßnahmetypen

Die Analyse der Abbrecherproblematik hat gezeigt, daß es vor allem von der Maßnahmekonzeption abhängt, ob Teilnehmer mit Erfolg die Maßnahme beendeten. Die Tabelle 8.2 listet den Wiedereingliederungserfolg, nach Modelltypen gestaffelt, auf:

Tabelle 8.2 Teilnehmer in einem Arbeitsverhältnis nach Modelltypen (in Prozent)

Modelltyp	gefördert nach §9(4)	überprüft t ₁ /t ₂₋₄	t ₁	t ₂	t ₃	t ₄
Typ I	87	79/73	51,9	49,3	41,1	45,2
Typ II	19	17/17	52,9	47,1	47,1	47,1
Typ III	56	54/54	42,6	38,8	37,0	40,7
Typ IV	40	39/39	43,6	43,6	43,6	46,1
Typ V	21	17/17	29,4	29,4	29,4	29,4

Basis: t₁: n = 206/t₂₋₄: n = 200

Auf dem Papier waren die Maßnahmen des Modelltyps II bei der "dauerhaften" Reintegration am erfolgreichsten. Diese Aussage trifft tatsächlich nicht zu. Da in den Maßnahmen "Bauhelfer I und II" und "MÄLA" nur je eine Person in ein gefördertes Arbeitsverhältnis gelangte, spiegelt der Erfolg des Modelltyps II nur die Wiedereingliederungsquote der Maßnahme für Frauen wider. Ebenso wird das gute Eingliederungsergebnis der Maßnahmen "Berufskraftfahrer" und "Fachpacker" durch das schlechtere Ergebnis der Maßnahme "Elektro" verfälscht. Deshalb zeigt die Tabelle 8.3 eine weitere Aufgliederung der Verbleibsquoten nach Maßnahmen.

Tabelle 8.3: Teilnehmer in einem Arbeitsverhältnis, nach Maßnahmen gegliedert

Maßnahme	Teilnehm. insgesamt	gefördert nach §9(4)	überprüft	t ₁	t ₂	t ₃	t ₄
Modelltyp I							
BKF I/II	34	18	15/15	73%	73%	60%	80%
Büro	17	8	6/6	50%	33%	67%	67%
Elektro	29	29	29/26	24%	27%	19%	12%
Fachpacker I/II	49	8	7/7	71%	71%	57%	57%
Gas/Wasser/ Elektro	24	24	22/19	59%	58%	53%	53%
Modelltyp II							
Bauhelfer I/II	32	1	1/1	100%	100%	100%	100%
Frauen	46	17	15/15	53%	42%	47%	47%
MÄLA	30	1	1/1	0%	0%	0%	0%
Modelltyp III							
Personalüber- lassung I/II/III	56	56	54/54	43%	39%	37%	41%
Modelltyp IV							
Grün I	19	19	19/19	58%	58%	53%	58%
Grün II	10	10	10/10	20%	30%	20%	20%
Du`93	11	11	10/10	40%	40%	40%	40%
Modelltyp V							
Altenpflege	13	13	9/9	22%	22%	22%	22%
Einzelhandel	8	8	8/8	38%	38%	38%	38%
Summe	378	223	206/200	45%	44%	40%	43%

Basis: t₁ = 206, t₂-t₄ = 200

Anhand von Tabelle 8.3 wird deutlich, wie unterschiedlich der Wiedereingliederungserfolg der Maßnahmen im Verlauf von neun Monaten nach Förderungsende ausfallen kann. Die Maßnahmen "Bauhelfer" und "MÄLA", mit jeweils nur einer vermittelten Person, wurden in der Wertung nicht berücksichtigt. So zeigt sich, daß zu den erfolgversprechendsten Maßnahmen die "Berufskraftfahrer" mit 80,0% Vermittlungsquote, die Maßnahme "Büro" mit 66,6%, "Grün I" mit 57,9% und "Fachpacker" sowie "Gas/Wasser/Elektro" mit 57,1% bzw. 52,6% zählen. Bei diesen Maßnahmen waren über die Hälfte der geförderten Personen nach wie vor bzw. nach neun Monaten erneut in Arbeit.

Bei der Erfolgsmessung bleiben jedoch die Teilnehmer, die vor der Vermittlung einer Arbeitsstelle aus den Maßnahmen ausgeschieden waren, unberücksichtigt. Bei den Maßnahmen "Berufskraftfahrer", "Büro" und "Fachpacker" werden die Abbrecher bei der Erfolgsbeurteilung geförderter Arbeitsverhältnisse ausgeschlossen. Bei den beiden

anderen Maßnahmen werden auch die Abbrecher, die bereits zu Beginn der Maßnahmen über "Free-Money" gefördert wurden, berücksichtigt. Damit ist hier der Erfolg sogar noch höher einzustufen. Zur Maßnahme "Grün I" muß jedoch angemerkt werden, daß es sich bei den erfolgreich reintegrierten Personen um Arbeiter der Kommune und nicht um Arbeiter der privaten Arbeitgeber handelte.

Qualifikationsabschluß

Qualifizierung ist bedeutsam in der Verbesserung der Vermittelbarkeit von Langzeitarbeitslosen. Ein weiterer Erklärungsansatz im Hinblick auf den Wiedereingliederungserfolg kann daher im Qualifikationsabschluß, der im Verlauf der Maßnahme angestrebt oder erlangt wurde, gesehen werden.¹³

Zum einen gab es Maßnahmen mit einem anerkannten Berufsabschluß, andere Qualifikationsmaßnahmen endeten mit einem Teilnahmezertifikat oder einem Zertifikat als Helfer (deren Anerkennung auf dem Arbeitsmarkt jedoch kritisch gesehen werden muß). Daneben gab es Maßnahmen ohne qualifizierenden Abschluß.

Tabelle 8.4: Verbleib der Teilnehmer in einem Arbeitsverhältnis nach Qualifikationsart

Abschluß	Überpr.	t ₁ in %	t ₂ in %	t ₃ in %	t ₄ in %
Berufsabschluß ¹	22/22	63,6	72,7	54,5	72,7
Helferzertifikat ²	51/45	39,2	40,0	33,3	28,8
Teilnahmezertifikat ³	23/23	43,5	43,5	52,2	52,2
kein Qualifikationsabschl. ⁴	110/110	40,9	40,0	35,5	40,9

1 Berufskraftfahrer, Fachpacker 2 Elektro, Gas/Wasser/Elektro 3 MÄLA, Bauhelfer, Frauen, Büro

4 Grün, Altenpflege, Einzelhandel, Du '93

Den größten Erfolg verzeichnen nach Tabelle 8.4 die Umschulungsmaßnahmen. Obwohl nur wenige den offiziellen Abschluß erlangten, so hatten doch alle überprüften Teilnehmer an den Berufskraftfahrermaßnahmen den Führerschein Klasse II und den Gabelstaplerfahrausweis erhalten. Auch die Teilnehmer der Lagermaßnahmen absolvierten eine Prüfung zur Erlangung des Gabelstaplerfahrausweises. Wie aus den Gesprächen mit den Sozialbetreuern zu entnehmen war, waren einige Teilnehmer

13 "Angestreb't" deshalb, weil nicht alle Teilnehmer der genannten Maßnahmen auch einen offiziellen Abschluß erlangt haben. Bei den Berufskraftfahrern erwarben fünf Personen und bei den Teilnehmern der Maßnahme "Fachpacker" sechs einen Berufsabschluß. Das Helferzertifikat erhielten bei der Maßnahme "Elektro" sechs und bei "Gas/Wasser/Elektro" neun Teilnehmer.

bereits mit Erhalt einer solchen Befähigung in ein Arbeitsverhältnis übergewechselt, ohne einen weiteren Abschluß anzustreben.

Bei den Maßnahmen mit Helferzertifikat drücken die schlechten Ergebnisse der Maßnahme "Elektro" die Verbleibsquote beträchtlich, so daß der Modeltyp I die niedrigsten Ergebnisse vorweist, obwohl der Erfolg der Maßnahme "Gas/Wasser/Elektro" höher als bei den meisten anderen lag.

Daß Maßnahmen ohne Qualifikationsanteil langfristig die schlechtesten Wiedereingliederungsquoten vorweisen, bestätigt die Vermutung, daß Qualifizierung zu einer besseren und dauerhafteren Reintegration von Arbeitslosen führt, vorausgesetzt, es gelingt die entsprechenden Teilnehmer auszuwählen und zu motivieren (vgl Kapitel 7.4/Teil III).

8.2 Verbleib der Befragungsteilnehmer

Auch für die Teilnehmer, die an der Eingangsbefragung (1. Welle) teilgenommen hatten, wurde eine Verbleibsanalyse, durchgeführt. In diesem Rahmen sind neben geförderten Teilnehmern (80,8%) auch Personen ohne "Free-Money"-Förderung überprüft worden, d.h sowohl Abbrecher als auch Verbliebene.

Die Tabelle 8.5 zeigt, daß über einen Zeitraum von neun Monaten die Zahl der Personen, die in Arbeit waren, variiert. Zum Zeitpunkt t_1 waren 45,8% der ehemaligen Befragungsteilnehmer in einem Arbeitsverhältnis, drei Monate später stieg die Zahl auf 47,1%, um zum Zeitpunkt t_3 auf 42,5% abzusinken. Zum Zeitpunkt t_4 stieg sie erneut auf 45,0% an. Eine Tendenz läßt sich nicht ausmachen.

Tabelle 8.5: Verbleib der Teilnehmer aus der ersten Befragungswelle (in Prozent)

	t ₁	t ₂	t ₃	t ₄
Arbeit	45,8	47,1	42,5	45,0
- ohne Förderung	3,7	11,1	14,8	16,0
- mit Förderung	54,8	54,8	48,4	50,8
Arbeitslos	50,3	48,4	51,0	45,0
- ohne Förderung	85,2	70,4	63,0	60,0
- mit Förderung	42,9	43,7	48,4	42,1
ABM	2,0	3,3	3,9	6,6
- ohne Förderung	---	18,5	22,2	24,0
- mit Förderung	---	---	---	3,2
FuU	1,3	0,7	1,3	1,3
- ohne Förderung	---	---	---	---
- mit Förderung	1,6	0,7	1,3	1,6
Sonstiges	0,7	0,7	1,3	2,0
- ohne Förderung	---	---	---	---
- mit Förderung	0,8	0,7	1,3	2,4

Basis: t₁ bis t₃ n = 153 bzw. t₄ n = 151

Andererseits nimmt die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von 2,0% auf 6,6% zu, ebenso wie die Fälle in der Rubrik "Sonstiges" auf 2,0% ansteigt. Diese Zahlen erklären auch die Differenz von 6,0%, die sich in der Zahl der Arbeitslosen zum Zeitpunkt t₄ beim Vergleich von geförderten Teilnehmern und Befragungsteilnehmern ergibt (vgl. Tabelle 8.1). Vor allem Personen, die die Maßnahmen vorzeitig beendet hatten, fanden sich verstärkt in ABM-Maßnahmen wieder.

Eine weitere wichtige Information der Tabelle 8.5 ist der Vergleich des Verbleibs geförderter mit nicht geförderten Teilnehmern. Deutlich geringer ist die Vermittlungsquote der Teilnehmer, die nicht gefördert wurden und somit kein Beschäftigungsverhältnis im Verlauf der Maßnahmen eingehen konnten. Anders jedoch als bei der Gesamtvermittlungsquote zeigt sich für diese Teilnehmer über die Zeit ein erkennbarer Zuwachs der in Arbeit befindlichen Personen.

Nach Maßnahmen gegliedert unterscheiden sich die Ergebnisse der Verbleibsanalysen von geförderten Teilnehmern und Befragungsteilnehmern noch deutlicher (Tabelle 8.6). Zum einen ist dies auf die zum Teil geringen Fallzahlen einzelner Maßnahmen beider Populationen zurückzuführen, zum anderen zeigen aber auch Maßnahmen mit späterer Förderung eine realistischere Erfolgsbilanz dieser Maßnahmen. So ist der Verbleib in einem Arbeitsverhältnis für Teilnehmer aus den Maßnahmen "Bauhelfer",

"Fachpacker" und "Büro" wesentlich ungesicherter, als es die Ergebnisse der Tabelle 8.2 andeuten.

Tabelle 8.6: Verbleib der Teilnehmer aus der ersten Befragungswelle nach Maßnahmen

Maßnahme	1. Welle	gefördert	t ₁	t ₂	t ₃	t ₄
Modelltyp I						
BKF I/II	12	10	75 %	75 %	50 %	75 %
Büro	8	4	13 %	25 %	38 %	38 %
Elektro	10	10	40 %	50 %	30 %	10 %
Fachpacker I/II	20	8	30 %	35 %	30 %	30 %
Gas/Wasser/Elektro	10	10	80 %	80 %	80 %	80 %
Modelltyp II						
Bauhelfer I/II	8 (t ₄ =6)	1	13 %	13 %	13 %	17 %
Frauen	6	5	33 %	33 %	50 %	33 %
Modelltyp III						
Personalüberlassung I/II/III	42	42	45 %	48 %	40 %	48 %
Modelltyp IV						
Grün I	10	10	90 %	80 %	80 %	90 %
Grün II	7	7	29 %	29 %	29 %	29 %
DU'93	7	7	57 %	43 %	43 %	43 %
Modelltyp V						
Altenpflege	6	6	33 %	33 %	33 %	17 %
Einzelhandel	7	7	43 %	43 %	43 %	43 %
Summe	153 (t ₄ =151)	128	46 %	47 %	43 %	45 %

Abbrecher

Wie schon einleitend gesagt, waren in der hier untersuchten Population sowohl Abbrecher als auch Verbliebene vertreten. Die Tabelle 8.7 zeichnet den späteren Verbleib nach Abschluß der Maßnahmen für die beiden Gruppen nach. Berücksichtigt wurden in der Tabelle nur die Möglichkeiten "Arbeit" und "Arbeitslos". Die anderen Rubriken wurden nicht gesondert ausgewiesen.

Tabelle 8.7: Verbleib der Teilnehmer aus der ersten Befragungswelle nach Abbruch (Angaben in Prozent)

	t ₁		t ₂		t ₃		t ₄	
	Arbeit	Alos	Arbeit	Alos	Arbeit	Alos	Arbeit	Alos
Abbrecher	16,0	82,0	22,0	72,0	18,0	70,0	29,2	56,3
- ohne Förderung	4,3	91,2	13,0	73,9	13,0	62,5	14,3	61,9
- mit Förderung	25,9	74,1	29,6	70,4	22,6	74,1	40,7	51,9
Verbliebene	60,0	35,0	59,2	36,9	54,4	41,7	52,4	29,8
- ohne Förderung	—	50,0	—	50,0	25,0	50,0	25,0	50,0
- mit Förderung	62,5	34,3	61,6	36,4	56,6	41,4	53,5	39,4

Basis Abbrecher: n=50 (t₄ = 48), ohne Förderung: n=21, mit Förderung: n=27

Verbliebene: n=103, ohne Förderung: n=4, mit Förderung: n=99

Grundsätzlich zeigen die Personen, die die Maßnahmen abgeschlossen haben, bessere Reintegrationserfolge als jene, die vorzeitig ausgeschieden sind. Es zeigt sich jedoch, daß während bei den Verbliebenen die Prozentzahl der Personen, die in Arbeit sind, im Verlauf des Meßzeitraums eindeutig fällt (60,0% auf 52,4%), sie aber bei den Abbrechern von 16,0% auf 29,2% ansteigt. Eine mögliche Erklärung könnte die Einstellung der Fördergelder bei der Gruppe der Verbliebenen sein. Der späte Erfolg bei den Abbrechern ist zum größten Teil bei ehemaligen Teilnehmern der Maßnahmen "Berufskraftfahrer" und "Gas/Wasser/Elektro" auszumachen. Bei der Maßnahme "Berufskraftfahrer" waren zum Zeitpunkt t₄ sechs von sieben Abbrechern in Arbeit bzw. bei der Maßnahme "Gas/Wasser/Elektro" waren es alle drei. Hier zeigt sich erneut die Bedeutung von Qualifikationen, auch wenn sie nicht mit einem Berufsabschluß bzw. Zertifikat enden. Auffallend hoch ist auch der Unterschied in den Vermittlungsquoten zwischen Teilnehmern mit Förderung und Teilnehmern ohne "Free-Money"-Förderung.

Leider bestand über die Verbleibsüberprüfung der geförderten und der Befragungsteilnehmer hinaus keine Möglichkeit den Verbleib der restlichen nicht geförderten Teilnehmer zu überprüfen. Es konnte lediglich eine Schätzung vorgenommen werden (vgl. Kapitel 1.1/Teil IV).

8.3 Vergleich des Verbleibs von Maßnahmeteilnehmern und Kontrollgruppenteilnehmern

Um abschließend zu prüfen, ob die Teilnehmer aufgrund der Modellmaßnahmen reintegriert werden konnten oder die Wiedereingliederung auf äußere Umstände (Arbeitsmarkt) bzw. auf persönliches Engagement zurückzuführen war, wurde eine Kontrollgruppe zum Vergleich herangezogen. Eine Vergleichsanalyse der Maßnahmeteilnehmer mit Arbeitslosen, die sich in keiner Maßnahme des Arbeitsamtes befanden, wurde bereits im Kapitel 3 präsentiert. Darüber hinaus wurden die Befragten der Kontrollgruppe nach zwölf Monaten auf ihren beruflichen Status hin überprüft. Von den 142 Personen der Kontrollgruppe konnten nach Ablauf eines Jahres noch 124 überprüft werden.

Tabelle 8.8: Vergleich des Verbleibs von Maßnahmeteilnehmern und Kontrollgruppenteilnehmern (Angaben in Prozent)

	geförderte Teilnehmer (t_1)	Befragungsteilnehmer (t_1)	Kontrollgruppenteilnehmer
Arbeit	44,8	45,8	10,5
Arbeitslos	53,2	50,3	71,8
ABM	1,0	2,0	10,5
FuU	1,0	1,3	1,6
Sonstiges*	-	0,7	5,6

* Unter "Sonstiges" wurden folgende Kategorien zusammengefaßt: Studium, Erziehungsurlaub, Verzogen, Rente und Zivildienst.

Der Grad der Wiedereingliederung in den originären Arbeitsmarkt fiel, wie Tabelle 8.8 anschaulich macht, für Mitglieder der Kontrollgruppe im Vergleich zu den Teilnehmern an den Modellmaßnahmen erwartungsgemäß geringer aus. Deutlich mehr Personen waren nach Verlauf eines Jahres in einer ABM untergekommen. Dies kann auf die ABM-Regelungen (vorgeschaltete längere Arbeitslosigkeit) zurückzuführen sein.

Eine längere Verbleibskontrolle, die im Rahmen dieser Begleitstudie leider nicht möglich ist, würde Aufschluß über die Stabilität der Arbeitsverhältnisse geben.

Bilanz

Der Reintegrationserfolg von Teilnehmern, die im Rahmen der BHI/RL mit zusätzlichen Lohnkostenzuschüssen gefördert worden sind, ging im Verlauf von neun Monaten nach Abschluß der Modellförderung zurück. Dabei stellte sich heraus, daß weniger modellspezifische als vielmehr maßnahmespezifische Gründe den Grad des Wiedereingliederungserfolgs bestimmten.

Weiter kann der Reintegrationserfolg auch durch den in der Maßnahme angestrebten Abschluß erklärt werden. Sieht man von den Maßnahmen mit einem Zertifikat im Helferbereich ab, so zeigt sich, daß Qualifikationen auf Dauer wichtig sind: Je anerkannter der Abschluß einer Maßnahme ist, um so höher sind die Reintegrationschancen.

Eine Analyse der in der ersten Befragungswelle erreichten Teilnehmer gibt darüber hinaus Aufschluß über den Verbleib der Maßnahmeabbrecher. Abbrecher aus Qualifikationsmaßnahmen haben demnach bessere Wiedereingliederungschancen als Abbrecher anderer Maßnahmen.

Zum Schluß hat der Vergleich mit den Verbleibszahlen der Kontrollgruppe gezeigt, daß die Verbleibsergebnisse in erster Linie auf die Maßnahmen zurückzuführen sind.

9. Die Sozialbetreuung in den Maßnahmen

Ein weiterer Schwerpunkt des "integrativen Ansatzes" zur Reintegration Langzeitarbeitsloser und schwerstvermittelbarer Arbeitsloser war die maßnahmebegleitende Sozialbetreuung. Es muß jedoch angemerkt werden, daß nicht allen Maßnahmen ein Sozialbetreuer zur Verfügung stand. So wurde in den Maßnahmen "Altenpflege" und "Einzelhandel" keine Sozialbetreuung angeboten. Sie war zwar vorgesehen, wurde aber aufgrund der übereilten Konzeptualisierung bzw. der geringen Teilnehmerzahl nicht eingerichtet.

Ziel der Sozialbetreuung war es, über die psychosoziale Stabilisierung der Probanden deren Wiedereingliederungschancen in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Dies traf insbesondere auf Personen zu, die Alkohol- und Schuldenprobleme hatten und ohne fachliche Unterstützung kaum in der Lage gewesen wären, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Den Sozialbetreuern kam überdies die Aufgabe zu, mit den Teilnehmern ein Bewerbungstraining durchzuführen, sie hinsichtlich Berufs- und Familienplanung zu beraten sowie sie zu motivieren und psychische Hilfestellungen zu geben.

Hatte die Wiedereingliederung der Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt zwar oberste Priorität, stellt auch bei einer fehlgeschlagenen Reintegration in den Arbeitsmarkt die Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation einen Erfolg dar. Da letzteres vielfach gelungen ist, zeigen die Ergebnisse der Studie (siehe Kapitel 3,4 und 6/Teil III). Im Verlauf der Maßnahme war eine deutliche Verbesserung der ökonomischen und psychosozialen Lage der Maßnahmeteilnehmer zu erkennen. Dies war - neben anderen - ein erster positiver Effekt der Sozialbetreuung, wobei jedoch einschränkend gesagt werden muß, daß bei einigen Teilnehmern, die nach einem Abbruch der Maßnahme wieder arbeitslos wurden, eine psychosoziale Stabilisierung über den Maßnahmezeitraum hinaus nicht gelang.

Auffällig war in einigen Maßnahmen die hohe Fluktuation der Sozialbetreuer. So wechselte z.B. in einer Maßnahme dreimal der für die Maßnahmeteilnehmer zuständige Sozialarbeiter, wodurch eine fachgerechte Betreuung des Klientels kaum möglich gewesen ist. Hält man sich vor Augen, wie lange es dauert, bis ein Vertrauensverhältnis zwischen Betreuer und Arbeitslosen aufgebaut wird, kann nur eine kontinuierliche Begleitung der Probanden durch ein und dieselbe Person eine psychosoziale Stabilisierung gewährleisten.

Die Fluktuation der Sozialbetreuer ergab sich aus der Tatsache, daß den meisten Sozialbetreuern nur ein Zeitvertrag angeboten worden war. Durch die Unsicherheit

ihrer eigenen beruflichen Situation war es verständlich, daß die Betreuer sich weiter auf dem Arbeitsmarkt umschauten und bei einem attraktiveren Stellenangebot die Arbeitsstelle wechselten. Hier kann nur Abhilfe geschaffen werden, wenn den sozialpädagogischen Kräften eine berufliche Perspektive geboten wird.

Einige Sozialbetreuer schienen mit ihrer Aufgabe aber auch überfordert gewesen zu sein. Gerade Berufseinsteiger waren zwar hoch motiviert, ihnen fehlte aber die praktische Erfahrung. Hier ist zu überlegen, entweder berufserfahrene Sozialarbeiter einzustellen oder Neulingen erfahrene Sozialbetreuer unterstützend zur Seite zu stellen. Darüber hinaus wiesen nur zwei der befragten Sozialbetreuer Erfahrung in der Sozialarbeit mit Arbeitslosen auf.

In einigen Fällen wurden die Aufgaben des Sozialbetreuers von Lehrern übernommen, wobei sich der Verdacht aufdrängt, daß einige Träger Kosten sparen wollten. In der Tat führten Sozialbetreuer über ihre lern- und sozialpädagogischen Aufgaben hinaus eine fachliche Lehrtätigkeit aus. Überraschend ist, daß fast alle Sozialbetreuer die Verteilung ihrer Arbeit für angemessen erachteten; überraschend deshalb, weil in einigen Maßnahmen der sozialpädagogische Aspekt eine nachrangige Bedeutung einnahm (siehe Tabelle 9.1).

**Tabelle 9.1: Prozentualer Anteil der Arbeitsaufgaben der Sozialbetreuer
(Angaben in Prozent)¹⁴**

Frage: Wie schätzen Sie prozentual den Anteil folgender Aspekte Ihrer Arbeit in der Maßnahme ein?				
	fachlich pädagogisch (z.B. Lehr- tätigkeit)	lernpädagogi- sch (z.B. Ab- bau von Lern- schwächen)	sozialpäda- gisch (betreu- rischer Aspekt)	administrativ (Verwaltung)
Sozialbetreuer I	10	10	70	10
Sozialbetreuer II	5	5	45	10
Sozialbetreuer III	70	10	10	10
Sozialbetreuer IV	--	10	60	30
Sozialbetreuer V	--	--	100	--
Sozialbetreuer VI	--	--	70	30
Sozialbetreuer VII	20	10	10	60
Sozialbetreuer VIII	50	--	25	25

¹⁴ Es konnten insgesamt nur acht Sozialbetreuer befragt werden, da aufgrund der hohen Fluktuation einige Betreuer nicht erreicht werden konnten bzw. andere Sozialbetreuer eine Befragung durch die Forschungsgruppe ablehnten.

Zwischen den Sozialbetreuern bestand kaum Kontakt. Lediglich ein Sozialarbeiter-treffen wurde vom Arbeitsamt initiiert, viel zu wenig, um einen fruchtbaren Erfah-run-gsaustausch gewährleisten zu können. Der mangelnde Informationsaustausch wurde verständlicherweise auch von fast allen Sozialbetreuern beklagt.

Die Sozialbetreuer hatten mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht selten wurde ihre Betreuungsfunktion von seiten der Arbeitgeber untergraben, die häufig den Sinn der pädagogischen Hilfestellung für den Maßnahmeteilnehmer nicht einsahen und den Sozialarbeitern die nötige Unterstützung versagten. "Finanzielle Vorteile zählen vor pädagogisch-integrativen Ansprüchen bei den Arbeitgebern" - dieser Ausspruch einer Sozialarbeiterin war nicht untypisch für das Verhältnis zwischen Sozialbetreuern und den Arbeitgebern der Maßnahmeteilnehmer. Hinzu kam, daß einzelne Teilnehmer Schwierigkeiten mit der Sozialbetreuung am Arbeitsplatz hatten, da sie damit ihre Sonderstellung, gar Randständigkeit eingestehen mußten. Hier wird von den Sozialarbeitern viel Fingerspitzengefühl erwartet.

Generell läßt sich sagen, daß die Motivation der Betreuer hinsichtlich ihrer Arbeit hoch war. Dies fand dann auch Ausdruck in der Beurteilung ihrer Arbeit durch die Maßnahmeteilnehmer. Sie bewerteten die Sozialbetreuung während des schulischen Teils zu 70,0% bzw. auf der Arbeitsstelle zu 60,2% mit gut, wenn nicht sogar mit sehr gut.

Bilanz

Abschließend läßt sich feststellen, daß sich die Sozialbetreuung insgesamt bewährt hat, und auch vom Großteil der Teilnehmer positiv bewertet wurde. Auftretende Schwierigkeiten ergaben sich häufig aus strukturellen Defiziten, sprich der Unsicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, die berufliche Unerfahrenheit der Berufseinsteiger, die fehlende Kooperation der Arbeitgeber oder die Zuweisung fach-pädagogischer Lehraufgaben und administrativer Arbeiten von seiten der Trägerleitung - Defizite, die dem einzelnen Sozialarbeiter nicht anzulasten waren.

Teil IV: Resümee

1. Bewertung der Duisburger Modelle zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

Die Modellmaßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit haben das primäre Ziel, die Maßnahmeteilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Daß die Wiedereingliederung einer Zielgruppe, wie sie im Rahmen der Sonderprogramme definiert wurde, nicht unproblematisch ist, liegt auf der Hand. In den Vorgesprächungen mit den Mitarbeitern der Arbeitsvermittlung wurde deutlich, daß es bereits ein Erfolg sei, besonders schwierige "Fälle" zur Teilnahme an einer Maßnahme zu bewegen und so durch Qualifikation und sozialpädagogische Begleitung (psychische Stabilisierung, Motivation etc.) die Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Daher ist der Erfolg der Maßnahmen nicht nur an der Reintegrationsquote, sondern auch im Hinblick auf die psychosoziale Stabilisierung der Teilnehmer zu bemessen.

Darüber hinaus beanspruchen die Sonderprogramme, neue Erkenntnisse über zielgruppengerechte Konzepte und Mittel zu gewinnen. Die Kombination der verschiedenen Instrumente - Qualifikation, Beschäftigung und Sozialbetreuung - sollte den unterschiedlichen Bedürfnissen der Nutzer entgegenkommen. Inwieweit diese Kombinationen erfolgreich waren, ist demnach der dritte Punkt, der im folgenden bewertet werden muß.

1.1 Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt

Die 26 Modellarbeitsämter unterscheiden sich von den Möglichkeiten, die andere Arbeitsämter bei der Umsetzung der Sonderprogramme hatten, vor allem durch das zusätzliche Mittelkontingent von 200 Millionen DM, das im Rahmen der §9 (4) BHI-Richtlinien zur Verfügung gestellt wurde. Mit der Entwicklung von ganzheitlichen Ansätzen sollten darüberhinaus neue Wege zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen erprobt werden.

Die Konzepte der Duisburger Maßnahmen waren recht unterschiedlich und der Einsatz der erweiterten Lohnkostenzuschüsse erfolgte, abhängig vom Zeitpunkt der Beschäftigungsaufnahme, entweder bereits zu Beginn, im Verlauf oder erst mit Ende einer Maßnahme.

Im folgenden wird der Reintegrationserfolg der Modellmaßnahmen zunächst für die Maßnahmeteilnehmer erfaßt, die neben den allgemeinen BHI-Geldern zusätzlich mit erweiterten Lohnkostenzuschüssen gefördert wurden.

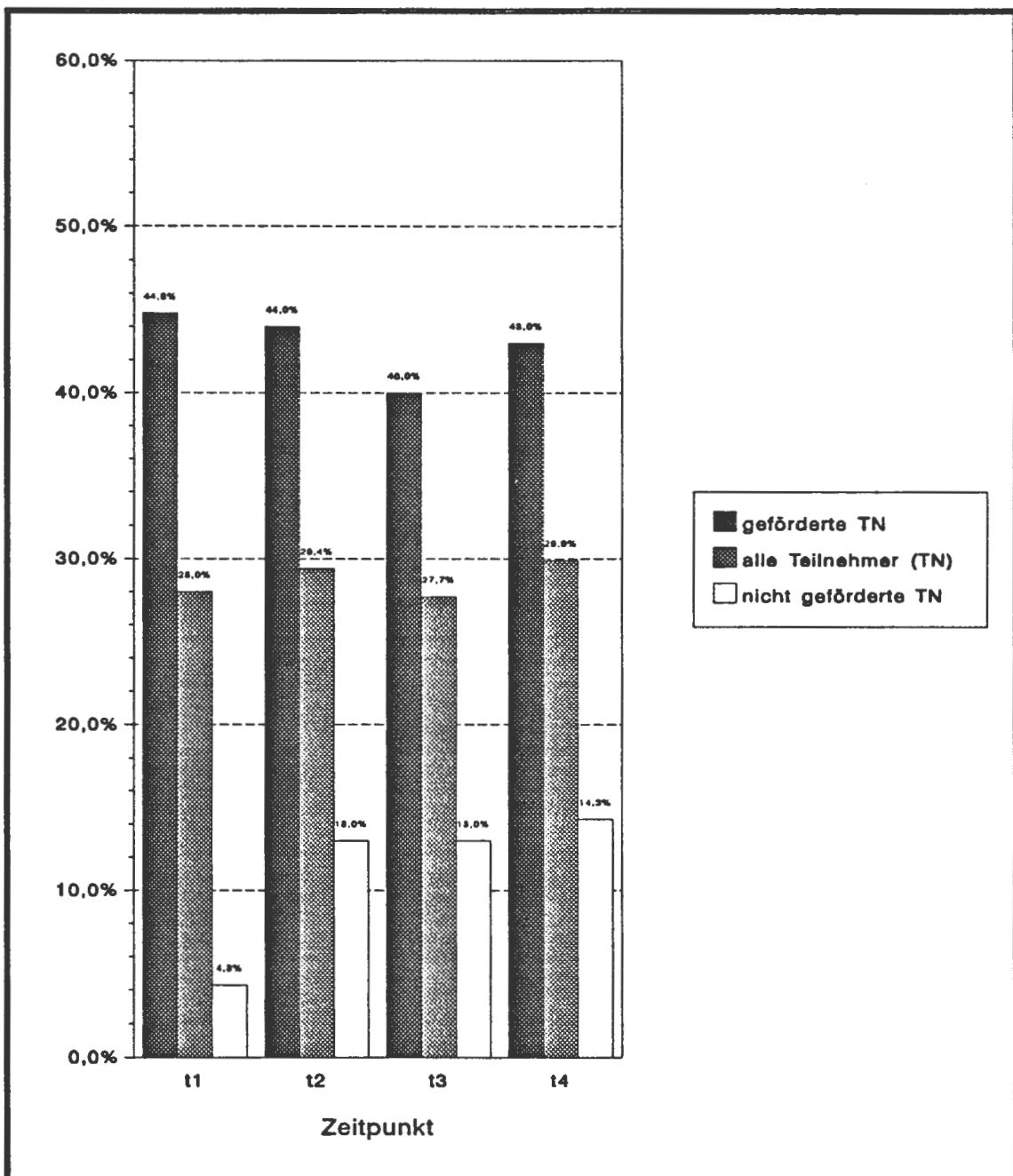
Überprüft wurde der Vermittlungserfolg nach Abschluß der Modellförderung sowie drei, sechs und neun Monate später.

Im Verlauf der bzw. im Anschluß an die "Free-Money"-Maßnahmen waren 223 Probanden (59 % aller Maßnahmeteilnehmer) in einem geförderten Beschäftigungsverhältnis. Der Vermittlungs- bzw. der Übergangserfolg in ein ungefördertes Arbeitsverhältnis lag bei 45 %. Nach neun Monaten waren noch 43 % der ehemals geförderten Teilnehmer in einem Arbeitsverhältnis. In der Regel handelte es sich dabei um Dauerarbeitsplätze. Diese Reintegrationsquote kann man für diese Zielgruppe, die ohne das Förderinstrumentarium nur äußerst geringe Wiedereingliederungschancen gehabt hätte, als Erfolg werten.

Dieser Erfolg wird gedämpft, wenn man ihn zu allen Teilnehmern der Modellmaßnahmen ins Verhältnis setzt. Viele Teilnehmer schieden bereits vor Antritt einer geförderten Beschäftigung aus den Maßnahmen aus. Wie bereits im Teil III, Kapitel 8 angemerkt wurde, bestand über die Analyse des Verbleibs geförderter Teilnehmer und Befragungsteilnehmer hinaus keine Möglichkeit, den Verbleib eines Großteils der nicht geförderten Teilnehmer zu kontrollieren. Eine Erfolgsquote, die alle Teilnehmer umfaßt, kann daher nur unter Berücksichtigung aller über den Verbleib der Befragungsteilnehmer bekannten Faktoren berechnet werden. An Hand der Daten aus der Befragung konnten Aussagen über den Verbleib von 21 nicht geförderten Abbrechern, aber nur von vier nicht geförderten Verbliebenen gemacht werden. Bei einer Hochrechnung können die Angaben der letzten Gruppe aufgrund der geringen Fallzahl nicht berücksichtigt werden. Unter dieser Voraussetzung käme man zu einer geschätzten Reintegrationsquote von 28 bis 30 %. (Eine Berücksichtigung der Verbleibsdaten nicht geförderter Verbliebener würde die Quote jedoch nur geringfügig auf 26-30 % verändern.)

Die Abbildung 1.1 zeigt den Vermittlungserfolg geförderter bzw. nicht geförderter Teilnehmer sowie den Reintegrationserfolg proportional zu allen Teilnehmern.

Abb.1.1: Vermittlungserfolg der Maßnahmen



Die berufliche Wiedereingliederung nicht geförderter Teilnehmer stieg über den gemessenen Verbleibszzeitraum kontinuierlich an und betrug zum Zeitpunkt t₄ 29,9%. Es stellt sich hier die Frage, ob es sich um einen verspäteten Wirkungseintritt handelt oder ob dies durch die Eigendynamik des Arbeitsmarktes bedingt ist. Der Vergleich mit den Verbleibsdaten der Kontrollgruppe, die nach zwölf Monaten eine Reintegrationsquote von 10,5% aufwies, spricht für eine nachhaltige Wirkung der Maßnahmen.

Keine Erkenntnisse liegen allerdings über die Zahl der Personen vor, die eventuell durch Maßnahmeteilnehmer aus Unternehmen verdrängt wurden, da neue Stellen nur in Einzelfällen geschaffen worden sind oder andere Bewerber eine zu besetzende Stelle nicht erhalten haben, weil für sie keine Lohnkostenzuschüsse gezahlt werden konnten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die geförderten Beschäftigungsverhältnisse besonders positiv auf die Vermittlung ehemals Langzeitarbeitsloser ausgewirkt haben. Auch unter Berücksichtigung aller Teilnehmer zeigt sich mit einer Quote von 28 bis 30% im Vergleich zu anderen Modellmaßnahmen ein gutes Vermittlungsresultat. Das gilt besonders vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen, denen es kaum noch selbsttätig gelingt, sich beruflich wieder einzugliedern. Schmid et al. (1994:238) kommen in ihrer bundesweiten Begleitstudie zu den Sondermodellen auf vergleichbare Ergebnisse: "Bezogen auf die Teilnehmerzahl in den Maßnahmen ergibt sich eine Vermittlungsquote von 33%."

1.2 Sozialbetreuung

Wie schon in Teil III, Kapitel 9 erwähnt, wurden zwei Maßnahmen aufgrund übereilter Konzeptualisierung bzw. geringer Teilnehmerzahl nicht mit einer Sozialbetreuung begleitet. Hier wäre eine sorgfältigere Vorgehensweise bei der Gestaltung der Maßnahmekonzepte angebracht gewesen. Angesichts der Problemlagen, mit denen Langzeitarbeitslose zu kämpfen haben - Probleme, die nicht selten eine berufliche Reintegration scheitern lassen.

Ebenfalls kritisch anzumerken ist die fachliche Qualifikation einiger Betreuer, bei denen es sich um ausgebildete Lehrer handelte. Diese Berufsgruppe verfügt kaum über die geeignete Qualifikation, um ohne Zusatzausbildung Langzeitarbeitslose bzw. schwerstvermittelbare Arbeitslose mit ihren mannigfaltigen Problemlagen sozial-pädagogisch zu betreuen.

Daneben ist verwunderlich, in welchem Umfang Sozialbetreuer vom Arbeitgeber für fachpädagogische bzw. administrative Arbeiten herangezogen worden sind. Dies kann nicht Sinn einer zielgerichteten Sozialbetreuung sein. Bedenkt man, daß die Abbruchquoten in einigen Maßnahmen relativ hoch waren und ein großer Teil der Teilnehmer ihre Maßnahme aufgrund von finanziellen und/oder sozialen Problemen (z.B. Alkohol-/Drogenmißbrauch) abbrachen bzw. vom Träger ausgeschlossen wurden, ist zu fragen, warum solche Problemlagen nicht aufgefangen werden

konnten. Vermutlich wäre der eine oder andere Abbruch zu verhindern gewesen, wenn die Betreuer mehr Zeit für ihre sozialpädagogische Aufgaben gehabt hätten. Auffällig ist, daß in der Maßnahme, in der der Sozialbetreuer in vollem Umfang für die sozialpädagogische Aufgabe zur Verfügung stand, ökonomische und soziale Probleme beim Abbruchverhalten keine Rolle spielten.

Zu kritisieren ist auch der so gut wie nicht vorhandene Informationsfluß zwischen den Sozialbetreuern der einzelnen Träger. Hier ist anzuraten, bei der Einrichtung neuer Maßnahmen mit begleitender Sozialbetreuung einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten. Daß auf die Einstellung fachkundigen Personals mit beruflichen Perspektiven geachtet werden soll, ist eigentlich selbstverständlich, sollen die Maßnahmen in jeder Hinsicht zu einem Erfolg führen.

1.3 Maßnahmekombinationen

Der innovative Charakter der Modellprojekte sollte neue Erkenntnisse über Eingliederungsmöglichkeiten besonders benachteiligter Personen des Arbeitsmarktes zu Tage fördern. Arbeitshypothetisch wurden verschiedenen Maßnahmekonzeptionen in fünf Modelltypen unterteilt. Tabelle 1.1 gibt einen Überblick über die fünf Modelltypen.

Tabelle 1.1: Modelltypen

Modelltyp	Anteil der Maßnahmen (absolut)	Anteil der Teilnehmer (in %)
Typ I Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung	7	40,5
Typ II Qualifizierung + Sozialbetreuung	4	28,6
Typ III Beschäftigung + Sozialbetreuung (Sondermodell)	3	14,8
Typ IV Beschäftigung + Sozialbetreuung	3	10,6
Typ V Beschäftigung	2	5,5

Zunächst bleibt festzuhalten, daß bei allen Maßnahmen die Beschäftigung ein wesentlicher Bestandteil ist. Lediglich der Zeitpunkt des Beschäftigungsantritts war unterschiedlich. Bereits zu Beginn bzw. im Verlauf der Maßnahmen wurde eine Beschäftigung bei 15 Maßnahmen angeboten. Nur bei den vier Maßnahmen des Modelltyps II

war die Beschäftigungsaufnahme erst nach Abschluß der Qualifizierungsphase gedacht. Bei 17 Maßnahmen war eine begleitende Sozialbetreuung vorgesehen, 11 Maßnahmen waren auch Qualifizierungsmaßnahmen.

Wie im Kapitel 1.1 ausgeführt, stellt die Wiedereingliederung von 28 bis 30% der Teilnehmer einen respektablen Gesamterfolg dar. Dieser Erfolg hing jedoch stark von den Maßnahmekonzepten ab, nicht alle Maßnahmen eines Modelltyps waren gleich erfolgreich. Nicht nur die Maßnahmekomponenten (Qualifizierung, Sozialbetreuung, Beschäftigung) und ihre Zusammensetzung waren dabei entscheidend, sondern auch die Art ihrer Durchführung und ihre Zielgruppenspezifität. Die Tabelle 8.3 in Teil III, Kapitel 8 listet detailliert die Verbleibsquoten der verschiedenen Maßnahmen auf.

Abbrecherproblematik

Im Vergleich zu anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen lag die Abbrecherquote der Duisburger "Free-Money"-Maßnahmen mit 51,9% überproportional hoch. Nur jeder zweite beendete die Maßnahme regulär. Kapazitäten, die durch Ausfälle frei wurden, konnten nicht genutzt werden, d.h. Maßnahmen waren teilweise mit weniger als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Maßnahmeplätze besetzt.

Die höchsten Abbruchquoten weisen Maßnahmen mit einem Qualifikationsteil auf. Nur 30,7% der Teilnehmer von Maßnahmen des Modelltyps I und 44,4% der Maßnahmeteilnehmer des Typs II durchliefen den gesamten Maßnahmezeitraum. Die Analyse der Abbrecher ergibt, daß vor allem Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau eher dazu neigen, die Qualifikationsmaßnahmen vorzeitig abzubrechen. Für das Abbruchverhalten in Maßnahmen ohne Qualifizierung hat das Bildungsniveau nahezu keine Bedeutung. Neben intellektuellen Defiziten führen finanzielle und psychosoziale Belastungen der Teilnehmer zur vorzeitigen Beendigung einer Maßnahme.

Teilnehmerauswahl/Vorschaltmaßnahmen

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Auswahl der Teilnehmer für den Erfolg einer Maßnahme ausschlaggebend ist. Die Rekrutierungsmöglichkeiten waren bei den Modellmaßnahmen durch die gesetzlichen Vorgaben allerdings stark eingeschränkt. Dennoch verlangten die Qualifizierungsmaßnahmen - vor allem die Maßnahmen mit Berufsabschluß - einen gewissen Bildungsniveau. Ebenso hätte die persönliche Orientierung und Lebenssituation der Arbeitslosen bei der Auswahl der Maßnahmeteilnehmer stärker berücksichtigt werden müssen. Hier zeigt sich, daß die Überlastung der

Arbeitsamtsmitarbeiter - in einer Stadt mit einer extrem hohen Arbeitslosenquote - keine Freiräume mehr zuläßt, die eine intensivere, persönlichere Auswahl der Teilnehmer gewährleisten.

Diese Engpässe machen die Notwendigkeit von Vorschalt- oder Feststellungsmaßnahmen zur Orientierung und Stabilisierung der Zielgruppen deutlich. Im Rahmen der Duisburger Modellmaßnahmen gab es solche Maßnahmen nicht. Es ist zu fragen, warum bei der Konzeption der Maßnahmen diese Möglichkeit nicht erwogen wurde. Bislang sind Erfahrungen mit Vorschaltmaßnahmen durchweg positiv bewertet worden, ganz abgesehen davon, daß sie als Förderinstrument des AFG hätten eingesetzt werden können.

Dauer der Maßnahmen

Die zeitliche Dauer der Maßnahmen lag je nach Modell zwischen drei (plus zwölf Monate Modellförderung) und 24 (inklusive Modellförderung) Monaten. Je länger eine Maßnahme dauerte, um so größer war der Reintegrationserfolg. Das ist vor allem auf die Qualifizierung zurückzuführen, die damit verbunden war. Die damit einhergehende längere Betreuung der Teilnehmer und der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen Betreuer und Betreuten hat zweifellos bei vielen Teilnehmer zu einer Stabilisierung geführt.

Demnach hatten längere Maßnahmen mit einer höheren Abbrecherquote zu kämpfen. Bei Maßnahmen mit einer Dauer von mehr als zwölf Monaten brachen 57,4% vorzeitig ab, während es bei Maßnahmen, die kürzer als sechs Monate waren, nur 24,4% waren.

Praktikums-/Arbeitsstellenvermittlung

Maßnahmen wie "MÄLA", "Frauen", "Bauhelfer", "Berufskraftfahrer" und "Fachpacker" waren so konzipiert, daß die Vermittlung einer Arbeitsstelle erst im Verlauf bzw. nach Abschluß der Maßnahmen vorgesehen war. Teilnehmern dieser Maßnahmen wurde die Vermittlung in ein gefördertes Arbeitsverhältnis in Aussicht gestellt. Es zeigte sich jedoch, daß nur für einen Teil der Personen Arbeitsstellen rekrutiert werden konnten. So konnte z.B. von den Maßnahmen "Bauhelfer" und "MÄLA" jeweils nur eine Person in ein gefördertes Arbeitsverhältnis vermittelt werden, obwohl zehn bzw. 13 Teilnehmer bis zum Abschluß in den Maßnahmen verblieben waren.

Hier wird deutlich, daß die schlechte Vermittelbarkeit dieser Zielgruppe nicht allein durch Lohnkostenzuschüsse ausgeglichen werden kann. Um diesen Personenkreis vermitteln zu können, müssen Teilnehmer verstärkt motiviert und potentielle Arbeitgeber überzeugt werden. Viele Arbeitgeber sind trotz erweiterter Lohnkostenzuschüsse nicht bereit, Personen mit mehreren vermittelungshemmenden Merkmalen aus Angst vor eventuell damit verbundenen Problemen einzustellen. Andererseits stellte sich für Unternehmen die wirtschaftliche Situation schwierig dar: Betriebe bauten eher Arbeitsplätze ab, als daß sie neue Arbeitnehmer einstellten.

Zeitverträge

Maßnahmen wie "Altenpflege", "Einzelhandel" und "Grün II", bei denen Teilnehmern nur Zeitverträge angeboten wurden, erwiesen sich im Hinblick auf eine dauerhafte Eingliederung der Teilnehmer als weniger erfolgreich. Diese Modelle sind von ihrer Art her nicht anders konzipiert als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, was ihren innovativen Anspruch in Frage stellt. Lediglich die befristeten Arbeitsverhältnisse bei der Beschäftigungsgesellschaft brachten für viele Arbeitnehmer dauerhafte Anstellungen. Anders als bei den oben genannten Maßnahmen war es jedoch das erklärte Ziel der Personaltrainingsgesellschaft, die Teilnehmer zu vermitteln, so wie es z.B. von START anscheinend erfolgreich praktiziert wird.

Insgesamt ist festzustellen, daß sich die Kombination von verschiedenen Förderungsinstrumenten bewährt hat. Vor allem die Kombination "Beschäftigung + Qualifizierung + Sozialbetreuung" zeigt langfristig den größten Wiedereingliederungserfolg. Aufgrund der Qualifikationsanforderungen war diese Kombination allerdings nicht für alle schwervermittelbaren Arbeitslosen erfolgreich. Für Personen mit schweren Vermittelungshemmnissen sind Maßnahmekombinationen von Beschäftigung und Sozialbetreuung zu bevorzugen.

2. Empfehlung: Maßnahme- und Nutzertypen

Es gibt nicht den "typischen Arbeitslosen". Arbeitslosenkarrieren sind in ihrer Entstehungs- und Verlaufsform sehr unterschiedlich, ganz abgesehen davon, daß die Erfahrung von Arbeitslosigkeit inzwischen zur Normalbiographie zahlreicher deutscher Familien gehört. Die Chancen eines Arbeitslosen, in den Arbeitsmarkt reintegriert zu werden, sind nicht nur von objektiven Wirtschaftsdaten abhängig, sondern zunehmend auch von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, da die Zeiten vorbei sind, in denen im konjunkturellen Aufschwung Arbeitsplätze geschaffen

werden. Auch spielen vermittelungshemmende Merkmale wie z.B. hohes Alter oder mangelnde berufliche Qualifikation nicht mehr die herausragende Rolle. In jüngster Zeit werden verstärkt auch (hoch)qualifizierte Arbeitskräfte vom Berufsleben ausgeschlossen. Um diesen Umständen gerecht zu werden, d.h. die Arbeitslosen differenzierter und ihre individuellen Reintegrationschancen angemessen zu erfassen zu, hat die Forschungsgruppe EVAL eine Typologie der Maßnahmeteilnehmer erstellt, die wie folgt aussieht:

- (A) Personen, die bei fachgerechter Qualifizierung auf Dauer in den ersten Arbeitsmarkt reintegriert werden können (z.B. durch FuU-Maßnahmen).
- (B) Personen, die zeitweise nur in öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse vermittelbar sind (LKZ, ABM, BHI etc.).
- (C) Personen, die vom Sozialstaat aufgefangen werden müssen, da
 - (a) eine Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt aussichtslos ist, oder
 - (b) sie aus verschiedenen Gründen nicht mehr am Arbeitsprozeß teilnehmen wollen.

Um eine hohe Effektivität und Effizienz von arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien zu gewährleisten, sollten Maßnahmekonzepte auf diese drei Typen von Arbeitslosen zugeschnitten werden.

Beim Nutzertyp A handelt es sich vornehmlich um Arbeitslose mit einer gewissen schulischen und beruflichen Qualifikation. Für diesen Personenkreis sind in erster Linie

1. Qualifizierungsmaßnahmen zu empfehlen, da dieser Nutzertyp von seiner Vorbildung her am ehesten den schulischen Anforderungen dieser Maßnahmen gewachsen sein dürfte: Bei ihm ist die Chance am größten, daß er sich auch den Anforderungen des modernen Arbeitsmarktes anpaßt. In diesem Zusammenhang ist nicht zuletzt an jüngere Arbeitslose bzw. Berufseinsteiger gedacht. Bei ihnen ist Qualifizierung generell anzuraten, da sich aufgrund ihres Lebensalters eine längerfristige Qualifizierung lohnt. Die Ergebnisse der EVAL-Studie haben gezeigt, daß Qualifizierungsmaßnahmen auf lange Sicht hinsichtlich der beruflichen Reintegration und des Verbleibs im ersten Arbeitsmarkt am effektivsten sind.

Beim Nutzertyp B handelt es sich vor allem um ungelernte bzw. einfache Arbeiter mittleren und höheren Alters. Für sie kommen in erster Linie

2. reine Beschäftigungsmaßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt in Frage. Aufgrund ihrer unzureichenden Berufsausbildung und ihres fortgeschrittenen Alters scheint eine langfristige Qualifizierung ineffektiv, insbesondere vor dem Hintergrund, daß dieser Personenkreis eher praktisch arbeiten will und Qualifizierungsmaßnahmen häufig ablehnend gegenübersteht. Das heißt jedoch nicht, daß dieser Nutzertyp von Qualifizierungsmaßnahmen generell ausgeschlossen werden soll. Ganz im Gegenteil: Bei festgestellter hoher Lernmotivation sollte auch diesen Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben werden, an solchen Maßnahmen teilzunehmen. In solchen Fällen ist Druck von Seiten des Arbeitsamtes oder der Fortbildungsträger eher kontraproduktiv und unter Kosten-/Nutzengesichtspunkten ineffizient.

Darüber hinaus muß man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß einige Arbeitslose aus den unterschiedlichsten Gründen bestenfalls nur mehr in den zweiten Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Für den Nutzertyp C können Sozialmaßnahmen sinnvoll sein, insbesondere hinsichtlich der

3. ökonomischen und psychosozialen Stabilisierung. Im Zuge z.B. von Schulden- und Suchtberatung kann es durch begleitende Sozialbetreuung gelingen, die Lebenssituation der Betroffenen nachhaltig zu verbessern. Hier steht der Sozialstaat in der Pflicht, will er sich nicht auf absehbare Zeit mit einer wachsenden Verelendung von Menschen in industriellen Ballungsräumen konfrontiert sehen.

Daneben gibt es Arbeitslose, die sich mit ihrer Arbeitslosigkeit arrangiert haben. Sie sind nur wenig oder gar nicht motiviert, eine berufliche Wiedereingliederung anzustreben, da staatliche Unterstützung und Lohn aus Schwarzarbeit ihren Lebensunterhalt sicherstellen. Wie hoch der Anteil des Typs C(b) an der Gesamtzahl der Arbeitslosen bzw. Langzeitarbeitslosen zu veranschlagen ist, bleibt reine Spekulation. Nach vorsichtigen Schätzungen kann von einem Prozentsatz zwischen 5 und 15% der Langzeitarbeitslosen ausgegangen werden. Gerechterweise muß im gleichen Atemzug aber auch erwähnt werden, daß die Schwarzarbeit von Erwerbstätigen einen wesentlich größeren volkswirtschaftlichen Schaden verursacht als die der "etablierten Arbeitslosen". Allerdings sind Maßnahmen des Staates zur Bekämpfung des Sozialmißbrauchs skeptisch zu

beurteilen, da z.B. die Kürzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auch die Majorität der Arbeitslosen treffen.

Auf der Grundlage der skizzierten Maßnahmen- und Nutzertypologie sollten bei der Auswahl der Teilnehmer folgende Punkte beachtet werden:

1. Personen, die für eine Qualifizierungsmaßnahme vorgesehen sind, sollten genauestens auf ihre Eignung hin überprüft werden. Die potentiellen Teilnehmer müssen sich darüber im klaren sein, welche Belastungen sich aus einer quasischulischen Bildungssituation auf sie zukommen. Ihre Motivation, an einer Bildungsmaßnahme teilzunehmen, muß entsprechend hoch sein. Die vorgelegte Analyse der Abbrecher macht deutlich, daß bei der Auswahl der Teilnehmer gewährleistet sein muß, daß diese den Anforderungen gewachsen sind. Demzufolge muß die Auswahl potentieller Teilnehmer in Einzelgesprächen und in Kooperation mit dem jeweiligen Träger erfolgen. Generell sind vor jeder Bildungsmaßnahme sogenannte Vorschaltmaßnahmen zu empfehlen, um die einzelnen Teilnehmer auf ihre Eignung hin zu testen und sie auf die Qualifizierungsmaßnahme vorzubereiten.
2. Schulden- und Suchtprobleme müssen vor Antritt einer Maßnahme erörtert und bei Bedarf geeignete Schritte eingeleitet werden. Auf mögliche Auswirkungen auf die Schuldensituation sollte vor einer geplanten Aufnahme einer Beschäftigung hingewiesen werden. So kann es bei einigen Teilnehmern durchaus der Fall sein, daß sie bei Eintritt in eine Maßnahme die Pfändungsgrenze überschreiten und es sich in ihren Augen "nicht mehr lohnt", die mit einer Maßnahme verbundenen physischen und psychischen Belastungen in Kauf zu nehmen. Das hat erwiesenermaßen einen wesentlichen Einfluß auf die Motivation der Teilnehmer.

Die Tatsache, daß zahlreiche Teilnehmer Maßnahmen aufgrund von Suchtproblemen, insbesondere von Alkoholproblemen, abbrechen mußten, legt für diesen Personenkreis besondere Hilfestellungen nahe. In diesem Zusammenhang könnte ein vorgeschalteter Entzug oder eine Therapie die Reintegrationschancen der Teilnehmer erheblich steigern. Jedenfalls muß gewährleistet sein, daß die Teilnehmer mit Suchtproblemen während der Maßnahmedauer von fachkundigen Sozialarbeitern betreut werden, so daß suchtbedingte Probleme nicht zum Abbruch der Maßnahme führen.

3. Für ältere, ungelernte und gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitslose bieten sich geschützte Arbeitsverhältnisse an. In den Befragungen wurde deutlich, daß gerade

ältere Arbeitslose hinsichtlich eines neuen Beschäftigungsverhältnisses hochmotiviert sind. Künftig werden es gesundheitlich beeinträchtigte und ungelernte Arbeitslose besonders schwer haben, wieder Arbeit zu finden, da der Stellenabbau anhält sowie die Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt steigen. Gerade in Zeiten von Rezession und Strukturbrüchen werden diese Problemgruppen als erste entlassen, ganz abgesehen davon, daß das Beschäftigungssystem qualifikationsmäßig von oben nach unten aufgefüllt wird.

4. Weibliche, jugendliche und ältere Langzeitarbeitslose bzw. schwerstvermittelbare Arbeitslose waren in den Maßnahmen deutlich unterrepräsentiert. Vor dem Hintergrund, daß gerade bei Frauen die Reintegrationschancen niedriger sind als bei Männern sowie die Gefahr von Verarmung größer ist (insbesondere für Alleinstehende und alleinerziehende Mütter), sollte diese Klientel bei der Konzeption von Maßnahmen größere Berücksichtigung finden. Sinnvoll wäre es, bei der Konzeption von frauenspezifischen Reintegrationsmaßnahmen die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit stärker zu berücksichtigen, um alleinerziehenden arbeitslosen Müttern die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Im Hinblick auf die wachsende Zahl jüngerer Arbeitsloser ist es geradezu fahrlässig, sie nicht verstärkt in Reintegrationsmaßnahmen einzubeziehen. Heranwachsenden muß die Gelegenheit gegeben werden, sich im Berufsleben zu etablieren, da der Beruf für sie die Eintrittskarte in den Erwachsenenstatus darstellt sowie ihre persönliche Entwicklung und soziale Identität wesentlich prägt. Wer einem großen Teil der nachwachsenden Generation berufliche Perspektiven verwehrt, raubt einer Gesellschaft ihre Zukunft.

5. Einige Teilnehmer, die zur Teilnahme an den Maßnahmen von ihren Arbeitsvermittlern gedrängt wurden, durchliefen die Maßnahmen erfolgreich und konnten auch in den ersten Arbeitsmarkt reintegriert werden. Generell ist jedoch davon abzuraten, Druck auf die Teilnehmer auszuüben, auch wenn die Abbruchquote der "gedrängten" Probanden sich nicht von der allgemeinen Abbruchquote unterscheidet, langfristig gesehen liegt aber deren Reintegrationsquote unter dem Durchschnitt, was höchstwahrscheinlich auf die mangelnde berufliche Motivation dieser Teilpopulation zurückzuführen ist.

In Hinblick auf die Konzeption der Maßnahmen sollten nachstehende Kriterien Berücksichtigung finden:

1. Maßnahmen mit einem Qualifizierungsteil haben sich hinsichtlich einer dauerhaften Reintegration bewährt. So waren in den Qualifizierungsmaßnahmen die Abbruchquoten zwar überdurchschnittlich hoch, die Teilnehmer aber, die die Maßnahmen erfolgreich durchliefen, haben, langfristig gesehen, die größten Chancen, sich auf dem ersten Arbeitsmarkt zu etablieren. Auch zeigt die Verbleibsanalyse, daß erfolgreiche Teilnehmer von Qualifizierungsmaßnahmen bei einer erneuteten Arbeitslosigkeit schneller eine neue Arbeitsstelle finden.
2. Für ältere und lernschwache Langzeitarbeitslose sind in erster Linie reine Beschäftigungsmaßnahmen zu empfehlen. Die Teilnehmer, die sich in geschützten Arbeitsverhältnissen befinden, können auf diese Weise schnell an einen "normalen" Tagesablauf gewöhnt werden. Neue oder vorhandene Kenntnisse werden durch "learning by doing" hinzugewonnen oder aufgefrischt. Dieser Maßnahmetyp ist jedoch primär für den Kreis von Arbeitslosen zu empfehlen, deren Reintegrationschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt langfristig als äußerst ungünstig eingeschätzt werden. Die Studie zeigt nämlich, daß die Abbruchquoten in den Beschäftigungsmaßnahmen zwar unterdurchschnittlich sind, langfristig dieser Teilnehmerkreis im Vergleich zu Teilnehmern von Qualifizierungsmaßnahmen aber geringere Chancen hat, ohne arbeitsmarktpolitische Hilfe dauerhaft in Arbeit zu bleiben.
3. Die Sozialbetreuung hat sich bewährt. Sie sollte aufgrund der mannigfältigen Problemlagen von Langzeitarbeitslosen und schwerstvermittelbaren Arbeitslosen in jeder Maßnahmekonzeption prinzipiell in Erwägung gezogen werden. Um jedoch eine sinnvolle Betreuung über den Gesamtverlauf zu gewährleisten, bedarf es eines gut ausgebildeten, im Umgang mit Arbeitslosen erfahrenen Personals, das sich ausschließlich um die psychosoziale Stabilisierung der Teilnehmer kümmern kann und von administrativen Aufgaben bzw. Lehrtätigkeit befreit ist. Den Sozialarbeitern sollte von den Trägern langfristige Arbeitsverträge und somit eine berufliche Perspektive geboten werden, um einer Fluktuation entgegenzuwirken, die sich äußerst kontraproduktiv auf den Maßnahmeerfolg auswirkt. Darüber hinaus soll ein regelmäßiger Informationsaustausch unter den Sozialbetreuern gewährleistet sein.

Es ist zu überlegen, die Sozialbetreuung durch das Arbeitsamt zentral zu organisieren und durchzuführen, um auf diese Weise langfristige Arbeitsstellen einzurichten, den notwendigen Erfahrungsaustausch unter den Mitarbeitern zu gewährleisten und sicherzustellen, daß die Sozialarbeiter ausschließlich ihrer sozialpädagogischen Aufgabe nachgehen.

4. Kritisiert werden muß auch, daß einige Träger in Aussicht gestellte Praktikums-
bzw. Arbeitsstellen im nachhinein nicht realisieren konnten. Das führte bei den betroffenen Teilnehmern zu einem resignativen Verhalten. Der Motivations- und Vertrauensverlust ist in diesen Fällen kaum zu überschätzen, auch im Hinblick auf die Teilnahme an einer zukünftigen Reintegrationsmaßnahme. Der Akquisition von Praktikumsplätzen kommt somit herausragende Bedeutung zu. Die Kooperation zwischen Arbeitsamt, Träger und Arbeitgeber ist in diesem Zusammenhang nutzeroptimiert durchzuführen. Bei Trägern, die in ihren Konzeptionen getätigten Zusagen in großem Umfang nicht einhalten, sollte darüber nachgedacht werden, ob sie bei einer künftigen Vergabe von Maßnahmegeldern noch berücksichtigt werden können.

 5. Die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen hat sich ebenfalls bewährt. So haben sich die Reintegrationschancen insbesondere bei den mit "Free-Money"-Geldern geförderten Teilnehmern erheblich verbessert. In diesem Zusammenhang ist jedoch kritisch anzumerken, daß es schwierig war, Arbeitgeber zu finden, die bereit waren, Maßnahmeteilnehmer einzustellen. Zahlreiche Maßnahmeteilnehmer wurden nämlich nach Ablauf der Beihilfen wieder entlassen. Aufgrund der "schwammigen" Gesetzeslage haben sich viele Arbeitgeber um die geforderte Teilrückzahlung der erhaltenen Lohnkostenzuschüsse offenbar herumdrücken können.
- Wichtig ist es, Anreize für beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu schaffen. Potentielle Arbeitgeber sollten gewillt sein, "bewährte" Maßnahmeteilnehmer dauerhaft in ihren Betrieb zu integrieren. Auf der anderen Seite sollten die Arbeitnehmer in der Lage sein, die ihnen gestellten Aufgaben gewissenhaft zu erledigen, da sonst vorhandene Vorurteile gegen die Arbeitsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen verstärkt werden und die zukünftige Akquirierung potentieller Arbeitgeber erschwert wird.
6. Ständig ändernde Gesetze und Dienstanweisungen der Arbeitsverwaltung, vor allem im Hinblick auf neue zeitbegrenzte Projekte, verhindern vielfach innovative Ideen. Maßnahmen werden dann von der Stange konzipiert und wieder verworfen. Alte Konzepte erhalten lediglich eine neue Makulatur.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die Maßnahmen sich insgesamt bewährt haben. Ein Vergleich mit Arbeitslosen, die an keiner Maßnahme des Arbeitsamtes teilgenommen haben, zeigt, daß arbeitsmarktpolitische Instrumente der verschiedensten Formen die Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen, insbesondere die von Problemgruppen des Arbeitsmarktes, erheblich steigern können. So ist zu hoffen, daß

mit Hilfe des neuen Sonderprogramms des Bundes, das im Februar 1995 mit einem Volumen von drei Milliarden Mark von der Bundesanstalt für Arbeit gestartet wurde und Lohnkostenzuschüsse für einstellungswillige Arbeitgeber bereitstellt, zahlreiche Langzeitarbeitslose den Weg zurück in den Arbeitsmarkt finden werden.

Zitierte Literatur:

Amt für Statistik. Sozialforschung und Europaangelegenheiten (1994): Duisburger Zeitzeichen 1975-1993, Stadt Duisburg.

ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit): Hrsg.: Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge.

Arbeitsamt Duisburg (1993): Sonderuntersuchung über Arbeitslose und offene Stellen, Duisburg.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1995): Memorandum '95: Stärkung des Sozialstaates - Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau, Köln.

Baarda, B.D.; de Goede, Martijn P.M., Frowijn, Anja P.M. u. Maureen E. Postnia (1990): Der Einfluß von Arbeitslosigkeit auf Kinder. In: Schindler/Wacker/Wetzels (Hg.), Familienleben in der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse neuer europäischer Studien, Heidelberg 1990, S. 145-170.

Becker, I. und R. Hauser, (1994): "Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren:" Arbeitspapier Nr. 3, EVS-Projekt "Personelle Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland", Universität Frankfurt/M.

Berufliche Weiterbildung: Hrsg. v. Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge.

Blaschke, D. et al. (1992): Konzepte und Probleme der Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik am Beispiel Fortbildung und Umschulung. In: MittAB, Nr. 3/1992, S. 384-405.

Brinkmann, Ch. (1984): Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung. In: MittAB, Nr. 4/1984, S. 454-473.

ders. (1976): Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit. In: MittAB, Nr. 4/1976, S. 397-413

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.) (1992): Hilfen für Langzeitarbeitslose. Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn.

Centens, R. (1949): *The Psychology of Social Classes*, Princeton.

Cornelsen, C. (1994): Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels für den Arbeitsmarkt. In: Merk, H.G. (Hg.): *Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit*, Stuttgart 1994, S. 66-92

Dettling, W. (1985): "Politik in der Industriegesellschaft: Struktur und Funktion des Wohlfahrtsstaates." In: Singelmann, J. et al., *Struktur der modernen Industriegesellschaft*, Stuttgart 1985, S. 19-31.

Dialog, Nr. 2/1995: *Gesellschaftswissenschaften > < Praxis*. Hrsg. v. d. Schader Stiftung, Darmstadt.

Eisenberg, P. u. P.F. Lazarsfeld (1938): *The Psychological Effects of Unemployment*. In: *Psychological Bulletin*, No. 35, S.358-390.

Engels, W. (1993), "Feigheit vor den Thronen." In: *Die Wirtschafts Woche*, Nr. 44 vom 29.10.93, S. 198.

Essig, H. (1994): Der Strukturwandel als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. In: Merk, H.G. (Hg.): *Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit*, Stuttgart 1994, S. 15-35

Friedrich, H. u. M. Wiedemeyer (1992): *Arbeitslosigkeit - ein Dauerproblem im vereinten Deutschland? Dimensionen, Ursachen, Strategien*, Opladen.

Gershuny, J. (1981): *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.; New York.

Geißler, R. (1992), *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Opladen.

Goldthorpe, J. H. (1985), "Soziale Mobilität und Klassenbildung. Zur Erneuerung einer Tradition soziologischer Forschung." In: Strasser, H. u. J. H. Goldthorpe, (Hg.), *Die Analyse sozialer Ungleichheit*, Opladen 1985, S. 174-204

Hertel, J. (1994): Die internationale Herausforderung. In: Merk, H.G. (Hg.): *Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit*. Stuttgart 1994, S. 205-238

Hugo, V. (1993): Die Elenden, 6. Aufl., Zürich.

Jeikoda, M., Lazarsfeld, P. F. u. H. Zeisel (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Vermerk, Frankfurt/M.

Kieselbach, Th. (1991): Langzeitarbeitslosigkeit als Gesundheitsrisiko. Wie geht unsere Gesellschaft mit Arbeitslosigkeit um? In: Kieselbach/Klink (Hg.), Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit, Bremen 1991, S. 29-45.

Klein, Th. (1987): Familiale Verarmung durch Arbeitslosigkeit. Zum Einfluß des Familienzusammenhangs auf die soziale Stellung bei Arbeitslosigkeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 3/1987, S. 534-549.

Klems, W. u. A. Schmid (1990): Langzeitarbeitslosigkeit: Theorie und Empirie am Beispiel des Arbeitsmarktes Frankfurt/M.; Berlin.

Komarovsky, M. (1940): The unemployed man and his family - The effects of unemployment upoen the status of the man in fifty-nine families, New York.

Marshall, Th. H. (1992), Bürgerrechte und soziale Klassen: Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/M.: Campus.

Martens, R. (1995): Armut in der Bundesrepublik Deutschland - Ergebnisse des Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. In: Armut und Rechtsextremismus. Beiträge zur Diskussion um die "Krise des Sozialen". Hrsg.: Kritisches Forum, Studien Bd. 1, Duisburg 1995, S. 25-33.

Merk, H.G. (1994): Strukturwandel heute und morgen. In: Merk, H.G. (Hg.): Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit. Stuttgart 1994, S. 6-14

Morris, L. (1994), Dangerous Classes: The Underclass and Social Citizenship, London.

Nowack, M. (1994): Der Strukturwandel und seine Begleiterscheinungen - Rückblick auf die Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsbereiche im früheren Bundesgebiet. In:

Merk, H.G. (Hg.): Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit. Stuttgart 1994, S. 36-65

Pelz, M. u. R. Mänz (1990) Arbeitslose "Kinder" und ihre Eltern - Erwerbslosigkeit als Konfliktpotential in der Beziehung zur Herkunfts-familie. In: Schindler/Wacker/Wetzels (Hg), Familienleben in der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse neuer europäischer Studien, Heidelberg 1990, S. 125-143.

Rifkin, Jeremy (1995), Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M.

Rosenbladt, B.o. (1991): Arbeitslose in einer prosperierenden Wirtschaft. In: MittAB, Nr. 1/1991, S. 146-156.

Rudolph, H. (1994): Die Kehrseite des Wandels - Strukturelle Arbeitslosigkeit. In: Merk, H.G. (Hg.): Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit, Stuttgart 1994, S. 175-204

Schaboth, H.-J. (1994), Zukunft ohne Arbeit? Neue Wege aus der Strukturkrise, München.

Schmid, A. et al. (1992): Neue Wege aus der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose. Sonderprogramm und Modellvorgaben. In: MittAB, Nr. 3/1992, S. 323-332.

dies. (1993): Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik: Implementation und Wirksamkeit des Sonderprogramms. Ausgewählte Ergebnisse der Begleitforschung. In: MittAB, Nr. 2/1993, S.236-252.

dies. (1994): Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose. Berlin

Sozialreport 1995: Sonderheft 1 - Arbeitslosenrepot 1995. Hrsg. v. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin.

Thuy, P. (1994): Strukturwandel, Qualifikation und Beschäftigung. Bern u.a.

Wacker, A. (1976): Arbeitslosigkeit: Soziale und psychische Voraussetzungen und Folgen, Frankfurt/M., Köln.

Weiland, R. (1993): Kinder von Arbeitslosen. Schriftreihe des Deutschen Archivs für Jugendwohlfahrt, Heft 11.

Zenke, K. u. G. Ludwig (1987): Über die Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit auf die Kinder und Schwierigkeiten ihrer Erforschung. In: Kieselbach/Wacker (Hg.), Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Dauerarbeitslosigkeit, Weinheim 1987, S. 139-151.